



Université d'Oran 2
Faculté des Langues étrangères

THESE

Pour l'obtention du diplôme de Doctorat « L.M.D »
En Langue Allemande

**Die Verstärkung der euromediterranen wirtschaftlichen
Beziehungen**

Présentée et soutenue publiquement par :
Ouici Kouider

Devant le jury composé de :

Behilil Abdelkader	Docteur	Université d'Oran 2	Président
El Korso Kamal	Professeur	Université d'Oran 2	Rapporteur
Bouri Zineddine	Professeur	Université d'Oran 1	Examineur
Nouali Ghaouti	Professeur	Université Sidi Bel Abbes	Examineur

Année 2018

Widmung

Ich widme diese bescheidene Forschungsarbeit
meinen liebevollen Eltern

Danksagung

Ich möchte mich bei meinem Betreuer Professor Dr. EL KORSO Kamal, der die Entwicklung meiner vorliegenden Arbeit Schritt für Schritt verfolgt hat, herzlich bedanken. Ich bin ihm sehr erkenntlich für seine wertvollen Hinweise und Empfehlungen. An alle Jurymitglieder, Dr. BEHILIL Abdelkader, Pr. BOURI Zineddine, Pro. NOUALI Ghaouti sende ich einen herzlichen Dank.

Inhaltsverzeichnis	
Abkürzungsverzeichnis	
Einleitung	07
1.Theoretischer Teil	10
1.1 Die europäische Mittelmeerpolitik gegenüber den Mittelmeerländern	10
(1957- 1990)	
1.1.1 Die europäischen Interessen in der Mittelmeerregion	10
1.1.2 Die europäische Mittelmeerpolitik	11
1.1.3 Die bilateralen Handelsabkommen (die römischen Verträge)	13
1.1.4 Der Euro-arabische Dialog	14
1.1.5 Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit und die 5+5 Gespräche	16
1.1.6 Die mediterranen Initiativen von OSZE , NATO und WEU	18
1.1.6.1 OSZE	19
1.1.6.2 NATO	20
1.1.6.3 WEU	23
1.1.7 Die Strategien und die Zusammenarbeit der EU mit den Mittelmeerländern	25
1.2 Die Euro-Mediterrane Partnerschaft von Barcelona Prozess bis zu Politischer Transformation	30
1.2.1 Der Barcelona Prozess, die Geburt der euromediterranen Partnerschaft	30
1.2.2 Der strukturelle Mechanismus des Barcelona Prozesses	36
1.2.3 Das Ordnungsprinzip und die Funktionsdifferenzierung	36
1.2.4 Die Anordnung der Handlungseinheiten	39
1.2.5 Die Ausgestaltung und die Implementierung der ENP	41
1.2.6 Die Schwierigkeiten der Implementierung der EMP	44
1.2.6.1 Die Kontinuität des europäischen Systems	48
1.2.6.2 Der Dualismus des europäischen Systems	50
1.2.6.3 Beschränkte Befugnisse der Mitgliedstaaten im EU- System	53

1.2.7 Die Idee der Union für das Mittelmeer , Verfahren und Finanzierung	55
1.2.8 Die politische Transformation und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols	62
1.3 Die wirtschaftlichen und finanziellen Seiten der euromediterranen Partnerschaft	65
1.3.1 Die Notwendigkeit des euromediterranen Handelsaustauschs	65
1.3.2 Die Euro-mediterrane Industrielle Zusammenarbeit	72
1.3.2.1 Investitionen	73
1.3.2.2 Innovation und Qualitätsstandards	74
1.3.2.3 Euromed Marktinstrumente	75
1.3.2.4 SME Entwicklung	76
1.3.3 Die Euro-mediterrane Energiekooperation	76
1.3.4 Die Euro-mediterrane Statistikkooperation (MEDSTAT)	77
1.3.4.1 SMAP	78
1.3.4.2 EMWIS	80
1.3.4.3 EUMEDIS	81
1.3.4.4 NATP	82
1.3.5 Die Euro-mediterrane Ökonomie-Netzwerk	83
1.3.6 Die Euro-mediterrane Transportkooperation	85
1.3.7 Die Euro-arabische Managerschule	86
1.3.8 Die Beförderung der Privatwirtschaft	87
1.3.9 Das Geschäftstreffen (Business Meetings)	88
1.3.10 Die Mobilitätspartnerschaft	89
2. Empirischer Teil	92
2.1 Die wirtschaftlichen Herausforderungen in den euromediterranen Partnerschaft	92
2.1.1 Die sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten	92

2.1.2 Die Zwischenstaatliche und ethnische Uneinigkeit	95
2.1.3 Hemmungen bezüglich der Migrationsbewegungen	98
2.1.4 Die Proliferation und der Terrorismus	102
2.1.5 Die Umweltverschmutzung	104
2.1.6 Kritiken an der Mobilitätspartnerschaft	106
2.1.7 Die europäische Finanz- und Schuldenkrise	107
2.1.8 Die Auswirkung und Ergebnisse der europäischen Demokratieförderung	109
2.1.9 Die Mittelmeerpolitik und die „more for more“ Annäherung	111
2.2 Die Sicherheitspolitischen Problemstellungen und Herausforderungen in der euromediterranen Partnerschaft	112
2.2.1 Externe Probleme für die EU	112
2.2.2 Interne Probleme für die Mittelmeerpolitik der EU	116
2.2.3 Europäische Krisen bzw. Konfliktmanagement	117
2.2.4 Deutsch-französische Interessenkollision	119
2.2.5 Externe Demokratieförderung zwischen Theorie und Praxis	124
2.2.6 Politischer Umbruch und Entstehung neuer Akteure im südlichen Mittelmeerraum	129
2.2.7 Sicherheitspolitische Hemmnisse in der Transformationsphase	134
2.2.8 Demokratieförderung bei der Friedrich Ebert Stiftung	145
2.2.9 Ergebnisse und Konsequenzen der europäischen Demokratieförderung	148
2.2.10 Migrationspolitik der ENP nach den Umbrüchen	149
2.2.11 Auswirkungen der südlichen sicherheitspolitischen Krisen auf Europa	151
2.3 Die euromediterrane Partnerschaft , eine neue Version	152
2.3.1 Die euromediterrane Partnerschaft zwischen Erfolg und Stagnation	152
2.3.2 Die Förderung der subregionalen Kooperation	155
2.3.3 Die Stärkung der Zivilgesellschaft	156

2.3.4 Beseitigung tarifärer und nicht tarifärer Handelshemmnisse	157
2.3.5 Die europäische Annäherungen im Nahen Osten zwischen Erfolg und Scheitern	158
2.3.6 Gewagte Schritte zur Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols	163
2.3.6.1 Schaffung neuer Gesetze und Dekrete	164
2.3.6.2 Wiederherstellung des Sicherheitssektors	164
2.3.6.3 Die Bedeutung der transnationalen Sicherheitskooperation	166
2.3.6.4 Keine schnelle Verbesserung der öffentlichen Sicherheit	166
2.3.6.5 Perspektiven für eine politische und wirtschaftliche Annäherung	167
2.3.7 Zukünftige Szenarien für die euromediterrane Partnerschaft	172
Schlussfolgerung	180
Literaturverzeichnis	184
Anhang	191

Abkürzungsverzeichnis

AL	Arabische Liga
AMU	Arab Maghreb Union
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BND	Bundesnachrichtendienst
BSP	Bruttosozialprodukt
BTBM	Business-to-Business Meeting
CIA	Central Intelligence Agency
DASA	DaimlerChrysler Aerospace
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
EAD	Euro-arabischer Dialog
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EMP	Euro-mediterrane Partnerschaft
EMWIS	Euro-mediterranean Water Information System
EUMEDIS	Euro-mediterranean Information Society
EPZ	Europäische politische Zusammenarbeit
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEM	Freihandelszone Europa-Mittelmeer
FEMISE	Euro-mediterranean Forum of Economic Institutes
FIS	Front Islamique du Salut
FR	Frankfurter Rundschau
GAFTA	Greater Arab Free Trade Area
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GESALO	German-Saudi-Arabian Liaison Office for Economic Affairs
GIA	Groupe islamique armé
GCC	Gulf Cooperation Council
IEEI	Lisbon Institute of International Strategic Studies
IWF	Internationaler Währungsfonds
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KSZM	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer
KZSG	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit am Golf
MCG	Mediterranean Cooperation Group
MDL	Mittelmeer-Drittländer
MEDA	(Mésures d'adjustment) Financial and technical measures to accompany the reform of social and economic structures in the mediterranean EU non-member countries

MEDAC Mediterranean Academy of Diplomatic Studies
MENA Middle East and North Africa
MEPP Middle East Peace Process Mercosur Mercado Común del Cono Sur
MOEL Mittel- und Osteuropäische Länder
NATO North Atlantic Treaty Organisation
NMD National Missile Defense
NuMOV Nah- und Mittelostverein
NZZ Neue Züricher Zeitung
OSZE Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa PMI Philip Morris Institute
PMU Project Management Unit
PSDP Private Sector Development Programme
RIOIA Royal Institute of International Affairs
SEBC Syrian-Euro Business Centre
SMAP Short and Medium-Term Priority Environmental Action Programme
SME Small and Medium-sized Enterprises
SWP Stiftung Wissenschaft und Politik
SZ Süddeutsche Zeitung
USA United States of America
VSBM Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
WEU Westeuropäische Union
ZEI Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Einleitung

Als Doktorand bei Pr. Dr. Kamal EL KORSO, Fachbereich Landeskunde war ich interpelliert mit dem Vorprojekt vom ehemaligen französischen Präsidenten Sarkozy in seiner Wahlkampfrede bezüglich der Gründung der UFM (Union für das Mittelmeer) und wobei er von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel streng kritisiert wurde, indem er nicht einseitig solche Initiativen unternehmen sollte, weil Frankreich ein Mitglied der EU ist und alle sozio-ökonomische Initiativen sollten unter der Schirmherrschaft der EU unternommen werden. Dabei und mit der Zustimmung meines Doktorvaters Pr. Dr. Kamel EL KORSO wurde das Thema des Vorhabens bezüglich des oben zitierten UFM eine Anregung und starke Motivation für die folgende Thematik zu forschen: Die Verstärkung der euromediterranen wirtschaftlichen Beziehungen. Diese Beziehungen sind heutzutage einer strategischen Stagnation ausgesetzt und daher hielt man es für notwendig, die bisherige Partnerschaft wieder unter der Lupe zu betrachten und sie einer genauen und sachlichen Prüfung unterzuziehen.

Es wäre falsch auch, die kritischen Situationen der Mittemeerländer sowie die irrtümlichen Auslegungen des so genannten arabischen Frühlings außer Betracht zu lassen. Man hielt es für zweckdienlich, dass die bisherige Euro-Mediterrane Partnerschaft in Anlehnung an den darauf bezüglichen Theorien und Annäherungen, sowie den internationalen Studien durchleuchtet werden soll, um neue wirtschaftliche Perspektiven herauszufinden und neue strategische Wege richtig einzuschlagen. Um diese Untersuchung durchführen zu können, gehen wir den folgenden Hauptfragen nach;

- Was sind die erwünschten Szenarien hinter der Gründung der euromediterranen Partnerschaft?
- Inwiefern könnten die Hindernisse ihrer Durchführbarkeit mit ihrem Erfolg kollidieren?

- Wie können die euromediterranen Länder von der europäischen Nachbarschaftspolitik und dem so genannten arabischen Frühling vernünftig profitieren?

Diese drei Fragen lassen sich in der folgenden Leitfrage erkennen;

- Welche Chancen hat die euromediterrane Partnerschaft um mit der daraus erwachsenen wirtschaftlichen Krisen rational umgehen zu können?

Um diesen Fragen nachzugehen, gehen wir von den Arbeitshypothesen aus:

- Die euromediterrane Partnerschaft basieren vorwiegend auf eine europäische unberechtigte Bedrohungswahrnehmung.
- Das erste Konzept der euromediterranen Partnerschaft war partiell fehlerhaft und daher könnte sie kaum den zukünftigen potentiellen Krisenschadlos entgehen.
- Die Durchführbarkeit der EMP hängt wesentlich von der Beseitigung der Probleme im Bezug auf die europäische Nachbarschaft (ENP) sowie von den Konsequenzen des so genannten arabischen Frühlings ab.
- Allein durch die konstruktive Wiederherstellung und die Verbesserung der euromediterranen Beziehungen und durch die politischen und wirtschaftlichen Reformen in den Südnachbarländern und auch in der europäischen Union bzw. die Lösung der Schuldenkrise , die Berichtigung der Flüchtlingspolitik und die Verbesserung der Konditionalität den Mittelmeerländern gegenüber , könnte solide und erfolgreiche Partnerschaft zwischen allen Seiten erreicht werden.

Der Theoretische Teil befasst sich im ersten und zweiten Kapitel mit der europäischen Mittelmeerpolitik gegenüber den Mittelmeerländern (1957 bis 1990). Hier wird vertieft auf die ersten Schritte zur Gründung der euromediterranen wirtschaftlichen sowie der politischen Beziehungen ,die verschiedenen Etappen und Entwicklungen , die die heutige euromediterrane

Partnerschaft gebildet haben, eingegangen .Im Kapitel zwei wird auch der Mechanismus dieser Partnerschaft dargestellt , dann kommen das Ordnungsprinzip ,die Funktionsdifferenzierung, die europäische Nachbarschaftspolitik , die Hindernisse bei der Umsetzung der europäischen Partnerschaft bis zur letzten Etappe der Entwicklung der EMP, die Idee der Union für das Mittelmeer und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols hinzu .Im Kapitel drei wird eine Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Kooperationen erörtert, darunter gibt es zum Beispiel die Industriekooperation, die Energiekooperation und die Mobilitätspartnerschaft. Der empirischer Teil dreht sich detailliert um ein sensibles Feld Beziehungsweise um den wirtschaftlichen Korb .Das erste Kapitel befasst sich mit einer eingehenden Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen und der Hindernisse in Bezug auf die Kontinuität sowie die Durchführbarkeit der euromediterranen Partnerschaft. Beleuchtet werden auch im Kapitel zwei die sicherheitspolitischen Schwierigkeiten im Lichte der europäischen Konflikte, der Demokratieförderung, der südlichen Umbrüche und der Transformationsphase. Das Kapitel zwei basiert auf der Wahrnehmung der zukünftigen Möglichkeiten sowie die potenziellen Gefahren, dies enthält natürlich die wirtschaftlichen Konsequenzen der euromediterranen Partnerschaft für die arabischen Länder und die europäische Union. Diskutiert wird hier die deutsch - französische Komplementarität im Mittelmeerraum. Schließlich kommt es im Kapitel drei um eine neue Vision der euromediterranen Partnerschaft. Hier werden wichtige Lösungen und Empfehlungen ausführlich gegeben und zukünftige Aussichten vorgeschlagen, um die euromediterranen Beziehungen in das rechte Gleis wieder zu bringen.

1. Theoretischer Teil

1 . 1 Die europäische Mittelmeerpolitik gegenüber den Mittelmeerländern (1957- 1990)

Zwar ist der Barcelona Prozess erst 1995 in Erscheinung getreten, es wäre aber falsch zu sagen , er ist eine Entdeckung einer mittelmeerisch-afrikanischen Peripherie, die sich aus dem Ende des Ost-West Konflikts ergeben hat. Eigentlich steht der Barcelona Prozessvielmehr für eine Weiterentwicklung der europäischen Mittelmeerpolitik. Dieser Prozess soll später zur Entstehung der europäischen Integration führen. Um die Hauptelementen des Barcelona Prozesses sowie seine wichtige Etappen während seiner Kontinuität von 1957 bis 1995 gut verstehen zu können und auch seinen Status vonseiten der europäischen Union richtig abzustecken und schließlich ein exaktes Fazit zu ziehen , es ist ratsam, auf die europäische Mittelmeerpolitik seit der Unterzeichnung der römischen Verträge zurückzugehen. Der Barcelona Prozess soll anschließend gründlich durchleuchtet werden damit wir uns einen richtigen Einblick in die Entwicklung dieses Prozesses verschaffen können¹.

1.1.1 Die europäischen Interessen in der Mittelmeerregion

Der Mittelmeerraum ist für die europäische Union nicht nur einen Feld von wirtschaftlicher, sondern auch politischer, sicherheitspolitischer, kultureller und sozialer Bedeutung, was sich tatsächlich in der europäischen Strategie (ESS) vom 12. Dezember 2003 herausgestellt hat. Diese europäische Strategie beinhaltet wesentlich eine weitere Unterstützung für die Mittelmeerpartnern durch eine effektive Wiederherstellung einer Wirtschaftssicherheit und kulturpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses. Obwohl ein besonderen Wert auf die europäische Rolle gegenüber der arabischen Welt gelegt wurde, blieb die Rede bezüglich der europäischen Mittelmeerpolitik von einer Möglichkeit , zu einer einheitlichen ,festen und erfolgreichen Politik zu kommen , ganz einfach unmöglich .

¹Carlo Massala(2000) : Die Euro-Mediterrane Partnerschaft Geschichte -Struktur- Prozess ZEI Discussion Paper C 68, Zentrum für europäische Integrationsforschung, Bonn, S.5

Die von Sarkozy ausgegangene Initiative, eine Union für das Mittelmeer zu kreieren hat offensichtlich die Glaubwürdigkeit des seit 1995 bestehenden Barcelona Prozesses, der euromediterranen Partnerschaft sowie der Versuchen zur Belebung der euromediterranen Beziehungen einer genauer Prüfung unterzogen. Das alles kann auch bedeuten, die entstandenen Folgen sowie die Auswirkungen des Barcelona Prozesses nochmal kalkulieren, alle Schwierigkeiten richtig definieren und schließlich richtige Maßnahmen zu nehmen, um das erhoffte Ziel zu erreichen und Staaten mehrerer Verantwortung herbeizuführen. Man findet es aber auch sehr notwendig, dass die europäischen Staaten gemeinsam miteinander vereinbaren und ihre unterschiedlichen Politiken in Übereinstimmung zu bringen, weil die Mittelmeerunion eine Mission für ganz Europa ist, was tatsächlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel offenbar erklärte²

1.1.2 Die europäische Mittelmeerpolitik

Der Impuls zum Ausarbeiten eines gemeinsamen Konzepts den Mittelmeeranrainerstaaten gegenüber ging von außen aus, genauer gesagt von den nordafrikanischen Staaten, die dieses Konzept zur Kompensation der internen Politik der europäischen Gemeinschaft gewollt haben. Diese genannte Politik hatte ihrerseits doch klar gezeigt, inwieweit sich die europäische Diskriminierung den Nordafrikanischen Ländern gegenüber erstrecken könnte³. Die Abkommen der EG⁴ bezüglich der Norderweiterung um Großbritannien, Irland und Dänemark wurden auch verlangt. Erst 1972 kam die Antwort der europäischen Gemeinschaft auf diese externen Herausforderungen und Hemmnisse mit der Aufnahme von den Handlungen. Diese Antwort bezweckte damit, eine führende politische Rolle zu übernehmen und durch einheitliche Verträgen den Frieden in dem Mittelmeer, der für Europa von Bedeutung ist, zu bewahren. Aber bald haben Schwierigkeiten dabei aufgetaucht, das zeigte sich vor allem in den

² **Arnold Kamel** (2008), Die Mittelmeerpolitik der europäischen Union von Barcelona (1995) bis Paris (2008), Kölner Forum für internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik, Deutschland, S.1.

³ **Richard Pomfret** (1986): The mediterranean policy of the European Community, London, S. 38.

⁴ EG ist eine Abkürzung und bedeutet die europäische Gemeinschaft.

Kooperationsabkommen beziehungsweise in den Finanzprotokollen der Kooperation mit den Mittelmeerdriftländern. Weitere Schwierigkeit entpuppte sich wenn diese Kooperationsabkommen auf unbestimmte Zeit abgemacht wurden und ähnliche Grundstruktur enthalten. Diese Abkommen sollten den MMDL⁵ einen freien Zugang zu den Industrieprodukten sowie einen Zollbegünstigten Zugang zu manchen Agrarprodukte gewähren⁶. Obwohl die meisten Abkommen lächerlicherweise keine wechselseitigen Präferenzabkommen waren, wurden die sogenannten Projektabkommen schließlich getroffen.

Die Essenz der Kooperationsabkommen war auch die Schaffung eines bilateralen Kooperationsrates (EG plus ein MMDL), der auf Ministerebene seine Tagung abhält und jedes Mal die bei der operativen Umsetzung der Abkommen aufgetretenen Probleme und Schwierigkeiten bespricht. Um richtige und einstimmige Lösungen für weitere potentiale Konflikte herauszufinden, wurde stärkend die Konsolidierung der Beziehungszusammenhänge sowie die Verstärkung des Organisationsgrades empfohlen⁷. Zwar in der Periode von 1973 und 1977 vereinbarte die europäische Gemeinschaft mit fast allen MMDL, kooperationsabkommen und Finanzprotokolle zu unterzeichnen (Ausnahmen waren Albanien und Jugoslawien), aber erschwerte später die Süderweiterung der europäischen Gemeinschaft um Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1986 die Lage für die MMDL. Nochmal und unvermutet zeigte sich eine starke Konkurrenz mittelmeerischer Agrarprodukte auf dem europäischen Markt, was einen ungünstigen Effekt auf die MMDL, überwiegend auf die Maghreb-Staaten hatte⁸. Im Jahre 1983 hat die Gemeinschaft diese Gelegenheit genutzt und begann Sondierungsgespräche mit den MMDL wegen der Abstimmung der Kooperationsabkommen unterzunehmen. Die Vereinbarung darüber wurde aber bis Jahr 1987 in Frage gestellt. Was die Handelsprotokolle betrifft,

⁵MMDL oder MDL steht für die Mittelmeerländer

⁶Masala, Bonn 2000, S.6-7.

⁷Masala, Bonn 2000, S. 7.

⁸Roy Ginsburg (1989): Foreign Policy Action of the European Community, The politics of scales, London, S. 119-120.

wurden diese erneuerten Abkommen 1988 in Kraft gesetzt ,und dabei haben die Staaten der Gemeinschaft den MMDL zugesichert, die noch bestehenden Restriktionen in Bezug auf bestimmte Textilprodukte ganz und bezüglich der Agrarprodukte teilweise zu beseitigen⁹.Zu jener Zeit war es ganz klar, dass die Aktivitäten der EG nicht mehr allein wegen externen Druckes erfolgten, sondern wegen einer Einsicht in die Notwendigkeit zu einer eigenständigen und offensiven Politik. Das lässt sich an der ansteigenden Anzahl von Deklarationen der EPZ in der Periode zwischen 1973 und 1985 erkennen. Es ist wichtig auch zu erwähnen, dass die Mittelmeerpolitik der europäischen Gemeinschaft zu dieser Zeit als „ *self styled logic* “kenngezeichnet wurde¹⁰.Die Verschlechterung der von Ende 80er Jahre bis heute resultierten Probleme in den südlichen Mittelraumländern sowie die daraus potentialen gefährlichen Auswirkungen für die europäische Gemeinschaft zwang diese letzte , ihre Strategien den MMDL gegenüber noch einmal und zum dritten Mal abzuändern. Diese Justierung kennzeichnete sich durch die Verlängerung der Finanzprotokolle mit den Staaten der Union des arabischen Maghrebs (UMA) wie auch den Staaten der Levante, in der im Gegensatz zu dem bis 31.Oktober geltenden alten Finanzprotokollen eine Finanzaufstockung um40%, auf2. 375 Milliarden veranschlagt wurde , und Schließlich die Beschleunigung der allmählichen Aufhebung der Handelsrestriktionen bis Ende 1993 erzielt wurde und nicht wie bei der Aushandlung der alten Finanzprotokolle.

1.1.3 Die bilateralen Handelsabkommen (die römischen Verträge)

Die europäische Gemeinschaft wollte von Anfang an, dass ihre Außenwirtschaftsbeziehungen als „ mediterran “ charakterisiert werden, und aus dem einfachen Grund, dass sie den beiden französischen Protektoraten Tunesien und Marokko den Vorzug gibt¹¹.Diese historischen Faktoren wurden in den folgenden Jahren durch Assoziationsverträge mit Griechenland,

⁹ Im Bezug auf die Agrarprodukte blieben die sog. „sensiblen Produkte“ wie Öl, Zitronen und Tomaten weiterhin Mengenbeschränkungen bei der Einfuhr unterlegen.

¹⁰ **Roy Ginsburg** : Foreign Policy Action of the European Community , S. 91.

¹¹ **Anette Jünemann** (1999): Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen und Zielkonflikte, in: Wulfdiether Zippel (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden-Baden, S. 29-65, S. 37.

der Türkei, Malta und Zypern verstärkt. Mit einigen Nordafrikanischen Ländern beiseiterweise Tunesien und Marokko sowie Nahöstlichen Staaten wie Ägypten, Jordanien Syrien und Libanon wurden auch Anfang der 70er Jahre Assoziationsabkommen bezüglich präferentiellen Handelsabkommens abgemacht, die die Handelszusicherungen, Einfuhrquoten für Produkte aus diesen Staaten in die europäischen Markt sowie die Zusicherung ökonomischer Hilfe umfassen , was der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dank dieser Handelsabkommen ermöglichte , solide Beziehungen mit diesen Staaten zu unterhalten. Trotzdem wurde diese europäische Politik zu den mediterranen Staaten im Ganzen als „ *Stückwerkpolitik* “ angesehen¹².

1.1.4 Der Euro-arabische Dialog

Genauso wie die globale Mittelmeerpolitik trachte der Euro-arabische Dialog (EAD) danach, den Nord-Süd-Konflikt durch die Verwendung kooperativ-integrativer Grundelemente zu lösen. Teilnehmer waren die europäischen Mitgliedsstaaten und die Arabische Liga. Der EAD¹³ steht eigentlich für den sekundären politischen Bestandteil in der bis dahin ökonomisch-ausgerichteten Mittelmeerpolitik .Die Schaffung des Euro-arabischen Dialogs zielten auch in dieser Zeit darauf, eine angemessene Kompensation für die vermutlich aus der EU-Süderweiterung ergebenden Handelspolitischen Hindernisse herauszufinden. Es liegt doch bei der EU sowie der Beitrittsländern, ob sie ihre gemeinsamen Aussichten und die Forderungen der MDL vernünftig und vertrauensvoll aufeinander abstimmen wollen¹⁴.Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass die deutliche Kollision der Interessen der nördlichen und südlichen EG- Mitglieder den Konflikt unter all diesen oben erwähnten Faktoren anheizen könnte. Die nordeuropäischen Staaten¹⁵ zählen zu den starken Exporteuren , und indem sie die damals verzwickte EU-

¹²**Detlev Puhl (1982):** Die Mittelmeerpolitik der EG: Strukturschwächen des EG-Systems bei der Verwirklichung des Globalkonzeptes, Kehl, S. XI.

¹³ **EAD** ist eine Abkürzung und bedeutet der Euro-arabische Dialog.

¹⁴**Jacobs, Andreas (2003)**, Problematische Partner. Europäisch-arabische Zusammenarbeit 1970–1998, Köln,S.268.

¹⁵Diese Staaten sind Dänemark, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Irland und die Benelux-Staaten.

Haushaltslage durch eine Ausbreitung der Handelsteile in der Mittelmeerpolitik zu verbessern suchten, wollten die südeuropäischen Mitglieder hingegen mehr Finanzmittel für die Kooperationsaufgaben bei gleichzeitiger anhaltender Ablehnung, um den europäischen Agrarmarkt für die aus den MDL exportierenden Konkurrenzprodukte zu öffnen¹⁶. Die Rolle der EG-Staaten als politischer Partner im arabisch-israelischen Konflikt ermutigte die arabische Seite dazu, die erste Initiative in diesem Dialog zu ergreifen¹⁷. Einige EU-Staaten betonten aber, dass die europäisch-arabische Institutionalisierung als eine Form vom europäischen Einfluss im Nahen Osten sowie Mittleren Osten verwandt werden soll. Die Ölkrise bestätigte ihrerseits die Notwendigkeit einer kooperativen Partnerschaft mit den Erdöl produzierenden Staaten. Bei den Sondierungsgesprächen versteht man, dass der Dialog sich nicht unbedingt um den arabisch-israelischen Konflikt drehen sollte. *Steinbach* bezeichnete das damalige europäische Leitmotiv der Nahostpolitik als ein „Äquidistanz“ gegenüber den Konfliktparteien¹⁸. Dies zeigte sich in der parallelen Gesprächsaufnahme mit Israel, die ein Jahr später mit der EG ein Handelsabkommen getroffen hat. Masala, eine Forscherin bezeichnete auch die arabische Antwort auf dieses Handelsabkommen als „Schlag ins Gesicht“, der die Möglichkeit, die EG als ein Antagonist zur regionalen US-Dominanz sein zu können, auf das Spiel setzt. Im Jahre 1979 ließ Ägypten von seiner Mitgliedschaft in der Arabischen Liga nach dem Abschluss des Friedensvertrags von Camp David ab, um eine potentielle drohende Ausschluss zu vermeiden. Doch die politische Isolierung der wichtigen arabischen Akteure verhinderte die Möglichkeit, sich eine wirksame und einheitliche arabische Strategie zu entstehen, was später zu Ende des EAD führen wird. In dieser Zeit haben sich ebenso bilaterale Konflikte zwischen

¹⁶ **Tovias, Alfred (1996)**: The EU's Mediterranean Policies Under Pressure, in: Gillespie, Richard (Hrsg.): Mediterranean Politics, Vol. 2, Essex, S. 12.

¹⁷ **Tomkys, Roger (1987)**: European Political Cooperation and the Middle East: A Personal Perspective, in: International Affairs, Nr. 3, S. 427.

¹⁸ **Steinbach, Udo (1979)**: Der Europäisch-Arabische Dialog. Ein Beitrag zum Frieden im Nahen Osten?, in: Hasenpflug, Hajo (Hrsg.): Die EG-Außenbeziehungen, Stand und Perspektiven, Hamburg, S. 312.

den verbliebenen regionalen Kernstaaten immer mehr verschlimmert¹⁹. Kürz nach diesen Ereignissen ließ der EAD von der europäischen Seite nach, und wurde erst 1983 erneut offiziell aufgenommen²⁰. Da die Gründung des Golfkooperationsrats (GCC) am 26. Mai 1981 alle Erdöl exportierenden Länder umfasste und daher zu eine effektive interregionale Kooperation führte, kann Man damit sagen , dass hier eine andere konkurrierte Institution allmählich entstanden. Zwar schien die europäische Mitteleerpolitik seit Anfang der 90er Jahre eine ernste Angelegenheit zu sein , aber der durch Assoziierungsabkommen angestrebte Erfolg ist wegen des Entwicklungsabstands zwischen den Staaten der EG und den MDL lächerlicherweise ausgeblieben .Die Anwendung der Demokratisierungsprozess in den MDL stellte sich später als ein Traum heraus, weil diese letzte Staaten auf keinen Fall Einmischungen in ihren inneren Angelegenheiten zulassen werden. Man kann fast sagen, die EG hat im Grunde unüberbrückbare Schwierigkeiten, ihre sogenannte Ziele beziehungsweise wirtschaftlicher Wohlstand, politische Liberalisierung und Süd-Stabilisierung zu verwirklichen²¹.

1.1.5 Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit und die 5+5 Gespräche

Der spanische- italienische Gedanke eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzuberufen, zielte darauf, ein System zu kreieren, das die Stabilität, die Sicherheit sowie die Lösung von Krisen versichern kann²². Dabei wurde auch der Globalität, Progressivität und Integralität einen besonderen Wert gegeben. Der Aufbau des KSZM gliedert sich in drei abgestimmten Körben (Sicherheit, Zusammenarbeit und

¹⁹ **Al-Mashat, Abdul Monem (1986)**: Regional Institutions: State Withering or Consolidation. The Case of Arab Summits, in: The International Spectator, Nr. 2, S. 34–42.

²⁰ **Regelsberger, Elfriede (1990)**: The Euro-Arab Dialogue: Procedurally innovative, substantially weak, in: Regelsberger, Elfriede und Geoffrey Edwards (Hrsg.): Europe's global links, The European Community and interregional cooperation, London, S. 57.

²¹ **Babak Khalatbari (2004)**Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika?Philosophische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität, Witten, S.15.

²² **Fernando Fernandez-Ordonez (1990)**: Eine Sicherheitsstruktur für den Mittelmeerraum, in: NATO-Brief 5, S. 9-13, S. 10.

Menschenrechte). Unterschiedliche Gründe beweisen die Behauptung, dass dieses spanisch-italienische Projekt von Anfang an schiefgegangen ist. Unter diesen Gründen gibt es vor allem;

- Zum einen schienen die Reaktionen der südlichen und östlichen mediterranen Staaten über dieses Projekt sehr zurückhaltend zu sein.

- Die Sicherheits- und Menschenrechtsfragen stehen bei den meisten Herrschern dieser Region nicht zu Diskussion.

- Ferner wird die geographische Anlage dieses Projektes zu breitbetrachtet .

Die verschiedenen Probleme zwischen den Staaten des Mittelmeerraums ermöglichte die KSZM nicht dazu, ein richtiges Forum zu darstellen ,in dem all diese Schwierigkeiten beseitigt werden können ²³ .Außerdem fehlten Blockstrukturen und Führungsmächte in den verschiedenen Subregionen des Mittelmeerraumes, die ein effektives Verhandeln ermöglicht hätten.

- Drittens und amerikanisch haben die Vereinigten Staaten angedeutet, dass der Friedensprozess im Nahen Osten das Ziel der KSZM werden und damit multilateralisiert werden könnte, was die bis jetzt benutzte einseitige Politik der USA bedrohen könnte ²⁴ .Das Scheitern der KSZM gab Frankreich , das tatsächlich die italienisch-spanischen Initiative zugestimmt hat, die Gelegenheit ihrerseits eine andere Mittelmeerinitiative zu starten, die sich wahrscheinlich nur auf die Mitgliedsstaaten der Union des Arabischen Maghrebs sowie die südeuropäischen Staaten Spanien, Frankreich, Portugal und Italien begnügen sollte. Die Struktur dieser Initiative ist eigentlich dem Prinzip der KSZE ähnlich, trotzdem wurde ein vierter Korb angeschlossen, der vierte Korb enthält die Kooperation im Bereich des Umweltschutzes²⁵ . Danach im Jahr 1991 hat Malta an diesen Gesprächen teilgenommen, und damit wurde diese französische Initiative als 5+5 Gespräche genannt. Getrübt wurde die Initiative aber durch unterschiedliche regionale Faktoren, darunter erwähnen wir zum Beispiel der ausbrechende Bürgerkrieg in Algerien, sowie die

²³ Masala (2000), Bonn, S. 11.

²⁴ Stephen Larrabee/Jerold Green/Ian. O. Lesser/Michele Zanini (1997): NATO's Mediterranean Initiative: Policy Issues and Dilemmas, Santa Monica, S.18.

²⁵ Anette Jünemann: Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel, S. 45.

rätselhafte Westsaharfrage, die die algerisch-marokkanischen diplomatischen Beziehungen rasch gelähmt hat. Überdies gab es die Abwesenheit Ägyptens von den 5+5 Gespräche. Aus diesen Gründen haben die ersten Beratungen die Gelegenheit verpasst, das erwünschte Ergebnis in diesem multilateralen Forum zu erzielen²⁶.

1.1.6 Die mediterranen Initiativen von OSZE²⁷, NATO²⁸ und WEU²⁹

Es waren die südeuropäischen Staaten besonders Malta, die gewollt haben, dass die Veranstaltung der KSZE vorwiegend um den Mittelmeerraum und seinen unterschiedlichen Angelegenheiten drehen soll. Malta gab beim Treffen von Helsinki im Jahr 1975 zu verstehen, dass es sein Vetorecht dagegen einlegen würde falls die arabischen MDL nicht eingeschlossen würden. Zuzufolge dieser diplomatischen Voraussetzung bietet es sich den südlichen Mittelmeerranrainern die Gelegenheit, dazu Stellungnahmen, beziehungsweise „Beiträgen“ abzugeben, aber ohne an der Konferenz tatsächlich teilzunehmen. Mit Ausnahme von Libyen und Libanon haben alle MDL dieses Angebot ausgenutzt. Was eigentlich ausfällt, ist die Tatsache dass bezüglich der Beitragseinladungen und anders als bei der EMP Jordanien nicht eingeladen wurde³⁰. Bei der ersten Debatte um die Sicherheit Europas betonten Frankreich, Italien, Spanien und Malta, dass die Sicherheit in Europa eine gemeinsame Frage ist und sich deswegen die KSZE ebenso mit Sicherheitsfragen im Mittelmeerraum befassen muss. Im Gegensatz dazu hatten die anderen KSZE-Teilnehmer scharfe Auffassungen, insbesondere die Vorstellung der USA und Russlands, das steht bereits in dem Aufbau der KSZE, dass diese Sicherheit eine europäische Gelegenheit bleiben muss³¹. Dank des damaligen deutschen Außenministers *Genscher* haben die amerikanischen sowie britischen Zweifel an diesem Vorhaben Partiiell geschwunden, was die Aufnahme eines Mittelmeerkapitels in der Schlussakte von Helsinki erneut auf den richtigen

²⁶ Masala, Bonn 2000, S.12.

²⁷ OSZE steht für Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa PMI Philip Morris Institute.

²⁸ NATO steht für North Atlantik Treaty Organisation.

²⁹ WEU steht für Westeuropäische Union.

³⁰ Ghebaldi, Yves (1991): La diplomatie de la détente. La CSCE, Bruxelles, S. 369.

³¹ Masala(2000), Baden-Baden, S. 175.

Weg gebracht hat³². Deshalb wurde in jedem abschließenden Dokument dem Mittelmeer ein Unterkapitel bestimmt. Die integrale Methode der Regulierung des Ost-West-Konflikts ist seit der Stockholmer Konferenz 1984, bei gleichzeitiger regionaler Differenzierung, zur multilateralen Anwendung³³. Die Forscherin *Masala* behauptete erklärend, dass es bei diesem problematischen Zustand wenn auch nach dem Ende des Ost- West-Konflikts und der Umbenennung der KSZE in OSZE nicht viel erzielen könnte. Einige MDL wurden dazu eingeladen, in Helsinki den „ Follow-up “Konferenzen zu belegen, um sich an ihren „ *oral and written contributions* “beteiligen zu können, was die Kooperationen vorantreiben könnte.

1.1.6.1 OSZE

Am 14. Juli 1995 wurde das erste Treffen auf Ministerebene zwischen OSZE-Troika und Nicht-OSZE-MDL veranstaltet. Zwecks der Beschäftigung mit der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) im Mittelmeerraum wurde ein Jahr später eine Mittelmeerkonferenz in Kairo veranstaltet. Die laufende Benennung der OSZE-Kooperation als „*Non-Participating Mediterranean States*“ hat sich dank eines Entschlusses vom 5. Dezember 1995 in „ *Mediterranean Partners for Cooperation*“ geändert. Die sechs mediterranen Partner für Kooperation sind: Algerien, Ägypten, die israelische Regierung, Jordanien, Marokko und Tunesien³⁴. Es ist doch zu verwundern, einerseits hat das Interesse am Umgang mit der Mittelmeerländern innerhalb der OSZE durch den veränderten globalen und regionalen Rahmenbedingungen Anfang der 90er Jahre sehr stark nachgelassen und andererseits wurden Überlegungen zur Anwendung eines starken sicherheitspolitischen Kooperationsrahmens außerhalb der OSZE angestellt³⁵. Im Vergleich zu NATO- und WEU- Strukturen war die OSZE dank

³² **Van Well, Günther** (1976): Die Entwicklung der gemeinsamen Nahost-Politik der Neun, in: Europa-Archiv, Nr. 4, S. 125. Die Helsinki-Schlussakte ist abgedruckt in: **Auswärtiges Amt (Hrsg.):** (1990) Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozeß, 7. Auflage, Bonn, S. 50-122.

³³ **Link, Werner** (1991): Der Ost-West-Konflikt, in: Knapp, Manfred und Gert Krell (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. Ein Studienbuch, 2. Auflage, München, S. 176.

³⁴ **Babak Khalatbari** (2004), Witten, S. 21.

³⁵ **Jacobs** (2003), Köln, S. 311.

ihrer steigenden Mitgliedsstaatenanzahl ein kläglicher Versuch, um die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Mittelmeerraum zu bewältigen.

1.1.6.2 NATO³⁶

Zum Beginn der 90er Jahre hat die Ad-hoc-Gruppe den Mittelmeerraum erheblichen Bedrohungen ausgesetzt, was der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) auch aus der südlichen Peripherie gefährden könnte. Das kam daher, weil die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges ihre *Area of Responsibility* (AOR) und ihre *Area of Strategic Interest* (AOSI) erneut bestimmt hat, wobei das südliche und östliche Mittelmeer politisch und strategisch aufgewertet wurde. Im Rahmen der Dezembertagung genaueresagt im Dezember 1994 wurde vereinbart, ein Kooperationsprogramm für den Mittelmeerraum zu entwickeln und das Ziel war es, die Zusammenarbeit mit den südeuropäischen Staaten zu institutionalisieren. Die Atmosphäre der Verhandlungen war aber sehr gespannt, in der die südeuropäischen Mitglieder ihren nordeuropäischen Vertragspartnern klargestellt, dass sie nicht mehr die Absicht haben, die laufende Politik der Osterweiterung zu folgen, wenn es nicht zum Ausgleich auch auf ihre Sicherheitsbedürfnisse eingegangen würde. Zwecks des Informationsaustauschs sollte sich auch der geführte Dialog nur mit Ägypten, Mauretanien, Marokko, Tunesien und die israelische Regierung beschränken, und Themen wie die militärischen Hardware und die Strategie sollten möglichst vermieden werden;

„As a result, Egypt, Israel, Morocco, Mauritania, and Tunisia participated in the round of dialogue. This round, conducted during summer and autumn 1995, provided the opportunity for the international staff of NATO to brief the participants extensively on NATO’s various activities, including its programs of external outreach, partnership, and internal adaptation, and its general approach to building cooperative security structures.”³⁷

³⁶ NATO steht für North Atlantic Treaty Organisation.

³⁷ Solana, Javier (1997): NATO and the Mediterranean, in: Mediterranean Security at the Crossroads, a special Issue of Mediterranean Quarterly, Duke University Press, Durham, S. 17.

Ausgenommen wurden dabei Serbien und Libyen von diesem Dialog, andere Staaten konnten wegen den unterschiedlichen und deutlichen Interessen nicht daran ausgewählt werden. Algerien zum Beispiel, das von Spanien zu diesem Dialog empfohlen wurde³⁸, wurde ganz einfach abgelehnt. Im Gegensatz dazu konnten Jordanien und die israelische Regierung daran ab 1995 teilnehmen, man sagte, dass die USA auf Jordanien und die israelische Regierung politischen Druck ausgeübt hat damit diese Letzten am Dialog teilnehmen³⁹. Die zum ersten Mal Aufnahme von Gesprächen erfolgte darauf im Jahre 1995, wo verschiedene Themen wie die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den Mittelmeerländern, die Möglichkeiten der regionalen Kooperation und des gemeinsamen *Peacekeepings* aufgerollt wurden. Die europäische Seite ist der Meinung, dass diese Initiative vor allem in den arabischen Teilnehmerstaaten zu einem besseren Verständnis nicht nur für die NATO-Aufgabe sondern auch deren Aktivitäten in Mittelmeerraum beitragen kann⁴⁰.

Um diesem Forum flexibel zu machen und ihn von den regionalen Konflikten trennen zu können, sollte der Dialog sowohl inhaltlich als auch im Bezug auf seine Teilnehmer möglichst sichtbar und offen gestaltet werden. Hinsichtlich des diplomatischen Ablaufs geht man bei dieser Strategie auf die bilaterale Basis des Prinzips 16 + 1 zurück, wobei eine Veranstaltung multilateralen Zusammentreffens aller Dialogpartner ermöglicht wurde⁴¹. All diese von einem *Partnership of Peace* ausgehenden Versuchungen und Bemühungen waren jedoch vergeblich, weil die USA und die BRD es nicht zulassen würden, dass das NATO-Bündnis für die transatlantische Sicherheit den südlichen und östlichen Mittelmeeranrainern den gleichen Stellenwert beimessen würde wie den Staaten Mittel- und Osteuropas. Frankreich zum Beispiel stellte sich als Gegenspieler eines solchen Projekts heraus, denn die Institutionalisierung der

³⁸ Der Staat Algerien konnte erst Februar 2000 daran teilnehmen.

³⁹ **Larrabee, Stephen/Green, Jerrold/Lesser, Ian O. und Michele Zanini (1997):** NATO's Mediterranean Initiative: Policy Issues and Dilemmas, Santa Monica, S. 27. Künftig zitiert als: Larrabee, Santa Monica.

⁴⁰ **De Santis, Nicola (1998):** Die Zukunft der Mittelmeerinitiative der NATO, in: NATO-Brief, Frühjahr, S.34.

⁴¹ **Nordmann, Jette:** Der Mittelmeerdiallog. Beseitigung von Missverständnissen und Aufbau von Vertrauen, in: NATO-Brief, Juli/August, S. 27.

Beziehungen zwischen NATO- und den nordafrikanischen Staaten könnte allmählich den vorherrschenden französischen Einfluss im Maghreb entfernen⁴².

Die Intensivierung des Dialogs sowie die Wahrnehmung der Interessen Spaniens, Italiens und Portugals benötigte während der am 8. Juli 1997 veranstalteten NATO-Ratssitzung⁴³ die Gründung des *Mediterranean Cooperation Group* (MCG) auf der Basis 19+1 bilateral und ab Oktober 2001 auf Basis von 19+7 multilateral. Dieser Schachzug stellte jedoch eine Umbenennung der alten Dialogstruktur dar, da der Vorsitzende des politischen Komitees derselbe Vorsitzende der MCG-Treffen ist⁴⁴. Obwohl das Fazit dieses Mittelmeerdialogs leider anspruchslos ist, betrifft es aber nicht nur die finanziellen Rahmen sondern auch die Ergebnisse. Die arabischen Bevölkerungen und Regimesehen die NATO als ein Instrument amerikanischer Hegemonialpolitik an, ehrlich gesagt als strategische potentielle Bedrohung. Diese Vorstellung beruht auf der Tatsache, dass die NATO die israelische Regierung durch die sicherheitspolitischen Zusammenarbeit beistehen versucht, und diese Letzte wird in der Region von den arabischen Nachbarn als „die größte Sicherheitsbedrohung“ angesehen⁴⁵. Darüber hinaus erregte die Äußerung des ehemaligen NATO-Generalsekretärs *Willy Claes* den Anstoß wenn er behauptete, dass der Islam genau der Gefahr des Marxismus-Leninismus wegen der großen politischen Verstimmungen in den MDL gleicht, der Marxismus-Leninismus, die bis heute nicht zu vergessen ist⁴⁶. Die nächsten allgemeinen strategischen Annäherungen drehten sich gründlich um den Sachverhalt, dass: „... *with the end of the Cold War, the*

⁴²**Jacobs, Andreas und Carlo Masala (1999):** Vom Mare Nostrum zum Mare Securum. Sicherheitspolitische Entwicklungen im Mittelmeerraum und die Reaktionen von EU und NATO, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 17/, S. 35.* Künftig zitiert als: Jacobs und Masala, Bonn 1999.

⁴³**Bin, Alberto (2002):** Nato's Mediterranean Dimension, in: Hultdt, Bo u.a. (Hrsg.): *Euro-mediterranean Security and the Barcelona Process, Strategic Yearbook 2003, Stockholm, S. 271.*

⁴⁴**Larrabee, Stephen/Green, Jerrold/Lesser, Ian O. und Michele Zanini (1997):** NATO's Mediterranean Initiative: Policy Issues and Dilemmas, Santa Monica 1997, S. 27. Künftig zitiert als: Larrabee, Santa Monica.

⁴⁵**Jacobs, Köln 2003, S. 328**

⁴⁶**Kadry Said, Mohamed (2003):** A Southern perspective and Assessment of Nato's Mediterranean Security Dialogue, in: Brauch, Günter u.a. (Hrsg.): *Security and Environment in the Mediterranean. Conceptualising Security and Environmental Conflicts, Berlin, S. 192.*

*Mediterranean, which had often been considered Europe's strategic backwater, is now a region where the Alliance may be most likely to face new challenges*⁴⁷. Wann und inwiefern diese Strategie durchführbar sein wird oder ob das Bündnis überhaupt noch eine sicherheitspolitische Zukunft verspricht, wird sich trotz der Prager Konferenz erst in den nächsten Jahren zeigen und auch für den Mittelmeerraum Konsequenzen haben. Die US-amerikanischen Ansichten in Bezug auf die Sensibilisierung der NATO für den Nahost-Friedensprozess werden auch zukünftig bei diesem Prozess von effektiver Bedeutung sein.

1.1.6.3. WEU⁴⁸

Im Jahr 1987 beschäftigte sich die Westeuropäischen Union mit dem Mittelmeerraum in Bezug auf sicherheitspolitischen Herausforderungen, die im WEU-Ratsbeschluss vom November 1986 festgelegt wurden. Die Arbeitsgruppe, die viermal im Jahr vom Ministerrat ernannt wurde, wurde beauftragt, Studien über destabilisierende Prozesse in Nordafrika, dem Nahen Osten, Malta, Zypern sowie auf dem Balkan zu schreiben. Es ist nötig zu erwähnen, dass sich die WEU bei dieser Kooperation zwischen ihm und den arabischen Staaten auf die Behandlung der sicherheitspolitischen Themen konzentriert, die außerhalb des NATO Vertragsgebiets liegen und bei denen fast völlig die europäischen sicherheitspolitischen Interessenlagen mit denen der Amerikaner divergierten⁴⁹. Es ist auch zu bemerken, dass wegen der Einbeziehung des Balkans, wird der Mittelmeer- betreffende geographische Rahmen der WEU wesentlich umfassender als derjenige bei der euromediterranen Partnerschaft. Im Jahr 1988 traten Spanien und Portugal der WEU bei, was auch tatsächlich die WEU immer mehr ausgedehnt hat. 1992 kamen Griechenland durch die Vollmitgliedschaft, und die Türkei durch die Assoziierung hinzu.

⁴⁷ **Asmus, Ronald D./Larrabee, Stephen F. und Ian O. Lesser (1996):** Mediterranean security: new challenges new tasks, in: NATO Review Nr. 3, S. 36.

⁴⁸ WEU bedeutet westeuropäische Union.

⁴⁹ **Shell, Peter (1991):** Bündnis im Schatten: Die Westeuropäische Union in den 80er Jahren, Bonn, S. 241.

Der zweite Golfkonflikt, die innenpolitische Entwicklung Algeriens sowie die erste Symptome für die Proliferation von Massenvernichtungswaffenhabende Bedrohungsperzeption der südeuropäischen WEU Mitglieder angeheizt, so dass man sich für eine strukturelle Aufwertung und funktionale Erweiterung der Mittelmeerarbeitsgruppe entschied⁵⁰. Neben den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gesprächen zwischen den WEU Mitgliedern sollte einen politischen Dialog mit Algerien, Marokko und Tunesien geführt werden, bei dem für die Kooperation sieben Prinzipien in Anlehnung an den KSZE-Prozess bestimmt wurden⁵¹:

1. Dialog
2. Subsidiarität
3. Transparenz
4. Vertrauensbildung
5. Konfliktprävention
6. Friedliche Konfliktlösung
7. Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Im Vergleich zu Ende der 80er, als die WEU sich ganz der Entwicklungen in den Maghreb sowie in Jugoslawien widmete, richtete sie auch seine Aufmerksamkeit Anfang der 90er auf das Themengebiet „die Proliferation“.

Im Jahr 1993 deutete eine Analyse auf mögliche Sicherheitsbedrohungen für die WEU Mitgliedstaaten hin. Diese letzte Analyse, die als „*Roseta Report*“ bekannt wurde, enthält folgende Ausdrücke;

„If the proliferation of such weapons is combined with the seizure of power by strongly nationalist or Islamic fundamentalist movements (...), it could lead to destabilization of the region (...). There may also be a risk of weapons proliferation concerning terrorist groups.⁵²“

⁵⁰ Masala (2000), Baden-Baden, S. 165.

⁵¹ Petersberger Erklärung des Ministerrates der WEU über seine Tagung am 19. Juni 1992 in Bonn(1992), Europa-Archiv, 14, S. 478

⁵² Roseta-Report (1993): Security in the Mediterranean, Report submitted on behalf of the Political Committee, Document 1371, 24.05.1993, in: WEU, Assembly 1993: Proceedings, Thirty-Ninth Ordinary Session, First Part, Paris, S. 208.

Zu der Gesprächsrunde kamen im Jahr 1994 Ägypten, Mauretanien 1995, die israelische Regierung und dann Jordanien 1998 hinzu. Trotzdem kam es zu einer empfindlichen Vertrauensstörung zwischen der EU und den MDL im Jahr 1996, als Frankreich, Spanien und Portugal, ohne Besprechung mit den MDL-Nachbarstaaten, Streitkräfte in Form von *Eurofor* und *Euromarfor* gemäß der *Petersberger* Erklärung zur Verfügung stellen: „... *the southern Mediterranean* against whom the reaction would be directed“⁵³.

Die daraus ergebenden Konflikte mit den MDL konnten glücklicherweise besänftigt werden, nachdem Beobachter aus den MDL von *Eurofor* und *Euromarfor* erlaubt wurden, anwesend zu sein. Für den geringen Stellenwert des WEU-Mittelmeerdialogs sind die teilweise aus nationalen Bedrohungsperzeptionen resultierenden parallel stattfindenden Koordinierungsinitiativen einzelner WEU-Staaten zu nennen, die insgesamt die WEU Dialoginitiative beeinträchtigen. Darüber hinaus und Abgesehen von der mangelnden finanziellen Ausstattung, ist auch die „Zwitterstellung“⁵⁴, die auf der Position der WEU innerhalb des europäischen und transatlantischen Sicherheitsgeflechts zu rekurrieren ist, das dritte Element, das zur zunehmenden Erschwerung des WEU-Mittelmeerdialoges führt.

1.1.7 Die Strategien und die Zusammenarbeit der EU mit den Mittelmeerländern

Allmählich ist die EU zu einem weltweit starken Akteur geworden, die mit den potentialen globalen Herausforderungen konfrontiert werden muss. Die Öffnung der europäischen Grenzen durch die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes erwies sich als internes und externes Sicherheitsrisiko⁵⁵.

Es wurde unmissverständlich klargestellt, dass der Prozess der Entwicklung der Sicherheit als eine erste Vorbedingung bedarf, deshalb das beste Mittel zur Garantie der Sicherheit der EU ist eine Welt verantwortungsvoll geführter

⁵³ **Joffé, George** (1997): Southern Attitudes towards an Integrated Mediterranean Region, in: Gillespie, Richard (Hrsg.): The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London, S. 18.

⁵⁴ **Masala** (2000), Baden-Baden, S. 167.

⁵⁵ **Europäische Union (2003)**: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, S. 1.

demokratischer Staaten. Auf Grundlage dieser Sicherheitsstrategie sieht das Interesse der EU eindeutig und berechtigt aus, deshalb versucht sie einen führenden Einfluss auf den Transformationsprozess in Tunesien zu üben. Die EU suchte eigentlich danach, einen „*Ring sicherer Drittstaaten*“ um sich herum aufzubauen. Sie bezweckte damit, Flüchtlingsströme und illegale Migration, die in die EU unkontrolliert ziehen, immer mehr zu verscheuchen, und Stabilität, Wohlstand in den angrenzenden Gebieten zu versichern. Dieses neue europäische Bestreben kommt daraus, dass die EU an die Theorie des „*Demokratischen Friedens*“ glaubt, wie gesagt wurde.

Die Sozialwissenschaftlerinnen und die Sozialwissenschaftler denken fest daran, dass Demokratien gegeneinander keine Aufstände planen würden⁵⁶, denn sie sind durch Handel und Kooperation miteinander verbunden, und daher wären die Kriege nicht möglich ohne den eigenen Staat zu schaden. Zudem können „Internationale Institutionen zwischen die Demokratien Sicherheitsrisiken vermeiden, Vorwarnung machen und die Potentiale Konflikte im voraus beseitigen. Die Demokratisierungen in der arabischen Welt gibt der EU neue strategische Möglichkeiten, zum Beispiel ihr Einfluss auf die Maghreb-Staaten zu verstärken und weitere Interessen im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Feld zu vertreten. Die Schaffung eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Rahmen des „*Schengen- Abkommens*“ 1985 sowie eines gemeinsamen Binnenmarktes durch die „Einheitliche Europäische Akte“ von 1986 führte dazu, eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik einzuschlagen. Das im Jahr 1999 eingesetzte Tampere- Programm war der Aktionsrahmen. Dieses Programm zielte darauf, eine „Partnerschaft mit Herkunftsländern“⁵⁷ zu bestätigen und die Ursachen von illegalen Migrationsströmen wegen der Armut, fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten und der Verletzung von Menschenrechten zu beseitigen.

Unter den verschiedenen Zielen waren auch die Schaffung eines „gemeinsamen europäischen Asylsystems“ (GEAS) und die „Steuerung von Migrations- und

⁵⁶Hasenclever, Andreas (2003): Europa und der demokratische Frieden, Tübingen, S.1.

⁵⁷Haase, Marianne / Jugl, Jan C (2007) : Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU, Berlin, S.2,

Fluchtbewegungen“, die die Informationskampagnen in Herkunfts- und Transitländern über legale Einreisemöglichkeiten sowie Rückführungsabkommen plant. Dazu kommen die Vertiefung der Zusammenarbeit beider Grenzkontrollen, der Visapolitik und der Bekämpfung von illegaler Migration hinzu⁵⁸. Darüber hinaus zielte das „*Haager Programm*“ von 2004 bis 2009 darauf, dieselben Ziele des „*Tampere – Programms*“ fortzusetzen. Das Wichtigste bei dem Haager Programm war die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems, das Bekenntnis eines gemeinsamen Rechtsstatus für Personen, die internationale Unterstützungen brauchen. Die Migrationspolitik der EU strebt im Ganzen danach, die Sicherheit in den EU- Mitgliedsstaaten zu bewahren, und sich vor unerwünschten Migrationsströmen zu schützen. Die im Jahre 1995 entwickelte „Euro-Mediterranen Partnerschaft“ (EMP) im Rahmen des „Barcelona-Prozess“ führte allmählich dazu, eine europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zu kreieren. Das Ziel dieser Politik ist auch „die Schaffung eines Raumes des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstandes“⁵⁹.

Die Euro-Mediterrane Partnerschaft besteht aus drei Körben: die politische und Sicherheitspartnerschaft, die Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft und die Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich“. Andere Ziele der EMP sind die Demokratisierung des Raumes, die Integration der Zivilgesellschaft und die Rechtsstaatlichkeit. Seit 2004 hat die EU ihre Außenpolitik zu ihren Nachbarn – auch im Verlauf der EU Osterweiterung – noch einmal angepasst. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) umfasst die 16 unmittelbaren Nachbarn der EU : Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, die israelische Regierung , Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Syrien, Tunesien, Ukraine und Palästina⁶⁰, die Hauptsache dieser Nachbarschaftspolitik ist die Schaffung von

⁵⁸ **Susanne Kuch (2014)** : alte Ziele in neuem Gewand „ security partnership “ versus „ mobility partnership“ , passaeur Jean Monnet Papiere, Universität Passau,S.5.

⁵⁹ **Jünemann, Annette**(2005): Zehn Jahre Barcelona- Prozess. Eine gemischte Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45, S.7-13.

⁶⁰ **Europäische Kommission (2009)** : Europäische Nachbarschaftspolitik. Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik? Brüssel .

Wohlstand, Stabilität und Sicherheit in der Region, wobei die EU den Nachbarstaaten engere Beziehungen und neue Perspektiven gewährt. Diese beruhen auf gemeinsame, internationale und anerkannte Werten wie, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung“. Die bilateralen Aktionspläne der EU mit den jeweiligen Nachbarländern stellen das Wesen der ENP dar. Kurze und mittelfristige politische sowie wirtschaftliche Reformen wurden in jenen Plänen bestimmt und vorausgesetzt, die von den Nachbarstaaten erfüllt werden müssen, um weitere wirtschaftliche und politische Hilfe von der EU zu kriegen.

Im Vergleich zu EMP kennzeichnet sich die ENP jedoch durch ihre Flexibilität, da sie individuell auf die einzelnen Länder abgestimmt ist. Dies wird besonders durch die leistungsgebundene Mittelvergabe, dem 2011 als Antwort auf den arabischen Frühling neuen „*More for More*“-Ansatz, deutlich, der reformbereiten Ländern mehr finanzielle Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit zusichert. Das im Jahr 1998 geschlossene Assoziationsabkommen war der Ausgangspunkt der Zusammenarbeit zwischen der europäischen Union und der Republik Tunesien, das den „politischen Dialog“⁶¹ zwischen den Partnern unterstützen sollte und alle Themenbereiche umfasst, die durch gemeinsame Interessen charakterisiert sind, Beispielerweise in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Tunesien war das erste Mittelmeerland, das einen Assoziationsvertrag mit der EU abgeschlossen hat, und darauf gründete sich die Europäische Nachbarschaftspolitik mit ihrem Aktionsplan von 2004 und den dazugehörigen Länderberichten. Hingedeutet wurde auch besonders in der Einleitung des Abkommens auf die Berücksichtigung der Grundsätze des Menschenrechtsschutzes sowie der Rechtsstaatlichkeit⁶², und dabei wurden auch

⁶¹ **Europäische Union** (1998): EUROPAMITTELMEER- ABKOMMEN zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits. 21998A0330(01), S. 0002 – 0183.

⁶² **Europäische Union** (2004): EU/ Tunisia Action Plan, Brüssel, S.1.

in diesem Vertrag bezüglich der Migrationspolitik einige bestimmte Prinzipien definiert.

Die internationalen Standards, die schon international anerkannt bzw. (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das erste Protokoll von 1967) wurden in der tunesischen nationalen Rechtsetzung eingefügt. Darüber hinaus soll ein „*capacitybuilding*“ im Verwaltungsbereich das Stellen eines Asylantrages vereinfachen. Optimiert werden sollen auch die Grenzkontrollen bezüglich des Grenzschutzbereichs durch neue Überwachungssysteme. Hier spricht man über Visa- Liberalisierungen bzw. effektive Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, die damit eine Eingrenzung der Wanderung in und von den Mittelmeerländern bezweckt. Im Vertrag mit Tunesien geht es besonders darum, die illegale Migration beispielsweise mittels der Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitländern nach und via Tunesien zu limitieren. Italien als EU-Mitgliedstaat hatte schon 1999 mit Tunesien unter der Führung vom tunesischen Präsident *Ben Ali* ein Rückübernahmeabkommen vereinbart, deshalb sind bis zu den Umbrüchen Anfang 2011 kaum illegale Migrationsbewegungen von Tunesien zu erkennen⁶³. Nicht nur in Europa sondern auch im Tunesien, wo die Grenzüberwachung zunächst durch neue Überwachungs- und Kontrolltechnologien optimiert wurde und eine effektive Ausbildung besonders der tunesischen Grenzschrützer zwecks der Einschränkung der illegalen Einwanderung gefördert wurde. Der Aktionsplan der ENP mit ihr soll auch den Austausch von Information, Kontrollierung und Überwachung das „*capacitybuilding*“ Migrationsströme umfassen.

Was die illegale Migration auch betrifft, hat die EU die Priorität mit Hilfe von einem Grenzschutz - und Rückübernahmeabkommen, diese illegale Migration zu verhindern. Dies bedeutet eine „*Exterritorialisierung*“ der EU Sicherheitspolitik, da die EU ein Nachbarland wie Tunesien mit dem Schutz ihrer Grenzen betraut. Aus der Politik des tunesischen Präsidenten Ben Ali und

⁶³ **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2011): Blickpunkt Tunesien. Politische Entwicklung und aktuelle Lage, Berlin, S.13.

des Sicherheitsapparats kann man verstehen, dass dies gleichzeitig zu einem EU- effektiven Grenzschutz beiträgt. Trotzdem wurden heftige Menschenrechtsverletzungen sowie Unwille während der Reformen zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ganz einfach hingenommen⁶⁴.

1.2 Die Euro-Mediterrane Partnerschaft vom Barcelona Prozess bis zu politischer Transformation

1.2.1 Der Barcelona Prozess, die Geburt der euromediterranen Partnerschaft

Bei dem in Lissabon 1992 veranstalteten Zusammentreffen des Europäischen Rats befassten sich die Staats- und Regierungschefs mit der Schaffung einer Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Maghrebstaaten.

Der Vorschlag ging von der europäischen Kommission aus, und die Debatte um potenzielle Partner beschränkte sich auf Marokko und Tunesien, die Teilnahme Libyens war aber nicht möglich wegen der internationalen Sanktionen⁶⁵. Algerien war in dieser Zeit wegen des Bürgerkrieges nicht bereit dazu, deshalb konnte sie keinen Ansprechpartner für solche Partnerschaft vertreten. Der Mittelmeerraum wurde auf das Drängen Spaniens und Italiens im veröffentlichten Dokument der GASP umbenannt und gleichfalls wurde die „Politik der Nachbarschaft“ durch „die Politik der Partnerschaft“ ersetzt⁶⁶, das bedeutete, „... dass die Euro maghrebischen Beziehungen eine neue Grundlage bekommen müssen: sie spricht von einem ‚neuen Konzept Euro-maghrebischer Partnerschaft‘, dessen Ziel die Schaffung eines Euro-maghrebischen Wirtschaftsraumes sein sollte, mit all den dazugehörigen politischen, ökonomischen, psychologischen, kommerziellen und kulturellen Implikationen“⁶⁷.

⁶⁴ **International Federation for Human Rights** (2002) : EU-Tunisia Association Council. Stop trading Human Rights for security, Brüssel.

⁶⁵ **Ohaegbulam, Ugboaja** (2000) : U.S. Measures against Libya since the Explosion of Pan Am Flight 103, in: Mediterranean Quarterly, Volume 11, Number 1, Durham, S. 116.

⁶⁶ **Edwards, Geoffrey** und **Eric Philippart** (1997): The Euro-mediterranean Partnership: Fragmentation and Reconstruction, in: European Foreign Affairs Review, Nr. 4/1997, S. 154–168.

⁶⁷ **Jünemann** (1999) : Baden-Baden, S. 47.

Es stand einen Change-Prozess, obwohl es keine wichtige Ergebnisse in Lissabon gab. Eigentlich besteht der Wert des Treffens darin, dass „... *der Mittelmeerraum nunmehr erneut auf die Agenda der Union gesetzt wurde, obwohl es wenig Übereinstimmung in der Frage gab, wie eine zukünftige Mittelmeerpolitik aussehen könnte.*“⁶⁸

Zukünftig bedeutet das, dass sich alle europäischen Mitgliederstaaten, gemäß Artikel J 3 des Unionsvertrags, gleichfalls mit den Regionen beschäftigen zu haben, denen sie bis jetzt wenig Aufmerksamkeit zeigten, was vielleicht auf der geographischen Entfernung zurückging. Durch die Komplexität des Ansatzes und den gemeinsamen Partnerschaftsgeist⁶⁹ kennzeichnet sich der auffallende Entwicklung der Euro-mediterranen Partnerschaft im Vergleich zu der ehemaligen europäischen Mittelmeerpolitik. Dank diesen unterscheidenden Merkmalen sieht die EMP konzeptionell unterschiedlich aus, besonders im Vergleich zu der EU-Politik gegenüber dem gemeinsamen Markt des südlichen Teils Amerikas (Mercosur) sowie der Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN), die sich fast vollständig um den Handel und die Wirtschaft dreht.

Frankreich begrüßte die oben erzielte Entwicklung und hat an der Veranstaltung einer multilateralen Mittelmeerkonferenz im Rahmen der EU maßgeblich teilgenommen. Durch die Schaffung dieser starken Allianz innerhalb der EU-Gemeinschaft sahen sich die zurückhaltenden nordeuropäischen Länder gezwungen, sich der Notwendigkeit eines euromediterranen Stabilitätsraumes zu beugen, um nicht die Politik gegenüber den MOEL⁷⁰-Staaten zu bedrohen.

„However, in order to get the German government to accept a recalibration of EU aid for the eastern and southern neighbouring states, González threatened

⁶⁸ Masala (2000), Bonn, S. 13.

⁶⁹ Jünemann, Annette (2000): Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-mediterranen Partnerschaft, in: Schubert, Klaus und Gisela Müller- Brandeck-Bocquet (Hrsg.): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen, S. 66.

⁷⁰ MOEL steht für Mittel- und Osteuropäische Länder

*in September 1994 to block the eastern enlargement of the EU ('El forcejeo cob Alemania' El País, 20 Nov. 1995).*⁷¹

Um die Stabilität in der Mittelmeerregion immer mehr zu fördern, wurde die vom Europäischen Rat im Dezember 1994 in Essen verabschiedete Reform der europäischen Mittelmeerpolitik eingeleitet. Aber auch um eine effektive und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in den Mittelmeerländern voranzutreiben, ist die Umsetzung einer multidimensionalen und langfristigen Strategie zu empfehlen. Diese Idee sollte auch zur Schaffung einer Stabilitäts- und Sicherheitszone in der Mittelmeerregion führen. Die Veranstaltung einer Euro-mediterranen Konferenz verlieh den bi- und trilateralen Bemühungen der südlichen EU-Mitgliedsstaaten multilaterale Dimension. Dieses Geschehen konnte Transparenz schaffen, da multilaterale Prozesse offen gelegt wurden, ohne bereits existierende Bi- und Trilateralismen zu ersetzen. „*Regarding this multilateral framework as the counterpart to a strengthening of bilateral relations which is important to safeguard, while laying stress on their specific nature...*“⁷².

Verdichtete Verhandlungen zwischen der EU-Troika und den einzelnen Mitgliedsstaatenerfolgten dem Prozess. Ein Problem ist doch bei diesem Projektaufgetreten, es ist eine Finanzierungsfrage. Die Verhandlungen darüber kamen dazu, dass „... *bis einschließlich 1999 6,7 Milliarden ECU an die Mittel- und osteuropäischen Staaten und 4,7 Milliarden an die Partnerstaaten im Mittelmeerraum gehen sollten.*“ In der Periode zwischen 2000 bis 2006 wurden für das Programm 5,3 Mio. Euro eingesetzt⁷³ und ebenfalls von der Europäischen Investmentbank Kreditfonds in Höhe von 7,4Mrd. Euro kontingentiert. Bei näherer Betrachtung wurde ein vom Autor kenngzeichnetes *IIT Muster* während der Debatte über die Finanzmittel deutlich erkannt. Um mit dem *Faktor TRUST* implementiert zu werden, entsteht der *IMPACT-Prozess*

⁷¹ Gillespie, Richard (1997): Spanish Protagonismo and the Euro-Med Partnership Initiative, in: Gillespie, Richard: The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London 1997, S. 39.

⁷² Gillespie, Richard (1997): The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London, S. 178.

⁷³ European Commission (Hrsg.): The Barcelona process. The Europe-Mediterranean partnership, Second Edition, S. 22.

nach dem Prozess des *INSIGHT*. Unter diesen verschiedenen Standpunkten wurde die Euro-mediterrane Partnerschaft in erster Linie als eine von den Nord- und mitteleuropäischen EU-Staaten an die südlichen EU-Staaten angebotenes „*Kompensationsgeschäft*“ angesehen. *Eberhard Rhein*, der in der Generaldirektion für Auswärtige Beziehungen bei der Europäischen Kommission eingesetzt war, erklärte dies wie folgt: „*Dennoch war die 1990 einsetzende Schwerpunktverlagerung der EU-Außenbeziehungen nach Osten ein wesentlicher Grund für die Neubelebung der EU Mittelmeerbeziehungen.*“⁷⁴»

Zu einer neuen Nord-Süd-Beziehung führte das Ende des Ost-West-Konflikts, denn gemäß der Neudefinierung des Verhältnisses zu Osteuropa entspann sich auch eine Strömung, die die europäische Südpolitik entscheidend beeinflussen konnte. Ausgehend von der Tatsache, dass der Papst Urban II. im Jahre 1095 zum Ersten Kreuzzug ins Heilige Land aufrief⁷⁵, wurde am 27./28. November 1995 in Barcelona eine Absichtserklärung herausgegeben, die in den mittelmeerischen Frieden, die Toleranz und die Prosperität münden soll⁷⁶.

In der Konferenz wurde auch der Mechanismus der euromediterranen Partnerschaft besprochen; ein strukturelles System bestehend aus politischen, ökonomischen und sozialen Beziehungen zwischen den 15 EU-Mitgliedsstaaten und den 12 Mittelmeerpartnern⁷⁷.

Kennzeichnete sich auch die euromediterrane Partnerschaft durch die bilateralen und multilateralen Beziehungen als ergänzende Elemente in der euromediterranen Partnerschaft. Die bilateralen Beziehungen durch die Kooperationen der EU mit südlichen und östlichen Mittelmeerstaaten, oder die sogenannten Mittelmeerpartnern entstanden entweder aus der ersten Generation der Assoziierungsverträge, den Kooperationsabkommen der 70er oder aus den euromediterranen Assoziierungsverträgen der 90er Jahre. Bei neun von zwölf

⁷⁴ **Rhein, Eberhard** (1996): Mit Geduld und Ausdauer zum Erfolg. Die neue Mittelmeer-Politik der Europäischen Union, in: Internationale Politik 2/96, Bonn, S. 15.

⁷⁵ **Riley-Smith, Jonathan** (1990): The atlas of the crusades. London.. S. 24.

⁷⁷ **European Commission** (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels ,S. 4.

Mittelmeer-Partnern⁷⁸ wurden angepasste bilaterale MEDA-Fonds in nationalen Indikativprogrammen eingesetzt. Hierbei profitieren Zypern, Malta und die Türkei von der „... *preaccession strategy to prepare them for eventual EU membership with separate funding arrangements.*“

Nicht nur für die europäische Union, sondern auch für ihre Partner ist das bei der Außenministerkonferenz von Barcelona verabschiedete Programm wagemutig und auch fortschrittlich. Aber die Frage stellt sich: ist die Mittelmeerkonferenz mit ihren utopischen Zielen nur ein politisches „Kompensationsgeschäft“⁷⁹, oder steckt hinter den Kulissen andere Motive? Die Forscher Schlotter, Weidenfeld, Jünemann, Masala, Winter, Gillespie und Calleya deuteten in ihren Forschungen auf eine Reihe von raschen Entwicklungen in der islamischen Welt hin: Regional bedingte Entwicklungsdefizite, der eskalierte arabisch-israelische sowie israelisch-palästinensische Konflikt, Grenzstreitigkeiten sowie zwischenstaatliche Konflikte, Bürgerkriege, die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus, organisierte Kriminalität, Gefährdung der Energiezufuhr, internationaler Terrorismus, eine schnelle Bevölkerungszunahme sowie Proliferationsgefahren werden von politischen Beobachtern als „Krisenbogen“ des Mittelmeeres angesehen⁸⁰. Das von Jünemann herausgegebene Veröffentlichen „*qualitativ neue, nicht militärische Bedrohungspotenzia*“⁸¹ wurde beispielsweise in der deutschen Presse mit Überschriften wie „*Ein Meer von Konflikten*“, „*Explosive Gemengelage*“ und „*Es regiert das Chaos*“ beschrieben. Diese festgestellte Lage zwang die 15 EU-Mitgliedsstaaten sowie 12 MDL, mit Ausnahme Libyens, auf der Außenministerkonferenz von Barcelona eine euromediterrane Partnerschaft zu gründen. Nach Woyke⁸² sind „... *die Ziele internationaler Politik [...] bekannt und weitgehend unkontrovers. Sie lauten – vereinfacht systematisiert: Frieden, Freiheit, Wohlstand. Dringend*

⁷⁸Diese Länder sind Algerien, Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästina, Syrien, Tunesien und die Türkei.

⁷⁹Masala (2000), Bonn, S. 15.

⁸⁰Schlotter, Peter (1999): Der Maghreb und Europa. Perspektiven des „Barcelona-Prozesses“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B17/99, Bonn, S. 3.

⁸¹Jünemann (2000), Opladen, S. 65.

⁸²Woyke, Wichard (1995): Herausforderungen, Münster, S. 12.

erforderlich ist also eine Strategiedebatte für das Erreichen der Ziele.“ Diese Definition mit ihrer normativen Zielsetzung verdeutlicht das grundsätzliche Bewegungsmoment der Mittelmeerpartnerschaft recht augenscheinlich. Zusammenfassend kann man damit sagen, dass bei der Neudefinierung der euromediterranen Partnerschaft drei Indikatoren stärkend von großer Bedeutung sind:

1. Das nach dem Ost-West-Konflikt entstandene geopolitische und strategische Interesse an der Mittelmeerregion, das von den imperativen Frieden und Sicherheit bestimmt wurde.
2. Die Bereitschaft der nördlichen EU-Staaten gegenüber ihren südlichen Partnerstaaten, eine Kompensierung der Osterweiterung, die im Rahmen von PHARE und TACIS gefördert wurde, zu machen.
3. Die zwingende Notwendigkeit, geökonomische Aspekte der Globalisierung und Regionalisierung im Rahmen der *new world economy* zu verstehen.

Zwecks der Koordination der Außen- und Innenpolitik sowie der Entwicklung eines regelmäßigen politischen Dialogs auf multilateraler Ebene zwischen der EU und den 12 MDL wurden periodische Treffen auf Außenministerebene vereinbart⁸³. Das Gründungsdokument der „*innovatory partnership*“⁸⁴ ist die Deklaration von Barcelona, die sich aus einer Präambel und drei Körben zusammensetzt. Dies erinnert uns auffällig an KSZE, wenn man erwähnt, dass Spanien und Italien schon im Jahre 1989/90 den gemeinsamen Vorschlag einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum entwickelten. Diese letzte Initiative ist zwar gescheitert, wichtige Ideen wurden aber bei der Konzeption der euromediterranen Partnerschaft aufgegriffen. Als anspruchsvoller Versuch wurde die Barcelona-Deklaration angesehen, sie dient als einen Prinzipien-Katalog mit drei Körben, an dem kooperationskonformes Verhalten der einzelnen Mitgliedsstaaten gemessen werden kann. Neben den regelmäßig veranstalteten Außenministerkonferenzen wurde eine weitere Quasi-

⁸³ Babak Khalatbari (2004), Witten, S.15.

⁸⁴ European Commission (1998): Euro-mediterranean Partnership, Brüssel, S. 7.

Institutionalisierung abgemacht, die in Form von *Senior Official Meetings*, *Workshops*⁸⁵ und *Seminaren* im Rahmen der drei Körbe organisiert wurde. Bisher erfolgten insgesamt sechs Außenministerkonferenzen, die in Barcelona 1995, in Malta 1997, in Stuttgart 1999, in Marseille 2000, in Brüssel 2001 in Valencia 2002, in Neapel 2003 und in Dublin 2004 arrangiert wurden. Das Kreisdiagramm deutete auf den hohen Anteil von Neben- und Sonderkonferenzen im Bereich des zweiten Korbes hin. Zusammenfassend sieht man den Barcelona-Prozess durch ihre dichte Reihe von Haupt- und Nebentreffen als eine Konferenz mit Permanentcharakter⁸⁶.

1.2.2 Der strukturelle Mechanismus des Barcelona Prozesses

Nach Waltz wird eine Strukturierung eines Systems und die Funktionsdifferenzierung zwischen seinen vorhandenen Elementen nicht nur von dem Ordnungsprinzip sondern auch von der Agitation der Handlungseinheiten definiert⁸⁷, deshalb sollen sowohl das Ordnungsprinzip als auch die Anordnung der Handlungseinheiten des Barcelona-Prozesses von allen Seiten untersucht werden.

1.2.3 Das Ordnungsprinzip und die Funktionsdifferenzierung

Das Prinzip der Koordination wurde für den Barcelona-Prozess als ein Verfahrensprinzip bestimmt, wobei alle Staaten ihre Souveränität bei den Verhandlungen halten. Das Konsensprinzip ist tatsächlich effektiv bei der Abstimmung, deshalb gibt das Ordnungsprinzip jedem staatlichen Teilnehmer, ungeachtet des wirklichen politischen Status im internationalen System, die Möglichkeit das Veto einzulegen. Das kann für den ganzen Gesamtprozess eine Stagnation, wenn nicht sogar Entwicklungs- oder Vertiefungsblockade bedeuten. Vorher konnte man dieses von großer Bedeutung resultierte Ergebnis zur Ausnutzung staatlicher Eigeninteressen instrumentalisieren, wobei man die Ratifizierungen mit den Forderungen in Einklang bringt oder diese Ratifizierungen absichtlich nicht lange dauern lässt. Dem Anschein nach

⁸⁵Vgl. Masala (2000), Bonn, S. 16.

⁸⁶Babak Khalatbari (2004), Witten, S. 51.

⁸⁷Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics, Reading, S. 88.

entstanden dabei eine Reihe von regionalen Rivalitäten, die sich in den verschiedenen Ebenen der europäischen Politikdimensionen besonders in der EMP, gebildet⁸⁸.

Rein formal bedeutet die EMP einen intergouvernementalen Prozess. Da aber die Europäische Kommission mit den gefassten Beschlüsse von den Mitgliedsstaaten beauftragt wurde, ist es deren Aufgabe, die Vor- und Nachbereitung der in Barcelona entschiedenen Arbeitsprogramme in der Tat umzusetzen. Während des Weitergebens der Durchführungsaufgabenergab sich eine Entlastung für die nationalen Ministerien und das Generalsekretariat des Rates. Das zeigte ganz klar inwiefern war die Kommission am Anfang auf diese enorme Zusatzbelastung nicht vorbereitet, und trotz interner Restrukturierungsmaßnahmen kam es zu strukturellen Mängeln und Fehlern seitens der EU bei der Umsetzung und Durchführung der EMP.

Monar⁸⁹ weist auf weitere organisatorische Koordinierungsprobleme hin, die sich durch die interne EU-Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und den Mitgliedsstaaten entwickeln können. So werden beispielsweise alle Sitzungen, bei denen die Union den Vorsitz bekleidet, je nach Sachgebiet von einem Kommissionsvertreter oder einem Repräsentanten der Präsidentschaft geführt. Dieser Prozess hat zwar einen logischen Aspekt, bewirkt jedoch in der Tat, dass „... der Kommission trotz ihrer generellen Verantwortung für den Durchführungsprozeß auf EU-Seite nicht immer die Vorsitzfunktion zukommt, woraus sich ein erhöhter EU-interner Koordinationsaufwand und gelegentliche Kohärenzprobleme ergeben. Die Konsequenz für die Mittelmeerpartner ist, dass sie es mit wechselnden institutionellen Akteuren auf EU-Seite zutun haben, wobei die Kontinuität der Repräsentanz auf EU-Seite durch die Rotation der Präsidentschaft weiter verringert wird.“

Der weitere Verlauf der wichtigen Konferenzen lässt sich in Drei-Phasen-Modell erkennen, wie folgt;

⁸⁸ Babak Khalatbari (2004), Witten, S.90.

⁸⁹ Monar, Jörg (1999): Die interne Dimension der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union, in: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden-Baden, S. 83.

Phase 1 befasst sich auf Außenministerebene mit der Erklärung der einzelnen Regierungsstandpunkte der EMP-Staaten. Während in der Phase 2 werden in den nach Themengruppenorganisierten Arbeitsgruppen die Arbeiten am Schlusskommuniqué erledigt. Retrospektiv wird auch die Arbeit der Konferenz in der Phase 3 beurteilt⁹⁰.

Es ist sehr wichtig auch, dass der Barcelona-Prozess nicht nur als rein multilateraler Prozess angesehen wird, da der Ablauf für die Assoziierungsabkommen zwischen der Kommission und den MDL eher als integral bilateraler Faktor verstanden wird⁹¹. Bei den Konferenzen dürften aber Gäste oder Beobachter anderer Staaten bzw. Organisationen, wie z. B. Vertreter der USA oder der Arabischen Liga, mitwirken.

Es ist zu beachten, dass die Institutionen und die Mitgliedsstaaten der EU angesichts der Funktionsdifferenzierung innerhalb des Prozesses und dank der bedeutenden Stellung der Europäischen Kommission und der Ratspräsidentschaft im Vergleich zu den MDL eine günstige Chance zum „*Agenda Setting*“ hat⁹². Bei der Aushandlung des Rahmenprozesses für die EMP mussten die sehr unterschiedlichen und partiell gegensätzlichen Interessen der einzelnen EU Mitgliedsstaaten in Einklang gebracht werden. Als „*Meisterleistung*“ der Kommission und der damaligen spanischen Ratspräsidentschaft wurde das Aushandeln dieses innereuropäischen Kompromisses von der Forscherin *Jünemann* beschrieben, da bedeutende nationale Widerstände zu überwinden waren⁹³. Nach diesen schweren Verhandlungen, die ein Jahr dauerten, wurde das Paket den MDL vorgelegt.

Bei einem Interview mit *Alvaro Iranzo*, damaligem Subdirector General de Africa del Norte im Ministerio de Asuntos Exteriores stellte Gillespie fest, dass die mediterranen Partner schließlich nur zwischen der Akzeptierung oder der Ablehnung auswählen müssen, wobei die Europäer den MDL durch die Adaption vieler Formulierungen aus den laufenden euromediterranen

⁹⁰ **Babak Khalatbari** (2004), Witten, S. 91.

⁹¹ **Jünemann** (2000), Baden-Baden, S. 50.

⁹² **Masala** (2000), Bonn, S. 18.

⁹³ **Jünemann** (1999) : Baden-Baden, S. 49.

Abkommen die Zustimmung geben wollten⁹⁴. Dieses Angebot wurde von den MDL wegen seiner zukünftigen wirtschaftlichen Vorteile und nach langen Verhandlungen angenommen. Was den fortlaufenden Prozess anbelangt, es ist sehr wichtig auch zu sagen, dass die MDL trotz ihres unbedeutenden Einflusses auf die inhaltliche Gestaltung mittels ihres Vetos nur eine klägliche Rolle im Bereich der Beschlussblockade übernehmen können, und das war genau wie der Fall der Konferenz auf Malta.

1.2.4 Die Anordnung der Handlungseinheiten

Das Koordinationsprinzip ermöglicht den Mittelmeerländern einen umfassenden Ansatz, beidem nicht auf die tatsächlichen Machtverhältnisse und die Verflechtung der Staatsbeziehungen von EU-Mitgliedern zu MDL sowie den MDL intern ausgegangen wird. Von geringer Bedeutung sind auch die blockübergreifenden Einheiten in der Gruppenkonstellation der EMP, da die Europäern versuchen prätemporär die Konditionierung des Prozesses strategisch anzupassen. Dies war auch der Fall bei der Vorbereitung der Barcelona-Konferenz, es hat jedoch bei den folgenden Konferenzen nicht immer problemlos geklappt. So wurde zum Beispiel bei den Vorbereitungen für die Konferenz in Malta 1997 der gemeinsame optimistisch-konstruktive Ansatz durch die Eskalation der arabisch-israelischen Spannung beeinträchtigt. Durch den Bau der jüdischen Siedlungen Har Homa in Ostjerusalem vertiefte die israelische Regierung die Krise in diesem Jahr⁹⁵. Die europäischen Standpunkte über diese Situation im Rahmen der Konferenz waren eigentlich unterschiedlich, was sich bei der Strategiewahl als äußerst kontraproduktiv zeigte und zu einer Stagnation der Verhandlungen während des Treffens führte. Auf die vorgeschürten Pakete der EU können manche der mediterranen Partner in Bündnissen reagieren. Arabische Staaten wie der Libanon, Ägypten, Algerien, Jordanien, Syrien, Marokko, Tunesien sowie die Palästinensische Befreiungsorganisation können als Mitglieder der Arabischen Liga gemeinsam

⁹⁴Gillespie, Richard (1997) : Spanish Protagonismo and the Euro-Med Partnership Initiative, in: Gillespie, Richard (Hrsg.): The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London, S. 39.

⁹⁵Babak Khalatbari (2004), Witten, S.92.

agieren. Aber wegen der noch bestehenden Konflikte unter den arabischen Ländern darf die AL als politischer Akteur keine führende Rolle übernehmen und sie soll daher nicht überschätzt werden, da „... *zwischen Wunschbild und Wirklichkeit der arabischen Einheit [...] eine deutliche Lücke klappt.*“⁹⁶

Boutros-Ghali hingegen führt die Existenzberechtigung der AL auf die Entkolonialisierung als eine Doktrin zurück⁹⁷. Man schließt daraus, dass die AL in der Gegenwart als eine Organisation ohne gravierende Aufgabe angesehen wird. Abgesehen davon sind die politischen Aussichten der Arabischen Liga offenbar beschränkt, Man beschrieb sie als „*Koloß auf tönernen Füßen*“⁹⁸. Was den Euro-arabischen Dialog betrifft, stellte sich es heraus, dass dieser Dialog zwischen dem Forum der 22 AL-Staaten und der neun EG-Mitglieder wegen den Meinungsunterschieden innerhalb der Arabischen Liga behindert und schließlich sogar abgesetzt wurde⁹⁹, was zu der anschließenden Suspension des EAD zwingen sollte. Hinsichtlich der EMP beschloss die AL „... *die Suspendierung der Normalisierung der Beziehungen zu Israel und eine Wiederbelebung des Boykotts...*“¹⁰⁰, überließ die Ausführung des Beschlusses der nationalstaatlichen Souveränität der Mitgliedsstaaten. Daneben riefen alle arabischen Staaten ihre Botschafter zurück oder besetzten auslaufende Posten nicht mit neuem Personal. Marokko, Tunesien, Oman und Katar schlossen in ihren Staaten die israelischen Wirtschaftsvertretungsbüros. Der Arabische Maghreb Union (AMU) ihrerseits steht für das zweite Bündnis innerhalb der mediterranen Partner. Seine Kooperationsbemühungen basieren eigentlich nicht auf den ethnischen, historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten, sondern auf die außenpolitischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Erwägungen und Werte. Der 1989 gegründeten Organisation gehören Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien an. Dadurch zeigten sich

⁹⁶ **Robert, Rüdiger (1980):** Die Liga der arabischen Staaten. Versuch einer Bestandaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23, Bonn, S. 30.

⁹⁷ **Boutros-Ghali, Boutros (1963):** La Crise de la Ligue Arabe, in: *Annuaire Francais de Droit International*, Paris, S. 114.

⁹⁸ **Lerch, Wolfgang Günther (2001):** Koloß auf tönernen Füßen. Die Möglichkeiten der Arabischen Liga im Nahost- Konflikt sind begrenzt, S. 4

⁹⁹ **Lerche, Dieter (1977):** Grundlagen und Perspektiven des Euro-Arabischen Dialogs, Berlin, S. 25.

¹⁰⁰ **Alkazaz, Aziz (2001):** Arabische Liga, in: *Nahost Jahrbuch 2000*, Opladen, S. 184.

organisationsbezogene gemeinsame Punkte und Überschneidungen wie z. B. bei Algerien, Marokko und Tunesien, die allesamt einerseits Mitglieder der AL sind, und andererseits mit AMU¹⁰¹ verbunden sind. Es könnte nun möglich erscheinen, dass sich diese Konstellation zu ähnlichen Konditionierungsbemühungen wie bei der EU anbietet. Jedoch ist wegen unterschiedlicher Konflikte bilateraler Natur, die sowohl bei Mitgliedern der AL als auch bei der AMU zu erkennen sind, im EMP-Rahmen keine Übereinstimmung oder einheitliches Auftreten dieser Staatengruppe zu bemerken. Eine einzige Ausnahme präsentiert eine marginale Textänderung bei der Barcelona-Konferenz 1995, die auf der Besonnenheit des algerischen Außenministers, *Mohamed Salah Dembri*, beruhte, der die extrem uneinheitlichen Interessen der MDL effizient erklären konnte, da Algerien damals sowohl die AMU als auch die Arabische Liga präsidierte. Man kann nicht übersehen, dass zwar die MDL auf die inhaltliche Gestaltung des Prozesses vergleichsweise zu den Staaten der EU nur einen geringen Einfluss ausübt, doch muss man nochmals erwähnen, dass die MDL während der Konferenzen bei der Annahme von gemeinsamen Beschlüssen dank ihrem Vetostimmrecht über ein massives Blockierungsinstrument verfügen, dessen Wirksamkeit in Malta 1997 demonstriert wurde. Die Eskalation des Nahostkonflikts hat die Konferenz leider verdorben, und eine *Follow-up* Politik auf niedrigem Niveau konnte erst 1998 auf der informellen Mittelmeerkonferenz von Palermo erzielt werden¹⁰².

1.2.5 Die Ausgestaltung und die Implementierung der ENP¹⁰³

Wie es erwähnt wurde, war die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) eine Frucht der im Jahre 1995 vereinbarten „Euro-Mediterranen Partnerschaft“ (EMP) im Rahmen des „Barcelona-Prozess“. Das Ziel war „eine Raum des

¹⁰¹AMU ist eine Abkürzung und bedeutet Arab Maghreb Union.

¹⁰²Stabenow, Michael (1997): Belastungsprobe für die euromediterrane Partnerschaft, in: FAZ vom 17.04.1997, S.

¹⁰³ENP ist eine Abkürzung und bedeutet die europäische Nachbarschaftspolitik.

Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstandes zu schaffen¹⁰⁴“

.Wie es da oben gesagt wurde, besteht die Euro-Mediterrane Partnerschaft aus drei wesentliche Körben: „Korb (1)die politische und Sicherheitspartnerschaft, Korb (2) die Wirtschafts-und Finanzpartnerschaft und Korb (3) die Partnerschaftim kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich¹⁰⁵“. Andere Ziele der EMP sind die Demokratisierung des Raumes, die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Rechtstaatlichkeit. Seit 2004 hat die europäische Union ihre Außenpolitik gegenüber den Mittelmeerländern erneut angepasst. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) umfasst die16 unmittelbaren Nachbarn der EU: „Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Syrien, Tunesien, Ukraine, Palästina und die israelische Regierung“¹⁰⁶.

Die Verwirklichung des Wohlstands, der Stabilität und der Sicherheit in der Region war das erklärte Ziel, wobei die EU den NachbarstaatenPrivilegierte Beziehungen gewährt. Diese Art von Politik beruht auf gemeinsam anerkannten Werten wie „Demokratie und Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit, gute Regierungsführung, marktwirtschaftliche Werte und nachhaltige Entwicklung¹⁰⁷“. Daneben bedeutet die ENP bilaterale Aktionspläne der EU mit den jeweiligen Nachbarländern. In diesen Plänen wird eine Reihe von kurzen und mittelfristigen politischen und wirtschaftlichen Reformzielen vorausgesetzt, zu denen die Nachbarstaaten verpflichten müssen, um weitere Unterstützung durch die EU zu bekommen. Was diese ENP flexibler als die EMP macht ist es, dass sie individuell auf die einzelnen Länder angepasst und definiert wird. Dies wird vor allem durch die leistungsgebundene Mittelvergabe. Einige Politiker finden 2011 in dem sogenannten „arabischer Frühling“ eine Gelegenheit, den neuen „*more for more*“- Ansatz zu loben ,und

¹⁰⁴Jünemann, Annette (2005): Zehn Jahre Barcelona- Prozess. Eine gemischte Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45, S.7-13.

¹⁰⁵Ebd. S.7.

¹⁰⁶Europäische Kommission (2009):Europäische Nachbarschaftspolitik. Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?, Brüssel .

den reformbereiten Ländern mehr finanzielle Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit anzubieten¹⁰⁸.

Das Hauptelement der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union und der Republik Tunesien war beispielsweise das 1998 in Kraft getretene Assoziationsabkommen, das den „politischen Dialog“¹⁰⁹ zwischen den Vertragspartnern unterstützen sollte und alle Themenbereiche beinhaltet, die durch gemeinsame Interessen gekennzeichnet werden, vor allem in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft¹¹⁰. Die Republik Tunesien war eine der ersten Länder der Mittelmeer-Anrainer, die einen Assoziationsvertrag mit der EU abgeschlossen haben. Die Europäische Nachbarschaftspolitik, ihr Aktionsplan von 2004 sowie die dazugehörigen Länderberichten gründen sich auf diese Grundlage¹¹¹. Im Bezug auf die Migrationspolitik wurden in dem Vertrag bestimmte Prinzipien festgelegt. Zuerst sind internationale Standards anzuerkennen (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und das erste Protokoll von 1967) und in die nationale Rechtsetzung eingesetzt. Das Stellen des Asylantrages soll außerdem in dem Verwaltungsbereich durch ein „*capacitybuilding*“ vereinfacht, auch im Grenzschtzbereich sollen auch die Grenzkontrollen u.a. durch neue Überwachungssysteme optimiert werden.

Dabei sollen ebenso die Visa- Liberalisierungen besprochen und eine verstärkte Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern erzielt werden, um die Migration in und von den Mittelmeer-Anrainerstaaten zu kontrollieren. Das Wichtige auch im Vertrag mit Tunesien ist es, die illegale Migration nach und via Tunesieneinzugrenzen, z. B. durch Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitländern. Ein Rückübernahmeabkommen hatte der EU-Mitgliedstaat Italien schon 1999 mit Tunesien unter dem Präsident Ben Ali abgemacht, weshalb bis zu den Umbrüchen Anfang 2011 kaum illegale

¹⁰⁸ **Bendiek, Annegret / Lippert, Barbara / Daniela Schwarzer (2001):** Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik, SWP-Studien 2011, Berlin, S. 109-115.

¹⁰⁹ **Europäische Union (Hrsg.):** EUROPAMITTELMEER- ABKOMMEN zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits.

¹¹⁰ Ebd. 1-4.

¹¹¹ **Europäische Union (2004) :** EU/Tunisia Action Plan, Brüssel, S.1.

Migrationsbewegungen von Tunesien ausgingen. Durch neue Überwachungs- und Kontrolltechnologien wurde die Grenzüberwachung in Europa sowie in Tunesien gefördert und eine bessere Ausbildung der (tunesischen)Grenzschrützer ermöglicht, um illegale Einwanderung weiter zu verringern. Wie auch schon im Aktionsplan der ENP mit Tunesien geäußert wurde, sollen der Informationsaustausch und das „*capacitybuilding*“ Migrationsströme kontrollieren und überwachen.

Bei der Kooperation immer im Bereich der illegalen Migration hat die EU dabei die absolute Priorität, natürlich durch einen verbesserten Grenzschutz und Rückübernahmeabkommen. Dies zieht eine „*Exterritorialisierung*“ der EU Sicherheitspolitik nach sich, da die EU auf Nachbarländer wie Tunesien den Schutz ihrer Grenzen überträgt¹¹². Gemäß der Politik der tunesischen Präsident Ben Ali und dem Sicherheitsapparat kann Man schließen¹¹³, dass dies einen europäischen effektiven Grenzschutz ergibt. Gleichzeitig mit den Reformen zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wurden aber massive Menschenrechtsverletzungen sowie eine Unwilligkeit registriert¹¹⁴.

1.2.6 Die Schwierigkeiten Bei der Implementierung der EMP

Nicht nur die Konzeption sondern auch die Einführung der EMP , die in der Literatur als erfolgreiches Beispiel europäischer Politikgestaltung angesehen wird ,aber dasselbe kann man nicht sagen wenn es um die Beurteilung ihrer Implementierung geht. In der internen und externen Dimension der Mittelmeerpolitik zeigen sich erhebliche Defizite, institutionelle sowie verfahrensmäßige Schwierigkeiten. Trotzdem muss Man zuerst zugeben, dass die EU als politischer Akteur im Mittelmeerraum und sowohl durch ihre Wirtschaftskraft als auch durch die Kumulation der politischen und militärischen Ressourcen ihrer Mitgliedsstaaten sehr einflussreich gewesen war. Zwar ergriff die EU in den letzten Jahren einige gewagte Initiativen wie

¹¹² Bilgiç Ali / Bilgin, Pinar (2001): Consequences of European Security Practices in the Southern Mediterranean and Policy Implications for the EU, in: IN: EX Policy Brief, Nr. 11, Brüssel, S.3.

¹¹³ Arieff, Alexis (2012): Political Transition in Tunisia, Washington, Summary.

¹¹⁴ International Federation for Human Rights (FIDH) (2002): EU-Tunisia Association Council. Stop trading Human Rights for security, Brüssel.

die Zollunion mit der Türkei, die Unterstützung der politischen Transformation in den Gebieten der palästinensischen Autonomiebehörde sowie die Installierung des Barcelona-Prozesses, doch das volle Potenzial wurde bisher weitgehend weder entfaltet noch genutzt. Mit Ausnahme der im Jahre 1996 beschlossenen Entsendung eines „Sondergesandten Nahost“ beschränkte sich die europäische Rolle in der Mittelmeerregion vorwiegend auf den wirtschaftlichen Bereich. Einige Kritiker sehen selbst hier den gemeinsamen Aktionen der EU nur als einen „low profile“- Charakter an. Zwar leitete die EU im Rahmen des 1991 eingerichteten arabisch-israelischen Friedensprozesses von Madrid die Arbeitsgruppe für Regionale Entwicklung (REDWG) und hat damit gleichzeitig den Prozess von Oslo gegründet, aber trotz des finanziellen und wirtschaftlichen Einsatzes wurde die europäische Rolle in der Vergangenheit im Bezug auf den Einfluss auf die am Friedensprozess beteiligten Parteien als uneffektiv betrachtet. Dies ermöglicht der EU-Außenpolitik deshalb, nicht einen aktiven sondern einen reagierenden Einfluss auf den Prozessverlauf auszuüben. Ein ehemaliger hochrangiger EU-Diplomat bringt es treffend auf den Punkt: *„The EU pays for the Middle East Peace Process without having say in it!“* Überdies kann hinzuzufügend bemerkt werden, dass die „highpolitics“ Elemente immer noch die Spezialität der USA gewesen sind. Stabenow¹¹⁵ schilderte diesen Sachverhalt in Anbetracht der verzwickten Situation anlässlich der Konferenz von Malta vortrefflich: *„Ungeachtet der erst nach 24 Stunden dauerndem Tauziehen zustande gekommenen Begegnung Arafats und Levys im kleinen Kreise bestätigte sich auf Malta nicht nur die Erkenntnis, dass allenfalls die Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle bei der Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten übernehmen können. Die in vielen europäischen Hauptstädten gehegte Hoffnung, die Gemeinschaft könne mit dem Rahmender Mittelmeer-Partnerschaft die Annäherung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn schnell voranbringen, droht sich sogar in das Gegenteil zu wenden :Die*

¹¹⁵ Stabenow, Michael (1997): Belastungsprobe für die euromediterrane Partnerschaft, in. FAZ, S.2.

*Unnachgiebigkeit, mit der die arabischen Delegierten in Malta auf einer – wenn auch verklausuliert formulierten – Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik bestanden, belastet auch die Fortentwicklung der euromediterranen Partnerschaft.*¹¹⁶ Die Annahmeder These kann eigentlich leicht bestätigt werden, bei der die EU die Rolle *global Payer* anstatt *global Player* übernimmt. Zwar hegt auch *Schmidt* den Verdacht, dass die europäische Union nicht recht wissen, ob und wie sie die Entwicklungen dieser Region beherrschen sollen, jedoch hat sich ihn durch die Amsterdamer Verträge und die neue Position des Hohen Vertreters das Bild einer eigenständigen europäischen Politik positiv geändert. Denn im Nahen Osten hat für ihn die GASP erste, wenn auch unscharfe Konturen gewonnen. Der damalige EU-Sonderbeauftragte für den Nahen Osten, *Miguel Moratino*, und der Hohe Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, *Javier Solana*, haben es seiner Auffassung nach geschafft, „... *Europa auf dem Spielfeld erkennbar zurückzumelden.*“¹¹⁷

Die Entsendung der EU-Troika unter der Führung des damaligen belgischen EU-Ratsvorsitzenden *Michelin* den Nahen Osten soll diese Theorie bestätigen, denn sie wurde beauftragt, eine breite internationale Koalition zum Kampf gegen den Terrorismus zu bilden. Trotzdem besteht gegenwärtig heftiger Widerspruch zwischen dem vorhandenen Potenzial und den politischen Ambitionen der EU und ihrer faktischen Rolle im Mittelmeerraum. Deutsche Printmedien griffen diesen Sachverhalt auf und betitelten ihre bisherigen Berichterstattungen mit Überschriften wie „*Der Fortschritt ist eine Schnecke*“, „*Schwierige Annäherung an die Realität*“, „*Zwischen Können, Sollen und Wollen*“ oder „*Die Europäer wollen nützlich sein*“.

¹¹⁶ **Schmalz, Uwe (1997):** Kohärenz der EU-Außenbeziehungen? Der Dualismus von Gemeinschaft und Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik in der Praxis, Arbeitspapier der Konrad Adenauer Stiftung, Sankt Augustin, S. 57. Künftig zitiert als: Schmalz, Sankt Augustin 1977.

¹¹⁷ **Schmidt, Christian (2001):** Friedensstifter zweiter Wahl? Die Rolle der Europäer im Nahen Osten, in: Internationale Politik Nr.8, Berlin, S. 50. Dazu vergleichsweise auch die Aufsätze von **van Eekelen, Willem:** Europe toward a Common Foreign and Security Policy, in: Mediterranean Quarterly, Volume 10, Number 4, Durham 1999, S. 44-55 und **Hadar, Leon, T.:** Meddling in the Middle East? Europe Challenges U.S. Hegemony in the Region, in: Mediterranean Quarterly, Volume 7, Number 4, Durham 1996, S. 40-54.

Das oben beschriebene Missverhältnis ist eigentlich ein reines Resultat aus den fortbestehenden Positionsdifferenzen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, die oftmals den Formulierungen und Umsetzungen apodiktischer politischer Zielsetzungen entgegenwirken. Und so kann nur nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners verfahren werden. Vielleicht hat *Perthes*¹¹⁸ mit dem Aufsatztitel „*Der Mittelmeerraum, der nahöstliche Friedensprozeß und die Europäische Union: Die Suche nach einer politischen Rolle*“ den Charakter der momentanen EU-Außenpolitik am vortrefflichsten beschrieben. *Nonnenmacher* hingegen stellt in einem Leitartikel die Frage, ob das „... junge und noch zarte Pflänzchen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik von dem weltpolitischen Sturm geknickt wird, der nach dem 11. September losgebrochen ist ...“. Bezüglich der deutschen Positionierung beim Irak-Konflikt spricht er sogar von einem selbst gewählten „*Rückfall in die weltpolitische Zwergenrolle*“.¹¹⁹ Abgesehen von den erwähnten Schwierigkeiten kommt noch dazu, dass bei der EU- Mittelmeerpolitik auf Grund des institutionellen EU-Rahmens sehr oft institutionelle und verfahrensmäßige Implementierungsschwierigkeiten beherrscht werden müssen. Im Wesentlichen lassen sich diese Probleme auf die mit nationalstaatlichen Modellen nicht vergleichbare Organisation der EU-Außenbeziehungen begründen, denn im Bereich der internationalen Beziehung bedeutet das EU-System einen Sonderfall. Die Außenbeziehungen der Union werden auf Grund einer komplexen Zuständigkeitsverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und den EG-Gemeinschaftsorganen gestaltet. Durch das Aufeinandertreffen des EU-Subsystems mit der uneingeschränkten Souveränität der EU Mitgliedsstaaten zeigten sich drei bedeutende Elemente, die maßgeblich zur Komplexität der EU-Außenbeziehungen geführt haben.

¹¹⁸ **Perthes, Volker (1999):** Der Mittelmeerraum, der nahöstliche Friedensprozeß und die Europäische Union: Die Suche nach einer politischen Rolle, in: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden-Baden, S. 173-184. Diese Ansicht wurde erstmals 1995 während der Kronberger Nahost-Gespräche der Bertelsmann Stiftung vertreten, vgl. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa und der Nahe Osten. Auf dem Weg zu einer neuen Ordnung, in: Internationale Politik, Ausgabe 7, Bonn 1995, S. 31-36.

¹¹⁹ **Nonnenmacher, Günther (2002):** Rückfall in die Zwergenrolle, in: FAZ , S. 1.

1.2.6.1 Die Kontinuität des europäischen Systems

Zunächst mangelt es der westeuropäischen Gemeinschaft an außenpolitischer Gestaltung, da die Verträge zur Gründung der EG für Kohle und Stahl (EGKS/Montanunion) des Jahres 1951 sowie die Gründung der EWG des Jahres 1957 keine gemeinsamen Schritte im außenpolitischen Bereich versprechen¹²⁰.

Die sechs Gründerstaaten schlugen den funktionalen Weg der Integration ein, der auf dem klassischen Funktionalismus, den ökonomischen Integrationskonzepten sowie Überlegungen des lerntheoretischen Transaktionsansatzes basierte. Der gewählte Weg des Neofunktionalismus sah eine allmähliche Integration vor, bei der von „*spill-over*“-Effekten anfänglich wenig kontroverser Politikfelder auf andere Sachbereiche ausgegangen wurde und somit die supranationale Integration eine Eigendynamik entwickeln konnte. Wegen der Krisen und der Stagnationen der EG in den 60er Jahren wurde 1970 die EPZ¹²¹ lanciert. Dank dieser europäischen politischen Zusammenarbeit konnten die europäischen Mitgliedsstaaten ebenso auf ein intergouvernementales Konzept zurückgreifen, das nicht nur der EG als zentrales Instrument zur Koordinierung der Außenpolitiken diene, sondern auch der Staatengemeinschaft eine außenpolitische Stimme verlieh¹²². Die EPZ, die in der Zwischenzeit durch neue Komitee und Verfahren weiter entwickelt wurde, bekam 1986 im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) eine vertragliche Basis.

Als der Maastrichter Vertrag im Jahre 1993 in Kraft trat, begann das „*Experiment*“ mit dem „*ambitiösen Titel*“ gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik, bei dem der intergouvernementale Rahmen erhalten blieb. Der Konflikt in Jugoslawien illustrierte nachdenklich die Defekte der

¹²⁰ **Bundeszentrale für politische Bildung (1995.):** Europäische Union, in: Information zur politischen Bildung, Band 213, Bonn, S. 6.

¹²¹ **EPZ** bedeutet die europäische politische Zusammenarbeit

¹²² **Weidenfeld, Werner(2000):** Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Weidenfeld, Werner und Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z, Taschenbuch der europäischen Integration, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 19 .

außenpolitischen Handlungskapazität der EU und ließ das Problem zu einem der Schlüsselthemen der Regierungskonferenz von 1996/97 werden.

Die Verstärkung des europäischen außenpolitischen Apparats sah in der aktuellen Lage seit dem 11. September 2001 sehr ratsam aus, weil weder dem europäischen Publikum noch den Partnern Europas die Aufgabenteilung zwischen dem Hohen Repräsentanten der GASP, dem für Außenbeziehungen zuständigen EU-Kommissar *Patten* und dem Ratsvorsitzenden verdeutlicht werden kann, da „... *alle herumreisen und irgendwie im Namen Europas sprechen.*“ Die Erklärungen, die Demarchen sowie der politische Dialog werden eigentlich nicht als vertraglich gegründete GASP-Instrumente betrachtet, trotzdem haben sie eine bedeutende Rolle in der außenpolitischen Zusammenarbeit der EU gespielt. Die Anwendungsfälle des Jahre 1995 zeigten dies in einem folgenden Diagramm: dass, das Verhältnis der vertraglich festgelegten Instrumente, die der EU auf internationaler Ebene eine aktivere und gewichtigere Rolle ermöglichen sollten, in quantitativer Hinsicht marginal und unwichtig ist. Beispielsweise erwähnen wir die Anzahl der gemeinsamen Standpunkte (4,3 %) und Aktionen (3,3 %) machten insgesamt nur 7,6 % aller Anwendungsfälle aus. Dies war umso mehr erstaunlich, als in der gleichen Periode die konventionellen auswärtigen Aktivitäten der EU besonders aktiv waren und die Union als Akteur auf internationaler Ebene durchaus gefragt war. Diese Fortsetzung der deklaratorischen Tradition der EPZ beweist die schwache Handlungsfähigkeit auf internationaler Ebene und wird lächerlicherweise als „*Politik des erhobenen Zeigefingers*“ in die Literatur bezeichnet. Die Vertragsrevision von Amsterdam im Jahre 1997 hat die Tradition der EEA¹²³ und des Vertrags von Maastricht durch Vertragsfortschreibungen und Weichenstellungen fortgesetzt. Immer außenpolitisch überwechselte die EU System evolutionistisch von einer lockeren Kooperation auf eine intensive sowie effektive Kooperation, „... *institutionellenkonsolidierten intergouvernementalen Kooperation ...*“.

¹²³ EEA ist eine Abkürzung und bedeutet Einheitliche Europäische Akte

Der Grund für eine Entwicklung der EPZ, der Errichtung der GASP sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) war eigentlich die außenpolitische Instrumentalisierung der EG Fähigkeiten. Der Einfluss der Weiterentwicklung des Unionssystems in Form des Dualismus bezüglich der Außenpolitik auf die Interaktion zwischen den EU-Außenwirtschaftsbeziehungen und der intergouvernementalen Zusammenarbeit ist tatsächlich unabsehbar.

1.2.6.2 Der Dualismus des europäischen Systems

Das Resultat der bereits analysierten Entwicklungen ist auf eine Entstehung zweier sehr unterschiedlicher Subsysteme im Bereich der EU-Außenbeziehungen zurückzuführen: Supranationalismus und Intergouvernementalismus. In der Theorie kollidierten hierbei die Befürworter des Europäischen Bundesstaates mit den Vertretern einer begrenzten Regierungszusammenarbeit¹²⁴.

Auf der einen Seite gibt es die wirtschaftlichen EU-Außenbeziehungen, die in die Verantwortlichkeit der Kommission und des Rats fallen, deshalb können sie dem Rahmen des supranationalen Gefüges zugeordnet werden¹²⁵. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Interdependenz wird die staatliche Souveränität durch Kompetenzübertragung auf die supranationale Ebene verlagert. Auf der anderen Seite verbleiben alle außenpolitischen und sicherheitspolitischen Fragen im intergouvernementalen Rahmen der GASP. Die Bestimmungen des Titels V des Maastricht-Vertrages haben die rechtliche Basis der GASP definiert. Obwohl die GASP als zweite Säule in das Vertragswerk integriert ist, verbleiben doch die Entscheidungen über die Außen- und Sicherheitspolitik im Vergleich zu der ersten Säule schließlich in der nationalen Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten. Da hierbei die für den Integrationsprozess relevanten Entscheidungen durch bi- und

¹²⁴ **Schmuck, Otto:** Föderalismus, in: Weidenfeld, Werner und Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z, Taschenbuch der europäischen Integration, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000, S. 215.

¹²⁵ **Monar, Jörg (2000):** The Dualism in External Representation, in: Behrendt, Sven und Christian-Peter Hanelt (Hrsg.): Bound to Cooperate – Europe and the Middle East, Gütersloh, S. 222.

multilaterale Abstimmungen zwischen nationalen Beamten in Ausschüssen und Konferenzen vorbereitet werden, ist in dieser Dimension oft nur der kleinste gemeinsame Nenner nationaler Interessen bestimmend. *Frankenberger*¹²⁶ erklärt in einem Artikel, dass die GASP von „... *bilateralen Reflexen und nationalen Solotouren durchlöchert ...*“.

Da die Beziehung zwischen den innenpolitischen Entscheidungsprozessen und der Interessenbildung der Mitgliedsstaaten die absolute Priorität hat, schwindet allmählich der Einfluss supranationaler Institutionen und Interessenvertretungen. Die Verbindung oder die Koexistenz von zwei ihrer Rechtsgrundlagen und institutionellen Organisation sowie Entscheidungsmechanismen sehr inkongruenter Subsystemen wirkt direkt auf die Mittelmeerpolitik der Union aus. Das Resultat der sich in diesen Bereichen berührenden Sachthemen wie Sicherheit, Wirtschaft, Ökonomie und Migration ist eine Entwicklung der inhärenten Probleme des EU-Systems. *Monar* führte die Mittelmeerpolitik wie andere Unionspolitiken auf kaum stabilisierte und ausbalancierte divergierende Interessen zurück. Vorher wurden eigentlich die neue Anstöße oder Richtungen in der Mittelmeerpolitik mit den Interessenkoalitionen der Mitgliedsstaaten in Einklang gebracht. Der Einfluss des EU-Systems auf die Mittelmeerpolitik hat dazu veranlasst, eher wirtschaftliche als politische Entscheidungen zu treffen. In Bezug auf den Dualismus kann dadurch die GASP als schwächere Komponente assoziiert werden, da sowohl hinsichtlich der Entscheidungskompetenzen als auch der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nur begrenzte Mittel vorhanden sind. Wenn beispielsweise im intergouvernementalen Bereich der GASP wegen national divergierender Sonderinteressen substantielle Entscheidungen bezüglich der Mittelmeerpolitik als unmöglich zu sein erscheinen, können im EU-Bereich noch unter diesen Umständen wirtschaftliche Maßnahmen als möglich angesehen werden, da die Europäische Kommission als „*Motor*“ fungiert, die Entscheidungsmöglichkeit mit qualifizierter Mehrheit besteht und

¹²⁶ **Frankenberger, Klaus-Dieter (2001):** Im Strom der Weltpolitik, in: FAZ vom 19.10., S.1.

Mitgliedsstaaten dazu neigen, Aktionen auf der Ebene der „*low politics*“ den Entscheidungen der „*high politics*“ Ebene vorzuziehen. Des Weiteren ist eine generelle Auswirkung des EU-Systems vorhanden, die bei den Mittelmeerpartnern der EU Unverständnis hinsichtlich der Transparenz und Voraussagbarkeit der Unionspolitik erzeugen kann, da die einzelnen Elemente der Mittelmeerpolitik Ergebnisse komplexer internationaler Kompromissfindungen zwischen den Unionsmitgliedsstaaten, der Kommission und der Präsidentschaft sind. Die beschriebene Kompromissfindung vollzieht sich innerhalb von Organen, die erstens rechtlich und funktionell gegenüber traditionellen nationalen Institutionen verschieden sind und zweitens zudem den beiden Komponenten des dualen EU-Systems unterliegen. All dies erschwert es den Mittelmeerpartnern, den EU-Prozess zu übernehmen, den Hintergrund verschiedener Unionspositionen zu erfassen sowie bei Verhandlungen und Implementierungen der Abkommen die EU-Prioritäten vorzusehen.

Als Folge der angeführten Möglichkeiten für Missverständnisse können sich bei den MDL falsche Erwartungen einstellen, die in Frustration und Enttäuschung über nicht zu verstehende mangelhafte Konzessionsbereitschaft sowie unerwartete Positionsveränderungen seitens der EU umschlagen. Eine weitere Begebenheit des Unionssystems, die eine rasche Ausführung der EU-Mittelmeerpolitik erschweren kann, ist rechtstechnischer Natur und hat ihren Ursprung in der Rechtswissenschaft. Es ist die Länge der vertraglichen Ratifizierungsverfahren. Da bei den euro-mediterranen Assoziierungsabkommen durch die vertraglichen Vereinbarungen mit den MDL die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten berührt werden, müssen diese Abkommen neben der Ratifizierung durch das Europäische Parlament auch die einzelnen verfassungsmäßigen Ratifizierungsverfahren aller EU-Mitgliedsstaaten durchlaufen.

Dieser Vorgang kann vom Tag der Unterzeichnung bis zum Tag der Umsetzung mehrere Jahre beanspruchen und artete deshalb in der Vergangenheit immer in eine lähmende Ratifizierungsphase aus, die auch als

Politik der kleinen Schritte bewertet werden kann. Zusammengefasst bedeutet dies, dass bisher im Vordergrund des Verhaltens der beteiligten Organe eher die trennenden Elemente des Dualismus von Integration und Kooperation statt der verbindenden Elemente der EU standen. Das Streben nach Kohärenz gestaltet sich bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Nebeneinanders von Gemeinschaft und GASP zu einer Art Dualismus-Dilemma. In der Literatur wird die Auflösung dieses Dilemmas mit dem Versuch einer Quadratur des Kreises gleichgesetzt. Die Irakkrise entblößte diesen Zustand, den man als Politik ohne Macht bezeichnen kann. Die Bewältigung des Dualismus-Dilemmas ist trotzdem nicht schwer und kann durch adäquaten politischen Willen mit geeigneten institutionellen Maßnahmen erreicht werden und schließlich zu größerer Übereinstimmung führen.

1.2.6.3 Beschränkte Befugnisse der Mitgliedstaaten im EU- System

Bei näherem Betrachten gehören alle auswärtigen Angelegenheiten zu der Verantwortlichkeit der vier Hauptorgane der EU. Damit wird gemeint ;der Europäische Rat, der Rat der Außenminister, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Nach *Monar* gibt es jedoch in erster Linie die Entscheidungskompetenz bei den Mitgliedsstaaten, die nicht nur „*Herren der Verträge*“¹²⁷ spielen, sondern auch die wesentlichen Entscheidungsfindungen im Rahmen des Europäischen Rates oder des Außenministerrates treffen. Wenn wir über die Vorherrschaft der Mitgliedsstaaten reden möchten, sollen wir zwei wesentliche Faktoren erwähnen. Der erste Faktor hat zu tun mit der Entscheidungen sowie der Vorschläge und geht es darum, dass die Mitgliedsstaaten trotz des Freiraums für separate nationale Aktionen, eines unbegrenzten Initiativrechts sowie der Vetomöglichkeit im Rahmen der Gemeinschaft nur auf Grundlage eines Vorschlags der Kommission entscheiden können.

¹²⁷*Monar*(1999), Baden-Baden, S. 69.

Die Europäische Kommission steht für die Exekutive der EU, und allein sie ist beauftragt Entwürfe, der EU Terminus lautet „*Vorschläge*“, anzufertigen und dem Rat sowie dem Europäischen Parlament unterbreiten. Die letzten beiden Organe haben nur die Aufgabe, die Kommission zu verlangen und Entwürfe vorzulegen. Da die Europäische Kommission die Verantwortung der Durchführung regelmäßig übernimmt, wird sie als „*Hüterin der Verträge*“¹²⁸ betrachtet. Die Mitgliedsstaaten müssen sich dank der beschriebenen Voraussetzungen der Mehrheitsentscheidungen unterwerfen, deshalb ist ihre nationale Handlungsmöglichkeit fast total begrenzt, und dies dient eigentlich der ganzen Sache. Der regulierende Einfluss der starken wirtschaftlichen und politischen Verbindlichkeiten stellt auch den zweiten Faktor dar. Dadurch können die Reparaturkosten nationaler Alleingänge bzw. potenziell möglicher Blockadehaltungen maßgeblich teuer werden, so dass die Bereitschaft zu Kompromissen unausweichlich verstärkt wird. *Monar* will diesen Faktor verwenden, um den Mitgliedsstaaten bei der GASP zu bestätigen, dass die Freiräumen, die durch den intergouvernementalen Freiraum gegeben wird, in vielen Fällen nicht produktiv ist. Im Gegensatz dazu sollen die deklarierten Interessen der einzelnen Nationalstaaten angenommen werden, denn sie sind tatsächlich sehr fruchtbar. *Schmalz* begünstigt diese Bewertung nicht und deutet darauf hin, dass die geringe Bereitschaft der Mitgliedsstaaten zur verpflichtenden Einbeziehung ihrer Möglichkeiten und der Rückgriff auf gemeinschaftliche Mittel der GASP als Beweis für eine „*schleichende Intergouvernementalisierung von Gemeinschaftskompetenzen*“ betrachtet werden kann. All dies bestätigt die Annahme von einer beschränkten Vorherrschaft der Mitgliedsstaaten im EU-System, so dass die Idee von konstruktiver Kohärenz wohl nur in Einzelfällen durchführbar ist. Das ist auch eigentlich nach dem Gipfel von *Nizza* klargeworden, wenn die Rolle Europas als internationaler Akteur nicht gut geschildert wird. überdies

¹²⁸**Fritzler, Marc und Günther Unser (1998):** Die Europäische Union, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 54.

kann Man fest sagen, dass es sogar ein Mangel an einem gemeinsamen politischen Willen gibt¹²⁹. In Zeiten der Post-Irak-Krise scheint es die Hauptaufgabe der AntiKriegs-Europäer zu sein wieder auf Amerika zuzugehen. Einige finden, dass ein gemeinsamer Neuaufbau des Irak eine Weltpolitische Phase schaffen kann , in der die amerikanischen Unilateralisten ebenso die europäischen Achsenbefürworter, und in Anlehnung an die von Aristoteles überlieferte Fabel des Antisthenes– *Löwen und Hasen* – in Verhandlungen eintreten müssen.

1.2.7 Die Idee der Union für das Mittelmeer , Verfahren und Finanzierung

Es war im Februar 2007, wo der damalige Präsidentschaftskandidat *Sarkozy* in einer Wahlkampfrede in Toulon zum ersten Mal seinen Vorschlag gemacht hat, eine Mittelmeerunion zu gründen. Gemeinsam mit Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Zypern wollte Frankreich die Initiative ergreifen, eine Organisation der Mittelmeeranrainer zu gründen. Neben der Schaffung eines „Mittelmerrates“ ähnlich dem Europarat empfahl *Sarkozy* den Aufbau einer Mittelmeer-Investitionsbank. Zwar wurde es nicht erwähnt, welche Länder südlich und östlich des Mittelmeers an seinem Unionsprojekt beteiligen werden sollten, aber die nordafrikanischen Staaten im Allgemeinen spielen selbstverständlich eine große Rolle in dieser vorgeschlagenen Union. In Bezug auf die Türkei deutete *Sarkozy* darauf hin, dass sie zu einer wichtigen „Stütze“ der zukünftigen Mittelmeerunion werden solle und zwar als Alternative zum Beitrittsprozess.

Der Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems ist einer der wichtigen Aufgaben dieses Projekts, erklärte *Sarkozy* und nannte dabei die vier „Pfeiler“ oder Kooperationsbereiche, auf die sich die Mittelmeerunion konzentrieren sollte. Diese vier Pfeiler umfasst die Einwanderungspolitik, den Umweltschutz,

¹²⁹ **Le Gloannec, Anne-Marie (2001):** Europa als internationaler Akteur, in: Internationale Politik, Nr. 2, Berlin, S. 23-27.

die nachhaltige Entwicklung, die „Kooperation“ und die Zusammenarbeit im Kampf gegen Korruption, die organisierte Kriminalität und Terrorismus¹³⁰.

Nach seiner Amtseinführung fügte er diesen Äußerungen nichts Neues hinzu. Stattdessen betonte er immer wieder, dass die Mittelmeerunion als eine Brücke zwischen Europa und Afrika betrachtet wird. Abgesehen davon legte Sarkozy den Mittelmeeranrainern dieses Angebot offensichtlich ohne Konsultation der Kommission in Brüssel oder irgendeines anderen Mitgliedsstaates der EU vor. Dieses französische Projekt wurde von einigen Beobachtern und Analytikern als reines „Wahlkampfmanöver“ ausgelegt. Es wurde sogar sofort zur Debatte gestellt, welche Gestalt die Mittelmeerunion in Zukunft annehmen könnte.

Das französische Projekt hatte jedoch nach sich unerwünschten Folgen gezogen, die von einer guten Portion Skepsis über eine sehr deutliche Kritik bis zur Ablehnung auf höchster diplomatischer Ebene reichten. Staaten wie Marokko und Ägypten zeigten zumindest auf offizieller Ebene zurückhaltende Zustimmung zum Projekt Mittelmeerunion. Man kann nicht viel über den „großen Enthusiasmus“, reden, von dem Sarkozy gerne spricht. Das Projekt wurde zuerst von der türkischen Regierung abgelehnt, aber kurz darauf hat sie akzeptiert, an dem Projekt teilzunehmen, vorausgesetzt, dass die Einladung dazu nicht als Alternative zum EU Beitrittsprozess der Türkei zu verstehen sei.

Die Auswirkung war nicht ausschließlich auf der Türkei, Libyen und Algerien, sondern auch in vielen EU-Mitgliedsländern erregte¹³¹ der französische Alleingang die europäische Besorgnis. Zum Beispiel Spanien konnte sich nicht den Eindruck erwehren, dass dieses Projekt „Mittelmeerunion“ den ehemaligen Barcelona-Prozess schwächen könnte. Deshalb zwangen solche Reaktionen Sarkozy und seinen Stab offenbar dazu, die ursprünglichen Pläne zu beschränken. Das alles wurde erstmals im „*Aufruf von Rom*“ klargestellt, auf den der französische Staatspräsident und die Ministerpräsidenten Italiens und Spaniens am 20. Dezember 2007 eine Überstimmung erzählt haben.

¹³⁰ Anja Zorob (2008): Projekt „Mittelmeerunion“ – „Neuer Schub“ für die EU-Mittelmeerpolitik? Das GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg, S.3-4.

¹³¹ Ebd. S.4.

Einerseits drehte sich die Rede im „ *Aufruf von Rom* “ nicht mehr um einer Mittelmeerunion, sondern um einer Union für das Mittelmeer (UMed), die auf das Prinzip der Kooperation und nicht der Integration beruht. Das Ziel soll zuerst nur ein Versuch sein, der sich auf konkrete und effektive Projekten stützen und vor allem von der „*politische Dynamik*“ ausgehen soll, und daher Akteure der Zivilgesellschaft, Unternehmen und andere „mobilisieren“ können .Andererseits betonte, der Aufruf von Rom „, ausdrücklich, dass die UMed die „bestehenden Strukturen der Zusammenarbeit und des Dialoges“ und damit den Barcelona-Prozess sowie die Nachbarschaftspolitik nicht ersetzen, sondern ergänzen soll, womit sich Spanien offenbar mit seiner Forderung durchgesetzt hat. Es wurde nicht festgesetzt, welche und wie viele Mittelmeerdrittländer an dieser Initiative teilnehmen sollen ¹³² . Innerhalb der EU meldete sich insbesondere Deutschland mit offenbar für die französische Seite unerwartet scharfer Kritik zu Wort. Dabei erklärte die deutsche Bundeskanzlerin gleichzeitig ganz offen, dass das Projekt ausdrücklich alle EU Mitglieder beschäftigen müsse, denn neue Initiative , deren Finanzierung von EU- Mittel abhängt und nur von einem einzelnen Mitgliedstaat ausgeht , könnte vermutlich innerhalb der ganzen europäischen Union unterschiedliche Spaltungen verursacht .

Aus Anlass der Eröffnung der Computermesse *CeBIT* in Hannover berichteten Angela Merkel und Nicolas Sarkozy im März 2008 , dass sie zu einer Einigung gekommen seien , und dass die UMed an allen 27 EU-Mitglieder gerichtet werden muss ¹³³ und dem Barcelona-Prozess „, eine neue Stufe“ bedeuten soll. Die beiden Politiker präsentierten ihren europäischen Amtskollegenden gemeinsam ausgearbeiteten Vorschlag auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 13. März 2008 und erhielten Zustimmung. Aus der Schlusserklärung des Gipfels schließt man, dass der Europäische Rat die Union für das Mittelmeer, welche die EU-Mitgliedsstaaten und die nicht der EU zugehörigen Mittelmeeranrainer umfasst, akzeptiert .Außerdem wurde die Kommission beauftragt, Vorschläge

¹³²Ebd.S.4.

¹³³Ebd.S.4.

und Empfehlungen für die Modalitäten der in „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“ umbenannten Initiative bis zum nächsten EU-Gipfel in Paris im Juli 2008 zu schreiben.

Abgesehen von dem Einschluss aller EU-Mitglieder¹³⁴ ist das Wichtigste bei dem deutsch-französischen Kompromiss, dass für die UMed keine zusätzlichen EU-Mittel in Verfügung gestellt wird. An die ursprüngliche Idee Frankreichs angelehnt ist auch der Vorschlag für eine neue Führungsstruktur. In der Zukunft soll ein aus 20 Personen bestehendes Sekretariat unter Führung zweier Direktoren geben, deren Aufgabe die Koordination der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeerpartnerländern ist. Die beiden Direktorenposten werden für jeweils für zwei Jahre von je einem Vertreter der EU, bei dessen Auswahl zunächst den europäischen Mittelmeerländern der Vorzug gewährt werden soll, und je einem Vertreter aus den Mittelmeerpartnerländern besetzt. Zwischen der Staats- und Regierungschefs der EU und der Mittelmeerpartnersoll in regelmäßigen Abständen ein Gipfeltreffen vereinbart. Man kommt um die Tatsache nicht herum, dass verschiedene entscheidende Fragen beidem deutsch-französischen Kompromisspapier jedoch unklar blieben, zum Beispiel welche Nicht-EU-Mittelmeeranrainer haben das Recht an der UMed teilzunehmen? Wie soll die neue Zusammenarbeit in Form von Projektausehen? Welchen „Mehrwert“ verspricht eine „Union der Projekte“ und unter welchen Voraussetzungen könnte die Initiative dem Barcelona-Prozess und der südlichen Flanke der ENP tatsächlich „neuen Schwung“ verleihen?

Da man bemerkte häufig in der Fachliteratur, dass das Projekt des französischen Staatspräsidenten angenehme Auswirkungen hat, hat die Rede über diese Initiative das Mittelmeer endlich wieder einmal auf die Tagesordnung der europäischen Politikergesetzt. Trotzdem scheinen die bis jetzt vorgelegten Pläne für die Ausgestaltung der UMed immerhin kaum erfolgreich¹³⁵. Es ist zu befürchten auch, dass die neue Initiative nur

¹³⁴Ebd.S.5.

¹³⁵Ebd.S.5.

vorhandene Institutionen verdoppeln und die EU-Mittelmeerpolitik noch komplexer, inkohärenter und bürokratischer machen könnte, als sie es ohnehin schon ist. Dieser Fall dürfte passieren, wenn die UMed einfach den Institutionen, den Politiken und den anderen Projekten innerhalb von EMP und ENP hinzugefügt würde. Trotzdem mögen ein „Mittelmeerrat“, regelmäßige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs und ein ständiges Sekretariat mit einer euromediterranen Doppelspitze ein stärkeres „*Joint ownership*“ erzeugen und damit den Forderungen und Erwartungen der Partnerländer besser anhören können.

Die Abwesenheit dieses Aspektes wurde innerhalb der EMP und der ENP immer wieder kritisiert. Abgesehen von der schwierigen Durchführbarkeit dieses Konzeptes und von der Tatsache, dass einige arabische Mittelmeerdriftländer eine israelische Führung nicht hinnehmen würden, ist es auch fraglich, ob ein 39 oder mehr Staaten umfassender Gipfel mit all den unterschiedlichen Auffassungen der dort vertretenen Länder tatsächlich dazu beitragen kann, nach dem Muster der G 8 „neue Ideen“ zu entwerfen und auszuarbeiten.

Genauso ist es eigentlich nicht sicher, dass solche gemeinsamen Institutionen die Führungseliten der meisten Mittelmeerdriftländer dazu ermutigen werden¹³⁶, eigene Initiativen überzunehmen. Die Verstärkung des Barcelona-Prozesses im deutsch-französischen Kompromiss bedeutet, dass sich die UMed nur auf die derzeitigen Mitglieder des Barcelona-Prozesses beschränken würde. Theoretisch könnte der Begriff „nicht der EU zugehörige Mittelmeeranrainer“ jedoch auch bedeuten, dass, wie in einem französischen Vorschlag geäußert, neben Albanien noch weitere Adriastaaten in die UMed aufgenommen werden sollen, was ohne Zweifel zu weiteren Komplikationen bei dem Euro-Med-Ministertreffen und damit zur Erschwerung der Entscheidungsprozesse führen. Zumindest alles was bis jetzt klar ist, sind die genauen Inhalte und die Kooperationsbereiche, auf die eine zukünftige UMed basieren soll. Trotzdem bleibt immer noch die Hauptfrage, wie diese Projekte und Programme in den

¹³⁶Ebd.S.5.

bisherigen Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den Mittelmeerdriftländern integriert werden sollen und können, um weitere Doppelspurigkeiten oder Sensibilität, die bei EMP und ENP bereits bemerkt werden, zu beseitigen¹³⁷.

Die Vorschläge der französischen Regierung und der Bericht der unter der Leitung des Direktors des *Institut de la Méditerranée* im Sommer 2007 einberufene Expertenkommission haben immerhin einige zentrale Bereiche entwickelt. Neben der Energie und der Überwachung des Seeverkehrs gibt es vor allem Initiativen in den Bereichen Umwelt und Wissenschaftskooperation. Außerdem sollen für diese und andere Kooperationsbereiche neue Agenturen und Büros geschaffen werden, um diese Maßnahmen besser auszuführen. „Sichtbarkeit“ spielt hierbei eine führende Rolle, denn die meisten der bisher erzählten Projekte oder die Kooperationsbereiche münden bereits im Rahmen der euromediterranen Zusammenarbeit. Andere Initiativen wie „*Horizon 2020*“ oder die 2007 verabschiedete Initiative der Schaffung eines euromediterranen Forschungsraumes sind so gut wie niemandem bekannt. Laut *Michel Emerson* vom *Centre for European Policy Studies* sollen die neuen Agenturen mit der größten Sorgfalt geschaffen werden. Eigentlich besitzt die EU ihre eigenen und verschiedenen Agenturen, die mit diesen neuen Mittelmeerinitiativen befassen können und deren allmähliche Öffnung gegenüber den Mittelmeerdriftländern als Ziel der Nachbarschaftspolitik angesehen wird. Das heißt natürlich nicht, dass eine nachhaltige Kooperation insbesondere in solchen technischen Bereichen nicht von Nutzen sein könnte. Beispielsweise könnten Projekte und Programme der Infrastrukturentwicklung oder der Förderung von Technologie- und Wissenstransfer langfristig dazu beitragen, Investitionen anzulocken und die für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum notwendigen Voraussetzungen besser zu machen.

Die Frage stellte sich doch¹³⁸, wie diese „zusätzlichen“ oder die Ausweitung der bisherigen Maßnahmen finanziert werden sollen. Denn eine Aufstockung

¹³⁷Ebd.S.5.

¹³⁸Ebd.S.6.

der EU-Mittel soll es nichtgeben, auch wenn dies von einigen Seiten als unabdingbar angemahnt wurde. Deshalb erwähnte die Expertenkommission in ihrem Abschlussbericht, dass man auf dieses Projekt Mittelmeerunion verzichten sollte, wenn keine Finanzierung zur Verfügung gestellt werden könnten. Darüber, wie der französische Staatspräsident in großem Umfang private Gelder für die Finanzierung dieser Initiativen aufzutreiben gedenkt, hat er über das Stichwort „*Private Public Partnerships*“ hinaus kaum ein Wort verloren. Abgesehen von den schwierigen Konsequenzen, Programme und Institutionen zu verdoppeln, fällt ein anderer Aspekt bei den bis jetzt vorgeschlagenen Plänen auf. Zum Beispiel sind Bereiche und Maßnahmen wie Förderung demokratischer Reformen und Achtung der Menschenrechte und auch auf wirtschaftlicher Ebene wie die Verbesserung des Marktzugangs zur EU durch eine stärkere Öffnung des EU-Agrarmarktes offensichtlich kaum zur Sprache gekommen.

Dies bedeutet unmittelbar, dass durch die UMed die Defizite des Barcelona-Prozesses sowie der ENP nicht gedeckt werden können. Außerdem scheinen die zwischenstaatlichen Konflikte und politischen Auseinandersetzungen zwischen den Staaten der Region nicht davon beeinflusst werden zu sein. Eigentlich werden die politischen Konflikte die Entwicklung der multilateralen Projekte so oder so erschweren, wodurch die Verstärkung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und den einzelnen Mittelmeerdriftländern, wie schon in der ENP forciert, den Vorzug erhält. Die von Sarkozys Europaminister *Guaino* ab gegebene Empfehlung, dass Kooperationsprojekte „Solidarität“ zwischen den Ländern schaffen, und dadurch gemeinsame Interessen schließlich zu einer Konfliktlösung führen können, ist in der Tat nur ein utopischer Gedanke. Einige Autoren sehen doch dass, die Risiken der Duplizierung, der Bürokratisierung sowie der wachsenden Inkohärenz vielfältigen Initiativen für den Mittelmeerraum durch die UMed herumgekommen werden können, wenn sie dazu genutzt würde, den Barcelona-Prozess und die südliche Seite der Nachbarschaftspolitik im Übereinstimmung zu bringen und zusammen mit neuen kreativen Ideen aus der

UMed in ein Gesamtkonzept einzugliedern .Dies würde neben den Rationalisierungsvorteilen andere positive Wirkung bewirken, die unbeliebte und zumindest von einigen Mittelmeerdrittländern als „*Degradierung*“ angesehene Einbeziehung in die EU-Nachbarschaftspolitik umzubauen und möglicherweise sogar ihren Bedürfnissen anzupassen. Überdies wäre die Mittelmeerpolitik sowohl für ihre Adressaten als auch in der Außenansicht der EU verständlicher und damit an Glaubwürdigkeit gewinnen würde. Dies könnte auch erlaubendem Barcelona-Prozess einen „*neuen Schwung*“ zu geben, auch könnte nach *Emerson* zu einer „Verschlankung“ der langsamen und langwierigen Verfahren innerhalb der EU, einer der wichtigsten Hemmfaktoren des Barcelona-Prozesses führen. Es stellt sich doch die Frage ¹³⁹, ob tatsächlich bei jedem Treffen, jedem Programm und jedem Projekt sowohl die Institutionen der EU als auch die Gesamtheit ihrer Mitglieder unbedingt vertreten sein müssen oder sind eigentlich die Ausgangslage Bzw. die „*flexiblere Modelle*“ vielmehr eine günstige Möglichkeit. Darüber hinaus müssen die Fähigkeiten und die Kompetenzen innerhalb der EU für die unterschiedlichen Formen der Politikdem Mittelmeerraum gegenüber richtig bewertet¹⁴⁰ und möglicherweise nochmal verteilt werden.

1.2.8. Die politische Transformation und die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols

Die Unzufriedenheit mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage besonders die Perspektivlosigkeit der betroffenen Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Hochschulabgänger in Tunesien, Ägypten und in Libyen, sowie der Protest gegen die politische Unfreiheit führte unausweichlich zu Massenprotesten und dann unmittelbar zu politischen Machtwechseln. Die Phase, die nach dem Sturz tunesischen Präsidenten *Ben Ali* 14. Januar 2011 und des ägyptischen Präsidenten *Mubarak* 11. Februar 2011 sowie des libyschen Präsidenten *Qaddafi* im Oktober, wurde eine politische Transformationsphase

¹³⁹Ebd.S.6.

¹⁴⁰Ebd.S.7.

genannt¹⁴¹. Der Bruch mit dem Vorgängerregime und eine Neubildung und Neubesetzung der Institutionen waren die Hauptziele dieser Umbrüche. Diese drei nordafrikanischen Staaten waren seit Jahrzehnten wie gesagt, autoritär regiert worden; die Staatshäupter waren seit 1969 (Qaddafi in Libyen), 1981 (Mubarak in Ägypten) bzw. 1987 (Ben Ali in Tunesien) an der Macht. Die Beendigung ihrer Regierung im Laufe der Proteste 2011 war die zentrale Forderung der Protestierenden (*Aufruf* „*Dégage*“/ *Irhal*). Nicht nur die Führung der Präsidenten endeten sondern auch die Gemeinsamkeiten, denn so ähnlich die übergeordneten Beziehungsstrukturen auch waren (autoritär, zentralistisch, klientelistisch) und so sehr sie auf eine Person (Präsident bzw. in Libyen den Revolutionsführer) und eine „*core elite*“ von Funktionsträgern und Unterstützern ausgerichtet waren, so unterschiedlich waren die politischen Systeme im Detail hinsichtlich der Funktionsweise, der ideologischen Grundlage und der zugrundeliegenden Staats- und Gesellschaftsvision.

Dasselbe ist für die Gesellschaften, die sich in ihrer sozialen Struktur, ihren religiösen und kulturellen Eigentümlichkeiten sowie den zivilgesellschaftlichen Akteure, ihrem Organisationsgrad und ihrem politischen wie gesellschaftlichen Einfluss offensichtlich voneinander abheben.

Dem Anschein nach waren die „heißen“ Konfliktphasen in allen Staaten unterschiedlich, die mit der Ende der Machtwechsel endeten, genauer gesagt was die darauf folgende und noch nicht abgeschlossene Phase des institutionellen Wiederaufbaus betrifft. Diese Unterschiedlichkeit ist auf die folgenden Gründe zurückzuführen:

— die Länge der Konfliktphase bis zum Machtwechsel (Tunesien: 17. Dezember 2010-14. Januar 2011; Ägypten 25. Januar-11. Februar 2011; Libyen 17. Februar-23. Oktober 2011)

— Wie intensiv und gewaltsam war jene Auseinandersetzungen (Bürgerkrieg in Libyen), dann kommt die Anzahl der Toten und Verletzten sowie die Folgen für das staatliche Gewaltmonopol.

¹⁴¹ Hanspeter Mattes (2013): Politische Transformation und Gewalt in Tunesien, Ägypten und Libyen seit 2011: Ein Forschungsaufsatz, Das GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg, S.7-8.

—Es hat zu tun auch mit dem zeitlichen Eingreifen einzelner Akteure (Militär, bewaffnete Opposition, Gewerkschaften, Islamisten, zivilgesellschaftliche Gruppen usw.) in die Konfliktphase bis zum Machtwechsel¹⁴².

— Zuletzt ihr Eingreifen in die seit dem Machtwechsel laufende Transformationsphase.

Merkmale der auf die Machtwechsel in Tunesien, Ägypten und Libyen folgenden Transformationsphasensind:

- 1) Schwache Institutionen bzw. noch im Aufbau befindliche Institutionen und infolgedessen
- 2) Politische Unruhe und Instabilität
- 3) Ein beschädigtes staatliches Gewaltmonopol
- 4) Eine Tendenz zu gewaltsamen Konfliktlösungen .

Die Drei Regierungen betonen auch ihre Bereitschaft zum Wiederaufbau staatlicher Strukturen und des Gewaltmonopols, deshalb wurden diese drei Staaten Tunesien, Ägypten und Libyen entsprechend den Kriterien von Eizenstat u.a. (Eizenstat 2005) zum jetzigen Zeitpunktals „*weak states*“, nicht als „*failed states*“ betrachtet .Diese drei nordafrikanischen Umbruchstaaten sind der Meinung, dass politische Instabilität sowie Regimewandel zur Wahrscheinlichkeit von potentiellen zusätzlichen Gewaltkonflikten führen können¹⁴³.

Ein besserer Verlauf des Transformationsprozesses sowie die Sicherung leistungsfähiger Staatlichkeit benötigt einen Aufbau der fünf zentralen staatlichen Institutionen: Staatsführung oder Regierung, Militär, Polizei, Justizapparat und Verwaltungsapparat. Die Leistungsfähigkeit des Staates setze eigentlich voraus, dass das staatliche Gewaltmonopol wieder auf die Beine gebracht werden, intakt bleiben und die öffentliche Sicherheit garantieren.

Die Erfahrungen in Kosovo, Afghanistan und Irak bestätigten, dass nach den Kampfhandlungen genauer gesagt der „*heißen*“ Konfliktphase sollen der Wiederaufbau von Sicherheit, also die Wiederherstellung der

¹⁴²Ebd.S.8.

¹⁴³Ebd.S.8-9.

Leistungsfähigkeit des Sicherheitssektors und die Umsetzung einer Sicherheitssektorreform (inklusive des Strafvollzugs und des Justizapparates) die absolute Priorität genießen, um die stabilen Rahmenbedingungen für weitere Aufbaumaßnahmen (wirtschaftlicher, sozialer Art usw.) und die Einschränkung von Gewalt zu versichern. Die funktionsfähige Regierung ist eine Voraussetzung, die man aus ihr Handeln klar schließen kann, dass die Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung nicht zugelassen werden soll. Deshalb soll die Rolle der einzelnen politischen und gesellschaftlichen Akteure in den nordafrikanischen Transformationsstaaten sorgfältig untersucht werden¹⁴⁴.

1.3. Die wirtschaftlichen und finanziellen Seiten der euromediterranen Partnerschaft

1.3.1 Die Notwendigkeit des euromediterranen Handelsaustauschs

Die EU bedeutet für die Maghreb-Länder eine der wichtigsten Handelspartner. Ein treffendes Beispiel ist Tunesien, das ca. 64 Prozent seiner Importe aus der EU einführt und ca. 75 Prozent seiner Exporte in die EU ausführt¹⁴⁵. Diese Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien haben bilaterale wirtschaftliche Abkommen bzw. Freihandelsabkommen mit der EU geschlossen (Tunesien seit 1998 in Kraft, Algerien seit 2005 in Kraft, Marokko seit 2000 in Kraft). Dazu kommen im europäischen Rahmen die von einzelnen EU-Mitgliedstaaten geschlossenen bilateralen Wirtschaftsabkommen hinzu. Deutschland zum Beispiel betrachtet Nordafrika in den letzten Jahren als wichtiger Handelspartner. Das lässt sich am Beispiel Tunesien erkennen: Obwohl Deutschland der drittwichtigste Handelspartner Tunesiens (ca. 7,9 Prozent der Importe), nach Frankreich (22,8 Prozent der Importe) und Italien (18,7 Prozent der Importe) ist, bestehen aber die Außenhandelsbeziehungen schon länger. Tunesien und Deutschland haben bereits in der Vergangenheit unterschiedliche bilaterale Abkommen getroffen,

¹⁴⁴ Ebd.S.9.

¹⁴⁵ Isabel Schäfer (2013) : Nordafrika- Politik zwischen Idealen und Interessen, Deutsche Gesellschaft Auswärtige Politik e.V. (DGAP e.V.)S.13.

wie z. B. zum Investitionsschutz (1966), Seeverkehr (1966, 1997), Luftverkehr (1968), Rechtsschutz (1968), Besteuerungsabkommen (1975), Landverkehr und Warentransport (1984) oder auch zur Sozialversicherung (1984). Ungefähr 40 Prozent der aus Deutschland eingeführten tunesischen Waren sind eigentlich an tunesische Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung oder deren Zulieferer gerichtet, auch ungefähr 80 Prozent der tunesischen Exporte nach Deutschland werden ebenfalls in tunesischen Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung oder von deren Zulieferern produziert. Immer Bei der Industrie befinden sich in Tunesien etwa 150 deutsche Industriefirmen, im Vergleich zu 752 französischen Firmen und 466 italienischen Unternehmen. Denn Deutschland ist der viertwichtigste Investor in Tunesien, wurde dafür eine deutsch- tunesische Handelskammer in Tunesien gegründet, deren Aufgabe in der Betreuung der deutschen Unternehmen besteht. Die Investitionen der 270 Exportunternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung beliefen sich bis 2009 auf mehr als 300 Millionen Euro und konnten damit 48 000 Arbeitsplätze in Tunesien schaffen. Obwohl die Revolution in Tunesien unerwartet ausgelöst wurde, wollten die deutschen Unternehmen ihre Produktionsstätten in andere Länder nicht verlegen (mit einigen wenigen Ausnahmen). Im Gegensatz dazu lässt sich eine neue Investitionsdynamik erkennen. Tunesien bedeutet sogar für die meisten Unternehmen ein günstiger Wirtschaftsstandort wegen der qualifizierten lokalen Arbeitskräfte und der Niedriglöhne. Wie in der bilateralen Handelsbilanz zwischen Tunesien und Deutschland im Jahr 2009 gezeigt wird, belief sich die Exporte und Importe zusammen auf 2,35 Milliarden Euro: Exporte nach Tunesien (2009) 1,13 Milliarden Euro, Importe aus Tunesien (2009) 1,22 Milliarden Euro.

Die Meisten Waren, die von den deutschen Firmen nach Tunesien ausgeführt werden, sind in erster Linie Textilprodukte, Elektronik, Maschinen, Autokabel, Autozubehör, chemische Produkte, Lebensmittelprodukte, Eisen und Eisenwaren. Deutschland führt aus Tunesien zuerst Textilien, Lebensmittelprodukte, Elektronik, Lederprodukte, Rohöl, Kraftstoff, Schmierstoffe und Teppiche ein, und daher ist Tunesien für die deutschen

Exporte innerhalb des Maghreb der wichtigste Partner. Nicht zu vernachlässigen sind die Rücküberweisungen der in Deutschland lebenden Auslandstunesier. Durchschnittlich fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden von den Auslandstunesiern beigesteuert, die auch zentrale Devisenlieferanten sind. Die ca. 50 000 in Deutschland lebenden Tunesier überweisen ca. 50 Millionen Euro pro Jahr nach Tunesien und das bedeutet ein direkter oder indirekter Beitrag zum Erhalt von etwa 7700 Arbeitsplätzen¹⁴⁶. Mit etwa 520 000 Touristen pro Jahr besitzt der deutsche Tourismus nach Tunesien die vierte Stelle nach ca. 1,7 Millionen Touristen aus Libyen, 1,3 Millionen Touristen aus Frankreich und einer Millionen Touristen aus Algerien, und damit ist der deutsche Tourismus nach Tunesien eine lange Tradition geworden. Obwohl die deutsch-tunesischen Handelsbeziehungen sehr intensiv sind, zählt Frankreich noch zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern Tunesiens, zum Beispiel bestehen heute etwa 13000 Unternehmen mit französischer Beteiligung in Tunesien und tragen zur Beschäftigung ca. 120 000 Personen bei. Nochmal wurden die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem französischen Arbeitgeberverband *Mouvement des entreprises de France (MEDEF)* und dem tunesischen Arbeitgeberverband *Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat (UTICA)* im November 2012 nach einer gewissen »*Revolutionsflaute*« verstärkt. An dem Treffen waren ca. 90 französische Unternehmen anwesend. Die meisten der französischen Unternehmer haben ihre Zufriedenheit über die Investitionsbedingungen in Tunesien nach der tunesischen Revolution geäußert, kritisieren sie dabei die Sicherheitslage und die schleppende Modernisierung der Hafenanlagen. Wie in den bilateralen deutsch-tunesischen Gesprächen passiert ist, wurde auch im Rahmen der französisch-tunesischen Wirtschaftsbeziehungen bestimmt, dass die französischen Interessen und die Nachfrage der Unternehmer bezüglich der Reform der Berufsausbildung zu beachten sollen. Die Französischen Unternehmer haben den starken Verdacht - wegen der schlechten Erfahrungen

¹⁴⁶Ebd.S.13.

der Vorteilsnahme und der Korruption während des Ben-Ali-Regimes –, dass sich die Rechtsstaatlichkeit, die Transparenz der Verwaltungen und die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen der Regierung *Jebalis (Ennahda)* immer mehr verschlechtert. Die neuen Kriterien für Investitionen bestehen sowieso in der Arbeit¹⁴⁷. Zwar die Regierungskrise sowie der Rücktritt des Premierministers am 19. Februar 2013 nicht zur Investitionsfreudigkeit internationaler Investoren beitragen können, aber das bedeutet nicht unbedingt, dass die heutigen politischen Konflikte und Aushandlungsprozesse nicht als ein Schritt zur Transition angesehen wird.

Im Ganzen und Großen ist Nordafrika für Frankreich eine der wichtigsten Investitions- und Handelsregionen weltweit und im Gegensatz dazu scheint die Anwesenheit deutscher Unternehmen auf den nordafrikanischen Märkten kritisch und misstrauisch zu sein. Die MENA- Staaten und die europäische Union begegnen sich einander in den gemeinsamen energiepolitischen Herausforderungen und umfassen die Diversifizierung der Energieversorgung, der Ausbau der Transportwege und die Schaffung gemeinsamer Märkte, Energiemarktreformen, die Entwicklung und Modernisierung der Energieinfrastruktur, die Verbesserung energiesparender Technologien sowie der Gebrauch von erneuerbaren Energien. Die Energiepolitik Frankreichs und Deutschland gegenüber der Maghreb-Region versteht sich einmal als eine Konkurrenz, einmal als eine Kooperation. Bei der initialen Phase der Konkurrenz erhoffte man, dass die verschiedenen Initiativen und Energieprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien unter einem gemeinsamen europäischen Dach miteinander in Einklang zu bringen. Eine andere private Initiative DESERTEC wurde später von der deutschen Regierung selbst stark gefördert. Das Ziel des DESERTEC-Projekts war es, in der Sahara mittels der Sonnenenergie (solarthermische Anlagen) und Windkraftanlagen reinen Strom zu erzeugen. Dieser Strom soll nicht nur den meisten Teil der MENA- Ländern, sondern auch ab 2050 das 15 Prozent des europäischen Energiebedarfs decken. Diese Idee war zuerst *Knies Gerhards*

¹⁴⁷Ebd.S.14.

Idee, genauer gesagt von Club of Rome und dem Deutschen *Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR)*. Danach tauchten andere verschiedenen Strukturen wie zum Beispiel die *DESERTEC Foundation*, die *DESERTEC Industrial Initiative (Dii)* und das *DESERTEC University Network (DUN)* auf. Diese ursprüngliche Initiative gilt ebenfalls andere große Unternehmen beispielsweise *RWE*, *Siemens* und die *Münchener Rück*. In der Zwischenzeit ist dieser Zusammenschluss zu einem internationalen Konsortium geworden, aber einige deutsche Unternehmen wie *Siemens* oder *Bosch* wollte dazu nicht mehr teilnehmen. Dasselbe passiert in Frankreich, wo das sogenannte *MedGrid-Projekt* lanciert wurde, und ähnliche Ziele gehabt hat.

Eine Gruppe aus vorrangig südeuropäischen und nordafrikanischen Firmen arbeiteten in erster Linie an der Erweiterung der Netzverbindungen. Gleichzeitig mit diesen Durchführungen startete der damalige französische Staatspräsident *Nicolas Sarkozy* das Projekt der Mittelmeer-Union, deren Schwerpunkt auf den Mittelmeer-Solarplan (MSP) gelegt wurde. Der Mittelmeer-Solarplan zielen auch darauf, die Produktion, die Transport und die Nutzung von Sonnenenergie zu verstärken und daher die Energieeffizienz zu fördern. Dieser Mittelmeer-Solarplan zählt zu den fünf wichtigsten Flaggshipprojekten der Union für den Mittelmeer-Raum (neben der Umweltsanierung des Mittelmeers, dem Ausbau von Seewegen und Autobahnen, der Unternehmensförderung sowie Bildungs- und Hochschulkooperation). Bis 2020 sieht man vor, 20 GW aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, auch bis 2050 100 GW, zusätzlich zu 50 Prozent des Eigenbedarfs der MENA-Länder. Erste Pilotprojekte und Initiativen im Rahmen des Mittelmeer-Solarplans wurden ebenfalls durchgeführt, doch unabhängig bzw. parallel zu den privaten Initiativen. Allmählich wurde versucht, die parallel laufenden privaten und öffentlichen Stränge und auch die parallelen französischen und deutschen Initiativen und Projekte miteinander zu koordinieren, natürlich immer im Rahmen des Mittelmeer-Solarplans bzw. »*European Supergrid*«. Zur gleichen Zeit haben andere Akteure an den erneubaren Energien in den letzten Jahren in Nordafrika ein großes Interesse gezeigt. Dazu

zählen heute die britischen Privatunternehmen in Südtunesien durch die Produktion der Sonnenenergie , und die chinesische Solarzellenproduzenten , die die Preise deutscher Hersteller unterbieten. Andererseits hat der Energiekonzern RWE vor, eine Solar- und Windanlage in Marokko und ein anderes Solarkraftwerk in Ägypten zu errichten. Hinsichtlich des heiß umkämpften Energiemarkts in Nordafrika sind die europäischen Arrangements sehr verbindlich.

Die tunesische Revolution hat andererseits der DESERTEC-Initiative einen neuen Impuls gegeben und schließlich dadurch und durch andere vergleichbaren Projekte vor allem zu potenzieller Arbeitsplatzschaffung geführt hat. Für die deutsche Mittelmeer- Politik bedeutet die erneubaren Energien einer der wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte .Die deutsche Mittelmeer- Politik hatte ebenfalls den Mittelmeer-Solarplan beharrlich gefördert. Nicht nur zu Algerien und Lybien, aber auch zu Tunesien bestehen intensive Beziehungen (fossile und erneuerbare Energien). Eine bilaterale »Energiepartnerschaft« hat Deutschland und Tunesien im Januar 2012 vereinbart und auf Januar 2013 wurde das erste Treffen in Berlin angesetzt, welches den Startschuss für die Energiepartnerschaft gab. Diese bilateralen Beziehungen im Energiebereich bedeutet für beide Deutschland und Tunesien eine riesige Chance, trotzdem hat Deutschland eine weitere bilaterale Energiepartnerschaft mit Marokko genauer gesagt von dem Bundeswirtschaftsminister *Philipp Rösler* und dem marokkanischen Energieminister *Fouad Douri* unternommen .Das Ziel war es, die erneubaren Energien zu vermehren und die *DESERTEC*- Initiative zu fördern. Kritiker aus verschiedenen Statuskritisieren das *DESERTEC*-Projekt negativ , das zeigt sich in erster Linie bei der Versorgungsunsicherheit (unberechenbare politische Lage) , besser gesagt die Anlagen , die als potenzielles Ziel für terroristische Angriffe , auch der Konzentrierung und Monopolisierung der Energieversorgung statt Dezentralisierung, den zu erwartenden hohen Energiepreis für die Abnehmer, die zu geringe Berücksichtigung der Interessen der

MENA-Länder. In Anlehnung an der ENP hat die europäische Union ihrerseits das *DESERTEC*-Projekt sowie den Solarplan besonders stark unterstützt. Empfohlen wird auch in der »*Neuen Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel*« ein intensiverer energiepolitischer Dialog mit den südlichen Nachbarländern. Darin wird auch die Vergrößerung der Energiegemeinschaft oder die Schaffung einer weiteren Energiegemeinschaft zwischen der EU und den südlichen Nachbarländern motiviert. Da Deutschland als ein Pionier wegen des technologischen und politischen Vorsprungs im Bereich der erneuerbaren Energien innerhalb der EU gilt, könnte es hierbei die führende Rolle übernehmen. Zwischen der privaten Initiative großer Energiekonzerne und Unternehmen und der staatlichen Initiative des Mittelmeer-Solarplans herrschte jedoch bis jetzt wie erwähnt eine anspruchslose Zusammenarbeit. Im Jahre 2012 hat die europäische Kommission effektiv an der Energiedebatte teilgenommen und ihre Unterstützung der gemeinsamen Initiative Marokkos, Deutschlands, Frankreichs, Italien und Spanien gewährt. Das Ziel war es, der Bau 600 Millionen Euro teuren Solarthermieprojekts in Marokko. Der Strom, der in Marokko erzeugt wird, soll danach nach Europa transportiert werden. Doch die Regierungsabkommen zwischen den EU-Staaten und Marokko wurde wieder auf Eis gelegt. Zwar will die europäische Union einen Energiemarkt mit Nordafrika gründen, doch im wichtigen Energiesektor ist kein EU-Mitgliedstaat noch bereit, ihre Souveränität zugunsten Brüssel aufzugeben. Das Wichtigste ist es jedoch in dieser Hinsicht, die Interessen der südlichen Mittelmeer-Anrainer stärker in Betracht zu ziehen als bisher, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für die Region, einer genaueren Analyse des Energiebedarfs der MENA-Länder, neuer Ausbildungsmöglichkeiten und der Schaffung lokaler Arbeitsplätze. Das Ziel der konstruktiven sozioökonomischen Begleitprogramme im Rahmen der ENP und UFM war die Wertschöpfung für die nordafrikanischen Gesellschaften, deshalb müsste ihnen die absolute Priorität geben.

1.3.2 Die Euro-mediterrane Industrielle Zusammenarbeit

Die Wirtschaftspartnerschaft sowie die Finanzpartnerschaft sollen zu einem gemeinsamen Wohlstand führen, der durch den Freihandel, die Implementierung von ökonomischer Transition sowie die Revitalisierung von Investitionen verwirklicht werden kann¹⁴⁸. Der Impuls zu diesem Vorhaben wurde im Mai 1995 gegeben, in dem die „*Brussels Declaration on Euro-mediterranean Industrial Cooperation*“¹⁴⁹ von den Industrieminister der 27 euromediterranen Partnerstaaten zu der ersten Konferenz angenommen und für gültig erklärt wurde. Die Schaffung eines legalen und fähigen Administrativsystems für Industrie, die Stärkung der Industriezonen und die Veranschlagung und Unterstützung von speziellen Service-Centern sowie die Entwicklung von regionalen Netzwerken zwischen „*ökonomischen Operatoren*“¹⁵⁰ machten die wesentlichen Hauptziele dieser Erklärung aus. Um die Deklaration umzusetzen, wurde im Jahre 1997 zwei Arbeitsgruppen in der Europäischen Kommission gebildet, die aus Repräsentanten der jeweiligen Industrieministerien der EU und der mediterranen Partner bestehen. Gemäß der Europäischen Kommission und hinsichtlich der Industrie vom Generaldirektorat für Unternehmen und auch der Implementierung des Barcelona-Prozesses vom Generaldirektorat für Auswärtige Beziehungen wurden diese Arbeitsgruppen arrangiert. Im Oktober 1998 wurde im österreichischen Klagenfurt die zweite Konferenz abgehalten, bei der man feststellte, dass die Kooperation zwischen den „*ökonomischen Operatoren*“, die Infrastrukturen für Investitionen sowie die führende Rolle von den Privatinvestitionen bei den gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Umbrüchen in der Region mehr finanzielle Kosten bekommen müsse. Nochmal am 22. Juni 2000 fand die dritte euromediterrane Konferenz der

¹⁴⁸ **Babak Khalatbari** (2004) Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika?, Witten, S.70.

¹⁴⁹ **European Commission** (2001.): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels, S. 49.

¹⁵⁰ Heute bestehen die „ökonomischen Operatoren“ aus den folgenden fünf Netzwerken: Chambers of Commerce and Industry, Trade Fairs, External Trade Promotion institutions, Crafts and SMEs associations, Industrial Federations.

Industrieminister in Limassol, Zypern ,statt, zwei Jahre später kam die vierte Konferenz in 2002 in Spanien hinzu. Überdies wurden vier Industriegipfel abgehalten, die von den nationalen Industrieverbänden der 27 Partnerstaaten vorbereitet wurden. Das Ziel der Zusammentreffen, die im Mai 1996 in Malta, im Dezember 1996 in Marrakesch, im Oktober 1997 in Athen und im Mai 2000 in Tunis im Rahmen der Vertiefung der euromediterranen Industriekooperation stattfanden , bestand darin , die Empfehlungen aus dem Privatsektor an die jeweiligen Ministerien für Industrie zu übermitteln . In Anlehnung an den Empfehlungen zur regionalen Kooperation der Stuttgarter Außenministerkonferenz im April 1999 wurde eine neue Strategie festgelegt, die im Vergleich mit den anderen Projekten im Vordergrund stand.

Zu einer einzelnen Arbeitsgruppe namens „*Euro-mediterranean Industrial Cooperation*“ wurden die zwei Arbeitsgruppen zusammengeschlossen, deren Hauptaufgabe die Strategieberatung ist. Der Vorsitz dieser Arbeitsgruppe wird von der Europäischen Kommission bestimmt und sie trifft sich zweimal im Jahr, „... *to identify priorities for action, to define orientations for the future and to approve reports from the expert’s committees that are responsible, for each priority axis, for defining actions to be taken and for the following up*¹⁵¹.

Diese neue Strategie beinhaltet vier Prioritätsfelder, die im Ganzen mit einem Kapitalvolumen von 30 Mio. Euro gefördert werden¹⁵²:

1.3.2.1 Investitionen

Es ist sehr wichtig, über die Investitionen zu reden, wobei das Investitionsklima der mediterranen Region in Betracht gezogen werden soll. Eigentlich ist das Klima für ausländische Direktinvestitionen in den Staaten des südlichen Mittelmeerraums im Vergleich zu Ostasien, Lateinamerika oder Osteuropa weit weniger attraktiv. Der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen in der Mittelmeerregion beträgt rund 5 % aller Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und „... *only 1 % of worldwide*

¹⁵¹ **European Commission** (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels, S. 50.

¹⁵² **European Commission** (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities, Brussels, S. 44.

*foreigndirect investment ...*¹⁵³. Im Jahr 1998 belief sich die Investierung in den 12 Mittelmeerstaaten nur auf 6 Mrd. US-\$¹⁵⁴, rund 30 % an der israelischen Regierung, weitere 25-30 % waren in den Öl- und Gassektor von Staaten wie Ägypten, Algerien oder Syrien. Im Vergleich dazu erreichte die Investition im Jahre 1999 und 2000 in den osteuropäischen Ländern EU Beitrittskandidatendie Summe von 25 Mrd. US-\$, das bedeutet viermal soviel. Um diese Tatsache zu ändern und Im Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe hat die die Europäische Kommission ein Regionalprogramm zwecks der Entstehung eines euromediterranen Netzwerks für Investitionsförderungsagenturen aufgestellt. Dieses Projekt wurde im Dezember 1999 mit einer finanziellen Bewilligung von vier Mio. € gefördert. Die aus drei Jahre gedauerte Implementierungsphase begann im Jahr 2000 mit dieser folgenden drei Schwerpunkten:

- a) Die Kapazitätserweiterung der euromediterranen Investitionsförderungsagenturen durch Trainingslehrgänge und Austauschprojekte
- b) Die Schaffung eines operativen Netzwerks durch inter-institutionelle Kommunikation(Newsletter, Websites usw.)
- c) Die Unterstützung der Regionalinvestitionen durch gezielte Werbekampagnen, Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit.¹⁵⁵

1.3.2.2 Innovation und Qualitätsstandards

Im Rahmen der globalisierten Wirtschaftsprozesse sind beide Innovationen und Qualitätsmerkmale für die konkurrierenden Unternehmen als ein Konfliktstoff angesehen, und das bedeutet auch eine echte Hauptherausforderung für die mediterranen SMEs¹⁵⁶.

¹⁵³ **European Commission** (2000): The Barcelona process, five years on, Directorate-General, External Relations, Brussels, S. 12.

¹⁵⁴ **Hanelt, Christian Peter** und **Felix Neugart**(2001): Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeerraum, in: Internationale Politik, Nr. 8, Berlin, S. 57.

¹⁵⁵ **Babak Khalatbari** (2004)Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika?, Witten, S.72.

¹⁵⁶ **SME** bedeutet Small and Medium-sized Enterprises.

Deshalb wurde ein Regionalprogramm namens „*Euromed ITQ*“ mit einem Kapitalvolumen von 15 Mio. € vorbereitet ,das sich aus zwei Hauptkomponenten zusammensetzt: Die Komponente „*Innovation at the service of business*“ umfasst ein Netzwerk, das aus den Technik- und Innovationszentren ,dem gezielten Informationsaustausch der Forschungszentren, den Laboren und die Technologien zwischen den Staaten der Europäischen Union und den Mittelmeerpartnern besteht. In Anlehnung an das Regionalprogramm könnte die zweite Komponente „*Quality*“ ihrerseits durch die Standardisierung, die Normierung und die Zulassung von den Industrieprodukten eine große Rolle spielen und einwirksame Hilfe leisten¹⁵⁷.

1.3.2.3. Euromed Marktinstrumente

Um eine erfolgreiche Implementierung der Euro-mediterranen Freihandelszone zu erzielen , es ist zu raten, ein festes Verständnis für den Einzelhandel zu zeigen , und die europäischen Wirtschaftserfahrungen ganz offenbar in Verfügung zu stellen ,dies wurde sogar als eine unumgängliche Voraussetzung für die graduelle ökonomische Annäherung zwischen der EU und ihren mediterranen Partnern betrachtet. Deshalb wurden in der Mitteilung der Kommission „*The Euro-mediterranean Partnership and the Single Market*“ die Prioritätsfelder wie der geregelte Zoll ,die Besteuerung, die Finanzdienste, die Datensicherheit sowie die Rechnungswesen und die Rechnungsprüfung gefördert , die darauf zielen , die Verbesserung von den Voraussetzungen für kommerziellen Austausch sowie die Investitionen zwischen der EU und ihren mediterranen Partnern zu unterstützen. Um die Kommissionsmitteilung zu verwirklichen, wurde ein anderes Regionalprogramm namens „*Euromed Market*“ fertig gestellt. Der Finanzierungsvorschlag bezifferte sich im November 2000 auf 9,9 Mio. €, die auf zwei Phasen des Programms verteilt werden sollen. Die erste Phase beinhaltet den gegenseitigen Informationsaustausch, der auf Arbeitsebene zwischen der EU und mediterranen Partnern durchführen soll. Die zweite Phase ist besonders an die Studienbesuchen und

¹⁵⁷ Ebd.S.73.

die Trainingsprogrammen gerichtet, die für die Bedürfnisse sowie die Forderungen der mediterranen Partner bestimmt sind. Überdies hat diese Phase das Ziel, den Expertenaustausch und das Anlaufen gemeinsamer Projekte auf administrativer Ebene zu ermutigen¹⁵⁸.

1.3.2.4 SME Entwicklung

Im Jahr 2001 wurde die Finanzplanung für das Programm zur Verbesserung der SME Entwicklung vorgeschlagen. Das Programm soll die Hindernisse der SME Entwicklung durchleuchten und dann die vereinbarten Maßnahmen zur Vereinfachung der Unternehmensbildungen und der Finanzierungen umzusetzen.¹⁵⁹

1.3.3 Die Euro-mediterrane Energiekooperation

Unter der Leitung von Kommissar *Papoutsis* wurde ein Euro-mediterrane Energieforum am 11. Mai 1998 veranstaltet¹⁶⁰, die Teilnehmer waren die Staaten der EU, die mediterranen Partner sowie die Europäische Kommission. Die Europäische Investitionsbank nimmt eine Beobachterfunktion des mit 13,8 Mio. € dotierten Projekts ein. Auf der euromediterranen Konferenz der Energieminister vom 11. Mai 1998 in Brüssel wurde der Aktionsplan 1998 bis 2002 des euromediterranen Energieforums angenommen und beschlossen. Die Versicherung der Energieversorgung war die wichtigste Angelegenheit dabei. Dazu kamen die Wettbewerbssituation in bezug auf die Freihandelszone und auch der Umweltschutz hinzu. Darüber hinaus umfasst der Aktionsplan 1998 bis 2002 zwei Hauptanliegen:

1. Die Kooperation auf die politische und administrative Ebene um den institutionellen und legislativen Rahmen der mediterranen Partner im Energiebereich zu verbessern.
2. Die Industrielle Kooperation zwecks der Adjustierung der Energiegesellschaften an die Marktentwicklung.

¹⁵⁸Ebd.S.73.

¹⁵⁹Ebd.S.73.

¹⁶⁰ **European Commission** (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities, Brussels, S. 58.

Was diese Anliegen betrifft, wurden total sechs regionale MEDA-Projekt durchgeführt. Um die Energie und die Welt dreht sich das erste Projekt und wird von europäischen Energiebehörden und der Europäischen Kommission finanziert. Das zweite Projekt befasst sich mit der Anpassung der Gesetzgebung und der Industrie. Das erwünschte Ziel ist die Unterstützung der Ad-hoc-Gruppen des euromediterranen Energieforums. Das Projekt vier beschäftigt sich auch mit der Solarenergie und Entwicklung. Das fünfte Projekt oder „der elektrische Ring“ wurde auch für die elektrische Verknüpfung aller mediterranen Partner entworfen. Das Projekt sechs wurde von den Universitäten, den Ministerien sowie den Energiefirmen mitfinanziert und zielt auf die Ausbildung für Entwicklung und Vermarktung von Energie-Investmentprojekten. Überdies wurde am 18./19. Oktober 2001 in Barcelona das erste jährliche Zusammentreffen der Energie- und Transportkonferenz auf Ministerebene veranstaltet¹⁶¹.

1.3.4 Die Euro-mediterrane Statistikkooperation (MEDSTAT)

Es wäre von großer Bedeutung, sich an die äquivalente Statistik an beiden Seiten des Mittelmeeres zu wenden, um den Handel, die Berechnungen von Investitionskapital sowie die intensiven Kooperationen richtig verstehen zu können, deshalb wurde 1996 eine euromediterrane Statistikkooperation (MEDSTAT) als ein Implementierungsinstrument geschaffen¹⁶², und wurde dafür ein Budget von 20. € in Verfügung gestellt. Die Statistiksystemen der Mittelmeerpartner in Einklang zu bringen ist das erklärte Ziel dieses Projekt. Das Wichtigste dabei besteht darin, den privaten und öffentlichen sowie den internationalen Verbrauchern zuverlässige relevante und vergleichbare Angaben in Verfügung zu stellen. Bis heute ist dieses 1996 gestartete Programm, „... *the most important regional programme in the Mediterranean with a budget of 20 Mio. €.*“ Bis jetzt gibt es drei euromediterrane Seminare für statistische Kooperation mit den Repräsentanten der Europäischen Kommission und den

¹⁶¹ Babak Khalatbari (2004) Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika? Witten, S.80.

¹⁶² European Commission (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities, Brussels, S. 82.

Generaldirektoren der jeweiligen MDL-Statistikinstitutionen zwecks der Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen. Bei diesem Sektor wurde dem Tourismus, der Migration, dem Transport, dem Außenhandel, der Entwicklung sowie den Informationssystemen die Priorität eingeräumt. Sowohl die Angaben als auch die festgestellten Daten werden in einem dreimal jährlich herausgegebenen Bulletin publiziert. Ebenfalls wird „*Das Eurostat-Jahrbuch*“ in 11 EU-Sprachen veröffentlicht. Darüber hinaus findet man in einem CD-ROM betitelt „*Panorama europäischer Unternehmen*“ ökonomische Analysen, methodologische Informationen, ein Begriffsglossar, eine Datenbank mit jährlichen Strukturdaten sowie Daten von Berufsverbänden. Die allgemeine Datenbank umfasst drei Serviceleistungen wie folgt:

- „*New Cronos*“ Da steht mehr als 160 Millionen Datensätzen über die makroökonomischen und sozialen Inhalte in Verfügung.
- „*Comtex*“ ist eine Datenbank, die Statistiken über den Außenhandel und den Handel zwischen den Staaten der EU enthält.
- „*Regio*“ ist eine regionale Datenbank .Sie beinhaltet alle unterschiedlichen Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der EU, die Bevölkerungsentwicklungen und die gesamtwirtschaftliche Ergebnisse¹⁶³.

Zurzeit laufen 12 Nationalprojekte, die sich an Ägypten, Algerien, Jordanien, Malta, Marokko, Palästina und Tunesien richten. Daneben werden ab Jahr 2003 noch zwei andere Programme namens MED-SOC (Sozialstatistiken) und MEDAGRI(Agrikulturdaten) entwickelt.

1.3.4.1 SMAP

SMAP bedeutet auf Englisch „*Short and Medium-Term Priority Environmental Action Programme*“, das am 28. November 1997 auf der Ministerkonferenz in Helsinki unternommen wurde, um die Gesamtentwicklung der euromediterranen Region voranzubringen. *Margot Wallström*, EU-Kommissarin für Umwelt, stellt SMAP wie folgt dar:

¹⁶³**Babak Khalatbari** (2004)Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika?Witten, S.74.

„As a first step, the European Commission was entrusted in the Barcelona Declaration with the coordination of the preparation of a Short and Medium-Term Priority Environmental Action Programme (SMAP). This Programme was adopted, after broad consultations, by the Ministerial Euro-mediterranean Conference Held in Helsinki on 28 November 1997. The Short and Medium-Term Priority Environmental Action Programme is considered as a framework to give practical expression to the Euromediterranean Partnership in the field of the environment on the basis of the policy orientations given by the Barcelona Declaration and its related Work Programme.¹⁶⁴“

Die EU-Mitgliedsstaaten und die MDL-Partnern haben für SMAP auf die fünf folgenden Hauptelemente konzentriert:

1. ergänzendes Wassermanagement
2. ergänzendes Abfallmanagement
3. Hot spots *„(urgent problems in urban areas, industrial sites, or sensitive natural Areas...)¹⁶⁵“*
4. ergänzendes Küstenzonenmanagement
5. Bekämpfung der Desertifikation

Um diese Maßnahmen richtig auszuführen, wurde im November 1997 eine Kommission aus *„Med Environmental NGOs“¹⁶⁶* eingesetzt. Am 16./17. November 1998 wurde das erste Meeting der SMAP-Korrespondenten in Brüssel organisiert, in dem die potentiellen Implementierungsmöglichkeiten besprochen wurden. Der Finanzrahmen bezifferte sich für den Zeitraum von 1999 auf ca. 6 Mio. €. Das zweite Meeting war am 13./14. Juni 2000 in Brüssel auch, wobei mögliche Effizienzsteigerungen bei der Implementierung zur Debatte gestellt wurden. Ein Jahr später fand das dritte Treffen nochmal in Brüssel statt, hier wurde auf die Bestandsaufnahme eingegangen. Die im 2000 geleisteten SMAP – Projekte erfordern die Erhöhung des Budgets auf 20 Mio. und dann 30 Mio. €. Laut Kommissar *Liikanen* sollten diese Projekte nicht als

¹⁶⁴ **European Commission** (2000): Short and Medium-Term Priority Environmental Action Programme (SMAP), Brussels, S. 3.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 15.

¹⁶⁶ **European Commission** (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels 2001, S. 64.

„shopping list“, sondern vielmehr als „joint venture“ angesehen werden¹⁶⁷. Die nächste Ministerkonferenz ereignete sich Anfang Juli 2002.

1.3.4.2 EMWIS

EMWIS bedeutet auch auf Englisch „Euro-mediterranean Water Information System“. Da der Wassersektor eine große Rolle bei den SMAP- Projekte spielt, wurde in Marseille 1996 auf der Ministerkonferenz für lokales Wassermanagement dieses Projekt (EMWIS) geschaffen. Bei diesem Sektor kennzeichnete sich das Ressourcennaturell durch den Mangel, die Knappheit sowie die Fragilität, deshalb soll das alles zur Vertiefung der euromediterranen Partnerschaft sowie die intra-mediterranen regionalen Zusammenarbeit anregen. Das im 1999 initiierte Programm benötigt ein Finanzbudget von 2,42 Mio. € und stützte sich¹⁶⁸ auf eine fortwährenden Laufzeit. Für die ersten drei Operationsjahre sollen Arbeitsfelder wie die Dokumentation, die Ausbildung, die Forschung, die Entwicklung, die Institutionalisierung und die Dateneruierung in dem Vordergrund gestellt werden. Aus einem dezentralisierten System mit „... national focus points financed by the participating countries“ besteht das Projekt. Die orange gefärbten Staaten haben einen nationalen Fokuspunkt bestimmt, die roten eine Webpage und die hellfarbenen sind Mitglieder des Steuerungskomitees (Siehe Anhang; Abbildung: EMWIS- Netzwerk), anders gesagt jeder der 13 gegenwärtigen Teilnehmer kann einen nationalen Fokuspunkt bestimmen, und er kann dann auch partiell an der Finanzierung dieses Fokuspunkt teilnehmen. Momentan wurde das Projekt EMWIS durch Italien und Frankreich in Höhe von 1,32 Millionen € finanziert, genauso wurde es mit einem Budget über 1,18 Millionen € von der Europäischen Kommission unterstützt.

¹⁶⁷ **European Commission** (2000): Short and Medium – Term Priority Environmental Action Programme (SMAP), Brussels, S. 5.

¹⁶⁸ **European Commission** (2001): The Barcelona Process, The Europe-Mediterranean Partnership, 2001 Review, Luxembourg, S. 18.

1.3.4.3 EUMEDIS¹⁶⁹

Auf die Unterstützung und Entwicklung von MDL Forschungs- und Technologiegesellschaften sowie die Förderung und Modernisierung der lokalen Telekommunikationsinfrastruktur als zwei wesentliche Elemente für den Erfolg der euromediterranen Partnerschaft wurde einen besonderen Akzent gelegt. Die Europäische Kommission betont ihrerseits, dass die Informationsgesellschaft eine unersetzliche Rolle bei der Förderung regionalen ökonomischen Austauschs sowie der Beisteuerung zu lokaler Wirtschaftsentwicklung spielt. Deshalb wurde auf diese folgenden Objekten hingewiesen;

1. Die Schaffung eines mediterranen Informationsgesellschaftsnetzwerks (GMI)
2. Die Verbindung der europäischen mit den mediterranen Forschungsnetzwerken (VEMF).

Während der letzten drei Jahre haben 1500 Experten über 12 Konferenzen zur Förderung und Entwicklung der euromediterranen Informationsgesellschaft belegt. Doch setzte die Durchführung und die Förderung des Projekts ein Konsortium voraus, das sich aus mindestens zwei Unternehmen aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten sowie einer Gruppe von MDL-Unternehmen zusammensetzt. Mit einem Budgetrahmen von ehemals 45 Mio. € und gegenwärtige 65 Mio. € zählt¹⁷⁰ das Euromediterranen Information Society Programm (EUMEDIS) zu der größten Projekte zur Unterstützung der globalen Informationsgesellschaft. Am 30. Mai 1996 in Rom wurde das Projekt von den mediterranen Teilnehmern der Ministerkonferenz eingeleitet. Darüber hinaus wurde seit Anfang dieses Jahres das regionale Rahmenprojekt „neue Ansätze zur Telekommunikationspolitik“, das mit 2,5 Mio. € finanziert wird, initiiert. Die folgenden fünf Felder bilden die finanzierten Pilotprojekte

¹⁶⁹ EUMEDIS ist eine Abkürzung von Euro-mediterranen Information Society

¹⁷⁰ **European Commission** (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brüssel, S. 69.

in der erwähnten Gründung eines mediterranen Informationsgesellschaftsnetzwerks:

1. Die Informations- und Kommunikationstechnologien für die Ausbildung und die Erziehung.
2. Die elektronische Wirtschaft und die ökonomische Kooperation.
3. Die Gesundheitszentren-Netzwerke.
4. Der multimediale Zugang zum Tourismus und Kulturerbe.
5. Die Informations- und Kommunikationstechnologien für die Industrie und die Innovation.

Die primären Förderungseinrichtungen umfassen Hospitäler oder medizinische Forschungseinrichtungen, Wirtschaftskammern, Industrie-Föderationen, Universitäten, öffentlich und private Forschungszentren, Museen sowie NGOs, die den Tourismus in der euromediterranen Region unterstützen.

1.3.4.4 NATP

NATP ist auch ein Name vom Projekt und bedeutet auf Englisch „*New Approaches Regarding Telecommunication Policy Among Mediterranean Partners*“. Dieses Projekt oder dieses Programm, das am 1. Januar 2000 mit Laufzeit von drei Jahren begann, wurde mit 2,15 Mio. € gefördert¹⁷¹.

Das Ziel ist es, den umgestaltenden MDL-Telekommunikationssektoren und das damit verbundene Teilnahme der Privatsektoren an Infrastrukturerneuerungen zu beleben. Das Projekt sucht im Ganzen zwei Hauptpunkte im Telekommunikationsbereich zu erreichen: die Qualitätsverbesserung und die Kostensenkung. Um die mediterranen Partnern in die Weltwirtschaft zu integrieren und die für 2010 veranschlagte euromediterrane Freihandelszone einfach zu machen, ist auch ein weiteres Ziel im Telekommunikationsbereich gesetzt.

Das Ziel des Projekts soll durch die folgenden Maßnahmengarantieren;

1. Eine jährliche Veranstaltung einer regionalen Telekommunikationskonferenz zwecks Informations-undErfahrungsaustausch.

¹⁷¹**European Commission** (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities, Brussels, S. 65.

2. Ausbildungskonferenzen, in den telekommunikative Reformprogramme betont werden; Drei Workshops, fünf Technikseminare und sieben Studienreisen in Staaten sollen durchgeführt werden, um die Reform erfolgreich zu erzählen.

3. Ein Informations- und Kommunikationsprogramm, bestehend aus vier Teileinheiten:

- a) Bildung einer virtuellen Telekommunikationswarte um die Austausch von virtuellen Informationen zu fördern zwecks der Statistik und der Bildung von den Expertengruppen sowie den Statistiken beauftragt wird.
- b) Projektberichten sowie Jahresberichten über die regionalen und nationalen Telekommunikationsentwicklungen.
- c) Dokumentationsarbeit für die Projektteilnehmer.
- d) Die Öffentlichkeitsarbeit beispielsweise¹⁷² die Pressemitteilungen, die Bulletins und die Newslettern.

1.3.5 Die Euro-mediterrane Ökonomie-Netzwerk

Im Rahmen der Barcelona-Deklaration war die Europäische Kommission seit 1995 bei der Installierung und Entwicklung von euromediterranen Kooperationen ganz bereit, sie finanziell zu unterstützen. Diese Netzwerke zielten auf die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses sowie des Informationsaustauschs. Die Kooperation unter den verschiedenen Organisationen der 27 Partner sollte auch die euromediterranen Beziehungen festigen. Deshalb wurde das 1997 gestartete Projekt jährlich mit 2,5 Mio. € finanziert¹⁷³ und hat eine Laufzeit von fünf Jahre. Das Projekt verfügt über zwei selbständige Bestandteile:

Die Ökonomischen Forschungsinstitute spielen hier eine wissenschaftliche Rolle. Dreißig Institute vereinigten sich bei einem Treffen im März 1997 in Marseille zu einem *Euro-mediterranean Forum of Economic Institutes*

¹⁷² **Babak Khalatbari** (2004) Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika? Witten, S.79.

¹⁷³ **European Commission** (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities. Review, Second Edition, Brussels, S. 36.

(FEMISE). Das bisher aus 90 unabhängigen Forschungsinstituten bestehende Projekt FEMISE wurde im August 1998 mit 6,3 Mio. € finanziert¹⁷⁴. Die erste Periode des Projekts dauerte zwei Jahre und wurde Phase I genannt, gleichzeitig wurde ein Lenkungsausschuss eingesetzt, der in regulären Abständen mit der Veranstaltung der Workshops beauftragt wird.

Die Untersuchung der im Ganzen sechs ökonomischen Prioritätsthemen der EMP ist die wichtigste Aufgabe des FEMISE-Netzwerks:

- „1) evolution of Mediterranean agriculture in the context of Euro-mediterranean Association Agreements;*
- 2) evolution of flows of goods, capital and services in the same context;*
- 3) implications of these agreements for fiscal policies;*
- 4) impact of economic transition on poverty;*
- 5) consequences for the Mediterranean of introducing the Euro;*
- 6) consequences for the Mediterranean of the EU enlargement.¹⁷⁵“*

Eingegliedert wurden also fünf deutsche Institute in das FEMISE-Projekt; Das Deutsche Entwicklungsinstitut (Berlin), das Deutsche Orient Institut (Hamburg), das Institut für ökonomische Forschung (Halle), das Kieler Institut für Weltwirtschaft und das Essener Institut für Ökonomieforschung.

Die Durchführung des FEMISE-Projekts für die Periode 2001-2004 dauerte unter dem Namen Phase II.

Industrieverbände werden hier als praktische Komponente betrachtet. Im Jahr 1999 stimmte die Europäische Kommission dazu, das vom europäischen Arbeitnehmerverband (UNICE) in Zusammenarbeit mit den relevanten MDL-Verbänden entwickelte Projekt zu finanzieren. Die Verbesserung des Austausches im Praxisbereich sowie die Entstehung einer permanenten Kommunikation zwischen den Netzwerkteilnehmern war die Essenz dieses Projekts. Deshalb wird das Verbandspersonal in gemeinsame Trainingseinheiten integriert. Des Weiteren war die Schaffung eines Internet-

¹⁷⁴ **European Commission** (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities, Brussels, S. 40.

¹⁷⁵ **European Commission (2001)**: Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels, S. 56.

Netzwerks hier eine kluge Idee. Abgesehen von der Zusammenarbeit mit den MDL- Verbänden kann man kaum zwischen der Struktur des euro-mediterranen Industrieverbands und der Struktur des UNICE unterscheiden. Das Projekt wurde mit 3,5 Mio. Euro gefördert, 2,5 Mio. € kam aus dem MEDA-Programm¹⁷⁶. Nochmal wurde dieses Projekt oder dieses Programm während des Industrieforums in Tunis am 13. Mai 2000 in „*UNIMED Business Network*“ umbenannt. Bis jetzt hat es eine Laufzeit von drei Jahren und ist mit 2,5 Mio. Euro unterstützt¹⁷⁷.

1.3.6 Die Euro-mediterrane Transportkooperation

Am 15. September 1998 wurde in Brüssel das Euro-mediterrane Transportforum veranstaltet. Dieses Projekt wurde mit 37,4 Mio. € finanziert. Daran sind die Mitgliedsstaaten der EU, die mediterranen Partnerstaaten sowie internationale Finanzinstitutionen und einige internationale Organisationen beteiligt, die durch den Beobachterstatus involviert sind.

Das erste Meeting des Forums ereignete sich am 23./24. März 1999 auf Malta, bei dem das Transportinfrastrukturnetzwerk des Mittelmeerraums und die benutzten Maßnahmen zur Erleichterung der Transportoperationen zu den zwei Hauptarbeitsfeldern betont wurden. Um den Transportsektor zu verbessern sollen ein einheitliches Luft-See-Transportierungssystem, die Verbesserung der Häfen und Flughäfen, die Abschaffung von ungerechtfertigten Einfuhrbeschränkungen und der verstärkte Umweltschutz bei maritimen Transporten sowie der Zusammenschluss des mediterranen mit dem europäischen Transportnetzwerk ermöglicht werden. Die Empfehlungen beruhen größtenteils auf der Mitteilung der Kommission aus dem Jahre 1998 hinsichtlich des Transportsektors der euromediterranen Partnerschaft¹⁷⁸. Das Projekt setzte sich im Ganzen aus sechs Komponenten zusammen:

¹⁷⁶ **European Commission** (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels, S. 45.

¹⁷⁷ **European Commission** (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities, Brussels 2002, S. 38.

¹⁷⁸ **Babak Khalatbari** (2004) Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika? Witten, S. 80.

1. GNSS (Global Navigation Satellite System)
2. Das Transportnetzwerk für Staatsangehörige der Partnerländer.
3. Die Transportsicherheit
4. Das Seetransport
5. Die Forschung und die Entwicklung
6. Die Statistiken

Unter technischem Aspekt wurde die zweite Konferenz des Forums am 8./9. November 2000 in Brüssel veranstaltet. Das Ziel war es, die Entwicklung von Bestimmungen für einen Aktionsplan in Bezug auf die regionale Kooperation, die Überprüfung eines MEDA-Projektvorschlags, dabei wurde es auch auf die obenerwähnten sechs Themen eingegangen. Zukünftig kann man erwarten, dass das Transport- und Energieforum in Vordergrund tritt, da in einer Kommissionsmitteilung die Änderung der Prioritätsrangfolge stark erwähnt und gefordert wurde. Die Bereiche¹⁷⁹; der Verkehr, die Energie und das Wasser sollen die absolute Priorität haben, da diese „... *eine wesentliche Rolle im Hinblick auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit spielen und die wirtschaftliche Integration Süd-Süd fördern*“ können.

1.3.7 Euro–arabische Managementschule

Dank des Partnerprojekts der Arabischen Liga (AL) und der Europäischen Kommission wurde im Jahr 1995 die Euro- Management School (EAMS) geschaffen. Das Ziel war die Verbesserung und die Förderung der Lehr- und Trainingsprozesse sowie der zukünftigen Dienstleistungen im Rahmen der Geschäftsentwicklung zwischen arabischen und europäischen Unternehmen. Diese Initiative hat eigentlich Spanien ergriffen, das unmittelbar dieses Projekt hinsichtlich des Standorts und der Akkreditierung zu fördern begann. Im Ganzen setzte sich das universitäre Netzwerk aus 44 akademische Institutionen unter den führenden Business-Schulen bzw. Management-Zentren von Algerien, Bahrain, Belgien, Ägypten, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Jordanien, Kuwait, Libanon, Marokko, den

¹⁷⁹A5-0009/2001 Sitzungsdokument, Europäisches Parlament, Januar 2001, S. 21.

Niederlanden, Palästina ,Portugal, Saudi-Arabien, Spanien, Schweden, Tunesien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Großbritannien zusammen¹⁸⁰.

1.3.8 Die Beförderung der Privatwirtschaft

Die EU fördert neue moderne Ökonomieinhalte und Unternehmer der Mittelmeerpartner, denn dies dient dazu , die Steuerung der Ökonomien in den Mittelmeerpartnern zu erleichtern , und was die Freihandelszone betrifft , spielen die Privatinvestitionen eine große Rolle . Deshalb wurde ein Programm 1997 initiiert und Mit 160 Mio. Euro finanziert .Ein Hauptelement in der Barcelona-Deklaration ist die europäische Unterstützung der Transitionsprozesse in den Ökonomien der Mittelmeerpartner. In einem drei Säulen – Modellbestimmt die EU ihre Strategie:

1. Die Schaffung einer Freihandelszone
2. Die Umgestaltung der ökonomischen Inhaltspolitik der jeweiligen MDL
3. Die Unterstützung der binnen- und auswärtigen Privatinvestitionen

Die Umsetzung dieser Strategie begann genau nach der Ernennung von „*business centres*“¹⁸¹, die verschiedene Dienstleistungen an Unternehmen weiterleiten, die sich durch Rechnungsprüfungen, Geschäftspartnersuche, neue Technologien und Finanzierungen sowie gezielte Unternehmensberatung und Studien modernisieren wollen. Diese Zentren „*business centres*“ (BCs)umfassen Casablanca (Marokko), Tunis(Tunesien), Kairo (Ägypten), Jerusalem und Gaza (Pal. Gebiete), Amman (Jordanien)sowie Aleppo und Damaskus (Syrien)¹⁸².Die ersten BCs wurden im April1996 in Aleppo und Damaskus durch die Schaffung des *Syrian-Euro Business Centre* (SEBC)gegründet . Im Juni 1996 kam im Bezug auf *Private Sector Development Programme*(PSDP) die Gründung des Büros in Kairo hinzu.

¹⁸⁰ Babak Khalatbari (2004)Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika? Witten, S.80.

¹⁸¹European Commission (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels 2001, S. 37.

¹⁸² European Commission (1997): Euro-mediterranean Partnership, Private Sector Development, Brussels, S. 14 f.

Dann Jordanien und Tunesien im September 1996, und schließlich wurde in Marokko im Februar 1997 auch ein BC errichtet. Alle BCs funktionieren als Project Management Unit (PMU) und umfassen den europäischen und MDL-Experten, die in Langzeitprojekte integriert sind.

1.3.9 Das Geschäftstreffen (Business Meetings)

„*Small and Medium-sized Enterprises (SMEs) and business co-operation ...*“

¹⁸³ sind tatsächlich von großer Bedeutung bei der Implementierung der Politikinhalte der euromediterranen Partnerschaft. Um dem Privatsektor der südlichen MDL die erforderliche Unterstützung zu gewähren, ist das Regionalprogramm im Jahre 1996 mit einem Budget von 4,5 Mio. € in Kraft gesetzt worden. Im SME-Bereich wurden die ersten Ansätze jedoch schon genauer im Jahr 1992 hergestellt. Zu den wichtigsten Initiativen dieses Programms zählen die Organisation von *business-to-business meetings* (BTBMs), die Gründung des *Informationskorrespondenz-Zentrums* sowie die Errichtung der *business centres*. Die oben erwähnten BTBMs umfassen auch drei verschiedene Komponenten: *Med-Interprise*, *Med-Partenariat* und die Partizipation südlicher MDL-Unternehmen an *Europarteniariats*. Diese drei Komponenten bildeten seit 1998 ein Programm unter dem Namen „*Euro-mediterranean Co-operation between SMEs*“. Man kann die Implementierungsinstrumente wie folgt darstellen:

Europarteniariat-Treffen wird zweimal jährlich in einer von der EU bestimmten Region veranstaltet. Diese Multisektoren -Veranstaltung ermöglicht eine Plattform für mehrere hundert Firmen aus der EU, aus Zentral- und Osteuropa, Asien, Lateinamerika sowie seit 1992 für Unternehmen aus den MDL. Mehr als 400 Firmen aus den MDL beteiligten sich im Jahr 2000 an den *Europarteniariats*-Veranstaltungen bei den Events in Dänemark und Italien¹⁸⁴.

¹⁸³ **European Commission** (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels, S. 42.

¹⁸⁴ **European Commission (Hrsg.)**: The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities. 2001 Review, Second Edition, Brussels 2002, S. 34.

Med-Partenariat ist eine andere effektive Initiative. Sie stützte sich auf Erfahrungen sowie Methoden der europäischen *Europartnerships*-Programme. Die multisektoralen Veranstaltungen sind eigentlich ihre Hauptelemente, bei denen hervorragende *SMEs* zwischen europäischen und arabischen Unternehmen gefördert werden. Bis jetzt gab es sechs *Med-Partnership*-Treffen, die in der Türkei (April 1994), Marokko (Mai 1995), den israelischen besetzten Gebieten (Oktober 1995), Jordanien (Juli 1997), Tunesien (September 1997) und Ägypten (Oktober 2000) veranstaltet wurden.

Med-Enterprise enthält eine ähnliche Struktur wie *Med-Partnership*, der Unterschied besteht darin, dass *Med-Enterprise* sektoren- und länderspezifischer ausgerichtet ist. Es besteht auch die Möglichkeit, dass ein oder mehrere MDL mit mindestens zwei EU-Mitgliedsstaaten die Grundlage zur Gründung einer zweckmäßigen regionalen Kooperation im Rahmen von *SMEs* bilden können. Bis jetzt wurden im Ganzen 13 *Med-Enterprise*-Veranstaltungen vorbereitet, die in Tunesien, der Türkei, Marokko, dem Libanon, Zypern, Syrien, Ägypten, Malta und Palästina durchgeführt wurden.

Durch diese Treffen wurde die Annäherung von 1400 MDL-Unternehmen zu 900 europäischen Unternehmen ermöglicht.

1.3.10 Die Mobilitätspartnerschaft

Die Verhandlungen zwischen der EU und Tunesien über den Abschluss einer Mobilitätspartnerschaft werden eigentlich seit 2011 geführt. Sie war sogar die erste Staat unter den südlichen Nachbarländern, die die Verhandlungen über die Mobilitätspartnerschaft mit der EU geleitet hat¹⁸⁵. Den „Gesamtansatz Migration“ soll durch diese Mobilitätspartnerschaft verwirklicht werden. Dabei wurden auch die entscheidenden Schritte erwähnt, die nicht nur die legale Migration zwischen den Ländern, z.B. durch Visa-Liberalisierungen unterstützt, sondern auch die Grenzkontrollen optimieren und dadurch die illegale Migration weiterhin verringern. Dabei genießen die mit den Nachbarländern vereinbarten Rückübernahmeabkommen eine bedeutende

¹⁸⁵ **Susanne Kuch** (2014) : alte Ziele in neuem Gewand „ security partnership “ versus „ mobility partnership“, passaeur Jean Monnet Papiere, Universität Passau, S.8.

Rolle, denn sie sind eine unverzichtbare und anerkannte Grundvoraussetzung für andere Verhandlungen hinsichtlich der Visa-Liberalisierungen¹⁸⁶. Die EU zeigte sein Interesse, eine zukünftige Zusammenarbeit mit einem demokratischen Tunesien sowie gut ausgebildeten Fachleuten mittels des europäischen Hochschulprogramms TEMPUS¹⁸⁷ oder Erasmus MUNDUS¹⁸⁸ zu schließen, um die Fachkräftemangel in der europäischen Union zu bekämpfen. Dies zeigte sich schon auch in den vorgeschlagenen Visaerleichterungen, die die EU für bestimmte Personengruppen bestimmt hat. Die Wissenschaftler, Studierende sowie die Geschäftsleute können davon profitieren, deren Potential auch einen Mehrwert für die EU bedeutet¹⁸⁹.

Die Rücknahme von den tunesischen illegalen Migranten aus der EU, die Verpflichtung zu der gemeinsamen Grenzkontrolle mit FRONTEX¹⁹⁰ sowie die Kontrolle der Migrationsströme waren die Voraussetzungen für diese Mobilitätspartnerschaft. Trotzdem in Bereich der Arbeitsmigration bestand die Möglichkeit von Visaerleichterungen für bestimmte Personengruppen, die mit der Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten in Einklang gebracht werden¹⁹¹. Man kann daraus schließen, dass diese Mobilitätspartnerschaft keinen Fall eine gleichrangige Partnerschaft zwischen EU und Drittstaaten strebt, doch sie bezweckt damit, eine potentielle Migration zwischen den Staatsbürgern der Partnerstaaten besser zu regulieren. Die

¹⁸⁶ **Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Mitteilung KOM (2011)**: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel, S.14.

¹⁸⁷ **TEMPUS** steht für ein europäisches Hochschulprogramm, das mit Hochschulen aus verschiedenen Partnerländern verbunden ist, um die Qualität der ausländischen Hochschulen an den EU-Stand anzupassen und diese zu entwickeln.

¹⁸⁸ **Erasmus Mundus External Co-operation Window (EM ECW)** unterstützt den Austausch von Personen, Wissen und Fähigkeiten von EU- Hochschulen und Hochschulen aus Drittländern. Damit erleichterte dies die Mobilitätsgrundlagen für Studenten und Akademiker und Partnerschaften zwischen den Hochschulen.

¹⁸⁹ **Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Mitteilung KOM (2011)**: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel, S.14.

¹⁹⁰ **FRONTEX** bedeutet die europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ihre Aufgaben drehen sich um die operative Kooperation zwischen Mitgliedstaaten und die Förderung der Ausbildung von Grenzschutzbeamten, sowie die Erstellung der Risikoanalysen und unterstützt Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, sofern diese zum Schutz der Grenzen Hilfe benötigen.

¹⁹¹ **Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement (2002)**: EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement, S.1.

politische Konditionalität und vor allem der „*more for more*“-Ansatz gewährt nicht die Unterstützung und die Intensivierung der Beziehungen, den Ländern, die Fortschritte in ihrem Menschen- und Migrantenrechtsschutz erzielen, sondern den Ländern, die an der Seite der EU erfolgreich die illegale Migration effektiv bekämpfen. Die EU zeigt sich eigentlich nicht bereit, die grundlegenden Menschenrechte und die Rechte von Migranten und Asylbewerbern zu verteidigen. Hinsichtlich der Migration lässt sich bei der ENP und auch bei der Mobilitätspartnerschaft keine bedeutende Änderung der EU-Politik feststellen. Es ist immerzu die Rede von Grenzkontrollen und der Bekämpfung illegaler Migration und geht bei beiden Partnern zu Lasten von Menschenrechten und Flüchtlingsschutz.

2. Empirischer Teil

2.1 Die wirtschaftlichen Herausforderungen in der euromediterranen Partnerschaft

2.1.1 Die sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten

Es gibt unterschiedliche Faktoren, die zu der Instabilität des Mittelmeerraumes führen kann. Darunter gibt es zum einen den Unwillen vieler arabischer Regime zu notwendigen und prompten Reformen, aus dem sich der gegenwärtige politische Stillstand ergibt, und zum anderen die symbiotische und Machtverflechtung zwischen öffentlichem und privatem Sektor, der Nepotismus in den schlimmsten Auswüchsen gedeihen lässt, dessen Konsequenzen schließlich wirtschaftliche Unterentwicklung und soziale Ungleichheit sind, aus denen auch gesellschaftliche Frustrationen resultieren können¹⁹².

Der Bericht der Weltbank¹⁹³, der im Oktober 1995 in Amman anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Amman erstattet wurde, zeigte, dass das reale Pro-Kopf-Einkommen in der MENA-Region jährlich um 2 % gefallen ist. Überdies beläuft sich die Wirtschaft des Nahen und Mittleren Ostens nur auf 2 %¹⁹⁴ der Welt-GDPs, ohne vergessen, dass die MENA-Regierung 5 % der Weltbevölkerung besitzt¹⁹⁵, was als der größte Rückgang und das geringste volkswirtschaftliche Umsetzungsverhältnis unter allen entwickelten Regionen weltweit angesehen wird. In Anlehnung an diesen von negativen Trends durchsetzten Berichterstattungen zeigten die im Jahre 2002 und 2003 herausgegebenen *Arab Human Development Reports* dass, die MENA-Region unter vielen Defiziten und Schwierigkeiten leidet.

¹⁹² **Benyaklef, Mustafa** (1997): Socio-economic Disparities in the Mediterranean, in: Gillespie, Richard: The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London 1997, S. 96

¹⁹³ **Weltbank** (1995): Claiming the Future. Choosing prosperity in the Middle East and North Africa, Washington.

¹⁹⁴ **Koch Weser, Caio** (1999): Herausforderung und Vision. Die wirtschaftliche Wiederbelebung des Nahen Ostens und Nordafrikas, in: Internationale Politik, Nr. 7, Bonn, S. 43.

¹⁹⁵ **Chalak, Al-Fadel** (2003): Challenges to Economy and State in the Middle East, in: Looking Ahead, Challenges for Middle East Politics and Research, Edited papers of a workshop held at Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin in co-operation with EuroMeSCo, S. 61.

Der Mangel an einer „*Knowledge Society*“ und die Entwicklungsproblemen sind eigentlich die Hauptprobleme und werden sogar als wesentliche Faktoren für die unangenehme Lage in der arabischen Welt betrachtet. Die Förderung der euromediterranen Freihandelszone von der EU bezweckt damit, die in den Mittelmeerländern entstandenen ökonomischen Ursachen der Unstabilität und politischen Radikalisierung zu beseitigen¹⁹⁶. Die wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft zielt auch auf die Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums Europa-Mittelmeer bis zum Jahr 2010, dessen Kern eine euromediterrane Freihandelszone für Industriegüter ist. Dank des „*Establishing a common Area of Peace and Stability*“¹⁹⁷ kann man in den arabischen MDL den sozioökonomischen Migrationsdruck in Richtung Europa reduzieren¹⁹⁸. Ein anderes Ziel der Freihandelszone Europa- Mittelmeer ist es, dass sich die MDL den technischen Normen und Standards sowie dem Wettbewerbsrecht der EU anpassen können. Diese europäischen Normen und Spezifizierungen müssen von den arabischen Exporteuren innerhalb von 12 Jahren erfüllt werden. So erklärte der ehemalige Vorsitzender der ägyptischen Industrieunion, *Faris Khamis*, wie folgt: „*It took Europe 200 years to reach these standards, and it was not fair to force Egypt to conform to them in 12 years.*“ Der oberste EU-Beamte der Generaldirektion Handel, *Karl Friedrich Falkenberghat* gesagt, dass es bei der Assoziierungspolitik mit den wirtschaftlich schwächeren Verhandlungspartnern nicht nur um die Beseitigung des herrschenden Misstrauen geht, sondern auch um die Wahrnehmung sowie die Sicherung der Einzelinteressen der EU- Mitgliedsstaaten, die manchmal lobbyistisch handeln. Trotz aller Berechnungen ist es unbegreiflich, dass der Agrarsektor der MDL im Abkommen gar nicht erwähnt wurde, obwohl dieser Sektor bei den klassischen arabischen MDL sehr belebt ist. Eine Grafik berichtet uns über eine unbedeutende Beteiligung des Agrarsektors am BSP, doch bedeutet die

¹⁹⁶ **European Commission** (1995): Euro-mediterranean Partnership. Barcelona Declaration and Work Programme, Brussels, S. 4 .

¹⁹⁷ **European Commission** (1995): Euro-mediterranean Partnership. Barcelona Declaration and Work Programme, Brussels, S. 2.

¹⁹⁸ **Nienhaus, Volker** (1999): Euro-mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung?, in: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden- Baden, S. 91.

Anwesenheit von landwirtschaftlichen Produkten bei der Freihandelszone einen fundamentalen und gravierenden Fakt. Obwohl eine große Anzahl von Arbeitsplätzen auf die traditionellen Agrarsektor beruhen, nehmen in einigen MDL zum Beispiel in Ägypten die Importe landwirtschaftlicher Güter aus Europa im Vergleich zum Fünffache der arabischen Agrarexporte in die EU zu. *Tovias* und *El-Sayed Selim* finden darin den Grund, warum die Assoziierungsabkommen verzögert, später unterschätzt oder gar nicht von Seiten der MDL getroffen wurden¹⁹⁹. In Bezug auf Marokko werden die europäischen Bemühungen zur Schaffung einer Freihandelszone mit ausgeschlossenen Agrarprodukten von *Wippel als „... unterhalb der Glaubwürdigkeitsschwelle“* angesehen. *Joffé* hat auch in einer Forschung über diese Problematik gesprochen und schilderte die Ausschließung der arabischen Agrarprodukte von der Freihandelszone als „... *loss of comparative advantage*.“ Eine ähnliche Bewertung wurde in einer Kommissionsmitteilung geschrieben, in der auf die „... *wirtschaftliche(n) und soziale(n) Bedeutung der Landwirtschaft in diesen Ländern und zum anderen auf den komparativen Vorteil, den sie ihrer Auffassung nach bei bestimmten landwirtschaftlichen Produkten haben ...*“, eingegangen wird. Diese Beurteilung gilt auch die meisten Mittelmeerländer, da viele der arabischen Teilnehmerstaaten unzufrieden sind, weil das Gerangel um Obst, Gemüse, Blumen und Olivenöl und den Ansprüchen miteinander kontrastieren, die man im Hinblick auf die Euro-mediterrane Partnerschaft entwickelte²⁰⁰. Ägypten zeigte ein Interesse, einen besseren freien Zugang zu den EU-Märkten zu haben, da durch das Zerfallen der Sowjetunion wichtige traditionelle Märkte geschlossen wurden. *Manuel Marin*, damaliger EU-Kommissar, erklärte das wie folgt: „*Deutschland wird nicht in den Ruin getrieben, wenn es Ägypten einige tausend Tonnen Kartoffeln oder Schnittblumenmehr abnimmt als bisher!*“

¹⁹⁹Vgl. **Tovias, Alfred** und **Jordi Bacaria**: Free Trade and the Mediterranean, in: Mediterranean Politics, Volume 4, Number 2, Essex 1999, S. 3; **El-Sayed**, London 1997, S. 81. Siehe auch: **Nienhaus**, Baden-Baden 1999, S. 97, 101.

²⁰⁰Als Beispiel dient hier Ägypten: 1995 exportierte die EU Agrarerzeugnisse im Wert von 840 Mio. US-\$ nach Ägypten. Dieser Summe standen ägyptische landwirtschaftliche Exporte in die EU von 154 Mio. US-\$ gegenüber, in: **El-Sayed**, London 1997, S. 81.

2.1.2 Die Zwischenstaatliche und ethnische Uneinigkeit

Die einzelnen Subregionen des Mittelmeerraums haben eine Menge von Konflikten und verborgenen Eskalationspotenzialen. Man kann dabei zwischen zwei Arten von Konflikten unterscheiden: Zum einen herrschen zwischenstaatliche Konflikte, bei denen territoriale Fragen das Wichtigste Element ist, und zum anderen innerstaatliche Konflikte, die sich aus politischen und auch ethnischen Ursachen ergeben. Darüber hinaus gibt es in der Region weitere Faktoren, die die Eskalation veranlassen können. Zum Beispiel ein sehr entscheidender Faktor, der die Eskalation in dieser Region erhitzen kann, ist der arabisch-israelischen Konflikt.

Der Missbrauch des politischen Islams, das steigende unbeherrschbare Bevölkerungswachstum sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind im Rahmen dieses Eskalationspotenzials als die größte Herausforderungen der heutigen Welt betrachtet. Es wurde in einer Forschung erwähnt, dass die islamistischen Gruppierungen die immer mehr verschlechterten Faktoren der Bevölkerungen missbraucht haben und organisieren im sozialen Sektor Parallelstrukturen zum Staat und treten so indirekt im Wohlfahrtsbereich als Kontrahenten auf²⁰¹. Die Einnahme pro-westlicher Haltungen von einigen arabischen Regierungen wie zum Beispiel Jordanien und Ägypten zur Prävention des möglichen Rückfalls in die „vorislamische Barbarei“ (*dschahilija*) stellt eigentlich auch eine zentrale Problematik dar. Im Ganzen kann man die Geschichte der zwischenstaatlichen Konflikte in drei Elemente unterteilen, das erste Hauptelement ist der arabisch-israelische Konflikt. Dabei kann man ganz einfach bemerken, dass in Bezug auf die arabisch-israelischen Auseinandersetzungen die arabische Seite große Ungerechtigkeitsgefühle empfindet. Eines der schwierigen Brennpunkte der gemäßigten arabischen Mehrheit ist die Unaufrichtigkeit der westlichen Nah-Ost-Politik, die durch die Veränderung der amerikanischen Nahost-Politik einen anderen explosiven Zündstoff entstehen ließ. Die Debatte über die Grenzen mit der israelischen

²⁰¹Vgl. **Frankenberger, Klaus Dieter**: Ausschluß der Palästinenser. Bushs Nahost-Wende, in: FAZ vom 16.04.2004, S. 3; **N.N.**: Arabischer Schrei der Empörung über Bush, in: NZZ vom 16.04.2004, S. 1-2.

Kolonisation seit 1948 wird auch als heißumstrittener Punkt betrachtet. Schon seit Jahren wurde zur Diskussion gestellt, warum die UN-Resolutionen 242 und 338, die die Freigabe der 1967 von der israelischen Besetzung okkupierten Gebiete vorsehen, keine wirkliche Basis fanden²⁰². Die Antworten auf die arabischen Fragen, ob UNO-Resolution gleich UNO-Resolution ist und warum die israelische Kolonisation die Verantwortung für den Verstoß des Gesetzes nicht tragen soll, blieben bis heute noch ein Fragezeichen und das verstärkt umgehend das arabische Unverständnis. So wurden zum Beispiel die UNO Resolutionen 1368 und 1373 aus dem Jahr 2001 direkt ausgeführt und die Resolutionen 242 und 338 lediglich seit Jahren besprochen. Deshalb ist die Enträtselung der arabisch-israelischen Frage jetzt leider nicht vorhanden. Die amerikanischen Friedensmissionen der beiden Sondergesandten *William Burns* und *Anthony Zinni* sowie die *road map* erwiesen sich unglücklicherweise als eine Beruhigungsspielle für eine verletzte Region, in der die Erklärungen und Tatsachen nicht mehr miteinander übereinstimmen und alle vorherige Initiativen wie *Tenet-Plan* oder *Mitchell-Bericht* durchgehend gescheitern. Darüber hinaus geht es bei allen politischen Vermittlungsansätzen nur um Empfehlungen wie zum Beispiel Vorschlägen, die kein Rezept anbieten und auch kein Mandat besitzen, um den Konflikt definitiv zu beseitigen²⁰³. Das Ziel der europäischen Politik sollte sich darum drehen, zur Erhaltung und Schaffung politischer Stabilität beizutragen, denn diese Konflikte, die Instabilität und auch die Militanz können vermutlich für Europa unabsehbare Konsequenzen verursachen. Der Direktor des Deutschen Orient-Instituts führte diese Problematik zum einen auf die importierten terroristischen Gewalttätigkeiten der ausländischen Organisationen nach Europa und zum anderen auf die Wanderungsbewegungen zurück, die die europäische Gesellschaft bedrohen

²⁰²Vgl. **Hadi, Mahdi Abdul**: The Prospect of Peace: Palestinian View, in: Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000, Hamburg 2001, S. 759.

²⁰³Vgl. **Avineri, Shlomo**: Ein Kompromiss liegt in weiter Ferne. Israel unter Sharon nach Camp David, in: Internationale Politik, Nr. 8, Berlin 2001, S. 11.

und innenpolitische Unruhe verursachen können ²⁰⁴. Ein zweiter Konfliktstoff in der Region sind die Golfkriege.

Im Vergleich zum ersten Golfkrieg, bei dem der Irak den Iran angegriffen hat, hat der zweite Golfkrieg zwischen Irak und Kuwait einschneidende politische Nachwirkungen in Bezug auf die regionalen Bedrohungsperzeption vieler arabischer Staaten sowie der Neubewertung des internationalen Systems gehabt. Die Ereignisse des 11. September 2001 sowie die angloamerikanische Invasion im Irak, die zum dritten Golfkrieg führte, schufen neue geopolitische Regeln, deren Auswirkungen, auf die arabische Gesellschaft beachtlich sein werden. Überdies kommt gravierend dazu, dass sich Israel durch den „war on terror“ von der amerikanischen Seite berechtigt sieht, nicht nur den arabisch-israelischen Konflikt zu lenken, sondern auch durch die Waffengewalt und die Prävention die sicherheitspolitischen Interessen in die Tat umzusetzen. Das dritte Element hat zu tun mit der innerarabischen Regionalpolitik, die seit der Gründung der arabischen Liga im Jahr 1945 sowie der Unterzeichnung des *Arab Common Defence Treaty* im Jahre 1950 einige „*tumultuous episodes during the world of bipolarity*“²⁰⁵ erlebte. Die Situationen begannen sich zu verschlechtern mit der ägyptisch-saudischen Konfrontation im Rahmen des jemenitischen Kriegs (1962-1967), dann kam 1979 die Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages zwischen Ägypten und den restlichen Mitgliedern der AL hinzu, und reichen bis die politische Rehabilitierung Ägyptens im Jahre 1989.

Diese drei Elemente sowie die innerstaatliche Konflikte behinderten die euromediterranen Beziehungen und erschwerten die Friedensgespräche zwischen den Palästinensern und den Israelis, vermögen es von der Konfliktintensität den Barcelona Prozess zum politischen Stillstand kommen zu

²⁰⁴ **Steinbach, Udo:** Der Nahe Osten in der deutschen Außenpolitik. Bonn auf der Suche nach einem Konzept, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 12/98, Bonn 1998, S. 26.

²⁰⁵ **El-Sayed Selim, Mohammad.** Conceptualising Security in Arab Mashreq Countries, in: Brauch, Günter u.a. (Hrsg.): Security and Environment in the Mediterranean. Conceptualising Security and Environmental Conflicts, Berlin 2003, S. 341.

lassen. Deshalb hängt eine vernünftige Lösung für diesen Konflikt von der erhofften Stabilität und der Prosperität der ganzen Region ab.

2.1.3 Hemmungen bezüglich der Migrationsbewegungen

Der Mittelmeerraum stellt einen Schauplatz für wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Transfer dar. Die Eroberungszüge, der Kolonialismus, der Handel und die Migration haben die heutigen Beziehungen zwischen den Mittelmeerhälften in eine bestimmte Form geschmiedet. Die sich in dem Mittelmeer schlecht entspannende sozioökonomische Lage sowie die Bedrohung der inner- oder zwischenstaatlichen Missverständnisse sind für die EU von großer Bedeutung. Dieser Grund ist einer der wichtigsten Faktoren, warum der Europäische Rat im Juni 1992 in Lissabon die Mittelmeerregion neben Osteuropa als strategischer Partner einschätzte²⁰⁶. Das in den MDL jährliche Bevölkerungswachstum von bis zu 3 Prozent beeinflusst stark die Wohlstandsdifferenz zwischen der EU und ihren südlichen Mittelmeerländern. Es ist auch vorgesehen, dass die Bevölkerung in der Region von 146 Mio. im Jahr 1990 vermutlich auf 231 Mio. im Jahr 2010 zunimmt²⁰⁷. Darüber hat sich *Aliboni* geäußert, wenn die MDL nicht fähig wären, das Wirtschaftswachstum zu beleben, würde die Anzahl der in der Region gegenwärtigen 9 Millionen Arbeitslosen auf 15 Millionen steigen und anschließend zu einer beträchtlichen Migration in die EU führen. In Bezug auf den Unterschied in dem Wohlstand, hat *Hottinger* dies in volkswirtschaftlichen und demografischen Zahlen ausgedrückt:

„1996 erzielten die 226 Millionen Menschen der elf Staaten des südlichen Mittelmeers ein sehr ungleich verteiltes – durchschnittliches Einkommen von 2.336 Dollar pro Kopf, die 175 Millionen der fünf Staaten des Nordens dagegen im Durchschnitt 20.777 Dollar. Rund neunmal soviel. Gleichzeitig wuchs die

²⁰⁶Hierzu befand das Europäische Parlament schon im Jahr 1991, dass „... the pressure of migration will be all the more massive and uncontrollable if the European Community does not establish new and more equitable trade relations with the Mediterranean third parties, and does not institute cooperation that is quantitatively different from that of the past in order to contribute to the development and growth of these countries. (Resolution A3-121/91 on a Renewed Mediterranean Policy Consideration 1, European Parliament).

²⁰⁷**Behrendt, Sven (1996):** Die Nahost- und Mittelmeerpolitik, in: Weidenfeld, Werner und Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn, S. 247.

Bevölkerung des Südens zwischen 1990 und 1996 um jährlich 2,5 Prozent, während die des Nordens mit 0,3 Prozent stagnierte.“

Gemäß eigenen Berechnungen, bei denen Zahlenwerte des *Human Development Report 2001* benutzt wurden, belauft sich die gegenwärtige Bevölkerungszahl der zwölf MD auf 232 Mio. Menschen und wird sich vermutlich bis zum Jahr 2015 auf 294,1 Mio. erhöhen. In einer demografischen Retrospektive zeigt eine Diametralität der Bevölkerungszahl das folgende; Im Jahr 1950 lebten 68 % in den nördlichen Anrainerstaaten und 32 % in den südlichen der Gesamtbevölkerung dieser Region, aber dies hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Veränderte sich auch die Relation im Jahr 1990 auf 42 Prozent zu 58 % und die Prognosen für das Jahr 2010 von 34 % zu 66 %. *Boustani und Fargues* veranschlagen für das Jahr 2010 auf 66 %. Darüber hinaus sie schilderten die Zukunft in den folgenden 25 Jahren wie folgt:

*„Of the 170 million additional people living on the shores of the Mediterranean in 2025, 68 percent will have been born in an Arab country, 22 percent in Turkey, and only 10 percent in Europe.“*²⁰⁸

Selbstverständlich bedarf diese bedeutende Bevölkerungszahl die Nahrung, das Wasser und natürlich die Arbeitsplätze. Laut anderen Berechnungen des Londoner *International Institute for Strategic Studies* (IISS) stellt der aus diesen Entwicklungen ergebene Migrationsdruck keine deutliche Bedrohung für die innere Sicherheit in den OECD-Staaten dar. *Brauch und Renner*²⁰⁹ führten die Problematik des „Sicherheitsdilemmas“ auf ein „Überlebensdilemma“ zurück, das sich in den Entwicklungsländern aus den beiden „root causes“ des Bevölkerungswachstums und der regionalen Konsequenzen des globalen Klimawandels ergibt. *Brauch* erklärte, dass durch die „root causes“ Rückwirkungen auf die Faktoren die Urbanisierung, die Bodenerosion, die Desertifikation, zunehmender Wassermangel und Nahrungsmittelbedarf sowie

²⁰⁸ **Boustani, Rafic** und **Philippe Fargues**: *Atlas du Monde Arabe: Geopolitique et Societé*, Paris, S. 39, hier zitiert aus: *Safir, Nadji*: *The Question of Migration*, in: *Holmes, John W.*: *Maelstrom*, Cambridge 1995, S. 60.

²⁰⁹ **Brauch**, Hamburg 2000, S. 420, 431, 435; **Renner, Michael**: *Fighting for Survival. Environmental decline, social conflict and the new age of insecurity*, London 1997, S. 198.

Umweltverschmutzung entstehen und beschrieb diese in dem folgenden Überlebenshexagon;

Diese Zeit wurde von „*Jahrhundert der Flüchtlinge*“ in „*Jahrhundert der Migration*“ umbenannt. Zwar übersteigt die Zahl der Wirtschaftsflüchtlingen die politischen Flüchtlinge aufs äußerste, aber die Zahl der Umweltflüchtlinge könnte ebenso bald die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge übertreffen. Das unvernünftige Wachstum der Stadtbevölkerungen in der Region wird im 21. Jahrhundert weitere Potentiale Probleme verursachen. In einer Analyse des Migrationsdrucks ist der Unterschied zwischen den „*Schubkräften*“ (Push) und den „*Zugkräften*“ (Pull) ganz deutlich, wobei die Bürgerkriege, die Konflikte, der Terror und die Wohlstandsgefälle als *Push-Faktoren* und die Streben nach besseren Lebensbedingungen, sozialen Aufstiegsmöglichkeiten, persönlicher Freiheit und Sicherheit als *Pull-Faktoren* betrachtet werden. Nuscheler führt den zunehmenden Migrationsdruck auf strukturellen Ursachen zurück. Zu den wichtigsten *Push-Faktoren* bei diesem Migrationsdruck zählen das steigende Bevölkerungswachstum im Süden, globale und regionale Entwicklungsfällen, die Umweltzerstörungen, die Globalisierung von Produktionsstrukturen, Marktbeziehungen, die globale Vernetzung durch Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Suche nach Arbeit²¹⁰. Die Arbeitslosigkeit sowie die Verbesserung der Zukunft ermutigen die Migration zum Wasser und zum Land in Richtung nach Europa und für einige Mittelmeeranrainerstaaten zum „*boomenden Geschäft*“²¹¹. Für die Immigranten aus den südlichen Drittmittelmeerländern in Richtung nach Europa, von denen nur jeder dritte Illegale bei der Einreise gestellt wird, sind an den europäischen Küsten groteske Namen im Umlauf: In Spanien werden jene Marokkaner (die „*Moros*“), die nachts im Schutze der Dunkelheit in Holzbooten Richtung

²¹⁰ Nuscheler, Franz (1998): „Neue Völkerwanderungen“ aus dem Süden: Bedrohung oder Halluzination, in: Jahrbuch Dritte Welt 1999, München, S. 27 f.

²¹¹ Bensaad, Ali (2001): Durch die Wüste – Reise ans Ende der Angst, in: Le Monde diplomatique, September, S. 18 f; Armando, Tarek und Abou Chabaké: Migration und Schleusertum: Im Wechselspiel von Legalität und Illegalität, in: Husa, Karl u.a. (Hrsg.): Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?, HSK 17, Internationale Entwicklung, Frankfurt am Main 2000, S. 123-143; Pugh, Michael: Europe's boat people: Maritime cooperation in the Mediterranean, Institute for Security studies of WEU, Chaillot Paper 41, Paris 2000, hier als Internetdokument: www.weu.int/institute/chaillot/chai41e.html, 23.03.2001, 16:47 Uhr.

Norden aufbrechen „*Atunes*“ (Thunfische), „*sin papeles*“ (ohne Papiere) oder auch „*espaldas mojadas*“ (nasse Rücken) genannt²¹². Genau wie in Spanien werden auch in Italien die illegalen Immigranten „*Clandestini*“ (die Heimlichen) oder „*Extra-Comunitari*“ (die außerhalb der EU) genannt.

Nicht nur die Einwanderer sondern auch die Flüchtlinge kommen aus denselben Gründen und jährlich wird ihre Zahl hoch. Eine Konferenz wurde im Herbst 2003 von fünf EU Mitgliedern veranstaltet. Dabei wurde die Idee des ehemaligen französischen Innenministers *Sarkozy*, eine Sicherheitszone im westlichen Mittelmeer zwecks der Terrorismusbekämpfung und der Beschränkung illegaler Migration zu errichten, veranschlagt, denn dieses Projekt 3+3 ermöglicht seinerseits, eine aus EU-Staaten Frankreich, Italien, Spanien und den nordafrikanischen Maghrebstaaten Algerien, Marokko und Tunesien bestehende Kooperation zu vereinbaren, da aus dieser letzten Region die meisten Flüchtlinge kommen. bezüglich dieses Problems betont der damalige spanische Innenminister, dass die illegalen Einwanderer durch eine gemeinsame kohärente europäische Strategie verboten werden sollen, und die Kosten des Grenzschutzes nicht den Frontstaaten, sondern der ganzen Union zugetragen werden sollten. Fast 16.670 illegale Flüchtlinge könnten im Jahr 2002 aus Seenot von der Guardia Civil gerettet und 777 Schmuggelringe zerschlagen. Diese Forderungen sind gar nicht übertrieben, denn gemäß der Schätzungen des Polizeiamtes Europol in Den Haag wandern jährlich rund 500.000 illegale Migranten in die Europäische Union ein, und dabei gibt es einen Anstieg um 1300 % in Vergleich zu 1993.

In Spanien bedeutet die im Durchschnitt um 20 % ansteigende Zahl der illegalen Einwanderer für die Regierung eine große Herausforderung, da eine Repatriierung meistens nicht beherrscht werden kann, denn die Identität und die Staatsangehörigkeit der einzelnen Personen sind oft nicht mehr zu erkennen. Der italienische Umgang mit diesem Problem ist der spanischen und

²¹²**Gsteiger, Fredy** und **Christian Wernicke**: Der große Graben, in: Die Zeit vom 24.11.1995;
Haubrich, Walter: In El Ejido rächen sich die früheren Landarbeiter, in: FAZ vom 19.02.2000, S. 6;
Wieland, Leo: Die nordafrikanische Haustür. Spanien pflegt die Sonderbeziehungen zum Maghreb, in: FAZ vom 27.09.2003, S. 10.

französischen Strategie sehr ähnlich. Der italienische Staatspräsident *Ciampi* und sein Innenminister *Pisanu* wollen dass die EU eine gemeinsame Strategie gegen das Flüchtlingsdrama ausarbeiten, das die Situation in dem Mittelmeer tatsächlich verschlimmern kann. Die Flüchtlinge stammen meistens aus Marokko, der Westsahara, Mauretanien, Algerien, Libyen, Nigeria, Ghana, Senegal, Angola, Liberia oder Sierra Leone und versuchen über die angrenzenden Fluchtpunkte wie die Inseln Fuerteventura, Lanzarote, Lampedusa, Gibraltar und auch Malta die EU zu erreichen. Der gemeinsame europäische Schritt wurde ebenso durch die Operation „Odysseus“ begrüßt, in deren Rahmen Frankreich, Spanien, Italien, Großbritannien und Portugal versuchten, mit Patrouillenbooten die Flüchtlingsboote aufzubringen und möglichst die illegalen Migranten zurückzuführen²¹³.

2.1.4 Die Proliferation und der Terrorismus

Das Wort Proliferation erschien zum ersten Mal in einer Debatte über die Gefahren der extensiven Weiterverbreitung „... von Atomwaffen über den Kreis der klassischen fünf Atommächte hinaus.“²¹⁴ Die gegenwärtige Benutzung des Begriffs *Proliferation* bezieht sich auf die Weiterverbreitung nuklearer, radiologischer, biologischer und chemischer Waffen sowie Kampfstoffen und ihrer Trägersysteme²¹⁵. Der Bundesnachrichtendienst-Präsident *Hanning* erklärte während einer Veranstaltung der DGAP und der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft am 24.11.2000 in Königswinter, dass sich zahlreiche Annahmen als wahr erwiesen und Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika ab dem Jahr 2005 über Massenvernichtungswaffen verfügen würden, deren Reichweiten auch Ziele in Europa erreichen können²¹⁶.

²¹³Ferner wurde am 19.02.2004 ein Programm namens AENAS geschaffen, mit dem man allen Sektoren der illegalen Migration im Zeitraum von 2004-2008 in Kooperation mit den MDL begegnen will

²¹⁴**Bundesnachrichtendienst (1999):** Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Trägerraketen, Pullach, S. 7.

²¹⁵**Mey, Holger H. (2000):** Möglichkeiten und Grenzen einer Non- und Counterproliferationspolitik für den Mittelmeerraum, in Jacobs, Andreas und Carlo Masala (Hrsg.): Hannibal ante portas? Analysen zur Sicherheit an der Südflanke Europas, Baden-Baden, S. 71. Künftig zitiert als: Mey, Baden-Baden 2000.

²¹⁶**Bundesnachrichtendienst (1999):** Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Trägerraketen, Pullach, S. 11; von der gleichen Annahme geht auch eine RAND-Studie aus: **Lesser, Ian O.** und

Die heutige Proliferation von Massenvernichtungswaffen stellt in Zukunft eine erhebliche Bedrohung dar, da sie durch ballistische Trägersysteme mit erweitertem Wirkungsradius laut wehrwissenschaftlichen Quellen des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung auch heute europäische Staaten in Reichweite einiger „*rogue states*“²¹⁷ erreichen können. Die Annahme, dass *Usama Bin Ladins* Waffen mit ABC-Potenzial besitzen und eventuell sie verwenden wollte, wird zwar bis heute als „*Hirngespinnste eines notorischen Lügners*“ abgetan. Im Vergleich dazu wurden die Terrorattentate des 11. September 2001 in den USA und der 11. März 2004 in Madrid als erste Strategien des „*neuen Terrorismus*“ ausgelegt, bei dem „... *terrorists will seek more vbang for the buck.*“ Gemeint ist damit, trotz der allgemein rückläufigen Terroranschläge, zunehmende Letalität. Ziel ist es, mit geringstem Input den größtmöglichen Output zu erreichen. Der strategische Wert des neuen Terrorismus dreht sich um die Verwendung dieser einfachen und billigen Mittel um den größtmöglichen Horror zu verbreiten.

„*Old Madness - New Methods*“ scheint ein geeignetes Motto zu sein. Dazu sagte *Rühl*²¹⁸, dass der „*internationale Terrorismus*“, soweit er als physische Bedrohung feststellbar ist, bisher „als *militanter Infanterist*“ zu Fuß ins Gefecht zog. Treffende Beispiele dafür sind das in der U-Bahn von Tokio begangene Giftgasattentat der *Aum-Sekte*, die Bombenanschläge auf das World Trade Center (WTC), die amerikanischen Botschaften in Afrika sowie die fürchterlichen Flugzeugentführungen vom 11. September 2001. Eigentlich es gibt kein Kriterium hinsichtlich der finanziellen und technischen Aufwendungen um diesen Terror verbieten zu können. Zum Beispiel braucht man für die Herstellung der Bombe beim Anschlag auf das WTC maximal 400 US-Dollar, im Gegensatz dazu, belaufen sich die ergebnen Schaden auf 550 Mio. US-Dollar.

Ashley J. Tellis (1996): Strategic Exposure. Proliferation around the Mediterranean, Arroyo Center, Santa Monica, S. X, 20, 32. Künftig zitiert als: Lesser, Santa Monica 1996.

²¹⁷Die so genannten „*rogue states*“ wurden vom US State Department auf Drängen der überseeischen Partner im Herbst 2000 in „*states of concern*“ umdeklariert; vgl. *Rühl, Lothar*. Die strategische Lage zum Jahreswechsel, in: Österreichische Militärzeitschrift, 1/2001, Wien 2001, S. 5.

²¹⁸**Rühl, Lothar (2000):** Die große Illusion unter dem südlichen Krisenbogen. Internationaler Terror als strategisches Problem, S. 11.

Nicht nur zum Tod von Tausenden Passagieren und finanziellen Schäden, die sich auf vielen Milliarden beziffern, sondern auch zur neuen Bestimmung des Terrorismus haben die begangenen Flugzeugentführungen vom 11. September geführt, und diese Art von Terrorismus versteht sich als einen Krieg. Diese Ideologie wird als nihilistisch, und natürlich wegen solcher Anschläge auch als furchtbar bezeichnet, die eigentlich gegen die entwickelten Gesellschaften gerichtet ist und lautet wie folgt: „Eure Schwäche liegt in der Furcht vor dem Tod, unsere Macht besteht in der Masse unserer Selbstmordkandidaten.“ In Bezug auf die Terrorismusdoktrin sind weder das *Coercive-Diplomacy-Paradigma* noch das *War Paradigma* geeignet für die so genannte islamistische „grüne Bedrohung“.

2.1.5 Die Umweltverschmutzung

Das Mittelmeer ist von den europäischen, afrikanischen und asiatischen Kontinenten umgeben, dessen 60.000 Kilometer lange Küste in 22 politische Einheiten aufgeteilt ist. Eine ökologische Mittelmeerbilanz von Alfred Thorwarth aus dem Jahre 1992 wies eine nachhaltige Veränderung in dem Mittelmeer in den letzten dreißig Jahren im Vergleich zum den vorigen 3000 Jahren auf²¹⁹. Deshalb führte die von Hugo Grotius in seiner Dissertation *Mare Liberum* behandelte „Freiheit der Meere“ bezüglich des Mittelmeers zu keinem Ergebnis und blieb fruchtlos. Denn nach Elisabeth Mann Borgese darf „die Freiheit der Meere...[...]... nicht grenzenlos sein, damit zukünftige Generationen von ihrem Reichtum und ihrer Schönheit profitieren können.“ Die Einheiten von zehn Millionen Tonnen Abfälle pro Jahr haben das Mittelmeer in einen „gigantischen Gully“²²⁰ verändert. Darüber hinaus werden jährlich 30 Prozent der Welttonnage an Erdölfracht durch den Suez-Kanal oder von den nordafrikanischen Förderzentren nach Europa transportiert. In der Vergangenheit kosteten die bei solchen Transporten resultierenden Havarien fortwährend schwere Belastungen.

²¹⁹Thorwarth, Alfred (1992): Mittelmeer 2000. Die nächsten Jahre entscheiden, Hamburg.

²²⁰Mattes, Hanspeter (1996): Umwelt-, Migrations-, und Drogenprobleme im Mittelmeerraum, in: Internationale Politik, Nr. 2, Bonn, S. 3. Künftig zitiert als: Mattes, Bonn. 1996.

Eine Reihe von Tankerunglücke ereignete sich 1967 wegen der Havarie der *Torrey Canyon*, bei der 100.000 Tonnen Rohöl ins Meer ausgeliefert wurde, und diese Situation setzte sich sogar fort. Van Wie Davis sieht diesen Umweltkatastrophen ironischerweise als eine Werbung für die ständig angehäuften Verschmutzung an, da die Unglücke trotz der zerstörerischen Wirkung das beste „...advertisement for the chronic problems of pollution of the sea ...“ sind²²¹. Wegen der von den Städten, Industrieanlagen und Schiffen in das Mittelmeer jährlich ca. 635.000 abgeleiteten Tonnen ölverseuchter Ballaststoffe und fast ein Fünftel der weltweiten Gesamtmenge wird diese Tatsache laut *Green Peace*-Informationen obligatorisch und unausweichlich angesehen²²². Diese Menge stimmt mit dem Dreifachen von Inhalt der *Amoco Cadiz* überein, bei deren Havarie 230.000 Tonnen Rohöl ins Meer gelangten bzw. dem Zehnfachen der Menge des entwichenen Rohöls des Tankers *Prestige*. In Bezug auf den Rohöltransport ist es ganz klar, dass obwohl das Problem wahrgenommen wurde, könnte die Gefahr jedoch noch nicht vermieden werden, da die internationalen Gesetze und Vorschriften zur Sicherheit immerhin Schwarz auf Weiss bleiben. Im Bezug auf die Ballaststoffe geht es oft um die Treibstoffrückstände, das so genannte Bilgewater oder Sludge (Schlamm), das aus Kostengründen bei der Spülung der Tanker ins Meerwasser gepumpt wird²²³. Zwar konnten die Umweltbelastungen im Vergleich zu den siebziger Jahren quantitativ reduziert werden, doch die heutigen verursachten Umweltschäden, die jährlich gemäß der damaligen UNO-Umweltbehörde UNEP und der WHO aus 2 Mio. Tonnen Öl, 2 Mrd. Kubikmetern ungeklärter städtischer Abwässer, 320.000 Tonnen Phosphor, 1 Mio. Tonnen Stickstoff, 550 Mio. Tonnen Pestiziden sowie Zehntausender Tonnen Schwermetalle bestehen, sind eigentlich qualitativ dauerhaft, da sich das Wasser des Mittelmeeres nur alle 80 Jahre verändert.

²²¹ Van Wie Davis, Elizabeth (1998): *Perilous Sea? European Union Pollution Policies*, in: *Mediterranean Quarterly*, Volume 9, Number 2, Durham, S. 93. Künftig zitiert als: Van Wie Davis, Durham.1998.

²²² Preuss, Olaf (1998): *Die schwarze Pest ist überall*, in: *Green Peace, Mittelmeer in Seenot*, S. 25.

²²³ Brendel, Frank (2001): *Giftmüllentsorgung auf hoher See*, in: *Green Peace, Mittelmeer in Seenot*, 4/98; S. 42; www.frontpage.zdv.uni-mainz.de/Bretano/Archiv/Seminarfahrt%202000/Verschmutzung.htm, 18:32 Uhr.

Die Kostender Umweltverschmutzung im Jahr 1994 bezifferten sich auf 13 Milliarden US-Dollar. 75 Prozent der durch Industrie bedingten Umweltverschmutzung beziehen sich auf die europäischen Länder besonders wie Frankreich, Italien und Spanien. Darüber hinaus verursachen die gravierenden Erhöhungen der regionalen Urbanisierungsraten sowie der unkontrollierte Massentourismus weitere bedeutende Belastung der Umwelt. Die gegenwärtige Zahl von durchschnittlich 100 Millionen Touristen pro Jahr kann vermutlich bis zum Jahr 2025 auf 250 bis 400 Millionen Personen steigen. Meeresbiologen haben Angst davor, dass das Mittelmeer von diesen Menschenmassen unvernünftig erfüllt werden könnte. Wegen der schnell fortgeschrittenen Verstädterung, zwischen 1960 und 1992 stieg der urbane Anteil staatenabhängig zwischen 23 bis 64% an, und dies bedeutet nach *Hottinger* ein eindeutigen Beweis für den hermeneutischen Zirkel der Unterentwicklung „... in dem jeder einzelne Faktor alle anderen mit bedingt.“²²⁴

2.1.6. Kritiken an der Mobilitätspartnerschaft

Die EU stellte Tunesien die Mobilitätspartnerschaft zur Verfügung vorausgesetzt, dass sich Tunesien zu der Rücknahme von irregulären Migranten aus der EU, der gemeinsamen Grenzkontrolle mit FRONTEX²²⁵ und der Kontrolle der Migrationsströme verpflichtet. Darüber hinaus wurden Visaerleichterungen für bestimmte Personengruppen zwecks der Arbeit vereinbart, die auf die Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten angepasst sind²²⁶. Deshalb kann Man einfach sagen , dass sich die Mobilitätspartnerschaft keinesfalls auf eine gleichrangige Partnerschaft zwischen der EU und den

²²⁴ **Hottinger, Arnold (1998):** Arabische Leiden und Leidenschaften, in: NZZ Folio, Das Mittelmeer, Nr. 6, S. 42.

²²⁵ **FRONTEX** ist eine Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie koordiniert die operative Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, unterstützt diese bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten, erstellt Risikoanalysen und unterstützt Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, sofern diese zum Schutz der Grenzen Hilfe benötigen.

²²⁶ **Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement(2012):** EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement, S.1.

Drittländern beruht .Das wahre Ziel ist es , eine potentielle illegale Migration zwischen Staatsbürgern der Partnerstaaten besser zu Kontrollieren.

In der Tat beschäftigt sich die politische Konditionalität und vor allem der „more for more“-Ansatz kaum mit der Förderung und der Intensivierung der Beziehungen mit Ländern, die Fortschritte in ihrem Menschen- und Migrantenrechtsschutz erzielen, sondern mit denjenigen Länder, die an der Seite der EU erfolgreich gegen die illegale Migration kämpfen. Deshalb ist es ganz klar, dass Die EU offensichtlich nicht daran interessiert ist, die fundamentalen Menschenrechte und die Rechte von Migranten und Asylbewerbern zu verteidigen. Hinsichtlich der Migration lässt sich bei der ENP und auch bei der Mobilitätspartnerschaft keine wesentliche Änderung der EU-Politik bemerken²²⁷. Die meisten Angelegenheiten drehen sich nach wie vor um die Grenzkontrollen und die Bekämpfung illegaler Migration und natürlich auf Kosten den Menschenrechten und des Flüchtlingsschutz bei den beiden Partnern.

2.1.7 Die europäische und Finanz- und Schuldenkrise

Wie zu erwarten war, wurde die äußere Politik der EU durch die Finanz- und Schuldenkrise in der EU bzw. die wirtschaftlich-politische Schwäche der Union negativ beeinflusst. Dadurch verliere die EU im östlichen wie im südlichen Umfeld an Gestaltungskraft und strategischem Gewicht²²⁸.Aber wenn man einen Blick auf die EU-Politik gegenüber der südlichen Nachbarschaft wirft, findet man kaum einen echten klaren Zusammenhang zwischen der Krise in der EU und ihrer Nachbarschaftspolitik. Deshalb trotz der Finanz- und Schuldenkrise und durch die „**soft power**“ hält die EU noch an ihre normative Ausstrahlungskraft in der südlichen Nachbarschaft fest.

²²⁷**Susanne Kuch (2014):** Alte Ziele in neuem Gewand „Security Partnership“ versus „Mobility Partnership“, Passauer Jean Monnet Papiere, Universität Passau, S.09.

²²⁸**Bruce Stokes (2012),** The Foreign and Security Policy, Implications of the Eurozone Crisis. Testimony before the U.S. Senate Committee on Foreign Relations, Washington, D.C. 2011; Michael Emerson, Implications of the Eurozone Crisis for EU Foreign Policy: Costs and Opportunities, Brüssel: Centre for European Policy Studies, (CEPS Commentary); Justin Vaisse, „The Sick Man of Europe Is Europe“, in: Foreign Policy, 16.2.2012.

Gesicherte Fakten etwa in Form repräsentativer Umfragen in der Region, gibt es hierzu nicht.

In einem von europäischen Komitee erstellten Neighbourhood Barometer zeigte sich dass ,die Glaubwürdigkeit der EU sich in den südlichen Nachbarländern zwischen einer ersten Befragung im Frühjahr 2012 und einer zweiten im Herbst 2012 leicht positiv verändert. Im Herbst 2012 waren die Meinungen der fast 42 Prozent der Befragten (in allen Ländern der südlichen Nachbarschaft mit Ausnahme Syriens) über die europäische Auswärtige Politik befriedigend, und im Frühjahr 2012 wurden sie 40 Prozent. Zwar ist die heutige europäische Krise sehr schwierig, aber das bedeutet nicht, dass sie unbedingt für die mangelnde Gestaltungsfähigkeit der EU in den südlichen Nachbarländern verantwortlich sein soll. Die Tatsache dass , die europäische Union in Bezug auf den sogenannten „Arabischen Frühling“ trotz aller Rhetorik nur geringsten Einfluss erzielen konnte – was übrigens für Staaten wie die USA oder die Türkei ebenfalls gilt –, ist vor allem auf andere Gründe zurückzuführen. Obwohl die europäische Union den südlichen Nachbarländern hoch und heilig versprochen hat, eine kooperative Maßnahmen nach dem Wandel zu treffen , bleibt es doch besonders in Bezug auf die materiellen Standardangeboten der EU – monetäre Hilfe, Marktöffnung und Mobilität nur schwarz auf weiß. Die europäische Union hingegen wurde auch enttäuscht, denn der große erhoffte Aufbruch ist ausgeblieben, trotzdem könnte das alles manchmal übersehen werden .Dass die EU von der Finanz- und Schuldenkrise tief erschüttert wurde , bedeutet auch nicht, dass sie aufhören soll , ihre strategische Pläne fortzusetzen , sie stockte die eigenen Ressourcen sogar kurzfristig auf, und schrieb auch für den Zeitraum 2014–2020 die Mittel für die ENP auf höherem Niveau fest. Auf die europäische Ebene lassen sich trotzdem partiell entgegengesetzte Entwicklungen zu erkennen , und das zeigte sich ganz klar in den verstärkten protektionistische Tendenzen in einzelnen EU-Staaten als Folge von der europäischen Finanz- und Schuldenkrise. Trotzdem wurde die volle Verantwortung auf die kritische Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen

Situation in den südlichen Mitgliedstaaten abgewälzt. Aus diesem Grund gab es einige Appelle zum Beispiel der von Italiens ehemaligem Außenminister *Franco Frattini*, der einen Marshall-Plan für die Transitionsländer vorgeschlagen hatte – also ein Maßnahmenpaket, das tatsächlich die Ad-hoc Sonderprogramme und das ENPI-Budget (European Neighbourhood Policy Instrument) übertreffen soll²²⁹. Europäisch immer beeinflusst die Eurozonen-Krise den am stärksten betroffenen Staaten negativ zum Beispiel Spanien, die ihre Mittel für den bilateralen Austausch reduziert, die Präsenz in der Region verringert, sich auf traditionelle Partner konzentriert und die eigenen Interessen betont, wie den Schutz vor dem Terrorismus und der irregulärer Migration. Deshalb blieb die europäische behauptete Förderung von der Transformation und der Demokratisierung in den Ländern des Südens offensichtlich in der Schublade. Im Allgemeinen ist es sehr offenbar, dass die Finanz- und Schuldenkrise die europäische Politik sowie die Gestaltungsfähigkeit in den südlichen Nachbarländern irgendwie strapaziert²³⁰.

2.1.8 Die Auswirkung und Ergebnisse der europäischen Demokratieförderung

Ein wichtiges Problem bei der Ausführung der EU-Budgethilfe in Bezug auf die *Top-down-Strategie* über die tunesischen Regierung als hauptsächlicher Empfänger war, dass die Gelder nur an die regierungskonformen NGOs sowie die zivilgesellschaftlichen Organisationen gerichtet sind. Angeblich werden auf diese Weise die oppositionellen Parteien und die unabhängigen NGOs durch das so genannte autoritäre Regime für Jahrzehnte isoliert und überwacht. Für die europäische finanzielle Unterstützung wurden die unabhängigen NGOs zur Selbstzensur gezwungen, und wurden auch für den nachweislichen Budgetabfluss eigene Organisationen durch das Regime gegründet²³¹. Die

²²⁹ **EU Neighbourhood Info Center (2011)** : Union for the Mediterranean Assembly Calls for a ›Marshall Plan‹ for Transition *Countries*, Rom, 4.3.

²³⁰ **Muriel Asseburg (2013)** : Kein großer Wurf Eine vorläufige Bilanz europäischer Politik in Nordafrika seit Beginn der Transformationsprozesse, Naher/Mittlerer Osten und Afrika Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, S.11.

²³¹ **Anouk Zulauf (2014)** : Auswirkungen externer Demokratieförderung auf den

geplante politische Öffnung sowie die richtige Regierungsführung durch die funktionale Zusammenarbeit der EU mittels positiver sowie negativer *Konditionalitäten* in den Verträgen mit Tunesien zeigten während der zwanzigjährigen Kooperation undwachsenden EU-Geldströmen keine bedeutende Entwicklung²³², obwohl der größte Teil der Budgethilfe im Rahmen der Top-down-Strategie für die Reform der staatlichen Verwaltungsstruktur und des Wirtschaftssystems bestimmt wurde. Überdies wurden die Konditionalitätsklauseln mit Tunesien trotz den wiederholten Verstößen gegen international anerkannte Menschenrechts- (MR) sowie Demokratiegrundsätze kaum ausgeführt, und das bedeutet dass, alle politische Reformbemühungen schließlich auch fruchtlos bleiben. Die Liberalisierungsagenda hat Tunesien im Rahmen der EU-EDF wirtschaftlich keine konkrete Vorteile oder Nutzen geboten und auch der Transitions-Effekt hin zu einer politischen Öffnung kann nicht entsprechend nachgewiesen werden. Ein hochasymmetrisches Handelssystem wurde zwischen Tunesien und der EU durch die Liberalisierung und die Etablierung des Freihandels vereinbart, welches Tunesien durch neu eingerichtete Zollsenkungen und begrenzte Wettbewerbsfähigkeit, zum Beispiel durch fehlenden Zugang zum Landwirtschaftssektor, bis heute tatsächlich stört²³³. Die Ausführung der Sicherheitsagenda der EU durch die Anpassung der tunesischen Legislation 2004 an die ESS ermöglichte dem sogenannten „autoritären Regime“ unter dem Titel „Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung“, unfreundlich gegen die andere oppositionellen Gruppierungen vorzugehen²³⁴. Daraus ergaben sich ungünstige Konsequenzen beispielsweise Verhaftungen von Aktivisten als „Cyberterroristen“, Störung von Oppositionsparteien und ein ausgebauter

Demokratisierungsprozess in Tunesien, Eine vergleichende Analyse der Demokratieförderungskonzepte der Friedrich Ebert Stiftung und der EU, NADEL – Centre for Development and Cooperation, Zürich, S.12.

²³²In Bezug auf die politischen Freiheiten bleibt Tunesien nach der Revolution nur Partly Free und der Korruptionindex bleibt auch unverändert.

²³³**Peters, S. (2004)** : Explaining EU Hegemony towards the Mediterranean: Theory Deficits through the Negligence of „Natural Resources“, Paper presented to the 45th Annual ISA Convention, 17. – 20. März 2004, Montreal.

²³⁴**Collyer, M. (2008)** : Emigration, Immigration, and Transit in the Maghreb. Externalization of EU Policy? In Zoubir, Yahia H./Amirah-Fernández, Haizam (Hrsg.), *North Africa. Politics, region, and the limits of transformation*. London: Routledge, 159 – 178.

Sicherheitsapparat mit weitreichenden Sonderrechten. Das Lächerliche daran ist es, dass das tunesische Regime durch die EU als Stabilisator der Region bezeichnet und deren finanziellen Hilfszahlungen erhöht wurden.

2.1.9 Die Mittelmeerpolitik und die „more for more“-Annäherung

Die revolutionären Umbrüche in Tunesien und anderen Staaten der MENA-Region sowie die Einschätzung der Effektivität der Europäischen Nachbarschaftspolitik haben dazu geführt, die ENP noch einmal zu regulieren.

Dies zeigte sich ganz klar in einer gemeinsamen Mitteilung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Der neue Versuch beruht auf „eine gegenseitige Rechenschaftspflicht und eine gemeinsame Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtstaatlichkeit“²³⁵.

Im Vergleich zum alten Ansatz der ENP gibt es andere Voraussetzungen, die die Staaten erfüllen müssen, damit sie von der europäischen Union gefördert werden können. Hier spricht man von der „more for more“-Annäherung. Diese neue Annäherung besagt, dass Staaten, die bedeutende Fortschritte in ihren Reformen mehr Demokratie und Rechtstaatlichkeit bezeigen können, bekommen mehr Förderung von der EU. Die europäische Unterstützung ist eigentlich abwechslungsreich und wurde auf verschiedenen Ebenen fixiert, beispielsweise im Bereich des Institutionenaufbaus, auch im Bezug auf die erzielte Entwicklung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, bzw. der Zugang zum EU-Binnenmarkt und der Erleichterung der Mobilität. Die Fortschrittsberichte genauer gesagt die Reformbilanzen der Jahre 2010–2013 sind das wichtigste dabei und bestimmen sogar die Mittelzuweisung ab 2014 an die Staaten, um den „more for more“-Ansatz auch effektiv vorwärtsbringen können. Andre Wesentliche Hauptelemente im Bezug auf die Migrationspolitik der EU sind die Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft als Trägerin der Demokratie, eine Intensivierung der Zusammenarbeit im

²³⁵ **Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik (2011):** Gemeinsame Mitteilung KOM (2011) 303: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Brüssel, S.2.

(sicherheits-) politischen Bereich, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Mobilität. Darüber hinaus ist es auch wichtig neben der Bekämpfung der illegalen Migration die Kontrollierung der Grenzen, und der Aufbau von Kapazitäten und Rechtssicherheit im Asylbereich als Grundvoraussetzungen für eine weitere Mobilitätspartnerschaft²³⁶.

Trotzdem sind diese neuen Ideen dieselben alten Ziele aber das wichtigste dabei ist die Bekämpfung der illegalen Migration von Armutsfüchtlingen als sicherheitspolitische Prämisse. Das Ziel des neuen Ansatzes besteht darin, das Scheitern der EU in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen unter den alten Regimen durch finanzielle Unterstützung abzuschwächen und die heutigen Regierungen zum Abschluss von neuen bilateralen Abkommen zur Rückübernahme zu ermutigen. Außerdem dient der Institutionen auf und - ausbau im Bezug auf die Migration und das Asyl einer weiteren „Exterritorialisierung“. Dabei besteht aber auch die Möglichkeit, dass die Flüchtlinge in Zukunft in einem demokratischen und menschenrechtsfreundlichen Tunesien ihren Asylantragstellen können, was Europa vor solchen Flüchtlingen und unerwünschten Migrantinnen schützen kann.

2.2 Die sicherheitspolitischen Problemstellungen und Herausforderungen in der euromediterranen Partnerschaft

2.2.1 Externe Probleme für die EU

Die Hauptprobleme in der MENA Region sind einerseits auf politische und andererseits auf soziale Faktoren zurückzuführen. Dazu gehören ethnisch-religiöse Spannungen unter den einzelnen Staaten, beispielsweise zwischen der israelischen Besetzung und den arabischen Staaten. Da die radikalen Anhänger von den drei monotheistischen Weltreligionen in der Stadt Jerusalem den religiösen Führungsanspruch beanspruchen, sind dauernd Ausschreitungen sowie gewalttätige Aktionen fanatischer Extremisten

²³⁶ ebd. S.3-15.

vorgekommen . Aber nicht nur religiöse oder politische Gründe sind für die schwierige Situation im Mittelmeerraum verantwortlich. Die ganze Region leidet unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wegen der harten Bedingungen insbesondere in Nordafrika zur wachsenden Instabilität geführt hat. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen dem „Norden“ (Europa) und dem „Süden“ (den MENA-Staaten) ist zusätzlich ein anderer Faktor bei den sicherheitspolitischen Problemen. Überdies stellt das starke Bevölkerungswachstum und die kritische klimatische Situation in der Region vor allem der akute Wassermangel eine echte ökonomische Problematik dar. Darüber hinaus führt der mangelnde Niederschlag zu einer ausgedehnten Bodenerosion, die den Ackerbau de facto unmöglich macht. Dies bedeutet also einen folgenschweren Kreislauf, da wegen der Wasserknappheit die landwirtschaftliche Nutzung der Region äußerst sehr beschränkt wird. Als Folge davon flüchten zahlreiche Bevölkerungsgruppen vor allem die jüngere Generation in die Städte, wo sie sich bessere Lebensqualität und Beschäftigung erhoffen. So bleibt das Land un bebaut und verkarstet, während es gleichzeitig in den Städten zu Bevölkerungsexplosion, Nahrungsknappheit und politischen Spannungen kommt. Auch während weite Teile der Mittelmeerregion unter akuter Wasserknappheit zu leiden haben, werden andere Gebiete immer wieder von Hochwasserkatastrophen heimgesucht, wie beispielsweise Algerien und Ägypten im November 2001. Neben diesen Naturkatastrophen in Form von Dürre einerseits und Überschwemmungen andererseits erschüttern Erdbeben und geophysische Katastrophen wie Vulkanausbrüche die ganzen Regionen. So wurden im Mittelmeerraum während des letzten Jahrhunderts über 60 größere Erdbeben registriert.

Die regionale Wirtschaft kann sich aufgrund dieser Mischung aus ethnisch - religiösem Extremismus, Wasser- und Nahrungsknappheit sowie Bevölkerungswachstum nicht mehr ausreichend entwickeln. Die Population wächst um etwa sieben Prozent pro Jahr, und Experten rechnen im Jahr 2025 mit einer Bevölkerung von über 350 Millionen Einwohnern im Mittelmeerraum. Dabei werden um die 30 Prozent der Bevölkerung jünger als

15 Jahre alt sein, was in der Folge verheerende Auswirkung auf den Arbeitsmarkt haben wird. Die Konsequenzen für Europa sind logisch und weiterreichend zum Beispiel starke Migrationschübe in die Staaten der EU sowie die damit verbundenen Probleme, Bzw. ethnische und kulturelle Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den einzelnen europäischen Ländern. Diese Spannungen führen dann auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Übergriffen. Daraus ergibt sich folgende Asymmetrie des mediterranen Raumes: Während der wachsende Bevölkerungsstrom nach Europa von den EU Staaten als „Sicherheitsdilemma für die EU“ bezeichnet wird, gilt für die Staaten Nordafrikas und des Arabischen Raumes hingegen das „Überlebensdilemma Mittelmeerraum“. Indem die Mittelmeerregion für die EU eine externe sicherheitspolitische Herausforderung darstellt, betrachten die MENA-Staaten dies als interne Problemstellung. Dies wird sich allerdings ändern, sobald Zypern und Malta EU-Mitglieder werden und die Beitrittsgespräche mit der Türkei gute und optimale Resultate erzielen. Damit ergibt sich aus der externen Themenstellung ein interner Tagesordnungspunkt für die EU (Der Aspekt der EU-Erweiterung innerhalb dieser Region wird unten noch näher ausgeführt.). In diesem Sinne ist es auch für die EU von großer Bedeutung, neben den sicherheitspolitischen Aspekten auch jene „soft security“ sowie die Dialogbereitschaft zu verstärken, um mehr Stabilität in der Region zu schaffen und das gegenseitige Misstrauen zwischen den nördlichen (EU-Mitglieder) und den südlichen (MENA-Staaten) Mittelmeeranrainern abzubauen. (Dies trifft insbesondere auf die sozialkulturelle Partnerschaft zu.) Eines der größten Hindernisse bei der Umsetzung des BP ist der Nahostkonflikt. Die EU befindet sich hier in einer Zwickmühle, da einerseits die derzeitigen Verhandlungen und Initiativen für einen eigenen, lebensfähigen, demokratischen und unabhängigen Staat der Palästinenser zur Beendigung der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete führen sollen. Auf der anderen Seite soll auch der israelischen Bevölkerung das Recht auf ein Leben in Frieden und Sicherheit innerhalb von international anerkannten Grenzen

zugesichert werden. Seit den Ereignissen vom 11. September 2001 und dem daraus resultierenden Kampf gegen den Terrorismus haben sich die Schwierigkeiten auf beiden Seiten gravierend zugespitzt. Dies hatte zwei Auswirkungen – primär für die Region, aber auch für die EU: Erstens scheinen die USA nunmehr wieder stärker an einer Beilegung des Konfliktes interessiert zu sein, wenn auch vorwiegend als strategischer Partner der israelischen Besetzung und nicht als neutraler Akteur. Zweitens fühlt Europa sich stärker als zuvor, sich mit diesem Art von den internationalen Beziehungen immer mehr fähig auseinander zu setzen. Genau hier wird die schwierige Positionierung Europas ersichtlich: Aufgrund der Tatsache, dass die EU der größte „Geber“ in der Region ist, sind die Entwicklungsprojekte der EU unerlässlich, um eine – wenn auch nur schwach – funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Hier stellt sich das erste Problem, dass nämlich die EU die humanitären Verpflichtungen der Besatzungsmacht für diese übernimmt. Auf der anderen Seite, wird die EU seitens der israelischen Führung beschuldigt, mit ihrer Unterstützung den angeblichen Terrorismus im Land indirekt zu fördern. Dies trifft bedauerlicherweise teilweise auch zu, da es oftmals zum Missbrauch von EU-Förderungen zu Gunsten terroristischer Organisationen im Westjordanland kommt. Ein völliges Einfrieren der Hilfszahlungen würde jedoch eine humanitäre Katastrophe für die gesamte Region nach sich ziehen. Ziel der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung ist es, auf der einen Seite die Palästinensische Bevölkerung so weit zu motivieren, damit der Friedenprozess durch die Schaffung von besseren Lebensumständen fortgesetzt werden könnte. Gleichzeitig soll die israelische Besetzung begreifen, dass ein stabiler und erfolgreicher Staat Palästina auch in dem nationalen israelischen Interesse liegen soll. Auf der anderen Seite hat die zweite Intifada die Spirale der Gewalt, der Armut und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs weiter gedreht und sogar die Lage für die Palästinenser verschlechtert. Die israelische Antwort darauf hat gar nicht der eigenen Wirtschaft geholfen, sondern in der gesamten Region nachhaltigen Schaden verursacht. Deshalb bleibt der Europäischen Union lediglich das

politische Werkzeug der „soft politics“, das heißt die humanitäre Hilfe und die Friedensappelle, um Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten zu implementieren. Als problematisch erweist sich dabei die Tatsache, dass die Golfregion das einzige Gebiet ist, in welchem die EU-Kommission keine diplomatische Delegation besitzt. Insofern dient der BP nicht unbedingt als politisches Druckmittel. Zwar stellt der Nahostkonflikt eine der Hauptherausforderungen für den BP dar, soll aber nicht die anderen Anstrengungen des BP blockieren. Es gilt den gesamten Mittelmeerraum zu stärken und als sicheren Partner aufzubauen. So ist der BP neben der UNO auch die einzige sicherheitspolitische Plattform, auf welcher sich beide Seiten die israelische Besetzung und Palästina – als gleichberechtigte Partner am Verhandlungstisch gegenüber sitzen. Auch das Fehlen einer kohärenten umfassenden Politik im arabischen Raum selbst, wo einzelne Arabische Staaten heterogene Positionen vertreten, ist als Hindernis anzusehen.

2.2.2 Interne Probleme für die Mittelmeerpolitik der EU

Ein weiteres Problem innerhalb des Mittelmeerraumes besteht in den Unstimmigkeiten unter den EU-Mitgliedsstaaten wegen divergierender Präferenzen:

- Stärkeres Interesse am Mittelmeerraum besteht vor allem in jenen EU-Staaten, die der Region geografisch am nächsten gelegen sind, etwa in Spanien oder Griechenland. Der bilaterale Streit zwischen Marokko und Spanien um einen größeren Fels im Mittelmeer, die so genannte Petersilieninsel (Perejil oder Leila), im Jahre 2002 hat relativ deutlich gezeigt, mit welchen geografischen und historischen Problemen die Mittelmeer-Partnerschaft immer noch konfrontiert ist. Dazu kommen:

- unterschiedliche Handlungskriterien (z.B. Demokratisierung/Menschenrechte, Öl, Gas, Handelsbeziehungen)
- spezielle historische Verbindungen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und mediterranen Staaten (z.B. Frankreich und Algerien) und
- Konflikte zwischen EU-Mitgliedsstaaten und mediterranen Staaten (z.B. Griechenland und Türkei)

in der Frage um den EU-Beitritt Zyperns). Der BP steht drei zentralen politikbestimmenden Aspekten im Mittelmeerraum gegenüber:

- Erstens herrscht ein unterschiedliches sicherheitspolitisches Denken in Europa und den MENA-Staaten. Europa verfolgt eine multilaterale Strategie im Rahmen von sicherheitspolitischen Organisationen wie der OSZE, der NATO oder der ESVP, während die MENA-Staaten unilaterale Ansätze mehr Gewicht beimessen, um so bestmögliche Positionen für ihre eigenen Interessen erzielen zu können.
- Zweitens bestehen Unstimmigkeiten und Konflikte unter den südlichen Staaten der EMP. Das militärische Ungleichgewicht zwischen der israelischen Besetzung und den anderen arabischen Staaten ist nur eines der Beispiele, welche die Differenzen unter den eigentlichen Partnern so drastisch aufzeigen.
- Drittens bestehen divergierende Interessen innerhalb der EU. Obwohl der Mittelmeerraum eine sicherheitspolitische Herausforderung für die gesamte Union darstellt, verfolgen die nördlichen Mitglieder weitgehend andere Interessen als die südlichen Mitgliedsstaaten. Dies ist ein weiterer Grund, warum der BP bisher nur schleppend vorangetrieben werden konnte.

2.2.3 Europäische Krisen bzw. Konfliktmanagement

Die Behauptungen, von den die europäischen Dokumenten immer wieder ausgehen, dass die europäische Politik gegenüber der Region einheitlich ist, sind wahrscheinlich nicht wahr und beruhen nur auf Annahmen, denn die vielmals überarbeitete ENP sowie die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik verfügen in der Tat über keine Mittel oder Instrumente, um sie effektiv die entstandenen Krisen und Konflikten in dieser Region effektiv auslösen zu können. Im Bezug auf die Proteste war die EU offensichtlich unfähig, richtig und rasch zu handeln insbesondere die Proteste, die zu bewaffneten Konflikten geführt haben. Die europäische Wirkung war dabei von geringem Ausmaß. Europa war eigentlich nicht in der Lage, richtig zu

Konfliktprävention oder –Management beizutragen²³⁷. Diese europäische Abwesenheit ist nicht auf kriegerische Müdigkeit zurückzuführen sondern, weil die europäische Union keine einstimmige europäische Übereinstimmung bezüglich militärischer Intervention auf Seite der Protestbewegungen in Libyen und Syrien erzielen konnte oder in Bezug auf ihre Unterstützung mit militärischer Ausrüstung. Überdies war die EU in der gleichen Zeit unvorsichtig, die unerwarteten *Spill-over-Effekte* der Gewalt in Libyen einzuschränken – erst nach der französischen Militärintervention in Mali im Frühjahr 2013 trieben sie die Vorbereitungen für eine EU-Mission dort ernsthaft voran. Der Ernst der Lage besteht darin, dass es nicht nur um traurige Einzelfälle geht, sondern weil diese gewaltige Konflikte – zusätzlich zu den sog. „protracted conflicts“ in der Westsahara und in Palästina – ernste ungünstige Konsequenzen für die Stabilität, die Sicherheit und die Transformation in der Region haben können, und auf diese Weise und ohne richtige, wirksame Außen- und Sicherheitspolitik würde die EU vermutlich nicht bereit sein, ihre erhoffte führende Rolle bei der Transformation in der Region zu spielen und ihre eigene geopolitische Interessen zu verfolgen. Im Allgemeinen kann man sagen, dass obwohl die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Vielzahl an Einzelprojekten von Transformationsstaaten (insbesondere in Tunesien) durchgeführt und die Grundlage für die Intensivierung der Beziehungen in verschiedenen Bereichen (Handel, Mobilität) gelegt haben, ist es ihnen aber nicht gelungen, die erste Phase der Transformationsprozesse zu überwachen und richtig zu lenken. Nicht nur die europäische Krise und der Europäischer Auswärtiger Dienst (noch nicht entwickelt wurde) waren daran schuldig, sondern auch die Europäer, die sich an der Fortschreibung ihrer alten Ansätze und Formate noch festhalten. Die europäische Unterstützung

²³⁷ **Muriel Asseburg** (2013): Kein großer Wurf, Eine vorläufige Bilanz europäischer Politik in Nordafrika seit Beginn der Transformationsprozesse, Arbeitspapier Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika, Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.09.

wurde auch überall in der Region unfreundlich begegnet, und auch die Partner zeigten keine Freude oder keinen Willen, solche Förderung zu akzeptieren²³⁸.

2.2.4 Deutsch- französische Interessenkollision

Seit langem haben Frankreich und Deutschland ein großes Interesse an den Mittelmeerdrütländern gehabt, deshalb sollen sie die Zusammenarbeit sowie alle Beziehungen zu diesen Ländern und Gesellschaften im südlichen und östlichen Mittelmeerraum ununterbrochen erneut anzupassen. Obwohl diese beiden europäischen Länder in der Vergangenheit in unterschiedlichem Maße an verschiedenen europäischen Initiativen teilgenommen haben (EMP, ENP, UfM), besitzen langfristig jedoch dieselben Ziele: Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum, wirtschaftliche Perspektiven, gemeinsamer Wohlstand, menschliche Entwicklung und die Förderung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die Tatsache, dass die Beziehungen zu diesen Ländern auf eine sehr lange Geschichte basieren und dass in Deutschland eine große türkische (und in geringerem Maße auch arabische) sowie in Frankreich eine große maghrebische Bevölkerungsgruppe lebt, macht es sehr notwendig, den beträchtlichen wirtschaftlichen Unterschiede zu vermindern. Dieser wirtschaftliche und politische Abstand trennt den Norden vom Süden dieser Region und man kann wohl sagen, es gibt keine andere Weltregion, die von so starken ökonomischen Disparitäten geprägt ist. Dies zeigt sich vor allem im Bruttoinlandsprodukt (BIP), das am nördlichen einem Verhältnis von 1:10, mit durchschnittlich 30.000 Dollar pro Person und Jahr und nur 3.000 Dollar am südlichen Ufer entspricht. Überdies müssen laut Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wegen des zunehmenden demografischen Wachstums auf der südlichen Seite des Mittelmeers bis 2020 ungefähr 40 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Arbeitslosigkeit sich entschärft. Hinsichtlich die Investitionen, investiert die Vereinigten Staaten 20 Prozent ihrer direkten Auslandsinvestitionen in Mexiko und Südamerika, die japanischen Investitionen in seinem eigenem Süden belaufen sich auch auf 25 Prozent (China, Thailand,

²³⁸ ebd. S.10.

Indonesien, Malaysia) –aber weniger als zwei Prozent der europäischen Invitationen sind in den südlichen Mittelmeerraum. Dank der letzten Umbrüche sowie Aufstände in den südlichen Mittelmeerländern hat sich dieses schlechte Verhältnis sehr verstärkt, sodass die neulich stattgefundenen Projekte und Instrumente, von denen sie getragen sind, wie die ENP oder die UfM, auf das Äußerste nicht mehr genügen. Tatsächlich haben sich weniger die Bedürfnisse geändert, als dass die Antworten, die gegenwärtig gegeben werden, ineffizient geworden sind. Frankreich und Deutschland halten es für notwendig, diese gegenwärtigen Hindernisse zu überwinden, um im Mittelmeerraum einen Bereich des Friedens und des Wohlstands zu schaffen. Doch um über die Brüsseler Rhetorik zu diesem Thema hinauszugehen und diese idealen Projekte umzusetzen, müssen einige Voraussetzungen erfüllt werden. Gleichzeitig sollen auch die Projekte durch den politischen Willen gekennzeichnet und auf der Ebene der Gesellschaften diesseits und jenseits des Mittelmeers besprochen werden, was weder im Rahmen des ehemaligen Barcelona-Prozesses noch im Rahmen der UfM stattgefunden hat. Trotz der Unstimmigkeit zwischen Frankreich und Deutschland in Bezug auf das ursprüngliche Projekt einer »Mittelmeerunion« von Sarkozy im Jahr 2007, wurde ein Jahr später in Form von »Barcelona-Prozesses: Union für das Mittelmeer« ein Kompromiss vereinbart worden, der bis heute Gültigkeit hat .

Dieser Kompromiss soll sich um ein »Mittelmeer der Projekte «drehen, in dem sensible Politikthemen (wie etwa Migration, Mobilität, Zugang zu den europäischen Märkten, Menschenrechte, politischer Islam, Sicherheit) und weitere zusätzliche Angelegenheit wie zum Beispiel erneuerbare Energien, Bildung, Katastrophenschutz ,etc. auf den Tisch gebracht werden . Die Teilnahme Frankreichs und Deutschlands in diesem »Mittelmeer der Projekte« schien eigentlich durchgängig seit 2008 , unecht und unsichtbar zu sein .Die Herausforderung auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene ist angesichts der laut des Index der menschlichen Entwicklung (HDI)²³⁹weit auseinanderklaffenden

²³⁹Der letzte Bericht über die menschliche Entwicklung erschien im März 2013 und stützt seine Analysen auf den Human Development Index (HDI; *Index für menschliche Entwicklung*) der Vereinten

Entwicklungsniveaus riesig. Eine Forschung behauptet sogar , dass die meisten EU-Mitgliedstaaten sowie die israelische Besetzung in Palästina zu den am höchsten entwickelten Ländern der Welt gehören . Im Gegensatz dazu ist der Zugang zu Bildung oder einfach nur zu Trinkwasser für manche in einigen Ländern des Südens nach wie vor schwierig. Zwecks der Beseitigung dieser erheblichen Unterschiede , gewährt die EU eine substanzielle Entwicklungshilfe, die sowohl ihre gemeinschaftliche Politik (insbesondere über die ENP) als auch die bilateralen Beziehungen von EU-Mitgliedstaaten zu ihren südlichen Nachbarn umfasst , trotzdem blieben dabei einige Fragen wie die politische Führung in den betreffenden Staaten außer Betracht . Die Umsetzung der Konditionalität der ENP schien tatsächlich auch kompliziert anzuwenden , und das im Jahr 2011 eingeführte Prinzip des *more for more* ist nach wie vor politisch umstritten – einmal ganz abgesehen davon, dass seine Wirksamkeit fragwürdig ist. Die angeblich zugewiesene traditionelle Arbeitsteilung innerhalb der EU soll auch von Frankreich und Deutschland stark bekämpft werden ²⁴⁰, in der Weiße , dass Deutschland die wirtschaftlichen Fragen und die Lenkung der ENP im Osten überlassen werden, während Frankreich für politische Fragen und die Festlegung einer europäischen Politik gegenüber der südlichen Nachbarschaft zuständig sei. Diese implizit unterstellte Arbeitsteilung erwies sich nach 2011 als weniger zweckdienlich denn je.

An der Stabilität und der Sicherheit im Mittelmeerraum sind Berlin und Paris sehr interessant, denn dieses ermöglicht den deutschen und französischen Unternehmerwieder in den Ländern des Südens zu investieren und die Entwicklung in dieser Region zu fördern. Man hält es für wichtig , dass diese beiden Länder nördlich des Mittelmeers einen Druck auf ihre politischen

Nationen. Dabei handelt es sich um einen Wohlstandsindikator für Länder des UNDP. <<http://www.undp.org/content/undp/fr/home/librarypage/hdr/human-developmentreport-2013/>> (abgerufen am 14.01.2014).

²⁴⁰Die positive Konditionalität sieht vor, dass die EU diejenigen Länder finanziell und wirtschaftlich stärker unterstützt, die bereit sind, politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen, um so zwischen den Nachbarländern einen Wettbewerb in Bezug auf den Zugang zu europäischen Geldern in Gang zu bringen.

Gesprächspartner spielen müssen und von ihnen fordern, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der ausländische Investoren vor der Korruption schützt. Einige Berufsbildungsprogramme (zum Beispiel das deutsche duale System der Berufsbildung) wurden geschaffen mit dem Ziel, die Berufsausbildung besser an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und die Nachfrage der Unternehmen anzupassen und diese Region somit für europäische Unternehmensführungen attraktiver zu machen. Heutzutage interessieren sich die europäischen Investoren auch für bestimmte Sektoren, in denen vor allem niedrige Löhne geboten werden (u.a. in der Textilindustrie). Aber wenn sich die Löhne entsprechend den Forderungen der Arbeiter und Gewerkschaften erhöhen würden, könnten sich die Investoren für andere Zielländer entscheiden. Im Allgemeinen sollten sich die Beziehungen nicht nur auf den Wirtschafts- und Sicherheitsbereich konzentrieren. Deshalb haben Frankreich und Deutschland ein Interesse am politischen und gesellschaftlichen Erfolg der politischen Transformationsprozesse²⁴¹ bezeugt, die bis heute im Gange sind.

Da eine neue Verfassung in einigen Ländern geschrieben wird, beobachtet die französische und deutsche politische Verantwortlichen genau den Verlauf der geleisteten Arbeit der damit beauftragten Parlamente. Dabei kritisiert der Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Mai 2013 einen Paragraphen im tunesischen Verfassungsentwurf, in dem die Beziehungen Tunesiens zu der israelischen Besetzung bestimmt werden. Der Änderungsantrag, der eigentlich auf die Wünsche der islamistischen Ennahda-Abgeordneten zurückzuführen ist, verbietet und kriminalisiert irgendeine mögliche Normalisierung der Beziehungen zu der israelischen Besetzung und sieht den Zionismus als rassistische Bewegung an. Trotzdem wurde unter dem Druck der nicht-islamistischen Abgeordneten sowie der Opposition auf diesen Änderungsantrag verzichtet. In dieser Ansicht hoffte die deutsche Regierung, dass sich die Beziehungen zwischen den arabischen Ländern im Mittelmeerraum und der israelischen Besetzung verbessern. In der Tat aber

²⁴¹ Ausführlicheres zu den deutschen Reaktionen auf die arabischen Aufstände in: Isabel Schäfer, *Entre idéaux et intérêts: les nouvelles perspectives françaises et allemandes sur le Maghreb*. Visions franco-allemandes, Ifri, Nr. 22, Februar 2012.

haben sich die Konflikte im Bezug auf den wachsenden politischen Einfluss islamistischer Akteure sehr verstärkt. Eine führende Rolle spielte auch die deutsche sowie die europäische Diplomatie als Mediator zwischen den Muslimbrüdern und der ägyptischen Armee in Ägypten besonders während des Absetzens des Präsidenten Mursi (Juli 2013), das zeigt sich zum Beispiel in der Reise von dem deutschen Außenminister Guido Westerwelle (FDP) nach Kairo, obwohl alle Bemühungen erfolglos blieben. Die deutsche Bundeskanzlerin aber hat einige geeignete Maßnahmen getroffen, beispielsweise die Unterbrechung der deutschen Waffenlieferungen an Ägypten. Wegen des Verstoßes der Armee in Ägypten im August 2013 sieht sich Deutschland gezwungen, einen Teil seiner Finanzhilfe für Ägypten auf Eis zu legen. Hinsichtlich der Mitteln und der Methoden waren Frankreich und Deutschland beide– ohne explizit von einem Staatsstreich zu sprechen – gegen eine Machtübernahme durch die Armee und auch gegen die Methoden, die bei dem Absetzen des Präsidenten Mursi verwendet wurden. Zwar haben diese europäischen Länder über viele Angelegenheiten Einstimmigkeit erzielt, aber auch andere Punkte sind dazwischen sehr strittig, denn bei einer ganzen Reihe von Themen ist es ganz klar, dass Berlin und Paris unterschiedliche Ansichten und Vorstellungen haben und konkurrieren oder zweigleisig fahren , und dies zeigt sich ganz klar beim Umgang mit dem libyschen Übergangsprozess, der Zukunft der UfM, den Zielen und Auswirkungen der ENP, den ökonomischen und energiepolitischen Interessen, dem Konflikt in Mali, dem Syrien-Konflikt, den Beziehungen zu den Islamisten oder dem Umgang mit den Migrationsbewegungen (Infragestellung des Schengen-Systems im Jahr 2011). Die andere Angelegenheit, die die Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich immer noch und stark verschärft, ist die Militärinterventionen. Berlin hat eigentlich klargemacht, dass die Militärintervention in Libyen und Intervention in Mali oder Syrien eine falsche und unbedachte Handlung gewesen war. Auch der Syrien-Konflikt hat einmal mehr die uneinheitlichen Standpunkte von Paris und Berlin hinsichtlich der militärischen Antworten auf Krisen deutlich gemacht. Man kann fast sagen, dass der deutsche Standpunkt

im Bezug auf die militärische Intervention zurückhaltend war, zum Beispiel bereits im März 2011, als Deutschland seine Partner im UN-Sicherheitsrat mit einer Stimmenthaltung über eine Intervention in Libyen verwunderte. Zwar sieht Angela Merkel die immer noch verschlimmerten Ereignisse in der Syrien-Frage als »Verbrechen gegen die Zivilisation« an, trotzdem war gleichzeitig jede potentielle Beteiligung an einer militärischen Operation undenkbar. Aber jetzt und mit der Unterzeichnung der Erklärung Barack Obamas anlässlich des G20-Gipfels vom 6. September 2013 durch die deutsche Bundeskanzlerin, wird es nicht mehr zulässig, keine Kritik über die militärische Intervention in Syrien auszuüben. Die deutsche Gesellschaft ist hingegen in ihrer großen Mehrheit gegen eine militärische Intervention. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Entscheidung für eine militärische Operation in Syrien im Vorfeld der Bundestagswahlen in Deutschland am 22. September 2013 anstand. Da eine einheitliche Zustimmung aus Berlin und anderen EU-Mitgliedstaaten sehr schwierig zu erlangen ist, wollte Paris sicherstellen, dass kein EU-Land eine scharfe Kritik über irgendeine Offensive in Syrien aussprechen würde. Im Bezug auf die Sicherheit erscheint Europa einmal mehr unfähig zu sein, eine einheitliche Stimme zu vertreten, trotzdem ruft Frankreich permanent zum Schaffung einer europäischen Verteidigung auf und betont gleichzeitig aber die freie Entscheidung jedes Mitgliedstaates. Es könnte eine neue Epoche gemacht werden »Europe puissance«, wenn die Mitgliedstaaten vor allem die wichtigsten von ihnen vereinbaren, ihre Truppen zu vereinigen, obwohl es wäre utopisch diesen gewagten und unsicheren Schritt zu tun, denn in der Tat kein europäisches Land verfügt über die Mittel, um politisch und finanziell eine unvorstellbare Verteidigungspolitik auf internationaler Ebene einzuschlagen.

2.2.5 Externe Demokratieförderung zwischen Theorie und Praxis

Die Problematik der externen Demokratieförderung (EDF²⁴²) ist seit dem Ende des Kalten Krieges in den 80er Jahren eine weltliche Angelegenheit immer mehr geworden. Vor allem der Sturz der irakischen Präsident Saddam Husseins

²⁴² EDF ist eine Abkürzung und bedeutet die externe Demokratieförderung.

und die Terroranschläge des 11. Septembers 2001 führten dazu, dass neben der Demokratisierung der ehemals kommunistischen Staaten nach dem Zusammenbruch der UdSSR auch diejenige Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens im Mittelpunkt der US-amerikanischen und europäischen Außenpolitik stehen sollen²⁴³. Nach dem jungen Forschungsfelds der EDF und seiner starken Interdisziplinarität gibt es bis jetzt keine einheitliche Begriffsdefinition, trotzdem wurde sie definiert als: *„Democracy promotion consists of all overt and voluntary activities adopted, supported, and (directly or indirectly) implemented by (public or private) foreign actors explicitly designed to contribute to the political liberalization of autocratic regimes in specific recipient countries.“* EDF betrifft im Allgemeinen ein gegenseitiges Spannungsfeld von sechs wichtigen Einflussfaktoren, die in den folgenden analytischen Strukturraster diskutiert werden. Die Frage *„Wer unterstützt wen, wann, warum und wie?“* könnte den unterschiedlichen Demokratisierungsmassnahmen eine bestimmte Gestalt verleihen. Der Transformationsprozess beschränkt sich nicht auf die internen Evolutionen des Landes, sondern ist auch von seinem politisch-historischen Umfeld und den internationalen Rahmenbedingungen abhängig. Im Grunde lassen sich drei Arten von Akteuren im Bereich der EDF erkennen: Multilaterale/internationale Organisationen (IOs) (bspw. EU), Nationalstaaten und Nichtregierungsorganisationen (NROs) (bspw. Deutsche Parteistiftungen). Die Ziele der EDF schwanken zwischen den altruistisch-normative und die wirtschaftlichen sicherheitspolitischen Interessen. Aber in der Tat ist es sehr schwer die wahren Ziele der Förderungsmaßnahmen herauszufinden, aus dem einfachen Grund, dass die Akteure *„hidden agendas“* verbergen. Deutliche Zielkonflikte zwischen den jeweiligen Motiven entpuppten sich bei der Umsetzung der EDF, was die Glaubwürdigkeit der externen Akteure bei lokalen Eliten und Bevölkerungen tief erschüttert hat. Die Suche nach richtige Strategien und Instrumente wird einerseits vom Demokratieverständnis der externen Akteure und andererseits von der geographischen Nähe des

²⁴³Vgl. Schmitter/Brouwer 1999: 5; Faath 2005: 1ff.; Kneuer 2009: 9f..

Ziellandes, den wirtschaftlichen Beziehungen sowie sicherheitspolitischen Interessen beeinflusst. Im Prinzip reichen die Instrumente in den Handlungssphären Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft von weichen, bedingungsfreien Positivmaßnahmen (positive Sanktionen) über Konditionalitäten (positive und negative Sanktionen) bis hin zu hartem, militärischen Zwang (negative Sanktionen). Die Instrumente der EDF zeigen sich in verschiedenen Strategien auf der Mikro-, Meso- und Makroebene. Zum Beispiel beruht die Top-Down-Strategie hauptsächlich auf die Förderung staatlicher Institutionen und Verfahren auf der Makro- und Meso-Ebene (Wahlen, Verfassungsgebung, Rechtsstaat, Gerichtsbarkeit, Parlament, Parteien, Dezentralisierung, lokale Regierung) und ist dementsprechend stark von der Offenheit und Kooperationsbereitschaft des Regimes abhängig. Die Bottom-Up-Strategien hingegen betonen die Demokratieförderung von unten, vor allem durch die Unterstützung der basisdemokratischen Zielgruppen und der Zivilgesellschaft in den Bereichen Menschen- und Bürgerrechte sowie der demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien (NROs, Interessensgruppen, Gewerkschaften, etc.). Grundlegend setzte die EDF die Existenz förderungswürdiger *Adressaten* im Zielland und deren Akzeptanz gegenüber demokratiefördernden Maßnahmen von Außen voraus. Immer im Bereich der EDF haben sich über die Jahre verschiedene allgemein anerkannte „Good and Bad Practice“ herauskristallisiert. Drei Themenbereiche sollen hier kurz umrissen werden. Weniger explizite Strategien der EDF wie die funktionale Kooperation haben gemäß einschlägiger Meinung und Expertise eher stabilisierende als demokratiefördernde Einflüsse auf autoritäre Regime. Dies, indem sie die Output-Legitimität in den Kooperationsstaaten dadurch erhöhen, dass sie die politische Performance der herrschenden Eliten verbessern und das Regime somit nachhaltig stabilisieren. Mittels direkter Strategien wie beispielsweise Positivmaßnahmen, die unmittelbar auf die Stärkung der Zivilgesellschaft abzielen, kann jedoch die Input-Legitimität einer Regierung durch die Bevölkerung gefordert werden. Speziell umstritten ist die EDF in Form einseitig konzipierter Exportoffensiven ganzer westlicher

Demokratiemodelle im Sinne eines „*one model fits all*“-Gedankenguts .Nach einschlägiger Meinung müssen Initiativen zu politischen Reformen primär von Innen kommen um nachhaltig und tragfähig zu sein und können sich nur bei einer positiven Grundeinstellung des lokalen Ordnungssystems gegenüber externer Unterstützung gegebenenfalls weiterentwickeln. Eine bewährte Alternative zum Exportmodell ist der Dialog, welcher die Gleichwertigkeit der Partner sowie die Bereitschaft des gegenseitigen Lernens voraussetzt .Da es sich bei der Entwicklung von Demokratie sowohl um einen riskanten als auch äußerst langwierigen und komplexen Prozess handelt, ist eine langfristige Unterstützung von Transitionsprozessen durch externe Akteure für eine nachhaltige Entwicklung unabdingbar. Dabei ist es wichtig, sich an einem langfristigen, partnerschaftlichen Respekt als an zu hohen Erwartungen und kurzfristigen Ergebnissen auszurichten.

Die Friedrich Ebert Stiftung (FES) steht der deutschen Sozialdemokratischen Partei (SPD) nahe und ist seit 1988 mit einem lokalen Büro in Tunesien vertreten. Seit 26 Jahren organisiert sie in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern Konferenzen, Diskussionsrunden, Ausbildungsseminare und wissenschaftliche Studien. Obwohl das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in der Vergangenheit mit Globalzuschüssen 90% der Stiftungstätigkeiten in Tunesien finanzierte, hat auch das Auswärtige Amt (AA) anlässlich des arabischen Frühlings seine Unterstützung mittels projektgebundenen Zuwendungen massiv erhöht.

Gemäß BMZ ist die zentrale entwicklungspolitische Aufgabe der deutschen Stiftungen die „...*nachhaltige Förderung bzw. der Aufbau von Demokratie und Zivilgesellschaft*“. Die FES engagiert sich mit Hilfe der positiven *Demokratieförderungsinstrumente* politische Bildung, Politikberatung und Dialogförderung in drei unterschiedlichen *Förderungsbereichen*.

-Aufbau und Stärkung demokratischer Strukturen: Hier stand die FES der politischen Kommission sowie der unabhängigen Wahlkommission (ISIE) bei der Vorbereitung und Durchführung der ersten freien Wahlen 2011 unterstützend zur Seite. Zudem wurde die politische Kommission bei der

Ausarbeitung der neuen Verfassung mitunter in Fragen zu Wahl- und Parteiengesetzen, zu Verhältnis von Staat und Religion, zu Geschlechtergleichstellung, zu Gewaltenteilung sowie zu Menschenrechten während mehreren Experteneinsätze durch die ehemalige SPD Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin beraten. Als einzige deutsche Stiftung arbeitet sie seit der Revolution gemäß dem „party-to-party“-Ansatz eng mit der ihr ideologisch nahestehenden Ettakatol-Partei zusammen, indem sie diese in den Bereichen Medienumgang, Arbeitsorganisation, Kommunikationsverbesserung berätet und ausbildet.

- *Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft:* Die FES unterstützt in Tunesien den Aufbau neuer sowie bestehende Organisationen darin, ihre gesellschaftlichen Interessen zu artikulieren und ihre politische soziale und ökonomische Teilhabe zu stärken. Dabei fokussiert sie vorwiegend auf Frauen- und Jugendorganisationen, um bspw. mittels Diskussionsrunden die Bevölkerung für Fragen der Geschlechtergleichstellung zu sensibilisieren. Jungen Erwachsenen wird durch regionale Vernetzung und Ausbildungsprogramme der Zugang zur Arbeitswelt erleichtert und durch politische Simulationen und internationale Konferenzen zu einem besseren Verständnis von Demokratieprozessen verholfen.

- *Förderung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen:* Die FES engagiert sich hier mittels Unterstützung von Gewerkschaften. Sie berät diese in ihren seit der Revolution veränderten gesellschaftspolitischen Rollen zur Unterstützung der randständigen und arbeitenden Bevölkerung in der Einforderung von sozioökonomischen Rechten. Darüber hinaus unterstützt sie die Gewerkschaften in deren Organisationsentwicklung und fördert deren Kompetenzen zur Entwicklung einer offenen und sozialverantwortlichen Marktwirtschaft. Die Maßnahmen der FES im Rahmen ihrer EDF beruhen vorwiegend auf der *Bottom-Up-Strategie* und zielen dadurch in zwei von drei Förderungsbereichen direkt und unmittelbar auf die Stärkung der Zivilgesellschaft ab. Einzig im Bereich der Stärkung demokratischer Staatsstrukturen arbeitet die FES direkt mit staatlichen Akteuren zusammen.

2.2.6 Politischer Umbruch und Entstehung neuer Akteure im südlichen Mittelmeerraum

Auf die eine oder andere Weise haben die arabischen Revolten bemerkbare Veränderungen im südlichen Mittelmeerraum bewirkt. Sie führten die Länder im Inneren zu einem tiefgreifenden politischen Wandel, der das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten nachhaltig verändert hat. Im Jahr 2011 dehnte sich die Bewegung der politischen Neustrukturierung über die Grenzen der arabischen Welt hinaus aus. Sie strahlte auf unterschiedlichen Wegen auf den nördlichen Mittelmeerraum aus, wo die Schuldenkrise, die auf die Finanzkrise von 2008 folgte, zunehmend schwere Auswirkungen auf die politische Sphäre hatte und zu Regierungswechseln in Griechenland, Spanien und Italien führte. Auch wenn die Situation im Norden eine andere war als im Süden, konnte man doch anders beobachten, dass die politischen Forderungen einer neuen Generation dieselbe Stoßrichtung hatten – einer Generation, die mit großer Heftigkeit, manchmal sogar Gewalt, die Distanz zu ihren politischen Repräsentanten anprangerte²⁴⁴.

Indem die Demonstranten des Südens ihre Unzufriedenheit mit ihren autoritären Führern zum Ausdruck brachten, trafen sie sich in ihrer Enttäuschung mit den »Empörten« des Nordens, die sich gegen die Unfähigkeit ihrer Regierungen auflehnten, das zeigte sich in den von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen und von der Wirtschaftskrise unterhöhlten Gesellschaften, die nicht imstande sind, jungen Menschen neue Perspektiven zu bieten. Und so stellte der libanesische Politiker und Historiker Georges Corm bereits kurz nach der tunesischen Revolution mit einem gewissen Augenzwinkern die Frage: »Wenn sich die Dinge im Mittelmeerraum dauerhaft ändern sollen und ein dynamisches, wettbewerbsfähiges und die soziale Gerechtigkeit verwirklichendes euromediterranes Ganzes entstehen soll, müsste dann nicht die europäische Zivilgesellschaft dem Beispiel dessen folgen, was bis jetzt in den Medien herablassend als der ›arabische Weg‹ bezeichnet wurde. Die Schockwelle der tunesischen Revolution erschütterte

²⁴⁴ Georges Corm (2011), »Quand la ›rue arabe‹ sert de modèle au Nord«, *Le Monde*.

auch die anderen sogenannten autoritären Regime der arabischen Welt. Auch wenn die Forderungen je nach Land unterschiedlich formuliert wurden, ging es dagegen nicht darum, die Macht zu übernehmen. Zwar forderten die Demonstranten die Freiheit, die Würde und das Ende der Privilegien für einige Wenige, aber die Ausdrucksformen auf der Straße waren von Land zu Land unterschiedlich, und auch die Antworten bzw. die Reaktionen der Machthabenden waren nicht dieselben. Dass es zu einem Nachahmungseffekt kam, macht jedoch deutlich, dass es sehr wohl eine arabische politische Sphäre gab und gibt, innerhalb derer über soziale Netzwerke kommuniziert wird und die über jene Satellitensender verfügt, die eine so wichtige Rolle dabei gespielt haben, die verschiedenen Protestbewegungen anzuschließen. Westliche Ansichten haben der Meinung, trotz der Schwierigkeiten, die den derzeitigen Transitionsprozessen innewohnen, wird heute in den arabischen Ländern, welche »die Revolution« erlebt haben²⁴⁵ (Tunesien, Libyen, Ägypten), ein politisches Handeln in Sinne freien politischen Diskurs und auf eine völlig neue Weise erlebt. In den Augen der meisten Bürger muss die öffentliche Meinung im Mittelpunkt der politischen Entscheidungsfindung stehen. Ein neues Politikkonzept ist geboren, das bedeutet auch ein neuer Akteur: der Staatsbürger, der für lange Zeit ignoriert wurde, fordert nun eine Normalisierung der Politik und die Übernahme der politischen Verantwortung durch gewählte Vertreter. Doch die Aufstände bringen auch schwierige Übergangsprozesse mit sich. All diese Länder sind heute zuvorderst mit zahlreichen Problemen beschäftigt, die auch postrevolutionären Phasen ergeben können.

In Tunesien begrüßte die versammelten Gruppen zunächst das Abdanken Ben Alis, der in seinem politischen Ausdruck als Symbol für Autoritarismus und die Negierung der Zivilgesellschaft galt. Doch dann kam es schnell zu einer Kraftprobe zwischen den auserwählten bzw. ab Oktober 2011 offiziell gewählten Akteuren und der »Straße«, die nun die revolutionäre Legitimität

²⁴⁵ Amin Allal/Thomas Pierret (2013): »Au coeur des révoltes arabes. Devenir révolutionnaires.« Paris: Armand Colin.

für sich in Anspruch nahm. Im Namen der Revolution bekräftigte die Zivilgesellschaft nun ihre Forderung nach Demokratie. Auch in Marokko konnte König Mohammed VI. in Bezug auf den marokkanischen Transformationsprozess zunächst einen Konsens zu finden. Doch 2011 unter dem Eindruck der tunesischen und der libyschen Revolutionen, ließ die »Bewegung 20. Februar«²⁴⁶ diesen Konsens brüchig werden, den immer mehr begrenzt wurde. Als Reaktion auf die Demonstrationen kündigte der König eine Verfassungsreform an. Das Ziel war diesmal die Neuverteilung der Exekutivmacht. Die wichtigste Neuerung dieser Verfassungsänderung bestand darin, dass der Premierminister nun derjenigen politischen Gruppierung angehören muss, die bei den Legislativwahlen vorne liegt.

Im November 2011 kamen die Islamisten der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Parti de la justice et du développement* – PJD) an die Regierungsspitze. Sowohl in Marokko als auch in Tunesien kamen dank freier Wahlen also islamistische Parteien – die PJD und die Ennahda – an die Regierung. Sie waren dazu aufgefordert, innerhalb von Koalitionen zu regieren und dafür Allianzen mit Parteien zu knüpfen, die ihre Überzeugungen nicht immer teilten. Die Regierungszusammenarbeit zwischen Islamisten und Nicht-Islamisten kann heute (im Laufe des Jahres 2013) in beiden Ländern als gescheitert betrachtet werden, wodurch es in Marokko zu einer echten Regierungskrise gekommen ist, übertroffen noch von einer politischen Krise bisher nicht gekannten Ausmaßes in Tunesien. In Marokko gibt jedoch nach wie vor der König die politische Richtung an und wacht darüber, dass der Veränderungskurs beibehalten wird, während in Tunesien große Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft dieses Landes herrscht, in dem die Eliten auf der Grundlage eines ihnen vom Volk verliehenen Mandats regieren. Und dennoch, Trotz dieser Risiken, Konflikte und Akteure, die ohne Sicherheitsnetz regieren, ist die tunesische Transition durchaus real.

²⁴⁶Die außerparlamentarische »Bewegung 20. Februar« (»M20«: Mouvement du 20-Février) benannte sich nach dem Tag der ersten großen öffentlichen Demonstrationen für mehr Demokratie in Marokko im Jahr 2011. »M20« wurde von den politischen Parteien und den Gewerkschaften in Marokko unterstützt und forderte vor allem das Ende der politischen Unterdrückung, die Befreiung der politischen Gefangenen, den Kampf gegen die Korruption und eine neue Sozialpolitik.

In Algerien hingegen fand der erwartete Wandel nicht statt. Westliche Forschungen denken, dass die Erdöleinnahmen hat die Bevölkerung abgebracht, sich gegen die verschlechterte Lage zu protestieren. Der Erdölboom, den das Land erlebt, verhalf dazu, die klientelistische Maschinerie wieder anzuwerfen. Zudem ist die algerische Bevölkerung vom Trauma Bürgerkriegs (1991 bis 2002) tief getroffen, weshalb die Algerier in der Form ihres Protests eher zurückhaltend waren. Anders als in Algeriens Nachbarländern sind aus den Forderungen, die sich in Krawallen ausdrückten, keine politischen Forderungen nach einem Regimewechsel entstanden. Denn im Gegensatz zu denjenigen Ländern der Region, die einen politischen Bruch erlebt haben, umfasst die algerische Exekutive neben dem Präsidenten auch die ranghöchsten Militärs und einen Großteil des Bildungswesens. Westliche Forschungen besagen, dass der Präsident Bouteflika anlässlich der Wahlen im April 2014 erneut in seinem Amt bestätigt wurde. Langfristig wird es jedoch nicht bei diesem politischen Stillstand bleiben können. In *Libyen* folgten auf den Niedergang Muammar al-Gaddafis große politische Spannungen und ein Klima verschärfter Unsicherheit, da insbesondere in der Region von Bengasi, der Wiege der Revolution, sehr viele Waffen im Umlauf waren.

Einige dieser Waffen fanden sich in den Händen von Dschihadisten wieder, die in den Ländern der Sahelzone ihr Unwesen treiben. Denn die Durchlässigkeit der Grenzen in Nordafrika gilt nicht nur für Personen, sondern auch für Waffen und Munition. Infolgedessen und angesichts der Folgen des Wandels für die regionale Geopolitik wurden die ehemaligen Prioritäten in der Region vollständig über den Haufen geworfen. Von einer Union des Arabischen Maghreb (UAM) ist keine Rede mehr, und die Frage einer Sahara-Union scheint marginal geworden zu sein, obwohl sie doch die Voraussetzung für die politische Integration der Maghreb-Region ist. Die ägyptische und die syrische Krise mischen ihrerseits die diplomatischen Karten im Mittleren Osten neu. Über die Sanktionierung des Einsatzes chemischer Waffen hinaus hat der syrische Konflikt die Realität der Kräfteverhältnisse und der Beziehungen zwischen den Großmächten deutlich gemacht sowie die Zahl der

Flüchtlinge in den angrenzenden Ländern dramatisch erhöht. Während die traditionellen Hauptakteure im Mittleren Osten – Ägypten, Syrien und der Irak – im Landesinneren von Gewalt und auf regionaler Ebene von Marginalisierung heimgesucht werden, hält Katar an seiner traditionellen Unterstützung der ägyptischen Muslimbrüder fest. Derweil hat Saudi-Arabien nach der Amtsenthebung von Präsident Mursi erneut sein Bündnis mit den ägyptischen Militärs bestätigt. In der syrischen Krise manifestiert sich die Differenz zwischen Doha und Riad jedoch auf andere Weise.

Die Rolle des Iran wurde in der gesamten Region gestärkt. Die arabischen Umbrüche haben die Isolation Israels deutlich gemacht, das von feindlichen oder sich in bewaffneten Konflikten befindlichen Nachbarn umgeben ist (Bürgerkrieg in Syrien, neue Attentatsserie im Libanon, abgekühlte Beziehungen zu Jordanien). Nach einer langen Phase der Blockade ist zwar ein wenig Bewegung in den israelisch-palästinensischen Konflikt gekommen (etwa in Gestalt der Versuche einer Versöhnung zwischen Fatah und Hamas, der Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UNESCO oder einer neuen Initiative für israelisch-palästinensische Verhandlungen seitens der Regierung Obama im Sommer 2013), doch eine Zwei-Staaten-Lösung erscheint unwahrscheinlicher denn je. Diese regionale Neustrukturierung konfrontiert uns mit einer neuen strategischen Situation im Mittelmeerraum. In diesem Kontext erscheint das Vorhaben einer Union für den Mittelmeerraum, wie es Nicolas Sarkozy im Jahr 2008 in die Wege geleitet hat, überholt. Im Bezug auf die Veränderungen, welche die Region erlebt, und nach dem politischen Scheitern der UfM ist Frankreich derzeit dabei, sein Konzept anzupassen, insbesondere indem es erneut auf der bereits 2008 verkündeten Idee eines »Mittelmeers der Projekte« *»Méditerranée des Projets«* insistiert und indem es den 5+5-Dialog ²⁴⁷ wiederbelebt. Bundeskanzlerin Merkel scheint ihrerseits das politische Interesse an der UfM verloren zu haben; gleichzeitig intensiviert das Auswärtige Amt seine bilateralen Beziehungen zu den Ländern des

²⁴⁷ Dem 5+5-Dialog gehören fünf südeuropäische Länder (Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Malta) und fünf Länder des Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Mauretanien) an.

Maghreb. Die EU fährt fort, die Instrumente ihrer Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu reformieren und zu stärken und die Mittelmeerpolitik in Brüssel erneut zu positionieren. Eine gemeinsame europäische Politik lag nie in weiterer Ferne als heute. Was auch immer der Inhalt einer neuen UfM sein könnte – sie müsste in jedem Fall der neuen politischen.

2.2.7 Sicherheitspolitische Hemmnisse in der Transformationsphase

Die wenigen vorhandenen Analysen des jeweiligen Verlaufs der Konflikte vom ersten Protestausbruch bis zum Machtwechsel in Tunesien, Ägypten und Libyen zeigen, dass die Länge der Konfliktphase bis zum Machtwechsel vorwiegend durch das Verhalten der Sicherheitsorgane (insbesondere des Militärs und der Staatssicherheit) beeinflusst wurde und dass die Verfügbarkeit von Waffen (wie im Falle Libyens) eine wichtige Rolle spielte in Bezug auf die feststellbare unterschiedliche Länge der einzelnen Konfliktphasen in Tunesien und Ägypten einerseits und in Libyen andererseits sind Erklärungsansätze notwendig, die sowohl die Sozialstruktur der Gesellschaften als auch den Zerfalls- und Auflösungsprozess staatlicher Strukturen berücksichtigen. Die Untersuchung bedarf die Hypothese, ob eine Militärführung mit starken korporatistischen Eigeninteressen eine kurze Konfliktphase begünstigt oder stark tribal geprägte Sicherheitskräfte, die zugleich Sicherungsinstrument der tribal geprägten Staatsführung sind, den Konfliktverlauf verschärfen, weil es (wie in Libyen hinsichtlich der politisch dominierenden Stammesallianz der Qadadfa, Warfalla und Maqarha) „um alles oder nichts“ geht²⁴⁸. Auch hinsichtlich des Verlaufspröfils der Postkonfliktphase (Transformationsphase) lassen sich vor dem Hintergrund der ereignisgeschichtlichen Entwicklung in Tunesien, Ägypten und Libyen und dem Umfang der erforderlichen Institutionenneubildung mehrere Hypothesen schließen.

²⁴⁸Offensichtlich hat ein ausgeprägtes korporatistisches Eigeninteresse (wie im Fall der ägyptischen Armee) keinen verlängernden Einfluss auf den Konfliktverlauf, denn die „Tage des Zorns“ dauerten in Ägypten nur 18 Tage.

Die Erosion des staatlichen Gewaltmonopols und die nach dem Machtwechsel auftretenden Schwierigkeiten neu eingesetzter (Übergangs-)Regierungen, sowie die Errichtung des staatlichen Gewaltmonopols wird deutlich besonders am Fallbeispiel Libyen, das einen Bürgerkrieg erlebte und wo es zu einer landesweiten Mobilisierung und Bewaffnung kam. Die große Anzahl der bewaffneten und kampferfahrenen Gruppen/Brigaden, die sich weigern, die Waffen abzugeben, um ihr wichtigstes Druckmittel zur Interessenumsetzung nicht aus der Hand zu geben, sowie die ethnischen und religiös motivierten Gewaltkonflikte in die diese Brigaden verwickelt sind, sind ein deutliches Indiz für die fehlende Bereitschaft dieser Brigaden, ein staatliches Gewaltmonopol anzuerkennen und ein alarmierendes Zeichen für das permanente Problem, das sich daraus für den nationalen Institutionenbildungsprozess der Regierung ergab. Das tunesische Beispiel zeigt allerdings, dass auch in Gesellschaften, die eine kurze heiße Konfliktphase vor dem Machtwechsel erlebten und Gewaltbereitschaft sowie Einsatz von Gewalt in unterschiedlichen Bereichen bzw. zur Umsetzung unterschiedlicher Ziele in der Transformationsphase nach dem Machtwechsel bezeigen haben, einen deutlichen quantitativen und qualitativen Aufschwung erleben kann. Auffallend zeigt sich in Tunesien die Kausalbeziehung zwischen Gewaltbereitschaft und Institutionenbildungsprozess. Die Gewaltbereitschaft nahm zu, je länger sich die Phase der Institutionenbildung hinzog und die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit des Staates defekt blieb bzw. sich verschlechterte.

Die Gewaltbereitschaft und die umgesetzten Gewaltakte steigerten sich zudem, je angefochtener die Position der dominanten Regierungspartei, der islamistischen Ennahda-Partei, wurde, und je gefährdeter sie selbst und diejenigen Organisationen und Gruppen, die Ennahda unterstützen, die Umsetzung ihres islamistischen Projekts einstufen. Je mehr Widerstand sich gegen die Politik der Ennahda organisierte, desto mehr organisierte sich auch der „Ennahda-Widerstand“ gegen diese Opposition (Eskalationsspirale).

Festzustellen ist zudem, dass die Übergriffe auf Andersdenkende und nichtislamische Glaubensgemeinschaften (in erster Linie Christen/Kopten, aber auch Juden) umso stärker ausfielen, je mehr sich die machtpolitische Position der islamistischen Akteure im Transformationsprozess konsolidierte. Diese Kausalitätsbeziehung gilt in allen drei Staaten.

Die Sicherheitsherausforderungen sind seit den Machtwechseln in Tunesien, Ägypten und Libyen kein statisches Phänomen. Sie veränderten sich im Zeitverlauf seit 2011. Allerdings bilden – wie bereits vor den Machtwechseln – Terrorismus, Kriminalität und soziale Proteste die drei Hauptkomponenten der Sicherheitsdefizite (Mattes 2012) mit signifikanter quantitativer Verdichtung der Einzelereignisse. Aber auch unter qualitativen Gesichtspunkten haben sich neue Aspekte an Sicherheitsdefiziten entstanden, die in dieser Form vor den Machtwechseln nicht verfügbar waren und die sowohl eine territoriale als auch eine ethnisch-tribale und religiöse Dimension hatten. In allen Transformationsstaaten lässt sich nach Beginn des politischen Konflikts als Folge zusammengebrochener Sicherheitsstrukturen und als Folge des entstandenen Sicherheitsvakuums ein Anstieg an gewaltförmigen Auseinandersetzungen und an kriminellen Akten sowohl im Bereich bereits bestehender (primär islamistischer Terrorismus, Organisierte Kriminalität) als auch im Bereich neuer Sicherheitsherausforderungen schnell zu feststellen²⁴⁹. Einige westliche Forschungen und Studien behaupten, dass zu den „neuen“ Sicherheitsherausforderungen die aufbrechenden ethnischen Konflikte (Berber/Amazigh versus arabische Bevölkerung/Stämme; schwarzafrikanisch stämmige Tubu versus arabische Bevölkerung) zählen und die religiös motivierten Konflikte zwischen Muslimen und Christen / Kopten²⁵⁰ sowie die innermuslimische Konflikte zwischen Salafisten und moderaten Muslimen. Diese angeblichen Konflikte können einer empirischen Überprüfung ausgesetzt sein. Andere westliche Forschungen behaupten auch, während die

²⁴⁹Trotz des deutlichen Anstiegs der Sicherheitsprobleme fehlen bislang übergreifende Analysen. Die jüngste Veröffentlichung von Eberhard Kienle (2013), deren Titel eine solche Analyse suggeriert, handelt ein vollkommen anderes Thema ab. Es geht in der Analyse zu den „Security implications of the Arab Spring“ um die sicherheitspolitischen Folgen der Umbrüche für westliche Staaten.

Auseinandersetzungen mit Berbern bislang nur in Libyen deutlich geworden sind, wo es einzig innerhalb der drei Untersuchungsstaaten eine nennenswerte berberische Bevölkerungsgruppe gibt, sind die salafistischen Übergriffe auf Andersdenkende (darunter Schriftsteller, Künstler) und Andersgläubige (Christen, Juden) ein Phänomen, das in allen drei Transformationsstaaten vorkommt und eher ein Signal für die Verschärfung eines Rückganges erkennen bedeutet. Hinzu kommen in der Transformationsphase die Konflikte zwischen „Revolutionären“ und Loyalisten des gestürzten Regimes sowie Konflikte zwischen „Revolutionären“, wobei diese Konflikte nicht sofort nach dem Machtwechsel zutage traten, sondern erst im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen um Macht, Ämter und Ressourcenzugang seit Ende 2011 entstanden und seither eskalierten. Allerdings ist die Form des Gewaltaustrages von Land zu Land unterschiedlich; am meisten bewaffnete Konflikte und die höchsten Todeszahlen verzeichnet Libyen, wobei das ausgeprägte tribale Element hierfür die Hauptursache darstellen dürfte.

Die mangels einer funktionierenden Übergangsjustiz insbesondere in Libyen ²⁵¹ praktizierten politischen Morde – allein 2012 über zwanzig – haben vor allem in der öffentlichen Bedrohungsperzeption (Perzeption an Unsicherheit) einen hohen Stellenwert und fordern den Staat zum Handeln auf. Die in den laufenden Transformationsprozessen identifizierbaren Gewaltkonflikte in Tunesien, Ägypten und Libyen waren bislang nur sehr selektiv und ungleichgewichtig verteilt von externen Faktoren beeinflusst. Im Zentrum der grenzüberschreitenden Einflussnahme steht zweifellos Libyen, wo die Übernahme und Plünderung der qaddafischen Waffendepots einen Prozess der nationalen wie regionalen Waffenproliferation einleitete. Libysche Kleinwaffen sind so seit Herbst 2011 über Ägypten bis nach Gaza und von der Cyrenaika ins benachbarte Darfur gelangt. Tunesien ist sowohl Zielort von Waffenlieferungen (Bewaffnung salafistischer Gruppen) als auch Transitland

²⁵¹ Zwar ist die Justiz auch in Tunesien und Ägypten bislang kaum mit der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen unter den Präsidenten Ben Ali und Mubarak vorangeschritten, doch sind in diesen beiden Ländern so die Vermutung wegen des erschwerten Zugangs zu Waffen Akte der Selbstjustiz schwieriger auszuführen.

für Waffenschmuggel nach Algerien, wo libysche Waffen die nordalgerischen Arsenale von AQIM auffüllten. Ein Großteil libyscher Waffen ist zudem von aus Libyen zurückgekehrten Tuareg in großem Umfang nach Nordmali gelangt und trug zur Eskalation des schwelenden Nordmalikonflikts ab Januar 2012 bei (Ammour 2012). Inwiefern sich nach der französischen Militärintervention in Nordmali ab Januar 2013 die dort ansässigen islamistischen Terrorgruppen in die an Nordmali grenzenden Anrainerstaaten (in erster Linie Algerien und Niger, aber auch Libyen) zurückzogen und dort das Potenzial militanter Gruppen stärkten, ist zwar gängige Unterstellung in den Medien, bleibt aber zu belegen. Von den nationalen Sicherheitsbehörden wurde der Umfang der Waffenproliferation in Nordafrika noch nicht nachrichtendienstlich aufgeklärt. Abgesehen von der grenzüberschreitenden Waffenproliferation kam es zwischen den nordafrikanischen Transformationsstaaten bislang nicht zu gegenseitiger Einflussnahme auf die jeweils nationalen Gewaltkonflikte. Weder haben gewaltbereite Salafisten in den Nachbarländern zugunsten gleichgesinnter Gruppen interveniert, noch haben die Sicherheitsbehörden über das bestehende Ausmaß hinaus signifikant ihre Kooperation verstärkt. Eine Ausnahme bildet hier allerdings Libyen, das unter dem Eindruck der bedrohten Grenzsicherheit durch Schmuggler- und Schleuserbanden speziell europäische Staaten um Hilfe bei der Sicherung seiner 4.000 km langen Grenze gebeten hat. Auf der Libyen-Unterstützungskonferenz am 12. Februar 2013²⁶ in Paris wurde diesem Wunsch nicht zuletzt aus europäischem Eigeninteresse an einem effektiven Schutz vor illegaler Migration nachgekommen und Mittel u.a. zur Entsendung einer „Civilian border management mission“ ab Juni 2013 bereitgestellt. Der Verlauf und die Intensität der Gewaltkonflikte in Tunesien, Ägypten und Libyen scheinen folglich weitgehend einer ausschließlich nationalen Ausrichtung zu folgen. Die Regierungen der Transformationsstaaten stehen vor der Aufgabe, das staatliche Gewaltmonopol bzw. die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen. Eine Analyse der staatlichen Maßnahmen der Transformationsstaaten, um dieses Ziel

Wiederherstellung der inneren Sicherheit und des staatlichen Gewaltmonopols zu erreichen, sollte sich zunächst – auch in Anlehnung an Erfahrungen aus dem Irak und aus Afghanistan – auf drei Bereiche und die in ihnen umgesetzten Maßnahmen konzentrieren:

-den Gesetzgebungsbereich (Welche neuen Gesetze/Dekrete mit Bezug zum Sicherheitssektor/ öffentliche Sicherheit wurden verabschiedet?)

-den Sicherheitsbereich (Welche Maßnahmen zur Reorganisation der Sicherheitsorgane einschließlich ihrer materiellen/technischen Besserstellung wurden ergriffen?)

-den Bereich der regionalen und internationalen Kooperation (Mit welchen Staaten und in welcher Form wurde auf regionaler und internationaler Ebene die Kooperation verstärkt, um die Sicherheitsherausforderungen zu meistern?).

Ein erster Blick auf die seit 2011 nach den Machtwechseln ergriffenen Maßnahmen zeigt, dass diese entsprechend den länderspezifischen Ausgangsvoraussetzungen stark variieren. In allen drei Staaten reagierten die Regierungen mit gesetzlichen Maßnahmen auf die Sicherheitsprobleme.

Der Rückgriff auf die Verhängung und/oder Verlängerung des Notstandes (landesweit oder wie z.B. in Ägypten auf der Sinai-Halbinsel oder in den Unruhestädten Port-Said, Suez und Ismailia) sowie auf temporäre Ausgangssperren im Fall akuter Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit gehörten sowohl in Tunesien als auch in Ägypten zum Standardrepertoire. In Libyen, wo es nach dem Sturz Qaddafis zunächst kein gesetzliches Reglementarium gab, wurde ein solches mit dem Ende September 2012 verabschiedeten Notstandsgesetz geschaffen. Ergänzt wurde dieser Schritt sowohl in Ägypten als auch in Libyen durch die Einführung bzw. die Verschärfung des Demonstrationsrechts, die den Innenministerien weitreichende Verbotsmöglichkeiten an die Hand gaben. Gesetzliche Initiativen in Form sogenannter politischer Ausschlussgesetze wurden schließlich in allen drei Transformationsstaaten eingeleitet, um ehemalige Regimeanhänger von zukünftigen Führungspositionen in Politik und Wirtschaft auszuschließen. Die Reform des Sicherheitssektors wurde –

wenngleich in unterschiedlichem Umfang – in allen drei Staaten nach den Machtwechseln in Angriff genommen. In Tunesien gab es seit Frühjahr 2011, beginnend mit der Auflösung der politischen Polizei am 7. März 2011, erste Ansätze zur Reform des Sicherheitssektors und des Innenministeriums, doch verläuft die konkrete Umsetzung bislang eher zögerlich, die neue Regierung Layaredh vom März 2013 erklärte allerdings angesichts der ausufernden politischen Gewalt die „Wiederherstellung der Sicherheit“ zur Toppriorität. In Libyen ist die Sicherheitslage bislang am schwierigsten, weil mit dem Sturz des Qaddafi-Regimes nicht nur die bestehenden staatlichen Institutionen, sondern auch alle Sicherheitsorgane durch neue zu ersetzen waren (Salem und Kadlec 2012; ICG 2012a; Pack und Barfi 2012). Die Institutionenbildung ist nach der Wahl des Nationalkongresses im Juli 2012 im November 2012 mit der Wahl der neuen Regierung von Premierminister Ali Zaidan auf solidere Beine gestellt worden, so dass jetzt auch die Ministerien strukturierter arbeiten können. Gefragt sind hierbei vor allem das Verteidigungsministerium und das Innenministerium, deren Minister im Dezember 2012 im Nationalkongress ihre Pläne zum Aufbau der Armee und Polizei, der Demobilisierung irregulärer Brigaden und der sukzessiven Einsammlung leichter und schwerer Waffen vorlegten. In diese Pläne sind die Zivilgesellschaft, die Stammesführer und die Medien eng eingebunden; mit dem *Programm Tumuh* im Umfang von 500 Millionen Libysche Dinar soll zudem mehreren Tausend Brigadisten die wirtschaftliche Selbständigkeit ermöglicht werden. In Ägypten sind bislang am wenigsten neue Ansätze zur Lösung der Sicherheitsdefizite erkennbar. Zwar gibt es auch hier in Ansätzen eine Restrukturierung des Sicherheitssektors, so wurde die am 15. März 2011 aufgelöste Staatssicherheit durch den neuen *National Security Sektor* abgelöst, dabei aber viele der 100.000 Beamten übernommen. Die polizeiliche Funktionsweise nähert sich nach Angaben von ägyptischen Menschenrechtlern und internationalen Menschenrechtsorganisationen wegen ausbleibender inhaltlicher Reformen inzwischen stark derjenigen der Mubarak-Ära an.

Der Einsatz der Sicherheitskräfte auf dem Tahrirplatz in Kairo und im Regierungsviertel bei den Protesten der Opposition gegen Präsident Mursi im Dezember 2012 erfolgte deshalb wie früher äußerst repressiv; dies gilt auch für den Umgang mit dem Terrorismus, der sich seit 2011 hauptsächlich auf der Sinai konzentriert; ein neuer Bekämpfungsansatz, u.a. eine politische Radikalisierungsstrategie mit sozioökonomischer Komponente, ist derzeit nicht erkennbar. Trotz der ausgeprägten transnationalen Dimension der nordafrikanischen Sicherheitsprobleme (Waffenschmuggel, Drogenschmuggel, transnationale Aktivitäten terroristischer Gruppen) und des hohen Reformbedarfs der nationalen Sicherheitsorgane einschließlich ihrer politischen Führungsstrukturen (Innenministerium, Verteidigungsministerium) ist bislang – ausgenommen Libyen – die Kooperationsbereitschaft mit ausländischen Partnern als beschränkt zu bezeichnen.

Die Ursachen für diese Zurückhaltung sind allerdings zu hinterfragen; das ausgeprägte Bewusstsein nationaler Souveränität ist keine ausreichende Begründung, denn dieses findet sich auch in Libyen. Die libysche Staatsführung leitete sowohl im Bereich der Ausbildung von Armee- und Polizeioffizieren seit 2012 eine enge Kooperation mit mehreren Staaten (u.a. der Türkei, Jordanien, Großbritannien, den USA) in die Wege und suchte speziell im Bereich der Grenzsicherung um ausländische Hilfe (u.a. seitens der EU) nach. Bislang gibt es in allen drei nordafrikanischen Staaten „Sicherheitssektorreformen“ im Sinne effektiver und effizienter staatlicher Eingriffe zur Reorganisation des Sicherheitsapparates und zur Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols. In keinem Staat haben allerdings die ergriffenen Maßnahmen bislang einen normativen Charakter (demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte, Transparenz). Was das Ziel der Erhöhung der öffentlichen Sicherheit/ Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols anbelangt, so verbesserte sich allerdings in keinem Staat bislang die Lage in signifikanter Weise. Die öffentliche Sicherheit ist trotz der ergriffenen Maßnahmen immer noch prekär, was sich exemplarisch in den hohen Kriminalitätsraten und der politischen Gewalt (mit der Folge einer

stetigen Verlängerung des Notstandes) zeigt. Vor allem militante Islamisten/Salafisten und islamistische Terrorzellen sowie der Waffenschmuggel werden weiterhin die sicherheitspolitische Hauptherausforderung bilden; aber auch die gewaltförmigen sozialen Proteste werden anhalten, weil die Ursachen für die Proteste nicht beseitigt wurden.

Hier sind die auch von der UNO eingeforderten politischen Aktivitäten gefragt, die über den reinen Sicherheitsansatz hinausgehen; gerade die sozioökonomische Entwicklung stockt jedoch (als Folge des drastischen Rückgangs des Tourismus und der ausländischen Direktinvestitionen, steigender Auslandsschulden und Haushaltskrise usw.), so dass die erforderlichen Regionalentwicklungsmaßnahmen nicht in Angriff genommen werden können. Die Ausbreitung des Phänomens der „chronischen Gewalt“ (Adams 2012), hervorgerufen durch ein Bündel von Faktoren, darunter die soziale Ungleichheit, die Auswirkungen der Transformationsprozesse (wie Instabilität, Sicherheitsvakuum) und die negativen Effekte der Globalisierung, scheint sich anzudeuten.

Die drei Transformationsstaaten Tunesien, Ägypten und Libyen stellen mit ihren seit Ende 2010/Anfang 2011 laufenden politischen Prozessen und sicherheitspolitischen Problemen in zweifacher Hinsicht ein interessantes Untersuchungsobjekt dar. Zum einen können Theorien zum Verlauf von Transformationsprozessen und den zivilmilitärischen Beziehungen oder zur Rückwirkung von eingesetzter Gewalt auf den Verlauf der Transformationsprozesse am Beispiel der drei nordafrikanischen Staaten überprüft werden. Zum anderen spielten in den Transformationsprozessen Tunesiens, Ägyptens und Libyens bislang in der Forschung vernachlässigte Aspekte eine wichtige Rolle. Hierzu zählen insbesondere :

- der Tribalismus und seine Funktion beim Machterhalt autoritärer Strukturen und der militärischen Verteidigung des Regimes und
- der Loyalitätsaspekt bzw. die notwendigen Kriterien für die Aufkündigung von Loyalität bzw. für die Herausbildung neuer Loyalitäten. Angesichts der feststellbaren Forschungslücken ergeben sich mehrere neue Forschungsfelder

bzw. Überprüft werden muss die These von Johnstad (2010) bzw. Karatnycky und Ackermann (2005), die besagt, dass ein gewaltfreier und von zivilen Akteuren herbeigeführter Regimewandel zu einem höheren Niveau an Freiheit und Demokratie führt als ein mit Gewalt herbeigeführter Regimewandel. Die Fälle Libyen und Tunesien scheinen gerade das Gegenteil zu demonstrieren. In diesem Zusammenhang sind auch die bereits oben formulierten Hypothesen zum Konfliktverlauf beim Übergang von der Präkonfliktphase zur (heißen) Konfliktphase und hinsichtlich des Verlaufs der Postkonfliktphase (Transformationsphase) zu überprüfen; gerade für diese Phase fehlen präzise Untersuchungen. Ted Gurr stellte allerdings hierfür mit seinem Gewalt-/Konfliktphasenanalysemodell bereits 1980 ein probates Analyseinstrument vor (Gurr 1980), von dessen Anwendung auf die Entwicklungen in Tunesien, Ägypten und Libyen aufschlussreiche Erkenntnisse erwartet werden können.

— Die Anwendung des Gurr'schen Analysemodells kann auch Aufschlüsse über die Akteure und die Bedingungen bringen, die zum Ausbruch ethnischer Konflikte (vor allem in Libyen)

und religiöser Auseinandersetzungen insbesondere mit salafistischen Gruppen führten.

— Es fehlt an Wissen über jene Faktoren, die konkret in den Transformationsstaaten die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols erschweren. Ein wichtiger Faktor dürfte die enge Verbindung zwischen militanten Gruppen und organisierter Kriminalität sein, die seit 2012 vor allem in Libyen und Tunesien sichtbar wird. Ein weiterer erschwerender Umstand dürfte die Notwendigkeit für *gleichzeitige* Reformen sowohl im zivilstaatlichen Bereich als auch im Sicherheitssektor sein. Diese Doppelbelastung ist stärker zu berücksichtigen; gerade die in allen drei Staaten erhobenen Forderungen nach stärkerer Dezentralisierung (die den Einfluß lokaler Akteure stärken wird) und der damit verbundene verschärfte Kampf um die Verfügungsgewalt über Ressourcen (Verwaltungs- und Entwicklungsbudgets) sind hier verstärkt in den Fokus zu nehmen; etwaige

Rückwirkungen auf das Reformtempo wären in diesem Zusammenhang gesondert herauszuarbeiten.

— Zu untersuchen ist ferner, in welcher Weise und warum sich einzelne Akteure sicherheitspolitisch ambivalent verhalten, sich also z.B. die islamistische Partei Ennahda in Tunesien einerseits als Regierungspartei (zumindest rhetorisch) für die öffentliche Sicherheit stark macht, andererseits mittels der sich unter ihrer Kontrolle befindlichen „Ligen zum Schutz der Revolution“ politische Gewalt praktizieren. Ist dieser Rückgriff auf Gewalt der noch nicht konsolidierten Machtposition bzw. der Angst, die Macht wieder zu verlieren, geschuldet oder ist Gewalt Teil der Strategie und des Verhaltensrepertoires einer in sich autoritär strukturierten und ein autoritäres System anstrebenden Organisation?

Ungenügend ist zudem das Wissen über die Art und Weise der Rekrutierung von Personen zugunsten jener Akteursgruppen, die das staatliche Gewaltmonopol unterminieren. So verlief z.B. die Rekrutierung für salafistische Gruppen oder für die Ligen zum Schutz der Revolution in Tunesien sehr schnell. In welchem Umfang hierfür das Charisma der Prediger, ausländische Gelder oder gruppenpsychologische Elemente eine Rolle spielen, ist weitgehend ungeklärt.

Wissensbedarf besteht auch in Bezug auf die Loyalität von Gruppenmitgliedern gegenüber ihrer Gruppe und der Gruppenführung. Wenn im Kampf gegen die Produzenten von Unsicherheit nicht nur auf polizeiliche Methoden zurückgegriffen werden soll, muss das Zustandekommen von Loyalität untersucht werden, um adäquate Maßnahmen zur Auflösung der Loyalitätsbeziehung zu entwickeln. Dieser Prozess dürfte dort besonders schwer sein, wo der Bezugspunkt der Loyalität (wie oft in Libyen) die Großfamilie oder der Stamm ist. Wissensbedarf besteht auch hinsichtlich der (teilweise divergierenden) Loyalität von Polizei und Militär gegenüber dem Machthaber/Regime bzw. ihrer Aufkündigung, weil sich diesbezüglich in den drei Transformationsstaaten unterschiedliche Verhaltensmuster feststellen lassen.

Ein weiteres wenig bearbeitetes Feld sind die Ansätze zu Sicherheitssektorreformen in Tunesien, Ägypten und Libyen einschließlich der unterschiedlichen Bereitschaft der Staatsführungen zur sicherheitspolitischen Kooperation mit dem Ausland. Es stellt sich sowohl die Frage nach den Gründen für die unterschiedliche Reformintensität im nationalen Sicherheitsbereich bzw. den Gründen für die Blockade bei der Umsetzung beschlossener Maßnahmen als auch nach der unterschiedlich ausgeprägten Bereitschaft zur grenzüberschreitenden Sicherheitskooperation (u.a. mit den Nachbarstaaten, der EU, Interpol usw.) angesichts der feststellbaren transnationalen Sicherheits Herausforderungen.

Insgesamt ist schließlich zu untersuchen, ob die von den Staatsführungen ergriffenen materiell-technischen, personellen und gesetzgeberischen Maßnahmen zum Ausbau der Sicherheitskräfte auf die nationalen Sicherheits Herausforderungen adäquat zugeschnitten sind. Der Erfolg und die Effektivität der staatlichen Maßnahmen zur Gewaltminderung sind für jeden Transformationsstaat gesondert zu analysieren und die Ergebnisse vergleichend zu bewerten. Diese Wissenslücken und offenen Fragen lassen sich nicht allein durch die Auswertung vorhandener Primärquellen beantworten, sondern erfordern umfangreichere empirische Untersuchungen vor Ort. In diese Analysen sind dabei soweit als möglich lokale Forschungseinrichtungen und Vereinigungen wie z.B. das *Observatoire Tunisie de la Transition Démocratique* oder die tunesische Vereinigung zur Reform der Polizei *Reform/Islah*, aber auch die Regionalbüros des Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) in Tunis und Tripolis einzubeziehen.

2.2.8. Demokratieförderung bei der Friedrich Ebert Stiftung

Die Friedrich Ebert Stiftung (FES) ist eigentlich mit der deutschen Sozialdemokratischen Partei (SPD) verbunden und ist seit 1988 mit einem lokalen Büro in Tunesien vertreten²⁵². Seit 26 Jahren organisiert sie in enger

²⁵² Tunesien nimmt durch die geographische Nähe zu Europa, aber auch durch den Demokratisierungsprozess seit der Jasmin Revolution einen hohen Stellenwert für die FES ein.

Zusammenarbeit mit ihren Partnern Konferenzen, Diskussionsrunden, Ausbildungsseminare und wissenschaftliche Studien. Obwohl das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in der Vergangenheit mit Globalzuschüssen 90% der Stiftungstätigkeiten in Tunesien finanzierte, hat auch das Auswärtige Amt (AA) anlässlich des arabischen Frühlings seine Unterstützung mittels projektgebundenen Zuwendungen massiv erhöht²⁵³. Gemäss BMZ ist die zentrale entwicklungspolitische Aufgabe der deutschen

Stiftungen die „...nachhaltige Förderung bzw. der Aufbau von Demokratie und Zivilgesellschaft“. Die FES engagiert sich mit Hilfe der positiven Demokratieförderungsinstrumente , der politischen Bildung, der Politikberatung und der Dialogförderung in drei unterschiedlichen Förderungsbereichen.

1. Aufbau und Stärkung demokratischer Strukturen: Hier unterstützte die FES der politischen Kommission sowie der unabhängigen Wahlkommission (ISIE) bei der Vorbereitung und Durchführung der ersten freien Wahlen 2011. Außerdem hat die politische Kommission einen wichtigen Beitrag zu der Ausarbeitung der neuen Verfassung gelegentlich in Fragen zu Wahl- und Parteiengesetzen, zu Verhältnis von Staat und Religion, zu Geschlechtergleichstellung, zu Gewaltenteilung sowie zu Menschenrechten während mehreren Experteneinsätze durch die ehemalige SPD Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin geleistet. Als einzige deutsche Stiftung arbeitet sie seit der Revolution gemäß dem „party-to-party“-Ansatz eng mit der ihr ideologisch nahestehenden Ettakatol-Partei zusammen, indem sie diese in den stehenden Bereichen Medienumgang, Arbeitsorganisation, Kommunikationsverbesserung berätet und ausbildet.

2. Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft: Die FES unterstützt in Tunesien den Aufbau neuer sowie bestehende Organisationen mit dem Ziel, ihre gesellschaftlichen Interessen zu artikulieren und ihre politische soziale und ökonomische Teilhabe zu stärken. Dabei fokussiert sie vorwiegend auf

253

Frauen- und Jugendorganisationen, um bspw. mittels Diskussionsrunden die Bevölkerung für Fragen der Geschlechtergleichstellung zu sensibilisieren. Den jungen Erwachsenen wird durch regionale Vernetzung und Ausbildungsprogramme der Zugang zur Arbeitswelt erleichtert und durch politische Simulationen und internationale Konferenzen zu einem besseren Verständnis von Demokratieprozessen verholfen.

3. Förderung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen: Dabei zeigt sich die Rolle der FES durch Förderung von Gewerkschaften. Sie berät diese in ihren seit der Revolution veränderten gesellschaftspolitischen Rollen zur Unterstützung der randständigen und arbeitenden Bevölkerung in der Einforderung von sozioökonomischen Rechten. Darüber hinaus unterstützt sie die Gewerkschaften in deren Organisationsentwicklung und fördert deren Kompetenzen zur Entwicklung einer offenen und sozialverantwortlichen Marktwirtschaft.

Die Massnahmen der FES im Rahmen ihrer EDF beruhen vorwiegend auf der Bottom-Up-Strategie und zielen dadurch in zwei von drei Förderungsbereichen direkt und unmittelbar auf die Stärkung der Zivilgesellschaft. Einzig im Bereich der Stärkung demokratischer Staatsstrukturen arbeitet die FES direkt mit staatlichen Akteuren zusammen.

Die vordergründig positiven Demokratieförderungsinstrumente im Rahmen der Bottom-up-Strategie der FES machen die Auswirkungen und Effizienz der Massnahmen in Bezug auf die tunesische Demokratisierung generell schwerer fassbar als die quantifizierbaren Budgethilfen sowie wirtschaftlichen Liberalisierungsprogramme der EU. Der Party-to-Party-Ansatz und die damit enge Vernetzung der FES mit der ihr ideologisch nahestehenden Partei Ettakatol birgt gleichzeitig Vor- und Nachteile. Einerseits bergen die gemeinsamen Wertvorstellungen eine vertrauensvolle Basis für eine nachhaltige und langfristige Partnerschaft. Andererseits kann eine zu enge Bindung jedoch auch die Förderung eines demokratischen Parteienpluralismus in einem Transitionsland einschränken und bedroht werden kann auch die Legitimität der Stiftung in Abhängigkeit der aktuellen inländischen Reputation

der Partei schwanken. Die Globalzuschüsse der BMZ ermöglichen der FES sowohl eine langfristige als auch äusserst flexible und kontextabhängige Planung ihrer Projektstätigkeit in Tunesien. Ihre langjährige Präsenz vor Ort sowie ihre volksnahen Bottom-up- Strategien in der EDF geben der FES zudem eine grosse Legitimation in den Augen ihrer Partner sowie der Zivilgesellschaft im Ganzen. Gleichzeitig verhindern diese langfristigen Partnerschaften jedoch die Gefahr einer gewissen Partnerblindheit in dem Sinne, dass die spezifische Projekteffizienz über die Jahre nicht mehr bezweifelt wird.

2.2.9 Ergebnisse und Konsequenzen der europäischen Demokratieförderung

Ein wichtiges Problem bei der Abwicklung der EU-Budgethilfe im Rahmen der *Top-down-Strategie* und über die Regierung als erster Empfänger war, dass die Gelder nur an regierungskonforme NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen weiterflossen. Im Westen versteht sich dies als eine Isolation und Überwachung von oppositionellen Parteien und unabhängigen NGOs durch ein autoritäres Regime während Jahrzehnten. Unabhängige NGOs wurden angeblich für eine finanzielle Unterstützung durch EU-Gelder zur Selbstzensur gezwungen und für den nachweislichen Budgetabfluss durch das Regime eigene Organisationen gegründet. Die beabsichtigte politische Öffnung sowie die transparente Regierungsführung durch die funktionale Kooperation der EU mittels positiver sowie negativer *Konditionalitäten* in den Verträgen mit Tunesien ergaben während 20 jähriger Kooperation und wachsenden EU-Geldströmen keine signifikante Zunahme. Der größte Teil der Budgethilfe im Rahmen der Top-down-Strategie hat zu tun eigentlich mit dem Reform der staatlichen Verwaltungsstruktur und des Wirtschaftssystems. Allerdings wurden die Konditionalitätsklauseln gegenüber Tunesien trotz mehrfachen Verstößen gegen verankerte Menschenrechts- (MR) sowie Demokratiegrundsätze nur einmal durchgesetzt, was die politischen

Reformbemühungen auf keinen Fall geholfen hat. Die *Liberalisierungsagenda* im Rahmen der EU-EDF hat Tunesien wirtschaftlich keine wirklichen Vorteile oder Wachstum verschafft und auch der Transitions-Effekt hin zu einer politischen Öffnung kann entsprechend nicht nachgewiesen werden. Mit Hilfe der Liberalisierung und Etablierung des Freihandels wurde zwischen Tunesien und der EU ein hochasymmetrisches Handelssystem eingerichtet, welches Tunesien durch neu eingerichtete Zollsenkungen und eingeschränkter Wettbewerbsfähigkeit, bspw. durch fehlenden Zugang zum Landwirtschaftssektor, bis heute stark hemmt.

Die Umsetzung der *Sicherheitsagenda* der EU durch die Anpassung der tunesischen Gesetzgebung 2004 an die ESS legitimierte das autoritäre Regime unter dem Vorwand von „Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung“ zu einem äusserst harschen Vorgehen gegen jegliche oppositionellen Gruppierungen. Das Resultat waren willkürliche Verhaftungen von Internetaktivisten als „Cyberterroristen“, Drangsalierung von Oppositionsparteien und ein ausgebauter Sicherheitsapparat mit weitreichenden Sonderrechten. Als Reaktion wurde das Regime durch die EU als Stabilisator der Region gewürdigt und deren Hilfszahlungen erhöht.

2.2.10 Migrationspolitik der ENP nach den Umbrüche

Die grundlegenden Umbrüche in Tunesien und anderen Staaten der MENA-Region sowie die Überprüfung der Effektivität der Europäischen Nachbarschaftspolitik haben zu einem neuen Ansatz der ENP geführt.

Dies wurde in einer gemeinsamen Mitteilung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik vorgestellt. Der neue Ansatz basiert auf „einer gegenseitige Rechenschaftspflicht und einer gemeinsamen Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“²⁵⁴. Darüber hinaus bestehen im Gegensatz zum alten

²⁵⁴ **Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik (2011):** Gemeinsame Mitteilung KOM 303: Eine Neue Antwort auf eine Nachbar - schaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäi- schen Nachbarschaftspolitik, Brüssel 2011, S.2.

Ansatz der ENP Bedingungen, die Staaten erfüllen müssen, um von der EU weitere Förderung bekommen zu können. Die Rede hier ist von dem „more for more“ Ansatz, der besagt, dass Staaten, die bedeutende Fortschritte in ihren Reformen hin zu mehr Demokratie und Rechtstaatlichkeit vorweisen können, mehr Unterstützung von der EU bekommen. Die Unterstützung durch die EU ist sehr vielfältig und auf verschiedenen Ebenen bestimmt, zum Beispiel im Bereich des Institutionenaufbaus, gibt es das Mittel für die Entwicklung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich bzw. des Zugangs zum EU Binnenmarkt und der Erleichterung der Mobilität²⁵⁵. Grundlage für die Mittelzuweisung ab 2014 an die Länder waren die Fortschrittsberichte bzw. die Reformbilanzen der Jahre 2010–2013, um den „more for more“-Ansatz effektiv umsetzen zu können. Zentrale Eckpfeiler auch im Hinblick auf die Migrationspolitik der EU sind dabei die Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft als Trägerin der Demokratie, eine Intensivierung der Zusammenarbeit im (sicherheits-) politischen Bereich, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Mobilität. Bei Letzterem liegt das Augenmerk neben der Bekämpfung der irregulären Migration auf einem effektiven Grenzmanagement und dem Aufbau von Kapazitäten und Rechtssicherheit im Asylbereich als Grundvoraussetzungen für eine weitere Mobilitätspartnerschaft²⁵⁶. Daraus lässt sich bemerken, dass die neuen Pläne alte Ziele verfolgen: eine absolute Priorität genießt die Bekämpfung der irregulären Migration von Armutsflüchtlingen als sicherheitspolitische Angelegenheit.

Dieser neue Ansatz dient dazu, die Versäumnisse der EU bei Menschenrechtsverletzungen unter das alte Regime durch finanzielle Hilfen wieder auszugleichen und die jetzigen Regierungen zum Abschluss von neuen bilateralen Abkommen zur Rückübernahme zu bewegen. Außerdem dient der Institutionenauf und-Ausbau im Bereich Migration und Asyl einer weiteren „Exterritorialisierung“. Flüchtlinge können zukünftig in einem

²⁵⁵ Vgl. ebd. S.3-15

²⁵⁶ Vgl. ebd. S.14.

demokratischen und menschenrechtsfreundlichen Tunesien ihren Asylantrag stellen. Europa würde auf diese Weise vor den Flüchtlingen und den unerwünschten Migrant*innen weniger bedroht²⁵⁷.

2.2.11 Auswirkungen der südlichen sicherheitspolitischen Krisen auf Europa

Die ‚Neuerfindung‘ einer mittelmeerischen Identität beziehungsweise eine Repräsentation in der politischen Realität dürfen nicht dazu führen, dass die historischen und kulturellen Beziehungen zwischen Afrika und dem Mittelmeerraum unbedingt übersehen werden. Erstaunlich ist, wie die politischen Theoretiker die Mittelmeeridentität sogar die mythischen Vorstellungen analysieren, wenn sie auf ihre Thesen vertrauen, und gleichzeitig historische Fakten außer Acht lassen, die die Jahrhunderte alte Gemeinsamkeit der Geschichte des Mittelmeerraums und der Länder Subsahara-Afrikas bezeugen. Sowohl die kulturellen Gegebenheiten als auch die historische Realität widerlegen das ideologische Konstrukt eines Mittelmeerraums, der das Afrika südlich der Sahara aus dem Prozess der Wissenszirkulation und des Wissensaustauschs ausschließt. Dies ist bei der Gründung der ‚Union für das Mittelmeer‘ (UfM), über die man jetzt nach dem ‚Arabischen Frühling‘ wieder mehr spricht, geschehen. Weil die UfM für ein bestimmtes Verständnis vom Mittelmeerraum steht, sei hier etwas ausführlicher auf sie eingegangen. Das Projekt der ‚Union für das Mittelmeer‘ unter der Führung Frankreichs ist vielleicht Opfer von dessen politischem Kurs geworden. In jedem Fall hat dieser Kurs aber zu einer Verstümmelung der historischen Tatsachen geführt. Schlimmer noch, die Vision, die diesen politischen Kurs leitet, verschleiert die historische Wahrheit vielleicht sogar willentlich. Die UfM gründet auf der Abspaltung eines kompletten Teils der als eine Gesamtheit zum Mittelmeer gehörenden Länder, die den Wissens- und Kulturraum bilden, wie ihn der französische Historiker Fernand Braudel

²⁵⁷ Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik (2011): Gemeinsame Mitteilung KOM (2011) 303: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, Brüssel, S.2.

beschrieben hat. Es wäre intellektuell nicht vertretbar, den kulturellen Austausch und die Austauschbeziehungen insgesamt zwischen beiden Seiten der Sahara außer Acht zu lassen. Und es ist beinahe unmöglich, die kulturellen und geistigen Wirkungen auf die Beziehungen zwischen Nordafrika und Afrika südlich der Sahara zu ignorieren, die vom gemeinsamen Bekenntnis zur islamischen Religion ausgehen.

2.3 Die euromediterrane Partnerschaft , eine neue Version

2.3.1 Die euromediterrane Partnerschaft zwischen Erfolg und Stagnation

Man kann fest behaupten, dass zu den wichtigsten Hauptschwierigkeiten im wirtschaftlichen Teil der EMP das Ausklammern oder das Aufschieben der Liberalisierung des Agrar- und Dienstleistungshandels zählt.

Auch Beeinträchtigt die ungenügende Beseitigung der nichttarifären Hemmnisse den Marktzugang der Güter der MDL in die EU und erschwert die Möglichkeit einen positiven Einfluss auf die Integration in den MDL auszuüben. In der Tat wird die mangelnde Integration der MDL untereinander angeprangert und dasselbe für die ungenügenden finanziellen Unterstützungsleistungen der EU. Überdies werden die Assoziierungsabkommen in Bezug auf ihre inhaltliche Konzeption als verzwickt betrachtet, denn die abgemachten Ziele enthalten meistens eine geringe Verbindlichkeit ohne vergessen dass es diesen Zielen an genauere Modalitäten und Zeitpläne für deren Durchführung fehlt. Darüber hinaus gibt es ein anderes Problem in den Assoziierungsabkommen hinsichtlich der Verankerung von Zielen und Maßnahmen der Stabilisierung und Strukturanpassung in anderen, die außenwirtschaftlichen Reformen begleitenden Bereichen. In Anlehnung daran , dass eine ausführliche Analyse über „ die Angebote “ und „ die innovativen Ansätze “ der ENP von Bedeutung ist , um die EMP richtig zu festigen , wäre es auch hilfreich einige besonders unübersehbare Unstimmigkeit zwischen Anspruch und Wirklichkeit der ENP

näher zu untersuchen. Man vergisst nicht auch, dass von einer „substanziellen Ausweitung“ der finanziellen Hilfen zur Unterstützung der Reformprozesse in den ENP-Mitgliedsländern zumindest unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht die Rede sein kann. Aus den von der Kommission in einem Verordnungsentwurf 2004 vorgeschlagenen 14,9 Mrd. € für den Zeitraum 2007-2013 wurden am Ende 12 Mrd. €, von denen 1 Mrd. € nicht für das ENP, sondern erst für in Zukunft einzurichtende andere Fonds vorgesehen sind. Im Übrigen soll aus dem ENP auch die strategische Partnerschaft mit Russland finanziell unterstützt werden, obwohl dieses Land nicht der ENP angehört. Um das „innovativste“ Angebot der ENP, die „Teilnahme an den vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes“ möglich zu machen, wird umfassende finanzielle wie technische Hilfen empfohlen, da eine Anpassung der nationalen Vorschriften der MDL an EU-Richtlinien eine umfassende institutionelle Umstrukturierung und den Aufbau administrativer Kapazitäten in den MDL erfordert. Wie in die Darlegung der „Fortschritte“ bei der Implementierung der ENP erklärt wurde, haben die südlichen Nachbarländer ihr Wille bekräftigt, die Abkommen der Konformitätsprüfung und die Anerkennung gewerblicher Produkte auszuhandeln.

Doch es ist ganz richtig zu sagen dass dieser Prozess noch Jahre verlangt, damit er die erwünschte Wirkung der Abstimmung der Standards für eine Verbesserung des Marktzugangs der Güter aus den MDL in der EU in einer längerfristigen Perspektive möglich zu machen. Abgesehen von den einschränkenden Standards haben die EU aber eine ganze Reihe weiterer nichttarifärer Handelshemmnisse angewandt, darunter gibt es die Antidumping- und die Schutzmaßnahmen (Maßnahmen der sog. *contingent protection*) oder die komplexen Ursprungsregeln. Gemäß Ankündigungen sollen die „paneuromediterranen Ursprungsregeln“ von Seiten der europäischen Union den Zugang der Güter der MDL zum EU-Markt entscheidend besser machen. Eigentlich soll man diese komplizierten Regeln besprechen, ob sie im Verbund mit der Möglichkeit der Ursprungskumulierung zweckdienlich sind.

Außer der für die MDL hilfreichen Angleichung von technischen Vorschriften, Normen und anderen Richtlinien, ist es auch unübersehbar, dass viele EU-Binnenmarktdirektiven für die Entwicklungsländer im Ganzen und besonders Staaten wie die arabischen MDL als unpassend, irrelevant und sogar schädlich betrachtet wurden. Man behauptet, dass die dritte Grundfreiheit oder der freie Kapitalverkehr in der heutigen Situation der südlichen Nachbarländer auf alle Fälle eine langfristige Option sein kann. Die vierte Freiheit, der freie Personenverkehr, ist bis jetzt kaum ein Gesprächsthema der mit den MDL ausgehandelten Aktionspläne. Deshalb ist es die EU, die bei dieser Frage nichts tun könnte und im Gegenteil sie beharrt völlig auf das Thema der Bekämpfung der illegalen Migration beharrt. Deshalb erschwerten die Hindernisse in dem Personenverkehr doch die erwünschte Liberalisierung der Dienstleistungen zwischen der EU und den MDL. Es ist ganz deutlich, dass die Arbeit an der Verbesserung der zweiten Freiheit die ganze Aufmerksamkeit der EU erregt. Zwar verspricht sie auch für die MDL positive Effekte, die einzelnen zu liberalisierenden Sektoren müssen aber sorgfältig ausgewählt werden, um garantieren, dass die MDL für Wachstum und Entwicklung den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen und die damit verbundenen Risiken, von Dienstleistungsanbietern der EU „überrollt“ zu werden, auf ein erträgliches Maß eindämmen zu können. Im bezug auf die erste Freiheit, der freie Güterverkehr hat die ENP nicht einmal den Anstoß oder die Hoffnung auf eine massive Ausweitung der Agrarpräferenzen gegeben oder aber den Abbau der EU-Agrarsubventionen.

Eine mögliche Öffnung des EU-Marktes für die Agrargüter aus den MDL ist eigentlich eine Frage, die andere bilaterale Verhandlungen benötigt. Im Vergleich zu den Assoziierungsabkommen werden die Makroökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen sowie die Strukturreformen in den Aktionsplänen, wenn auch in den meisten Fällen nur „am Rande“, angesprochen. Genau wie die Aktionen in vielen anderen Bereichen werden hier wahrscheinlich allgemeine, höchstens grob definierte Ziele genannt.

Es steht doch zu befürchten, dass in der ENP der schon in der EMP nur begrenzt vorhandene regionale Ansatz weiter beschnitten oder an den Rand gedrängt wird. Hinsichtlich des Bilateralismus wird allem Anschein nach nicht nur die Asymmetrie der Beziehungen zwischen der EU und den MDL, sondern auch die Fragmentierung unter den Ländern der Mittelmeerregion gefördert. Abgesehen vom gelegentlich Verweis auf den Agadir-Prozess und von der beabsichtigten Förderung regionaler grenzüberschreitender Projekte, stellt die Süd-Süd-Integration in den Aktionsplänen kein Thema dar. Darüber hinaus wurde in den Fortschrittsberichten nicht gesagt, dass das Agadir-Abkommen trotz seines Inkrafttretens laut Zeitungsmeldungen nach wie vor erledigt werden müsste. Eigentlich gaben die beteiligten Länder die Schuld an der unterschiedlichen Interpretation der paneuromediterranen Ursprungsregeln.

2.3.2 Die Förderung der subregionalen Kooperation

Im Jahre 1989 wurde die Arabische Maghreb-Union (AMU) von den drei Maghreb-Staaten zusammen mit Mauretanien und Libyen die gegründet²⁵⁸. Trotz des Hauptziels der AMU den Intra-Maghreb-Handel zu verstärken und trotz der günstigen und strategischen Lage des Maghreb, die mit dem Atlantischen Ozean im Westen, dem Mittelmeer im Osten und die Sahara im Süden umgeben wird, sowie der unterschiedlichen Ressourcenausstattung aller drei Staaten – was einen potentiell günstigen sich ergänzenden Warenaustausch ermöglicht – werden tatsächlich die intramaghrebinischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen für Algerien, Marokko und Tunesien sowohl im Bezug auf den Umfangs als auch die Intensität bisher vernachlässigt. Die Statistiken haben gezeigt, dass alle drei Staaten bspw. 1998 weniger als 1% ihres jeweiligen bilateralen Außenhandels miteinander erledigen. Überdies beziffert sich der gesamte Import- und Exportanteil Nordafrikas (einschließlich Libyen und Mauretanien) in der Handelsbilanz Algeriens, Marokkos und Tunesiens auf unter 5%. Diese Proportion schwenkte

²⁵⁸ Tobias Schumacher (2005) : Europa und seine südlichen Nachbarn Chancen und Herausforderungen für Europas Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Maghreb , Diskussionspapier zum Dritten Deutsch-Spanischen Forum Madrid, 12.–13. S.08.

Anfang der 60er Jahre immer wieder, blieb allerdings bis in die jüngste Gegenwart unveränderlich auf ähnlich niedrigem Niveau. Es besteht die Möglichkeit, dass durch eine Verstärkung der subregionalen Zusammenarbeit die wirtschaftliche Skalenerträge und somit die möglichen Arbeitsplatzschaffungen veranlasst werden, deshalb soll die europäische Union die führende Rolle übernehmen, im Verlauf der EMP sowie der ENP immer mehr die in einen Dornröschenschlaf gelegenen AMU zu beleben.

Daraus kann man schließen, dass diese drei Staaten im Bezug auf die tatsächliche Nutzbarmachung der positiven Konditionalität in aller Deutlichkeit von den Vorteilen grenzüberschreitender regionaler Kooperation überzeugt werden müssen. Dies führt nicht nur zu einer Beseitigung der zahlreichen tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse, einer Diversifizierung der jeweiligen Produktionsstrukturen und vielfache Synergieeffekte. Eigentlich hat das Erlebnis des europäischen Integrationsprozesses gezeigt, dass diese intensiviertere transnationale Wirtschaftszusammenarbeit auch die Möglichkeit auf positive politische spill-overs gibt und jene auf ideologische oder divergierende (außen-)politische Grundkonzeptionen zurückgehenden Rivalitäten sukzessive abgebaut werden können.

2.3.3 Die Stärkung der Zivilgesellschaft

Mit der allmählichen Einbeziehung islamischer Bewegungen in den politischen Beschäftigungen²⁵⁹, hat sich auch die schrittweise Stärkung der Zivilgesellschaft in allen drei Maghreb-Staaten zugenommen. Insbesondere Korb III der EMP, die soziale und kulturelle Zusammenarbeit, hat sich diesem Ziel verschrieben, bislang aber nur wenig Erfolg gehabt. Zwar wurden zahlreiche, aus MEDA-Mitteln finanzierte Projekte wie bspw. das Euromed-Heritage-, das Euromed-Audiovisual- oder das Euromed Youth Action Programme initiiert. Mit Ausnahme des letztgenannten wenden sich diese Programme jedoch überwiegend an einen kleinen Zirkel privilegierter Eliten.

²⁵⁹ Vgl. ebd. S.20.

Ziel europäischer Politik muss es vielmehr sein, auf der Grundlage des Barcelona acquis die Zielgruppen deutlich auszuweiten und auch jene zivilgesellschaftliche Gruppen zu fördern, die sich außerhalb des Dunstkreises der herrschenden Regime bewegen. Ist letzteres bisher am Widerstand der Regierungen aller drei Staaten gescheitert – an vorderster Stelle dieser Ablehnungsfront steht unbestritten Tunesien – verfügt die EU spätestens seit der Schaffung der ENP über die Möglichkeit finanzielle Hilfe. Ein anderes Instrument könnte die Ausweitung von Handelspräferenzen als gezieltes Druckmittel sein.

2.3.4 Beseitigung tarifärer und nicht tarifärer Handelshemmnisse

Dank²⁶⁰ der mit der EU vereinbarten Assoziierungsabkommen konnten die drei Staaten seit 1995 neue bedeutsame Schritte im Bezug auf den bilateralen Handel mit der EU erzielen, trotzdem wurden diese Ländern durch die schlechte Entwicklung der terms of trade and finance in den letzten zehn Jahren unveränderlich bedroht. Algerien konnte seit 1981 dank der hohen Rohstofflastigkeit seiner Exporte seit 1981 einen Handelsbilanzüberschuss mit der EU verzeichnen, aber Marokko und Tunesien sollten mit immer mehr wachsenden Handelsbilanzdefiziten sowie – dies gilt auch für Algerien – mit einer steigenden Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten aus der EU umgehen. Die euromediterranen Freihandelszonen bis zum Jahr 2010 wurden als bilateral und vertikal betrachtet und beschränkt sich allein auf die Industrieprodukte. Eigentlich verstößt dies offenbar gegen die Ziele der EMP und führt zur Verschlechterung der Situation auf den nordafrikanischen Arbeitsmärkten. Um eine richtige und gut strukturierte Partnerschaft zu entwerfen, sollen die für die marokkanische und tunesische Volkswirtschaft bedeutenden Agrarhandel in die bilaterale wirtschaftliche Kooperation eingeschlossen. Dies würde die drei Maghreb-Staaten ermöglichen, fortan ihre in diesem Sektor bestehenden komparativen Kosten- und Wettbewerbsvorteile gewinnbringend zu nutzen.

²⁶⁰ Vgl. ebd. S.19.

Darüber hinaus wäre es leichter für die drei Staaten, der in den Assoziierungsabkommen vorgesehenen Reziprozität und dem damit verbundenen unilateralen Beseitigung der Zölle für das Einführen aus der EU zu begegnen. Im Rat der europäischen Agrarminister wird auch eine solche Maßnahme bereits seit Jahren vorbeigeredet und begegnet ihr eigentlich bis jetzt einen erbitterten Widerstand der südeuropäischen Agrarproduzenten und deren Lobby. Das insbesondere in Frankreich und Spanien immer wieder vorgetragene Argument, wonach ein möglicher Agrarfreihandel mit negativen Konsequenzen für die inländischen Produzenten verbunden wäre, wird aber nur bei oberflächlicher Betrachtung stichhaltig angesehen. Zum einen wurde die EU sowieso auch im Bezug auf die Doha Weltfreihandels-Runde gezwungen, ihren Agrarprotektionismus aufzugeben. Zum anderen besteht nur durch die gezielte Integration der drei Staaten in den Welthandel und die mögliche Schaffung von Arbeitsplätzen die Chance, dem wachsenden Migrationsdruck und der sich ausbreitenden Verelendung in der Region zwischen Tetouan im Westen und Tunis im Osten Einhalt zu gebieten.

2.3.5 Die europäische Annäherungen im Nahen Osten zwischen Erfolg und Scheitern

Wie es geplant wurde, steht die europäische²⁶¹ Union vor einem dynamischen Entwicklungsprozess. Mit der Ost- und Süderweiterung in den Jahren 2004 und 2007 entwickelte die EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten. Die Verabschiedung des Vertrags von Lissabon im Dezember 2007 markierte die dritte grundlegende Reform des EU-Primärrechts seit dem Vertrag von Maastricht im Jahre 1992. Die Union spielte nicht nur als interner sondern auch als externer Akteur und ist mit der Zeit verantwortlich geworden. Hat trotzdem die Erweiterung auch zu einer größeren internen Vielfalt geführt. Die alte Vision der Gründerväter aus den 50er Jahren, die eine politische Union gründen wollten, wird langsam durch einen pragmatischeren Ansatz zur europäischen

²⁶¹ Christian-Peter Hanelt (2009) : Die Zukunft sichern: Europas Agenda für eine friedlichere Nachbarschaft Diskussionspapier XI. Kronberger Gespräche „Europa und der Nahe Osten“ Bertelsmann Stiftung; S.10.

Integration überlagert, der sich vor allem auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen konzentriert.

Die europäische Historie als außen- und sicherheitspolitischer Akteur ist noch kurzfristig. Mit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht hatten die 12 Mitgliedstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft der geeignete Schritt übernommen, ihre vergemeinschaftete Binnenmarktpolitik durch eine intergouvernemental organisierte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und eine stärkere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innen- und Justizpolitik zu vervollkommen. Das Ziel der institutionellen und verfahrenstechnischen Reformen in den 90er Jahren war es, die GASP zu verbessern und somit den Gestaltungsverlust der einzelnen europäischen Länder zu entschädigen. Darüber hinaus hat die Erfahrungen des Kosovokrieges die europäische Außen- und Sicherheitspolitik bestärkt, der offen gelegt hatte, dass die EU keine militärischen Mittel besitzt, um bei einer humanitären Katastrophe vor ihrer Haustür wirkungsvoll einzugreifen zu können. Deswegen kamen die EU-Mitgliedstaaten dazu, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als untergeordnete Politik der GASP zu gründen²⁶².

Der Vertrag von Lissabon, der vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 gültig werden soll, löste bedeutende Veränderungen in der institutionellen Struktur der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aus. Er soll die Außenvertretung der Union bekräftigen, indem er das Doppelhut-Amt eines Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik einführt. Für fünf Jahre wird dieser zum Vorsitzenden des EU-Außenministerrats ernannt, parallel kann er die Stelle der Vizepräsident der Europäischen Kommission Kommissar für die Außenbeziehungen bekleiden.

Der Hohe Vertreter wird verfügbar für einen eigenen diplomatischen Dienst sein, der mit Diplomaten aus den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten besetzt wird. Das neue Amt gibt die Möglichkeit, die

²⁶² ebd. S.10.

außenpolitische Sichtbarkeit Europas besser zu machen und die Koordinierung zwischen dem Ministerrat und der Kommission herzustellen.

Der Vertrag von Lissabon bietet auch unterschiedliche Arten differenzierter Integration zum Beispiel das Instrument der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ für die Mitgliedstaaten, das Ziel ist, die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik schneller voranzubringen .

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU sollte sich trotzdem unter der Realität unterworfen werden. Obwohl die EU noch kein ausgereifter außen- und sicherheitspolitischer Akteur ist, kann man aber nicht um die Tatsache herumkommen, dass sie auch nicht als solcher wahrgenommen wird, weder von den Europäern selbst noch von Drittländern. Trotzdem würden es europäische und nichteuropäische Länder begrüßen, wenn die Union eine größere Rolle in den internationalen Beziehungen spielen würde; entsprechend hoch sind die Erwartungen. Jede Bewertung der internationalen Fähigkeiten der EU muss trotzdem die Tatsache in Betracht ziehen, dass die EU 27 Mitgliedstaaten umfasst, die erst vor Kurzem den Schritt übernommen haben , den sensiblen Bereich der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik zu integrieren. Ich würde lügen wenn ich sage dass dieser Prozess leicht durchzuführen ist, eigentlich es ergeben sich immer noch unterschiedliche Schwierigkeiten. Er hat sich aber stetig in Richtung einer größeren Kohärenz und eines größeren Engagements bewegt. Dies zeigt sich vor allem Im Nahen Osten genauer gesagt an den Verhandlungen der EU-3 und Javier Solanas mit dem Iran (später ergänzt um China, Russland und die Vereinigten Staaten), der EU-Grenzenhilfsmmission (EUBAM) und der EU-Polizeimission in den Palästinensergebieten (EUPOL COPPS)²⁶³.

Die europäische Meinung über den Nahen Osten und auf Nordafrika hat sich infolge der Ereignisse des 11. September 2001, der terroristischen Angriffe in der europäischen Mitgliedsländern sowie die zunehmende illegale Migration aus den südlichen Ländern und des verschärften Wettbewerbs um Energieressourcen verändert. Eigentlich bedeutet diese unerwünschte

²⁶³ ebd .S.11.

Nachbarschaft für die europäische Union ein ganz offenkundiges Sicherheitsrisiko und eine echte strategische Bedrohung, enthält trotzdem wirtschaftliche positive Seiten. Der Einfluss der Entwicklungen im Nahen Osten haben war nicht nur sichtbar auf die europäischen Gesellschaften und insbesondere auf die europäische Union sondern auch auf die Vereinigten Staaten. Es kann richtig zu behaupten, dass die europäische Förderung den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in den Staaten und Gesellschaften des Nahen Ostens im Rahmen der 1995 initiierten Euro-Mediterranen Partnerschaft („Barcelona-Prozess“) gleichzeitig zu unübersichtlichen Sicherheitsrisiken führen kann. Die Europäische Sicherheitsstrategie wurde im Jahr 2003 von der europäischen Union festgelegt, darin wurden vier der fünf wichtigsten Bedrohungen unter anderem erwähnt, die in Verbindung mit dem Nahen Osten stehen, sie sind: Al-Kaida, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte und failing states.

Dazu ist es wichtig zu erwähnen dass, die 2005 angenommene europäische Antiterrorstrategie gleichzeitig unterschiedliche Auswirkungen besonders auf das externe Handeln der EU hat. Wegen der im Jahre 2005 immer noch zunehmenden und erwünschten Migration sowie der bestehenden Möglichkeit, die neuen Mitgliedstaaten in das Schengen-Gebiet aufzunehmen, haben sieben EU-Mitgliedstaaten beschlossen, den Vertrag von Prüm zu unterschreiben. Das Ziel war es, die Ursachen des Terrorismus, die Überschreitung der Kriminalität sowie die illegale Migration zu bekämpfen. Diese ergebene neue Form der „Versicherheitlichung“ der europäischen Sicht auf den Nahen und Mittleren Osten hat die Politiken der EU diesen Ländern gegenüber klar und eindeutig beeinflusst²⁶⁴.

Andererseits suchte die 1995 initiierte Euro-Mediterrane Partnerschaft die seit langem bestreitbaren Konflikte zu lösen. Unter anderem bieten die Osloer Verträge die Möglichkeit den Frieden zwischen Israel und Palästina zu stiften. Man erhoffte, dass dieser Schritt die Konflikte in der ganzen Region partiell schlichten könnte. Zuerst war der Barcelona-Prozess hoffnungsvoll. Mithilfe

²⁶⁴ ebd. S.11.

des breit angelegten Konzepts eines wirtschaftlichen, politischen, sicherheitspolitischen und kulturellen Austausches zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten und den Mittelmeerländern wollte die EU, zur die regionalen Stabilität und Sicherheit beizutragen, indem sie die Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas politisch und wirtschaftlich unterstützen könnte.

Trotzdem könnten diese Hoffnungen und Berechnungen nach fast Zehn Jahren kaum ans Licht kommen. Vor dem Hintergrund der neuen „versicherheitlichten“ europäischen Agenda wurden der Barcelona-Prozess und die südliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), mit der 2004 als Reaktion auf die Ost- und Süderweiterung begonnen wurde, als Rest einer anderen Epoche betrachtet. Die Kritiker haben über diese europäische fehlerhaft Annäherungen eine klare Unzufriedenheit geäußert. All diese Serie von Programmen, Initiativen, Aktionsplänen und Treffen verschiedener Art haben gezeigt, dass die Prioritätensetzung fehlerhaft ist und dass Barcelona-Prozess und ENP einander duplizieren. Darüber hinaus stellt die ENP hinsichtlich der problematischen Kombination ihrer östlichen und südlichen Dimensionen ein echtes Problem dar.

Die Idee einer langfristig vorgeplanten Verpflichtung zur Stabilisierung der Region ist bestimmt vernünftig. Aber die Angelegenheit braucht mehr eine abgewogene Handlung, um nicht die Euro-Mittelmeer- Initiativen so abzuschwächen, dass sie eigentlich wirkungslos sind. Überdies sollten andere Bemühungen gemacht werden, um die beiden Seiten zu besserer Zusammenarbeit zu ermutigen. Eine andere Problematik ist es, dass die europäische Verpflichtung in der Region trotz einer Menge von Initiativen nicht von größer Bedeutung war oder zumindest offensichtlich nicht klar gezeigt wurde. Die europäischen Annäherungen in der Region wurden eigentlich an der Abwesenheit des strategischen EU-Ansatzes bemängelt, der die Entwicklungen der letzten Jahre berücksichtigt. Trotzdem sind die EU und ihre Mitgliedstaaten immer mehr in der Region anwesend. Als Beweis dafür hat die europäischen Union Militär- und Polizeikräfte nach Afghanistan, in den Irak, den Libanon und in dem Palästina entsendet. Strategisch wurde dieser

Schritt jedoch als schwach angesehen. Man kann sagen, dass die europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahre 2003 erfolgreich war, obwohl sie eher eine Beschreibung der Risiken und Bedrohungen ist als ein klar definiertes strategisches Konzept. Ein Klare Beweis für dieses konzeptionellen Scheitern ist die Zerbrechlichkeit der europäischen Außenpolitik im Nahen Osten und in Nordafrika. Dies macht die EU zu einem schwierigen Partner. Vielleicht muss die europäische Union seinen Standpunkt gegenüber dem Nahen Osten und Mittleren Osten grundlegend und neu klären und dadurch richtige Maßnahmen treffen können. Es wäre falsch daraus zu schließen, dass die EU auf den Barcelona-Prozess und die ENP total verzichten sollte. Im Gegenteil sollte sie auf diesen Erfahrungen aufbauen und aus der Vergangenheit lernen.

2.3.6 Gewagte Schritte zur Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols

Die Regierungen der Transformationsstaaten streben danach²⁶⁵, das staatliche Gewaltmonopol sowie die öffentliche Sicherheit wieder zu schaffen .Um eine richtige wissenschaftliche Analyse der staatlichen Maßnahmen der Transformationsstaaten zwecks der Wiederherstellung der inneren Sicherheit und des staatlichen Gewaltmonopols durchzuführen , sollte man vor allem mithilfe der Erfahrungen aus dem Irak und aus Afghanistan auf den folgenden drei Pfeiler und die in ihnen umgesetzten Maßnahmen eingehen :

- 1) den Pfeiler der Legislation (es geht darum , welche neuen Gesetze hinsichtlich des Sicherheitsbereichs oder der öffentlichen Sicherheit wurden erlassen ?);
- 2) den Pfeiler der Sicherheit (Welche sind die geeigneten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheitsorgane einschließlich ihrer materiellen/technischen Besserstellung wurden getroffen?)
- 3) den Pfeiler der regionalen und internationalen Zusammenarbeit (Welche sind Ländern, mit deren diese Zusammenarbeit geschlossen wurde und was

²⁶⁵ Hanspeter Mattes (2013) : Politische Transformation und Gewalt in Tunesien, Ägypten und Libyen seit 2011: Ein Forschungsaufriß , Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien , Hamburg , S.22.

für eine Form, in der entweder auf regionale oder internationale Ebene die Kooperation verstärkt wurde, um die Sicherheitsprobleme zu bewältigen ?).

Die Vorgänge und die Ereignisse, die 2011 nach den Machtwechseln passierten, deuten darauf hin, dass diese entsprechend den länderspezifischen Ausgangsvoraussetzungen stark unterschiedlich sind.

2.3.6.1 Schaffung neuer Gesetze und Dekrete

Die Antwort der drei maghrebischen Staaten auf die Sicherheitsprobleme war es, gesetzliche Maßnahmen überzunehmen. Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten gehören zum Standardrepertoire der Rückgriff auf die Verhängung und/oder Verlängerung des Notstandes (landesweit oder wie z.B. in Ägypten auf der Sinai-Halbinsel oder in den Unruhestädten Port-Said, Suez und Ismailia) sowie auf temporäre Ausgangssperren im Fall akuter Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit. Da in Libyen nach dem Sturz Qaddafis vor allem kein gesetzliches Reglementarium zur Verfügung stand, wurde ein mit Ende September 2012 veröffentlichtes Notstandsgesetz in Leben gerufen. Gefestigt wurde diese Initiative sowohl in Ägypten als auch in Libyen durch die Einführung bzw. die Verschärfung des Demonstrationsrechts, die den Innenministerien weitreichende Verbotsmöglichkeiten an die Hand gaben.

In alle drei Transformationsstaaten wurden auch gesetzliche Initiativen in Form sogenannter politischer Ausschlussgesetze ergriffen, dieser Schritt bezweckt damit, die ehemalige Regimeanhänger an den zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen nicht teilnehmen lassen²⁶⁶.

2.3.6.2 Wiederherstellungen des Sicherheitssektors

In allen drei Staaten ist die Verbesserung des Sicherheitssektors nach den Machtwechseln– wenngleich in unterschiedlichem Umfang –angefangen. In Tunesien zum Beispiel gab es seit Frühjahr 2011, vor allem mit der Auflösung der

²⁶⁶ Ebd. S.23.

politischen Polizei am 7. März 2011, erste Schritte zur Reform des Sicherheitssektors und des Innenministeriums, doch blieb die Verwirklichung solcher Schritte bis heute ungeschlüssig. Im Bezug auf die ausufernde politische sah die neue Regierung Layaredh vom März 2013 allerdings die „Wiederherstellung der Sicherheit“ als eine Toppriorität an²⁶⁷. Die Sicherheitslage wurde immer mehr in Libyen erschwert, denn mit dem Sturz des Qaddafi-Regimes sollten nicht nur die bestehenden staatlichen Institutionen, sondern auch alle Sicherheitsorgane durch neue ersetzt werden. Nach der Wahl des Nationalkongresses im Juli 2012 und der Wahl der neuen Regierung von Premierminister Ali Zaidan ist die Institutionenbildung noch einmal in Zustände gebracht worden, damit die Ministerien strukturiert arbeiten können.

Gefragt sind hierbei vor allem das Verteidigungsministerium und das Innenministerium, deren Minister im Dezember 2012 im Nationalkongress ihre Pläne zum Aufbau der Armee und Polizei, der Demobilisierung irregulärer Brigaden und der sukzessiven Einsammlung leichter und schwerer Waffen vorlegten. In diese Pläne sind die Zivilgesellschaft, die Stammesführer und die Medien eng eingebunden; mit dem *Programm Tumuh* im Umfang von 500 Millionen Libysche Dinar soll mehreren Tausend Brigadisten die wirtschaftliche Selbständigkeit ermöglicht werden. In Ägypten haben sich bis jetzt zumindest neue Anzeichen zur Lösung der Sicherheitsdefizite gezeigt. Zwar gibt es auch hier in Ansätzen eine Restrukturierung des Sicherheitssektors. So wurde die am 15. März 2011 aufgelöste Staatssicherheit durch den neuen *National Security Sektor* abgelöst, dabei aber viele der 100.000 Beamten übernommen. Nach Angaben von ägyptischen Menschenrechtlern und internationalen Menschenrechtsorganisationen nähert sich die polizeiliche Funktionsweise wegen ausbleibender inhaltlicher Reformen inzwischen stark derjenigen der Mubarak-Ära an.

Der Einsatz der Sicherheitskräfte auf dem Tahrirplatz in Kairo und im Regierungsviertel bei den Protesten der Opposition gegen Präsident Mursi im Dezember 2012 erfolgte deshalb wie früher äußerst repressiv, dies gilt auch für

²⁶⁷ Ebd. S.23.

den Umgang mit dem Terrorismus, der sich seit 2011 hauptsächlich auf der Sinai konzentriert; ein neuer Bekämpfungsansatz, u.a. eine politische Deradikalisierungsstrategie mit sozioökonomischer Komponente, ist derzeit nicht erkennbar.

2.3.6.3 Die Bedeutung der transnationalen Sicherheitskooperation

Die Zusammenarbeit ²⁶⁸ mit der nordafrikanischen Ländern wurde Trotz der ausgeprägten internationalen Auswirkung der nordafrikanischen Sicherheitsprobleme (Waffenschmuggel, Drogenschmuggel, transnationale Aktivitäten terroristischer Gruppen) und des hohen Reformbedarfs der nationalen Sicherheitsorgane einschließlich ihrer politischen Führungsstrukturen (Innenministerium, Verteidigungsministerium) bis jetzt ausgenommen Libyen – als uneffektiv. Eigentlich diese schwankende Kooperation zeigt kaum die Ursachen diese Reserve. Dabei ist das entwickelte Bewusstsein nationaler Souveränität keine Plausibel Begründung, weil dieses auch die Lage in Libyen ist. Im Bezug auf die Ausbildung von Armee- und Polizeioffizieren kooperierte die Libysche Staatsführung seit 2012 mit mehreren Staaten (u.a. der Türkei, Jordanien, Großbritannien, den USA) .Dabei wollte sich sie besonders im Bezug auf die Grenzsicherung die ausländische Unterstützung verschaffen.

2.3.6.4 Keine schnelle Verbesserung der öffentlichen Sicherheit

Zwecks der Reorganisation des Sicherheitsapparates sowie der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols in allen drei nordafrikanischen Staaten wurden „Sicherheitssektorreformen“ im Sinne effektiver und effizienter staatlicher Eingriffe eingeleitet. Man kann jedoch nicht um die Tatsache herumkommen, dass die ergriffenen Maßnahmen sich allerdings in keinem Staat bis jetzt durch den normativen Charakter (demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte, die Transparenz) kennzeichneten. Das selbe passierte hinsichtlich der Erhöhung der öffentlichen

²⁶⁸ Ebd. S.24.

Sicherheit oder der Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols anbelangt, denn in keinem Staat verbesserte sich die Situation in positiver Weise.

Abgesehen von den ergriffenen Maßnahmen verschlechterte sich die öffentliche Situation immer noch, das kann man beispielsweise in den hohen Kriminalitätsraten und der politischen Gewalt (mit der Folge einer stetigen Verlängerung des Not-standes) erkennen. Als gigantische sicherheitspolitische Herausforderung stellten die militanten Islamisten/Salafisten, die islamistischen Terrorzellen sowie der Waffenschmuggel dar, aber auch die gewaltförmigen sozialen Proteste werden andauern, denn die Ursachen für die Proteste nicht behoben wurden. Hier sind die auch von der UNO eingeforderten politischen Aktivitäten gefragt, die über den reinen Sicherheitsansatz hinausgehen; gerade die sozioökonomische Entwicklung stockt jedoch (als Folge des drastischen Rückgangs des Tourismus und der ausländischen Direktinvestitionen, steigender Auslandsschulden und Haushaltskrise usw.), so dass die erforderlichen Regionalentwicklungsmaßnahmen nicht in Angriff genommen werden können. Das Phänomen der „chronischen Gewalt“ wurde durch einen Bund von unterschiedlichen Faktoren verursacht, darunter gibt es die soziale Ungleichheit, die Konsequenzen der Transformationsprozesse (wie die Instabilität, Sicherheitsvakuum) ohne vergessen die nicht erwünschte Auswirkungen der Globalisierung.

2.3.6.5 Perspektiven für eine politische und wirtschaftliche Annäherung

Durch den politischen Umbruch in der arabischen Welt hat sich das Bild dieser Länder in der westlichen Öffentlichkeit stark verändert²⁶⁹. Der Stereotyp, wonach arabische Staaten, wenn sie nicht diktatorisch-autoritär regiert wurden, zwangsläufig islamisch-fundamentalistische Regierungssysteme annehmen wurden, ist einer komplexeren Wahrnehmung der Situation gewichen. Eine dritte Möglichkeit, die man bisher nur mit dem Sonderfall Türkei assoziiert hatte, erscheint nun auch für andere islamische

Länder der Mittelmeerregion nicht mehr als unrealistisch, nämlich dass sich ihre Gesellschaften hin zu pluralistischen Demokratien entwickeln und die Nahe Europas suchen konnten. Doch besteht noch ein anderes Stereotyp über diese Staaten, das nun allerdings auch dabei ist, von der Wirklichkeit widerlegt zu werden: Arabische Länder werden als dauerhaft wirtschaftlich rückständig angesehen. Gewiss, ihr Abstand in der Wirtschaftsleistung zu den Industriestaaten ist absolut gesehen groß. Aber was in Europa noch kaum wahrgenommen wird: Er verringert sich stetig, und das teils sehr schnell. Eines der aussagekräftigsten Maße, um den Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft einzuschätzen, ist das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Einkommen. Dieses liegt in Libyen mit 13.868 Dollar (2008) in etwa auf dem Niveau von Lettland oder der Türkei und übertrifft sogar um einiges das von Bulgarien und Rumänien. Der hohe Wert ist indes den libyschen Erdölvorkommen geschuldet und nicht so sehr einer besonderen Wirtschaftsdynamik. Im rohstoffarmen Tunesien liegt die PPP/capita mit 9.165 US-Dollar (2009) im Bereich von Montenegro, Serbien und Bosnien-Herzegowina, die alle in die Europäische Union (EU) streben. Algerien mit 6.769 US-Dollar (2009) und Ägypten mit 6.112 US-Dollar (2009) befinden sich in etwa auf dem Niveau von Albanien. Deutlich zurück liegt Marokko mit 4.794 US-Dollar (2010). Die Steigerungen des PPP/capita innerhalb einer Dekade waren vor allem in Tunesien mit 83 Prozent (1999–2009) besonders stark. Würde diese Rate fortbestehen, dann könnte das Land in etwas mehr als 20 Jahren den heutigen durchschnittlichen Lebensstandard in der EU erreichen. Doch auch Marokko wies mit 80 Prozent (2000–2010) eine ähnlich hohe Steigerungsrate auf und lag damit noch über dem Wert von 75 Prozent in der Türkei (2000–2010). Deutlich langsamer entwickelte sich das PPP/capita in Ägypten mit 64 Prozent (1999–2009) und Algerien mit 54 Prozent (1999–2009). Zum Vergleich: In der EU ist das PPP/capita im Durchschnitt lediglich um 39 Prozent (2000–2010) gestiegen. Wenn sich die Wirtschaftsleistungen der arabischen Länder weiter an die der Europäischen Union annähern, dann würde sich eine engere wirtschaftliche Verzahnung fast von alleine empfehlen.

Bedenkt man, dass der demographische Wandel im Norden höchstwahrscheinlich zu einem Arbeitskräftemangel führen wird, der nicht mehr durch Bildungsexpansion oder Immigration ausgeglichen werden kann, so werden sich europäische Firmen schon allein aus diesem Grund langfristig nach neuen Produktionsstandorten außerhalb der heutigen EU umsehen müssen. Die arabischen Reformstaaten waren Kandidaten dafür. Auch, um neue Märkte zu erschließen: Diese Länder konnten in Zukunft wieder ihre historische Brückenfunktion zwischen Europa und den entfernten Gegenden am Persischen Golf und in Sahel-Afrika einnehmen. Allerdings haben bisher alle Versuche, einander näher zu kommen, nicht sehr weit geführt.

Der letzte davon war 2008 die Gründung der Union für das Mittelmeer, mit der die Beziehungen der EU zu den südlichen und östlichen Mittelmeeranrainern eine multilaterale institutionelle Form bekommen sollten. Die kurz darauf einsetzende Verschärfung des Nahost-Konflikts durch die Militäroffensive Israels im Gazastreifen blockiert dieses Projekt bis heute. Wie es weitergeht, ist offen und wird Zeit brauchen. Nach den Revolutionen in der arabischen Welt müssen in einigen Ländern erst die Regierungsbildungen abgeschlossen sein, bevor man eine Neuordnung des Verhältnisses zu Europa angehen kann. Wenn es dabei nur bei einem Wiederbelebungsversuch der Union für das Mittelmeer bliebe, wäre dies äußerst unbefriedigend. Es wurden ja weiterhin autoritäre Regimes und Diktatoren mit am Tisch sitzen – falls sie angesichts der jüngsten Ereignisse überhaupt Platz nehmen wollen. Für die Anbindung der Reformkleider an die Europäische Union muss deswegen nach einem anderen Weg gesucht werden. Wollen sich die Europäer ernsthaft für eine Demokratisierung des ganzen Mittelmeerraums einsetzen, sollten sie eine partnerschaftlich Organisation anstreben, in der die Beziehungen aller beteiligten Staaten untereinander und die ihrer Bürger zueinander im selben Geist und nach ähnlichen Standards kooperativ geregelt werden, wie dies heute in der EU geschieht. Die Agenda der Union für das Mittelmeer enthielt lediglich ein Lippenbekenntnis zur Demokratie und zum Pluralismus, aber

keinerlei belastbare Verpflichtung ihrer Mitglieder zur Einführung einer demokratischen Grundordnung. Darum ist eine neue Europa-Mittelmeer-Union nötig, die sich nicht nur als Wirtschaftsunion versteht, sondern auch als Wertegemeinschaft. Neben einer Komponente zur Wirtschaftsförderung sollte sie verbindliche Standards für Rechtsstaatlichkeit, politische Partizipation, Minderheitenschutz und zivile Konfliktregulierung entwickeln und deren Implementierung einfordern.

An einer solchen Union wurden anfangs sicher nur wenige arabische Staaten mitwirken. Aber die Chancen waren groß, dass sich eine ähnliche Beitrittsdynamik einstellt wie in der Vergangenheit in der EU. Allein schon die Aussicht auf eine Mitgliedschaft wurde den Ländern, die sie anstreben, helfen, sich im Innern zu modernisieren und zu demokratisieren – und das noch bevor sie tatsächlich teilnehmen. Einen entsprechenden Effekt hat ja auch der in Aussicht stehende EU-Beitritt für die Türkei. Sollte solch eine Europa-Mittelmeer-Union Wirklichkeit werden, dann konnte man vielleicht zum ersten Mal tatsächlich darauf hoffen, dass für die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen in der Region, wie etwa für die Konflikte zwischen Algerien und Marokko um die Westsahara oder für den Israel-Palästina-Konflikt, endlich doch noch ein Kompromiss gefunden wird. Denn für die Wahrung von Minderheitenrechten und die Regelung zwischenstaatlicher Kontroversen wurden etablierte rechtsstaatliche Verfahren existieren, deren Neutralität dadurch gefordert wurde, dass die überwiegende Mehrheit der anderen Mitgliedsstaaten keine besonderen Interessen mit einer der Konfliktparteien verbindet. Die Akzeptanz von auf diesem Wege gefundenen Regelungen durfte entsprechend hoch sein. Die Gründungsmitglieder einer solchen Europa- Mittelmeer-Union mussten natürlich alle bereits gewisse Mindeststandards der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einhalten. Es wurde sich darum als erster Schritt hin zu einer solchen Union empfehlen, den Ländern, die sich auf diesen Weg begeben wollen, bald eine Mitgliedschaft im Europarat in Aussicht zu stellen. Die Länder, die ein solches Angebot

annehmen, wurden damit die Europäische Menschenrechtskonvention anerkennen und ihren Bürgern die Möglichkeit einräumen, sich mit Beschwerden an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wenden.

Zu den Erstunterzeichnern der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahr 1950 gehörte im Übrigen auch schon ein muslimisches Land: die Türkei. Ob nun gar das eine oder andere arabische Land irgendwann einmal Mitglied in der EU werden kann, ist eine ganz andere Frage. Jedenfalls wäre die Gründung einer Europa-Mittelmeer-Union noch keine Vorentscheidung für eine entsprechende EU-Erweiterung selbst. Falls sich die EU auf einen Europa-Staat hin entwickelt, wäre eine solche Erweiterung eher unwahrscheinlich, weil dann auch die kulturellen Unterschiede einer starken Integration entgegenwirken würden. Im anderen Fall, einer weiterhin eher losen Assoziation von im Kern souveränen Einzelstaaten, wäre ein Zusammengehen einfacher, denn vieles, was das alltägliche Zusammenleben der Menschen betrifft, wurde auch in Zukunft individuell geregelt werden. Kulturelle Unterschiede würden sich in einer solchen EU weniger stark bemerkbar machen. Natürlich ist momentan noch nicht sicher, welche arabischen Länder sich in einen liberalen, demokratischen Rechtsstaat verwandeln werden und ob diese sich dann tatsächlich in Richtung Europa orientieren wollen. Von Tunesien wäre dies am ehesten zu erwarten. Marokko hat sich auf den Weg hin zu einer konstitutionellen Monarchie begeben und hatte auch schon einmal 1987 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der damaligen Europäischen Gemeinschaft gestellt. In Algerien ist man nach einem schrecklichen Bürgerkrieg sehr auf Stabilität bedacht, auch wenn dies politische Stagnation bedeutet. Wie es in Libyen nach dem Sturz Muammar al-Gaddafi weitergehen wird, ist offen; selbst einen Zerfall des Landes kann man nicht ausschließen. In Ägypten hat das Militär bis jetzt einen großen Teil seiner Macht behaupten können, und als zweite dominierende Kraft haben sich die Muslimbrüder erwiesen; eine Annäherung an Europa im beschriebenen

Sinne ist darum dort wenig wahrscheinlich. Was die Länder der östlichen Mittelmeerküste betrifft, so wird vieles von der weiteren Entwicklung in Syrien abhängen. Die Zeit ist darum vielleicht noch nicht ganz reif für das, was ich hier beschrieben habe. Aber solche Visionen haben den Zweck, uns für künftige Möglichkeiten sensibel zu machen, damit wir die Gelegenheiten, die sich bieten, auch tatsächlich wahrnehmen. Vergessen wir nicht: ‚Kairos‘, der ‚rechte Zeitpunkt‘, ist ein scheuer Gott. Er kommt auf Zehenspitzen daher und fliegt wie der Wind. Man muss ihn vorne beim Schopfe packen, denn hinten am Haupt ist er kahl.

2.3.7 Zukünftige Szenarien für die euromediterrane Partnerschaft

In den euromediterranen Beziehungen genießt²⁷⁰ die Bilateralen Beziehungen einen unschätzbaren Wert, überdies und trotz aller Hindernisse hat der multilaterale Rahmen des Barcelona-Prozesses vor dem Hintergrund von Krisen, Unruhen und Unsicherheit mehr denn je seine Daseinsberechtigung.

Aus diesem Grund wäre es sehr ratsam, dass der Barcelona-Prozess weiterentwickelt, vorangetrieben und zu neuem richtigen Phase versetzt werden muss, damit man den gemeinsamen Risiken und Herausforderungen richtig gegenüberstehen kann. Der Plan der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft (EMP) ist ein Teil eines multilateralen Ansatzes der internationalen Beziehungen. Das Kern dieses Projekts, die menschliche Entwicklung, gibt die Möglichkeit, die Millenniums- Entwicklungsziele der Vereinten Nationen für die Mittelmeerregion zu verwirklichen, wobei mögliche Synergien mit anderen Entwicklungs -rahmen und -partnerschaften in der Welt, wie zum Beispiel den Ländern südlich der Sahara, dadurch gefördert werden.

Die Wiederherstellung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft ist für den Aufbau einer strategischen Allianz politisch sehr notwendig. Daher muss die Verpflichtung aller beteiligten Länder für die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft und die Ziele der Annäherung und des gemeinsamen Wohlstands noch einmal

²⁷⁰ Martin Schulz (2008) : Die Zukunft der EUROPA-MITTELMEER- Beziehungen, Dokument der SPE-Fraktion . S.09.

betont werden. Es ist sinnvoll, sich bei der Kooperation an den Grundsätzen der Partizipation, gerechten Partnerschaft und Konzertierung zu orientieren. Dies wird bei den südlichen Partnern das Verantwortungsgefühl für den Prozess stärken. Die Gesellschaften der südlichen Mittelmeerländer beginnen in unterschiedlichem Maße, sich für Reformen einzusetzen, und zu versuchen, die Marktwirtschaft zu fördern, ihre Auswüchse zu korrigieren und die demokratischen Grundsätze einzuhalten. Es bleibt aber noch vieles zu tun²⁷¹.

Eine Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses darf sich nicht allein auf Wirtschaft und Handel beschränken. Die drei Säulen des Prozesses sind eng miteinander verbunden und müssen gemeinsam vorangebracht werden. Die Schaffung einer Freihandelszone und die Liberalisierung des Handels sind kein Selbstzweck. Sie müssen mit einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und der Einbeziehung sozialer und umweltpolitischer Bereiche einhergehen. Der Erfolg dieses Ansatzes hängt unabdingbar davon ab, ob die südlichen Partner für eine Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer wiedergewonnen werden können. Die Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit muss ferner auf die Länder der Adriaküste ausgedehnt werden, deren Mittelmeeridentität außer Zweifel steht. Eine Wiederbelebung der Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit auf beiden Seiten darf nicht durch kulturelle Missverständnisse oder falsche Annahmen belastet werden. Der Besitzstand, den die Allianz der Zivilisationen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen künftig verkörpern wird, muss die Grundlage sein, um die gemeinsamen und universellen Werte bei gleichzeitiger Achtung der kulturellen Besonderheiten eines jeden zu stärken. Die in diesem Rahmen erörterten Fragestellungen bilden einen Mehrwert für die Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit (Bildung, Stellung der Frau, Menschenrechte usw.). Die Rede von den festen Bindungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern des südlichen Mittelmeerraums macht uns aufmerksam darauf, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) sich nicht nur auf die Aktionspläne für jedes Land beschränken darf und nicht

²⁷¹ Ebd. S.09.

als Ersatz für die Europa-Mittelmeer-Politik (EMP) angesehen werden kann , genauer gesagt nicht in Konkurrenz zu ihr stehen soll. Die beiden Ansätze müssen einander ergänzen, sie müssen die Reform - Prozesse in den südlichen Mittelmeerländern fördern und die regionale Zusammenarbeit verbessern.

Wir sind der Meinung²⁷² , dass die Ziele der ENP mehr denn je bestimmt werden sollen , damit der multilaterale Barcelona-Prozess nicht durch bilaterale Ansätze negativ beeinflusst wird. Auch soll diese ENP die vereinbarten Erwartungen und Forderungen der Mittelmeerpartner erfüllen , deshalb muss auch in Betracht gezogen werden, dass die geografische Verteilung der europäischen Finanzhilfe so bleiben , wie es in der Finanziellen Vorplanung für 2007-2013 und den Modalitäten für die Gewährung der Finanzhilfe vorgeplant wird. Wir müssen uns kontinuierlich dafür engagieren, die richtigen Lösungen für die in dieser Region immer mehr verschlimmerten Konflikte herausfinden. Der Nahostkonflikt muss in der gleichen Weise beseitigt werden wie die anderen Konflikte beispielsweise in der Westsahara. Da die europäische Union das Vertrauen aller beteiligten Partner erwerben konnte, muss sie bei der Lösung dieser Konflikte die führende Rolle übernehmen.

Darüber hinaus wir unterstützen die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wirtschaftliches Wachstum, die Gerechtigkeit, die regionale Entwicklung und die territoriale Konvergenz, die als gleichberechtigt angesehen sind. Es ist uns von großer Bedeutung, dass die gesamte Bevölkerung vom Wachstum profitiert. Der Erfolg der Wirtschaftspolitik kann nicht nur an ihrem Beitrag zum Wachstum, sondern auch an dem Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, an ihrem Beitrag zur Verringerung der Armut und zur Entwicklung der armen Regionen gemessen. Die EU-Wirtschaftspolitik darf nicht mit den Zielen der EU Entwicklungspolitik kollidieren oder ihr zuwiderlaufen. Deshalb müssen die von der EU mit den Mittelmeerländern aus dem Mittelmeerraum vereinbarten Handelsabkommen darauf abzielen, das Reichtumsgefälle zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers zu verringern, und zugleich

²⁷² Ebd.S.11.

müssen sie eine umweltpolitische und soziale Dimension erhalten, insbesondere was die Beachtung der Standards der IAO über menschenwürdige Arbeit anbelangt. Der Landwirtschaft kommt eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung, dem Umweltschutz sowie der Verringerung der Landflucht und der Migration zu.

Jede Liberalisierung auf diesem Gebiet muss schrittweise erfolgen und den sozioökonomischen Bedingungen der einzelnen Länder angepasst werden. In der Landwirtschaft sollten globale Verhandlungen vermieden werden, stattdessen muss man fall- und ergebnisweise vorgehen und den Schutzbedarf für sensible Erzeugnisse berücksichtigen, die unter Umständen von einer Liberalisierung ausgenommen werden müssen. Zu diesem Zweck sollte über die Form einer integrierten Landwirtschaftspolitik Europa-Mittelmeer nachgedacht werden, die sowohl auf der Komplementarität der Sektoren und einer nachhaltigen Wasserpolitik beruht als auch auf Ernährungssouveränität setzt. Wir sind überzeugt, dass die nachhaltige Entwicklung Vorrang haben muss, umso mehr als sich die südlichen und östlichen Mittelmeerpartner mitten in einer Phase des wachsenden Energieverbrauchs befinden.

Wir wollen den Partnerländern unnötige Kosten ersparen, indem wir ihnen unsere Erfahrungen vermitteln. Wir können die Investitionen in erneuerbare Energiearten und Energieeffizienz fördern und eine Verringerung der Treibhausgase ermöglichen. Auch müssen wir sie mit konkreten Vorschlägen zur Trinkwasser-Politik unterstützen und wirksam die Verschmutzung des Mittelmeers bekämpfen. Und was wir erreichen möchten:

- In der gesamten Region mehr Arbeitsplätze, insbesondere für eine wachsende Zahl von Jugendlichen, schaffen.
- Das Unternehmensklima vor allem für die KMU durch den Abbau von Verwaltungsvorschriften verbessern.
- Den Zugang zu Krediten und vor allem Mikrokrediten für den privaten und den öffentlichen Sektor erleichtern, den Finanzsektor konsolidieren und die Zusammenarbeit zwischen den Finanzinstitutionen verbessern.

- Eine Investitions- und Entwicklungsbank Europa-Mittelmeer schaffen, die in der Lage ist, ausländische Direktinvestitionen (ADI) anzuziehen, an denen es in der Europa-Mittelmeer-Region mangelt. Die Beteiligung der Golfstaaten könnte zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen.
- Die Bedeutung der Migranten für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer anerkennen und unterstützen, ihnen Investitionen in ihren Herkunftsländern ermöglichen und die Überweisungskosten der Einzahlungen verringern.
- Die Verwaltung der öffentlichen Institutionen verbessern.
- Die makroökonomische Stabilität konsolidieren und die Verwaltung der Finanzen verbessern.

Handelsliberalisierung und Freihandel sind kein Selbstzweck; die soziale Dimension ist die Hauptachse der Europa-Mittelmeer-Politik. Eine bessere Berücksichtigung der Belange der Bevölkerung und die Neuausrichtung der Europa-Mittelmeer-Politik auf die Ziele der sozialen und wirtschaftlichen Konvergenz zwischen den beiden Seiten des Mittelmeers wie auch innerhalb jedes Landes sind notwendig. Bildung und Forschung sind für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung von vorrangiger Bedeutung. In Übereinstimmung mit den Millenniums-Entwicklungszielen besteht unser Ziel in einem gerechten und vorbehaltlosen Zugang zu guter Bildung. Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass die in der wissenschaftlichen und universitären Zusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt werden, damit den Studenten und Akademikern des Südens die Mobilität im europäischen Raum, sei es im Rahmen von Studienaufenthalten oder kürzeren Austauschprogrammen, erleichtert wird. Hier erscheint die Ausweitung von TEMPUS auf die Nachbarschaftspolitik eine zusätzlich zu nutzende Möglichkeit. Dieses Programm sollte durch eine Mittelmeerversion des Programms ERASMUS-MUNDUS ergänzt werden. Die Einwanderung, die soziale Integration und die Justiz sind Themen, die in der Partnerschaft von gemeinsamem Interesse sind. Sie müssen im Rahmen eines solidarischen und

auf der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte beruhenden Ansatzes gesehen werden²⁷³.

- Die Unterstützung der Möglichkeiten legaler Einwanderung und Erleichterung des legalen Personenverkehrs als Motor wirtschaftlichen Wachstums und zur Förderung des Austausches zwischen beiden Seiten.
- Die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration der legalen Einwanderer.
- Die Beherrschung des Problems der illegalen Einwanderung, insbesondere durch Vorgehen gegen die Schleusernetzwerke (Menschenhandel), wobei die gesamte Verantwortung nicht auf unsere südlichen Partnerabgewälzt werden darf.
- Die Verstärkung der juristischen Zusammenarbeit und Ausbau der verantwortungsvollen Staatsführung im Bereich Sicherheit (Justizreform, bessere regionale Zusammenarbeit in Fragen der Grundfreiheiten, der Sicherheit und der Justiz).
- Die Befürwortung von Migration als Entwicklungsmotor in den Mittelmeerländern, Begünstigung von zirkulären Migrationsmodellen und Unterstützung von Projekten der partnerschaftlichen Entwicklung.
- Die Abwanderung von Kompetenz und Arbeitskräften in bestimmten Bereichen ist durch einen besseren Kompetenzkreislauf vorzubeugen, der die gegenseitige Bereicherung und das gemeinsame Wachstum fördert.
- Die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern, um unter Mitwirkung der europäischen Institutionen und vor allem der Europäischen Kommission eine größtmögliche Verflechtung der Rentensysteme, des Zugangs zum Gesundheitswesen und zu anderen sozialen Rechten der eingewanderten Arbeitnehmer zu erreichen.

Unsere Unterstützung gewaltfreier ziviler Organisationen und demokratischer politischer Gruppierungen muss Bestandteil der Anstrengungen sein.

²⁷³ Ebd.S.13.

Dazu müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, die das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) bietet, sowie die Einhaltung der Verpflichtungen, die die südlichen Partner im Rahmen der Unterausschüsse „Demokratie und Menschenrechte“ eingegangen sind, einfordern. Die Stellung der Frau in der Mittelmeerregion muss gestärkt werden, wozu eine Politik erforderlich ist, die den Frauen in ihren Gesellschaften eine wichtige Rolle zuweist und die Gleichstellung fördert. Die Achtung von Traditionen und Sitten darf nicht die Grundrechte beeinträchtigen. Wir sind für eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der Partnerschaft und der ENP.

Die Förderung des Dialogs innerhalb der Gesellschaften und die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Achtung der Menschen - würde und die Bekämpfung der Armut können nur erfolgreich sein, wenn die Zivilgesellschaft enger in die Partnerschaft einbezogen wird. Wir fordern, dass die Europäische Kommission und die Regierungen der Partnerländer sowohl national wie regional eine bessere Konsultierung der Zivilgesellschaft gewährleisten und dass Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft gefördert werden. Wir unterstützen die Schaffung von Konsultativorganen in denjenigen Ländern, die noch nicht über solche Organe verfügen.

Die Gebietskörperschaften müssen ihre Kenntnis der spezifischen urbanen Probleme in den von ihnen verwalteten Territorien einbringen. Diese Körperschaften sind schon jetzt eine wichtige Triebkraft im Kampf gegen Armut und Ungleichheit. Dort, wo sie sich ansiedeln konnten, haben sie bereits ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit für die lokale Entwicklung unter Beweis gestellt. Wir erkennen dies an und fordern die dauerhafte Einrichtung eines Dialogs und einer Konsultation zwischen der EU und den örtlichen Behörden sowie ihren repräsentativen Verbänden auf allen Ebenen – national oder regional insbesondere durch ihre Anbindung an die führenden Instanzen wie die PVEM und den Ministerrat. Wir bekräftigen erneut, dass eine verstärkte Europa-Mittelmeer-Partnerschaft auf der gemeinsamen Entwicklung

der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und menschlichen Säulen des Barcelona-Prozesses beruhen muss.

Das erste Forum der Allianz der Zivilisationen, das im Januar 2008 unter der Schirmherrschaft der UNO in Anwesenheit der Politiker Zapatero, Erdogan, Ban Ki-Moon und Sampaio stattfand, unterstrich den Willen dieser Politiker und ihrer Regierungen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, das soziale und kulturelle Verständnis zwischen den Völkern zu verbessern und die politischen Konflikte im Nahen Osten wie andernorts zu lösen. Die Zusammenarbeit muss die Kultur in den Mittelpunkt der Aktivitäten rücken. Die EU muss die Annäherung zwischen den Kulturen auf beiden Seiten des Mittelmeers weiter vorantreiben und dazu auch den audiovisuellen Bereich als Mittel der Kommunikation nutzen. Das Regionalprogramm Euromed Audiovisuel II (2006-2008), das für die Ausbildung von Fachleuten im audiovisuellen Bereich und in der Filmbranche der Mittelmeerstaaten gedacht ist, sollte aufgrund seiner positiven Wirkung auf die kulturelle Produktion des Südens von der EU begleitet und verstärkt werden. Auch die Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Stärkung des kulturellen Dialogs und der Verbreitung von Kenntnissen über das historische und kulturelle Erbe. Und schließlich muss die EU die Anna-Lindh-Stiftung für den Dialog der Kulturen verwenden, ihre Aufgabe besteht beispielsweise darin, dieser Institution zu größerer Wahrnehmung zu verhelfen, und ihre Aufgaben neu abzustecken und auch ihre finanzielle Ausstattung natürlich zu garantieren²⁷⁴.

²⁷⁴ Ebd.S.15.

Schlussfolgerung

Das Mittelmeer erlebt heutzutage beispiellose gesellschaftliche, Politische und auch wirtschaftliche Ereignisse. Viele mittelmeerische Bevölkerungen und Identitäten werden dadurch berührt. Konflikte, Umbrüche sowie Migrationen führen zu unabsehbaren Konsequenzen für alle Seiten des Mittelmeeres insbesondere für die arabischen Länder.

Diese vorliegende Doktorarbeit trägt den Titel „ die Verstärkung der wirtschaftlichen euromediterranen Beziehungen „ eine ausführliche wissenschaftliche Analyse um einen besseren zukünftigen Weg für die euromediterranen Beziehungen herauszufinden.

Das Ziel meiner Doktorarbeit besteht darin, darauf hinzuweisen , dass die euromediterranen Beziehungen wegen der verschiedenen regionalen Faktoren und Entwicklungen unter strategischer und wirtschaftlicher Stagnation leiden, deshalb sollen die multilateralen sowie die bilateralen Beziehungen verbessert und richtig gelenkt werden. Dies würde allen Mittelmeerländern den Weg zu konstruktiver und mehr vorteilhafter Partnerschaftbahnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die folgenden Hauptfragen behandelt :

- Was sind die erwünschten Szenarien hinter der Gründung der euromediterranen Partnerschaft?
- Inwiefern könnten die Hindernisse ihrer Durchführbarkeit mit ihrem Erfolg kollidieren?
- Wie können die euromediterranen Länder von der europäischen Nachbarschaftspolitik und dem so genannten arabischen Frühling vernünftig profitieren?

Am wichtigsten wurde die folgende Leitfrage gestellt ;

Welche Chancen hat die euromediterrane Partnerschaft um mit der daraus erwachsenen wirtschaftlichen Krisen rational umgehen zu können?

Um diese Fragen zu beantworten , ging ich von den folgenden Hypothesen aus;

- Die euromediterrane Partnerschaft basiert vorwiegend auf einer europäischen unberechtigte Bedrohungswahrnehmung.
- Das erste Konzept der euromediterranen Partnerschaft war partiell fehlerhaft, und daher könnte sie kaum den zukünftigen potentiellen Krisen schadlos entgehen.
- Die Durchführbarkeit der EMP hängt wesentlich von der Beseitigung der Probleme im Bezug auf die europäische Nachbarschaft (ENP) sowie von den Konsequenzen des so genannten arabischen Frühlings ab.
- Allein durch die konstruktive Wiederherstellung und die Verbesserung der euromediterranen Beziehungen und durch die politischen und wirtschaftlichen Reformen in den Südnachbarländern und auch in der europäischen Union bzw. die Lösung der Schuldenkrise , die Berichtigung der Flüchtlingspolitik und die Verbesserung der Konditionalität den Mittelmeerländern gegenüber , könnte solide und erfolgreiche Partnerschaft zwischen allen Seiten erreicht werden.

Meine Forschung bestätigt die folgenden Hypothesen in Bezug die euromediterranen wirtschaftlichen Beziehungen wie folgt;

- Die euromediterrane Partnerschaft basieren vorwiegend auf eine europäische unberechtigte Bedrohungswahrnehmung, denn die europäische Union ist der Meinung , dass die schlechten wirtschaftlichen , politischen und gesellschaftlichen Lebensumstände in den südlichen Mittelmeerländern zur illegalen Migration und schließlich zum Terrorismus führen können , was in der Tat übertrieben und unberechtigt ist .
- Das erste Konzept der euromediterranen Partnerschaft war partiell fehlerhaft, und daher könnte sie kaum den zukünftigen potentiellen Krisen schadlos entgehen, denn die europäische Mittelmeerpolitik sowie die unetliche Strategien keine echte einheitliche Stimme haben ,

überdies vernachlässigt die europäische Union die internen Konflikte und Krisen bzw. die Schuldenkrise , die bis heute die Union wirtschaftlich ,politisch und gesellschaftlich zu schwanken droht .Deshalb scheint die Finanzierung der euromediterranen Partnerschaft in den zukünftigen Jahren unmöglich zu sein .

- Die Durchführbarkeit der EMP hängt wesentlich von der Beseitigung der Probleme im Bezug auf die europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie von den Konsequenzen des so genannten arabischen Frühlings ab, weil die europäische Nachbarschaftspolitik ein neuer Faktor in der Beziehungen zwischen den Mittelmeerländern ist, und er soll vernünftig und mit Besonnenheit verwendet werden. Hinsichtlich des arabischen Frühlings kann man fast sagen, dass alle Bemühungen und gewagte Schritten, die die europäische Union in den südlichen Mittelmeerländern erzielt hat, entpuppten sich als falsches und unverantwortliches Verhältnis. Unter den noch kommenden Konsequenzen für Europa sind die illegale Migration, Flüchtlingsströmen und Extremismus und selbstverständlich finanzielle Krisen.
- Allein durch die konstruktive Wiederherstellung und die Verbesserung der euromediterranen Beziehungen und durch die politischen und wirtschaftlichen Reformen in den Südnachbarländern und auch in der europäischen Union bzw. die Lösung der Schuldenkrise , die Berichtigung der Flüchtlingspolitik und die Verbesserung der Konditionalität den Mittelmeerländern gegenüber , könnte solide und erfolgreiche Partnerschaft zwischen allen Seiten erreicht werden.

Man soll unumgänglich überzeugt werden, dass die verschwommenen und veränderten Verhältnisse zwischen der euromediterranen Partnerschaft und Nahostkonflikt eine besondere Aufmerksamkeit genießen soll und mit aller Besonnenheit behandelt muss. Überdies raten wir es nicht, dass die euromediterrane Partnerschaft bei jeder Krise restauriert werden soll, sondern schrittweise durch nachhaltige, langfristige und strategische Vision verstärkt werden muss.

Es ist leider zu früh die Zukunft der euromediterranen Partnerschaft vorauszusehen, doch es besteht immer die Möglichkeit ,die euromediterranen Beziehungen immerfort zu retten, wenn der politische Wille nicht nur national sondern auch regional die absolute Priorität unter den auftretenden Faktoren im Mittelmeerraum genießen würde. In diesem Sinne sollte ich auf die Heuchelei von manchen Staatsmännern hinweisen, ein treffendes Beispiel ist der Fall vom französischen ehemaligen Präsidenten Sarkozy, wo im März 2018 gegen ihm wegen einer illegalen Wahlkampffinanzierung bzw. der vom ehemaligen gestorbenen Präsidenten von Lybien Muammar al-Gaddafi Mitfinanzierung ein Ermittlungsverfahren eröffnet worden ist.

Im Lichte dieser Tatsachen sind andere Faktoren erschwerend aufgetaucht, beispielsweise der syrische Bürgerkrieg, die terroristische Eskalation sowie die militärische Intervention im Nahost, ohne vergessen Iran und seine zukünftige Pläne für den Nahost und die Welt im Allgemeinen. Dies alles eröffnet dem Forscher andere weitere Problematiken und ermöglicht es ihm, den Weg der euromediterranen wirtschaftlichen Beziehungen erneut in das rechte Licht zu rücken und selbstverständlich richtig zu steuern.

Literaturverzeichnis

Alkazaz, Aziz (2001): Arabische Liga, in: Nahost Jahrbuch 2000, Opladen.

Al-Mashat, Abdul Monem (1986): Regional Institutions: State Withering or Consolidation. The Case of Arab Summits, in: The International Spectator.

Arieff, Alexis(2012): Political Transition in Tunisia, Washington, Summary.

Arnold Kamel(2008) : Die Mittelmeerpolitik der europäischen Union von Barcelona bis Paris , Kölner Forum für internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik , Deutschland.

Asmus, Ronald D./Larrabee, Stephen F. und Ian O. Lesser (1996): Mediterranean security: new challenges new tasks, in: NATO Review Nr. 3.

Babak Khalatbari(2004)Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euromediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika? Philosophische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität, Witten.

Bendiek, Annegret / Lippert, Barbara / Daniela Schwarzer (2001): Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik, SWP-Studien 2011, Berlin.

Benyaklef, Mustafa (1997): Socio-economic Disparities in the Mediterranean, in: Gillespie, Richard : The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London .

Bilgiç Ali / Bilgin, Pinar (2001): Consequences of European Security Practices in the Southern Mediterranean and Policy Implications for the EU, in: IN: EX Policy Brief, Nr. 11, Brüssel.

Bin, Alberto (2002): Nato's Mediterranean Dimension, in: Huldt, Bo u.a. (Hrsg.): Euro-mediterranean Security and the Barcelona Process, Strategic Yearbook 2003, Stockholm.

Boutros-Ghali, Boutros (1963): La Crise de la Ligue Arabe, in: Annuaire Francais de Droit International, Paris.

Bundesamt für Migration undFlüchtlinge (2011): Blickpunkt Tunesien. Politische Entwicklung und aktuelle Lage, Berlin.

Chalak, Al-Fadel (2003): Challenges to Economy and State in the Middle East, in: Looking Ahead, Challenges for Middle East Politics and Research, Edited papers of a workshop held at Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin in co-operation with EuroMeSCo.

De Santis, Nicola (1998) : Die Zukunft der Mittelmeerinitiative der NATO, in: NATO-Brief, Frühjahr.

Detlev Puhl (1982) : Die Mittelmeerpolitik der EG: Strukturschwächen des EG-Systems bei der Verwirklichung des Globalkonzeptes, Kehl.

Edwards, Geoffrey und Eric Philippart (1997) : The Euro-mediterranean Partnership: Fragmentation and Reconstruction, in: European Foreign Affairs Review, Nr. 4/1997.

EL KORSO Kamal (2003) : Kultur, Übersetzung und Fremdspracheunterricht, Imago N 04. ISSN 1111/ 3936 dépôt légal 404- 98.

Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement (2002): EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement.

European Commission (Hrsg.): The Barcelona process. The Europe-Mediterranean partnership , Second Edition.

Euro-Mediterranean Human Rights Network, Statement (2012): EU Mobility Partnerships with Tunisia and Morocco. Guarantees for the respect of rights must be a prerequisite to any agreement .

European Commission (1995): Euro-mediterranean Partnership. Barcelona Declaration and Work Programme, Brussels.

European Commission (1997): Euro-mediterranean Partnership, Private Sector Development, Brussels.

European Commission (1998) : Euro-mediterranean Partnership, Brüssel.

European Commission (2000): The Barcelona process, five years on, Directorate-General, External Relations, Brussels .

European Commission (2001): Information Notes on the Euro-mediterranean Partnership, Brussels.

European Commission (2001): The Barcelona Process, The Europe-Mediterranean Partnership, 2001 Review, Luxembourg.

European Commission (2002): The Barcelona process. The Euro-mediterranean partnership and MEDA Regional Activities, Brussels.

Europäische Kommission / Hohe Vertreterin der Europäischen Kommission für Außen-und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Mitteilung KOM (2011) : Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel.

Europäische Union (2004): EU/ Tunisia Action Plan, Brüssel.

Europäische Kommission (2009) : Europäische Nachbarschaftspolitik. Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik? Brüssel .

Europäische Union (1998): EUROPAMITTELMEER- ABKOMMEN zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits. 21998A0330(01).

Fernandez-Ordonez Fernando (1990): Eine Sicherheitsstruktur für den Mittelmeerraum, in: NATO-Brief 5.

Ghebaldi, Yves (1991): La diplomatie de la détente. La CSCE, Bruxelles .

Gillespie, Richard (1997) : Spanish Protagonismo and the Euro-Med Partnership Initiative, in: Gillespie, Richard: The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London 1997.

Gillespie, Richard (1997): The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London.

Hanelt, Christian Peter und Felix Neugart (2001): Die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Stabilität und Prosperität im Mittelmeerraum, in: Internationale Politik , Nr. 8, Berlin.

Haase, Marianne / Jugl, Jan C (2007) : Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU, Berlin,

Hanspeter Mattes (2013) : Politische Transformation und Gewalt in Tunesien, Ägypten und Libyen seit 2011: Ein Forschungsaufriß, Das GIGA German Institute of global and Area Studies, Hamburg.

International Federation for Human Rights (2002) : EU-Tunisia Association Council. Stop trading Human Rights for security, Brüssel.

Jacobs, Andreas (2003), Problematische Partner. Europäisch-arabische Zusammenarbeit 1970–1998, Köln.

Jacobs, Andreas und Carlo Masala (2004): Vom Mare Nostrum zum Mare Securum. Sicherheitspolitische Entwicklungen im Mittelmeerraum und die Reaktionen von EU und NATO, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 17/99. Künftig zitiert als: Jacobs und Masala, Bonn .

Joffé, George (1997): Southern Attitudes towards an Integrated Mediterranean Region, in: Gillespie, Richard (Hrsg.): The Euro-mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives, London.

Jörg Monar (1999): Die interne Dimension der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union, in: Zippel, Wulfdiether: Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden-Baden 1999.

Jünemann, Annette (2000): Auswärtige Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem. Eine Analyse der strukturellen Probleme am Beispiel der Euro-mediterranen Partnerschaft, in: Schubert, Klaus und Gisela Müller- Brandeck-Bocquet (Hrsg.): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen.

Jünemann, Annette (2005): Zehn Jahre Barcelona- Prozess. Eine gemischte Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte.

Jünemann Anette (1999): Europas Mittelmeerpolitik im regionalen und globalen Wandel: Interessen und Zielkonflikte, in: Wulfdiether Zippel (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden-Baden.

Kadry Said, Mohamed(2003): A Southern perspective and Assessment of Nato's Mediterranean Security Dialogue, in: Brauch, Günter u.a. (Hrsg.): Security and Environment in the Mediterranean. Conceptualising Security and Environmental Conflicts, Berlin.

Koch Weser, Caio (1999): Herausforderung und Vision. Die wirtschaftliche Wiederbelebung des Nahen Ostens und Nordafrikas, in: Internationale Politik, Nr. 7, Bonn.

Kuch Susanne (2014): Alte Ziele in neuem Gewand „Security Partnership“ versus „Mobility Partnership“, Passauer Jean Monnet Papiere, Universität Passau.

Larrabee, Stephen/Green, Jerrold/Lesser, Ian O. und Michele Zanini (1997): NATO's Mediterranean Initiative: Policy Issues and Dilemmas, Santa Monica, Künftig zitiert als: Larrabee, Santa Monica.

Lerche, Dieter (1977): Grundlagen und Perspektiven des Euro-Arabischen Dialogs, Berlin.

Lerch, Wolfgang Günther (2001): Koloß auf tönernen Füßen. Die Möglichkeiten der Arabischen Liga im Nahost- Konflikt sind begrenzt .

Link, Werner (1991): Der Ost-West-Konflikt, in: Knapp, Manfred und Gert Krell (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. Ein Studienbuch, 2. Auflage, München.

Massala Carlo (2000) : Die Euro-Mediterrane Partnerschaft Geschichte - Struktur- Prozess ZEI Discussion Paper C 68, Zentrum für europäische Integrationsforschung, Bonn.

Möller Almut (2008) : Die Zukunft sichern: Europas Agenda für eine friedlichere Nachbarschaft, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität, München.

Nienhaus, Volker (1999): Euro-mediterrane Freihandelszone: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und Förderung nachhaltiger Entwicklung?, in: Zippel, Wulfdiether (Hrsg.): Die Mittelmeerpolitik der EU, Baden- Baden.

Nordmann, Jette: Der Mittelmeerdialog. Beseitigung von Missverständnissen und Aufbau von Vertrauen, in: NATO-Brief, Juli/August.

Ohaegbulam, Ugboaja (2000) : U.S. Measures against Libya since the Explosion of Pan Am Flight 103, in: Mediterranean Quarterly, Volume 11, Number 1, Durham .

Regelsberger, Elfriede (1990): The Euro-Arab Dialogue: Procedurally innovative, substantially weak, in: Regelsberger, Elfriede und Geoffrey Edwards (Hrsg.): Europe's global links, The European Community and interregional cooperation, London.

Rhein, Eberhard (1996): Mit Geduld und Ausdauer zum Erfolg. Die neue Mittelmeer-Politik der Europäischen Union, in: Internationale Politik 2/96, Bonn.

Richard Pomfret(1986): The mediterranean policy of the European Community, London.

Riley-Smith, Jonathan (1990): The atlas of the crusades. London.

Robert, Rüdiger (1980): Die Liga der arabischen Staaten. Versuch einer Bestandaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23, Bonn.

Roseta-Report (1993): Security in the Mediterranean, Report submitted on behalf of the Political Committee, Document 1371, 24.05.1993, in: WEU, Assembly 1993: Proceedings, Thirty-Ninth Ordinary Session, First Part, Paris.

Roy Ginsburg (1989): Foreign Policy Action of the European Community, The politics of scales, London.

Schäfer Isabel (2013) : Nordafrika-Politik zwischen Idealen und Interessen Deutschland und Frankreich müssen ihre Unterstützung besser aufeinander abstimmen, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP, Berlin.

Shell, Peter (1991): Bündnis im Schatten: Die Westeuropäische Union in den 80er Jahren, Bonn.

Slimane Rafik Nebia : Image de L'Algerie , reflet de l'Allemagne, Imago N 01 ,ISNN 1111/ 3936 dépôt légal 404- 98.

Slimane Rafik Nebia : Der lange Weg der Deutschen nach Afrika , Imago N 10 ,ISNN 1111/ 3936 dépôt légal 404- 98 .

Schlotter, Peter (1999): Der Maghreb und Europa. Perspektiven des „Barcelona-Prozesses“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B17/99, Bonn.

Stabenow, Michael (1997): Belastungsprobe für die euro-mediterrane Partnerschaft, in: FAZ vom 17.04.1997.

Stephen Larrabee/Jerold Green/Ian. O. Lesser/Michele Zanini (1997): NATO's Mediterranean Initiative: Policy Issues and Dilemmas, Santa Monica.

Steinbach, Udo (1979): Der Europäisch-Arabische Dialog. Ein Beitrag zum Frieden im Nahen Osten?, in: Hasenpflug, Hajo (Hrsg.): Die EG-Außenbeziehungen, Stand und Perspektiven, Hamburg .

Solana, Javier (1997)): NATO and the Mediterranean, in: Mediterranean Security at the Crossroads, A special Issue of Mediterranean Quarterly, Duke University Press, Durham .

Thum Bernd (2012) : an der Zeitwende – Europa, das Mittelmeer und die arabische Welt , Institut für Auslandsbeziehungen, stuttgart .

Tovias, Alfred (1996)): The EU's Mediterranean Policies Under Pressure, in: Gillespie, Richard (Hrsg.): Mediterranean Politics, Vol. 2, Essex.

Tomkys, Roger (1987): European Political Cooperation and the Middle East: A Personal Perspective, in: International Affairs, Nr. 3.

Van Well, Günther (1976): Die Entwicklung der gemeinsamen Nahost-Politik der Neun, in: Europa-Archiv, Nr. 4, , S. 125. Die Helsinki-Schlussakte ist abgedruckt in: **Auswärtiges Amt (Hrsg.):** (1990)Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozeß, 7. Auflage, Bonn.

Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics, Reading .

Weltbank (1995): Claiming the Future. Choosing prosperity in the Middle East and North Africa, Washington.

Zorob Anja (2008): Projekt „Mittelmeerunion“ - „Neuer Schub“ für die EU Mittelmeerpolitik? Das GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg.

Anhang

Proliferations-Lagebild in ausgewählten Ländern (Stand 1980)



Land	A-Waffen	B-Waffen	C-Waffen	Trägertechnologie
Libyen	Forschungsarbeiten		Entwicklung	Entwicklung
Ägypten		vermutlich	ja	
Saudi-Arabien				
Syrien				
Irak			mglw. Entwicklung	SCUD-B
Iran			mglw. Entwicklung	
Pakistan	Forschungsarbeiten			
Indien	ja			
Nordkorea	?			SCUD-B

(Lage 1980 d44)

Quelle: Hanning August (BND): Gefahren der Proliferation – Informationen zu NMD, Dokument zur Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 04.09.2000 in Kassel, S. 4.

Proliferations-Lagebild in ausgewählten Ländern (Stand 05/2000)



Land	A-Waffen	B-Waffen	C-Waffen	Trägertechnologie
Libyen	nein. seit 1980 kein Fortschritt	F. u. E. versuchte Prod.-anlagen zu kaufen	ja Produktion gestoppt	SCUD-upgrade Al FATAH (ohne Erfolg)
Ägypten	nein	F. u. E. bis ca. 1980	ja Produktion eingestellt	SCUD-Technologie
Saudi- Arabien	nein	nein	nein	CSS-2
Syrien	nein	F. u. E.	ja	SCUD-C aus Nordkorea Prod. anlagen im Aufbau Festtreibstoffprogramm
Irak	nein, teilweise ungeklärt	Verbleib der Vorräte ungeklärt	weitere Bestände mglw. verborgen	Weiterführung der Programme
Iran	wahr- scheinlich Entwicklung	vermutlich	ja <small>CWÜ ratifiziert</small>	SHAHAB-2 (500km) (SCUD-C) SHAHAB-3 (1300 km) SHAHAB-4 (2000km)
Pakistan	ja	verm. F. u. E.	Labormengen <small>CWÜ ratifiziert</small>	M-11 Technologie (350 km) SHAHEEN (700 km) GHAURI (1300 km)
Indien	ja	verm. F. u. E.	ja <small>CWÜ ratifiziert</small>	PRITHVI (250 km) AGNI (1500 km - 2000 km)
Nordkorea	F. u. E.	wahr- scheinlich	ja	SCUD-C (500 km) NODONG (1300 km) TAEPODONG (bis 2600 km)

(Lage0400.ds4)

Quelle: Hanning August (BND): Gefahren der Proliferation – Informationen zu NMD, Dokument zur Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 04.09.2000 in Kassel, S. 5.

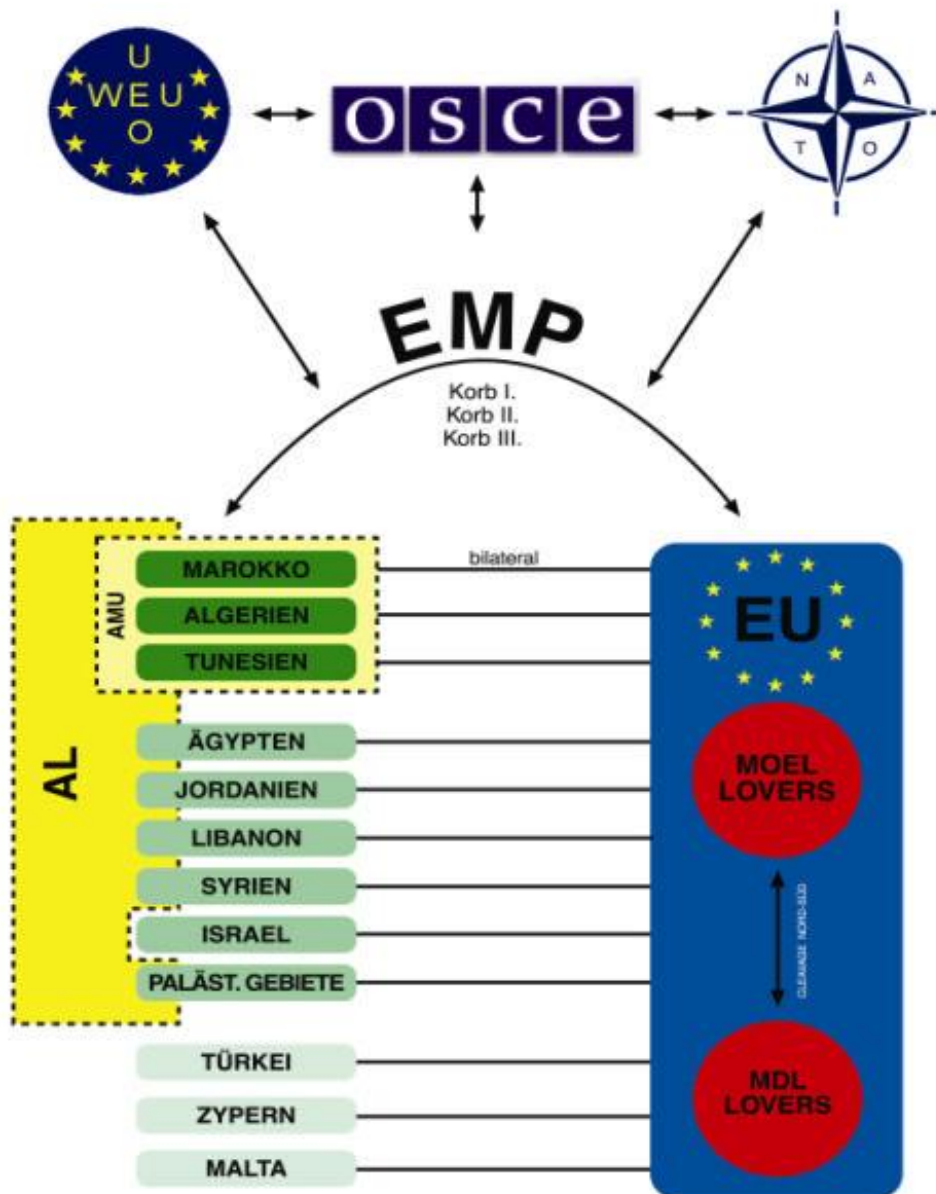
Diachronische Architektur der euro-mediterranen Beziehungen



- 1 Euro-Mediterrane Partnerschaft (Barcelona Prozess)
- 2 Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit im MMR
- 3 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- 4 Nordatlantikvertragsorganisation
- 5 Westeuropäische Union
- 6 Euro-arabischer Dialog

Grafik: Babak Khalatbari

Schaubild der euro-mediterranen Beziehungen



MOEL = Mittel- und osteuropäische Länder
MDL = Mittelmeer-Drittländer
AFTA = Arabische Liga
AMU = Arabische Maghreb Union

Grafik: Babak Khalatbari

